Dienstag, 16. April 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 / Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 88 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Krankenkassen: Eine Zulassungssperre für neue Kassenärzte angesichts der drohenden Ärzteschwemme fordern die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen. Sie berufen sich dabei auf zwei Gutachten, wonach Zulassungsbeschränkungen per Gesetz mit der Verfassung vereinbar seien.

Fähre: Das Bundeskabinett wird nach Informationen aus Kiel heute voraussichtlich grünes Licht für Gespräche mit Moskau über eine Eisenbahnfährlinie zwischen dem sowjetischen Ostseehafen Memel (Klaipeda) und Lübeck-Travemünde geben. (S. 10)

Namibia: Für die Unterstützung einer Übergangsregierung durch Bonn sprach sich der außenpolitische Experte der CDU-Bundestagsfraktion, Marx, aus. Voraussetzung sei, daß eine solche Regierung nicht die einseitige Unabhängigkeit vorbereite oder für sich internationale Anerkennung beanspruche. (S. 4)

Besuch in Bonn: Der sowjetische ZK-Sekretär Semjanin trifft heute in Bonn mit Kanzler Kohl und Außenminister Genscher zusammen. Semjanin gehört zu einer Delegation des Obersten Sowjets, die gestern in Hamburg einen einwöchigen Besuch der Bundesrepublik antrat.

Häfen geöffnet: Nicht atomar angetriebene Schiffe der US-Marine können künftig chinesische Häfen anlaufen, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Neues China. Unklar bleibt, ob die Schiffe bei ihren „informellen Höflichkeitsbesuchen" mit Atomwaffen bestückt sein dürfen.

Bau-Tarife: Der Tarifvertrag für eine Million Bauarbeiter in der Bundesrepublik, der nach vier *Nullmonaten* 2,4 Prozent mehr Lohn ab 1. August vorsieht, ist perfekt. Arbeitgeber und Gewerkschaft stimmten mit Auslaufen der Erklärungsfrist der Vereinbarung zu.

Albanien: Der am Donnerstag gestorbene Parteichef Hodscha ist *gestern auf dem Heldenfriedhof* von Tirana beigesetzt worden. An der Zeremonie nahmen keine ausländischen Delegationen teil. Hodscha-Nachfolger Alia erklärte in seiner Trauerrede, daß Albanien den von Hodscha vorgegebenen Weg fortsetzen werde. (S. 5)

Ohne Hoffnung: Nach sieben chirurgischen Eingriffen sehen die Ärzte des designierten brasilianischen Präsidenten Tancredo Neves keine Möglichkeit mehr, dem Todkranken mit medizinischen Mitteln zu helfen. Nur ein Wunder könne ihn noch retten.

ZITAT DES TAGES



» Die Industrieländer tragen die Hauptverantwortung dafür, ein dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum zu sichern, die Voraussetzungen für niedrigere Zinsen zu schaffen und ihre Märkte für die Schuldnerländer offenzuhalten «

Finanzminister Gerhard Stoltenberg zur Frühjahrstagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds in Washington (S. 11) FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Kapitalmarkt: Der Bund senkt *erneut die Zinsen und Renditen* für Obligationen, Schatzbriefe und Finanzierungsschätze. Besonders stark gehen die Renditen für Bundesschatzbriefe zurück. (S. 11)

Banken: Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth will in Kürze ein Konzept zur Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens im Land vorlegen. Im Mittelpunkt soll eine neu zu schaffende landesweit verankerte Regionalbank stehen. (S. 11)

Zuversicht: Einen Zugewinn an Anziehungskraft und Selbstvertrauen in Berlin stellt die IHK in ihrem Jahresbericht 1984/85 fest. Das Wirtschaftswachstum betrug *gegenüber dem Vorjahr real 2,9* Prozent. (S. 11)

Starker Einbruch: Im Januar und Februar wurden in der Bundesrepublik Baugenehmigungen für 38 400 Wohnungen registriert – 31 Prozent weniger als im Vorjahrszeitraum.

Börse: Bei lebhaftem Aktiengeschäft zogen die Banktitel weiter an. WELT-Aktienindex: 178,5 (177,3). Der Rentenmarkt war weiter freundlich. BHF-Rentenindex 101,637 (101,538). Performance-Index 100,872 (100,745). Dollar-Mittelkurs 3,0300 (3,0640) Mark. Goldpreis je Feinunze *334,25 (329,90)* Dollar.

KULTUR

Popmusik: Zwei Jahrzehnte nach den Beatles macht erneut eine Gruppe aus Liverpool Pop-Geschichte. Zu Beginn der Deutschland-Tournee zeigte „Frankie goes to Hollywood" in Hamburg, was Popmusik sein kann: aggressiv, witzig, unterhaltsam. (S. 19)

Abschied: Mit starkem Beifall wurde Niels-Peter Rudolphs Inszenierung des „Menschenfeind" von Molière bei der Premiere im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg aufgenommen. Es war seine letzte Inszenierung in der Hansestadt. (S. 19)

SPORT

Golf: Der Anhausener Profi Bernhard Langer gewann sensationell mit 282 Schlägen das 49. Masters-Turnier in Augusta (Georgia). Für den Sieg bei einem der bedeutendsten Turniere der Welt erhielt er rund *400 000 Mark.* (S. 3)

Fußball: Ohne Hans-Peter Briegel, der sich beim Punktspiel seines Klubs Verona gegen AC Turin verletzte, spielt die deutsche Nationalmannschaft morgen gegen Bulgarien. Er wird von Andreas Brehme *ersetzt.* (S. 9)

AUS ALLER WELT

Kaußen tot: Der Kölner Wohnungsspekulant hat Selbstmord begangen. Mit einer Reibekuchenbude begann seine geschäftliche Karriere, zuletzt besaß er über 100 000 Wohnungen in der Bundesrepublik. (S. 20)

Zuviel des Guten: Viele Hobbygärtner verseuchen durch Unwissenheit ihre Kleingärten. Nach dem Motto „Gut gedüngt ist halb geerntet" überlasten sie die Böden mit Düngemitteln so stark, daß der Verzehr des selbst gezogenen Gemüses gesundheitsschädigend ist. (S. 8)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Sprühregen. 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach Bangemanns Rückzieher Beruhigung in der Koalition

FDP-Chef nennt Grundrenten-Äußerung einen „Fehler" / Klarstellung Kohls

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bonner Partner CDU/CSU und FDP sind bemüht, das vor allem von FDP-Politikern angehäufte Störpotential im Regierungsbündnis zu entschärfen. Sowohl die öffentlichen Überlegungen des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann über eine „Grundrente" (die er gestern relativierte), als auch die Äußerungen seines Generalsekretärs Helmut Haussmann über eine „Flexibilisierung der Tarifverträge" hatten in den Reihen der Union Unmut erregt. Vor den *Präsidiumssitzungen von CDU und* FDP hieß es im Konrad-Adenauer-Haus, Bangemann solle „sich mit seinen Solo-Vorstößen vorsehen, daß er nicht die CDU gegen sich aufbringt".

Bundeskanzler Helmut Kohl wies während der CDU-Präsidiumssitzung ausdrücklich daraufhin, daß eine Veränderung des Rentensystems durch die Einführung einer sogenannten Grundrente im Widerspruch zu seiner Regierungserklärung vom Mai 1983 stünde. Arbeitsminister Norbert Blüm wiederholte die in seinem WELT-Gespräch ausgesprochene Warnung, die Renten-Diskussion dürfe nicht unnötig angeheizt werden, weil dies bei den Renten-Empfängern Unsicherheit wecke.

Doch Bangemann machte bereits vor der um 14 Uhr beginnenden Koalitionsrunde einen Rückzieher: Seine dezidierten Überlegungen über eine beitragsunabhängige „Grundrente" bezeichnete er im Anschluß an die FDP-Präsidiumssitzung ausdrücklich als „Fehler", den er „nicht wiederholen" werde. In einem von ihm verfaßten Papier über „Grundsätze liberaler Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik", das, „glaube ich, vom Präsidium einstimmig verabschiedet wurde – ich war nicht bis zum Schluß dabei" (Bangemann), sind in der Rentenfrage fast lupenrein CDU-Positionen beschrieben.

Die „Grundrente" taucht nicht mehr auf, statt dessen wird die Blüm-Vorstellung erwähnt, daß die „Rente beitragsbezogen" bleiben und „der Bundeszuschuß unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung neu gestaltet werden" müsse. Bangemann kündigte an, daß „die Instrumentierung" der Rentenreform jetzt in der FDP-Programm-Kommission weiter überdacht werde. Die Entscheidung falle erst auf dem Bundesparteitag im Mai 1986. Fast trotzig schloß er: „Jede Partei in der Koalition" müsse „frei" darin sein, „eigene *programmatische Vorstellungen* zu entwickeln". Man sei schließlich eine Koalition „und keine Einheitspartei".

In dem dreiseitigen Grundsatzpapier der FDP tauchen auch die Haussmann-Überlegungen über eine „Flexibilisierung der Tarifverträge" wieder auf – wobei Bangemann ausdrücklich bestätigte, daß beide Vorstöße im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl *miteinander* abgestimmt waren, „nur die Themen waren zufällig". Haussmann unterstrich, daß „die starre, inflexible Tarifpolitik mit beigetragen hat zur Arbeitslosigkeit". Er wollte aus dieser gemeinsamen Verantwortung weder Gewerkschaften noch Arbeitgeber entlassen und entwickelte die Idee weiter, durch eine Art Rahmenverträge nur die tarifpolitische Bandbreite durch die Tarifpartner abstecken zu lassen, innerhalb derer dann etwa Betriebsrat und Einzelunternehmen die hausgeschneiderte Lösung vereinbaren könnten. Auch an der Möglichkeit zeitlich befristeter, niedriger bezahlter Arbeitsverträge für bisher Arbeitslose hält er fest. Im CDU-Präsidium spielten die Haussmann-Überlegungen keine Rolle, da man sich aus Gründen „der Gewichtung erst einmal mit dem Parteivorsitzenden *auseinandersetzen" mußte.*

DER KOMMENTAR

Lehren

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Zu Thomas Dehlers Zeiten waren es die Sonntagsreden, die Kanzler Adenauer die Zornesröte ins Gesicht trieben. Und Kanzler Schmidt konnte ein Lied davon singen, was Politikergeschwätz *immer dann anrichtete, wenn die* Bonner Politik in die Ferien ging. Bis heute ist das „Sommertheater" sprichwörtlich geblieben. Jetzt fiel in den Medien die Anspielung „Ostertheater" – wohl als Warnung an Kanzler Kohl, die bitteren Erfahrungen seines Vorgängers nicht in den Wind zu schlagen.

Stets handelt es sich um dasselbe mediale Phänomen: Die Politik macht Pause, der Kanzler ist weit, aber die Medien füllen Tag für Tag Zeitungsspalten und Sendezeiten – da ist für mundfertige Politiker die Verlockung unwiderstehlich, *statt Tatsachen Reden* anzubieten, um von sich reden zu machen. Als wären die Medien der Stammtisch der Nation.

Wirtschaftsminister Bangemann war so frei, öffentlich einen Fehler einzugestehen. Ihm blieb auch gar nichts anderes übrig. Denn sowohl die Kanzlerpartei als auch seine eigene Partei haben seinen Vorschlag für die Rentenstrukturreform mit einer Feststellung aus der gemeinsamen Regierungserklärung vom Tisch gewischt: Die Rente muß beitragsbezogen bleiben. Damit ist die Neuauflage des alten Gedankens an eine staatliche Grundrente für jedermann erledigt. Mag sein, daß der FDP-Vorsitzende Bangemann sich selbst und seine Partei profilieren wollte. In Wirklichkeit hat *er sich, dem Kanzler und den* Koalitionsparteien – also auch der FDP – Schaden zugefügt.

Verteidigungsminister Wörner machte eine nicht ganz so schlimme, gleichwohl unangenehme Erfahrung. Justament in der Osterpause geriet er nicht ohne eigenes Zutun in mißgünstige Schlagzeilen, mit der Folge, daß auch sachliche Richtigstellungen über das Projekt eines Früherkennungssystems für die Luftabwehr den Schaden kaum noch reparieren konnten. Da hatte wieder einmal ein Minister die Öffentlichkeit schneller gesucht als das Ohr seines *Kanzlers, obwohl es im Ur*laubsort Helmut Kohls bestimmt ein erreichbares Telefon gab. War es nötig, der SPD Gelegenheit zu verschaffen, einmal mehr den Fanfarenstoß „Rücktritt" erschallen lassen zu können?

Der Kanzler vertraut darauf, daß die Bürger – Medien hin, Medien her – schon zu unterscheiden wissen, ob er gute oder schlechte Politik macht. Wir werden am 12. Mai ja sehen. In jedem Fall sollte er Vorsorge treffen, daß dem Ostertheater nicht ein Sommertheater folgt.

„Fast beleidigende Kritik an Reagan"

Boenisch: Geste der Freundschaft muß möglich sein / Wird das Programm erweitert?

Co./kie. Bonn

Die Bundesregierung strebt eine Ausweitung des Besuchsprogramms von Präsident Reagan an, die neben der geplanten Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof bei Bitburg auch den Besuch einer Synagoge oder einer KZ-Gedenkstätte ermöglichen würde. Dies ergab sich gestern aus Erklärungen von Staatssekretär Peter Boenisch in der Bundespressekonferenz.

Boenisch begrüßte ausdrücklich eine Äußerung des Jerusalemer Bürgermeisters Kollek, daß es selbstverständlich sei, 40 Jahre nach Kriegsende die Toten zu besuchen, daß es aber noch besser gewesen wäre, wenn von Anfang an auch der Besuch eines Lagers oder einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus vorgesehen gewesen wäre.

Als „fast beleidigend" bezeichnete es der Regierungssprecher im Hessischen Rundfunk, wenn in- und ausländische Kritiker den Anschein erweckten, als gehe es Reagan nur darum, deutsche Soldatengräber in Bitburg zu besuchen und darüber die anderen Gräber zu vergessen. Entscheidend sei nicht, wer im einzelnen auf dem Bitburger Friedhof liege, sondern es gehe darum, sich – ebenso *wie Bundeskanzler Kohl und Staats*präsident Mitterrand in Verdun – über Gräber hinweg die Hand zur Versöhnung zu reichen. Niemand in

SEITE 2:
Reagans Besuch

der Bundesrepublik habe irgendwelche Berührungsängste wegen der Verbrechen der Vergangenheit. „Aber es muß auch möglich sein, bei einem solchen Besuch eine Geste der Versöhnung und der Freundschaft zu machen."

In ähnlichem Sinne hat der Bürgermeister von Bitburg, Theo Hallet (CDU), in Briefen an die US-Botschaft und das Kanzleramt zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Bevölkerung die Anwesenheit Reagans auf dem Bitburger Soldatenfriedhof als Bereitschaft zur Versöhnung verstehe. Diese Geste ließe sich aber durchaus mit einem Besuch des Präsidenten in einem ehemaligen Konzentrationslager vereinbaren. „Ich *glaube, daß auch ein solcher Besuch* auf das volle Verständnis unserer Landsleute treffen würde", sagte der Bürgermeister in einem Gespräch mit der WELT.

Hallet erwähnte, daß es in Bitburg einen kleinen jüdischen Friedhof gebe, auf dem er seit zwei Jahren jeweils zum Jahrestag der „Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 im Namen des Stadtrates einen Kranz niederlege. Der Bürgermeister wollte mit diesem Hinweis nicht direkt eine *ähnliche Geste Reagans empfehlen,* die den Präsidenten wenigstens zum Teil aus der jetzt in den USA ausgebrochenen Kontroverse befreien könnte. Doch ist ihm bewußt, daß eine Ehrung auf dem Bitburger jüdischen Friedhof einen Ausweg aus dem Dilemma ermöglichen würde.

Israels Kabinett blockierte die Reise Weizmans

SAD/DW. Jerusalem

Der Streit um die geplante Reise von Minister Weizman nach Ägypten hat Israel in eine neue Regierungskrise gestürzt. Das für kritische Entscheidungen *zuständige* „Innere Kabinett" blockierte gestern die Reisepläne Weizmans in einer Kampfabstimmung. Zuvor war es Ministerpräsident Perez nicht gelungen, seinen Stellvertreter und Außenminister Shamir von dessen Widerstand gegen den Ägypten-Besuch Weizmans abzubringen. Shamir verweigerte seine Zustimmung mit der Erklärung, als Außenminister sei er zuständig für Arbeitsbesuche in Ägypten. Weizman wollte in dieser Woche einer Einladung des ägyptischen Ministerpräsidenten Kamal Hassan Ali folgen, um die Möglichkeit eines Gipfeltreffens zwischen Peres und Präsident Mubarak zu eruieren.

Das Gesamtkabinett hatte am Sonntag überraschend mit neun gegen zehn Stimmen die notwendige Genehmigung für die Reise des früheren Verteidigungsministers nach Kairo abgelehnt. Das „Innere Kabinett" hielt diese Entscheidung gestern mit fünf gegen fünf Stimmen aufrecht. Nach der Kampfabstim*mung sagte Finanzminister Modai:* „Es ist nicht unangebracht, von einer Krise zu sprechen."

Die Frage des Weizman-Besuchs in Kairo soll später ein weiteres mal dem *Kabinett* vorgelegt werden. Es wird nicht ausgeschlossen, daß Perez zurücktritt, wenn das Kabinett bei seiner Ablehnung bleiben sollte. „Wenn Weizman nicht fährt, dann gibt es keine Regierung", erklärte der Ministerpräsident.

Späth will Klarheit bei Dornier

W. NEITZEL, Stuttgart

In der Diskussion über das weitere Schicksal des durch Streitigkeiten der Gründerfamilie ins Gerede gekommenen Luft- und Raumfahrt-Konzerns Dornier soll nunmehr für Klarheit gesorgt werden. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth empfing am Montag Mitglieder der Familie Dornier und Vorstandsmitglieder von Daimler-Benz zu einem Gespräch, über dessen Ergebnis zunächst nichts bekannt wurde. Auf Seiten des Automobilkonzerns besteht Interesse an einem Einstieg bei Dornier.

Am Montag waren bereits zwei wichtige Gerichtsentscheidungen in Sachen Dornier ergangen: Das Landgericht Stuttgart wies dabei eine Beschwerde der Gesellschaftsgruppe um Justus Dornier zurück, die gegen die Bestellung des Stuttgarter Juristen Professor Hans Thümmel als Testamentsvollstrecker für die 27,8-Prozent-Beteiligung der verstorbenen Anna Dornier Einspruch erhoben hatte. In einer weiteren Entscheidung erklärte das Oberlandesgericht Stuttgart die fristlose Entlassung der Dornier-Vorstände Manfred Fischer und Karl-Wilhelm Schäfer auf dem Wege *einer einstweiligen Verfügung für* vorerst unwirksam. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß die Aufsichtsratsbeschlüsse über die Abberufung der beiden Vorstandsmitglieder nicht in einem ordnungsgemäßen Verfahren zustandegekommen seien. Betriebsratsvorsitzender Oswald Pauli forderte in diesem Zusammenhang Konsequenzen auf der Gesellschafterebene.

Seite 11: Wichtige Weichenstellungen

SED bespitzelt junge Christen

Synodale in Sorge wegen des Vorgehens des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes

DW. Berlin

Der Staatssicherheitsdienst der „DDR" geht verstärkt dazu über, die von der SED nicht gelenkten Friedensgruppen und aktive Gremien der christlichen Kirchen durch Spitzel unterwandern zu lassen. Mitgliedern der „Jungen Gemeinde" werden, falls sie für den Staatssicherheitsdienst arbeiten wollen, Studienplätze und andere Vergünstigungen in Aussicht gestellt. Ausführliche Werbegespräche sind bereits in den Schulen in Anwesenheit der Schulleiter geführt worden.

Auf diese Tatsachen machten jetzt Mitglieder der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche auf ihrer Tagung in Ost-Berlin aufmerksam. Sie brachten ihre Besorgnis über das Vorgehen und die taktischen Manöver der Sicherheitsbehörden in der Aussprache über den Bericht der Kirchenleitung zum Ausdruck (s. WELT v. 15. 4.).

Nach einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes sagte ein Pfarrer aus einer Kleinstadt im Bezirk Potsdam, junge Christen seien wiederholt vom Staatssicherheitsdienst vorgeladen oder aus ihrer Wohnung geholt worden, um sie über Aktivitäten der Gemeinde auszuhorchen. Andere Synodale berichteten, Gottesdienstbesucher seien von Mitarbeitern *der Staatssicherheit „auffällig* beobachtet" und deren Autokennzeichen notiert worden. Kontakte der Gemeinden zu westlichen Partnerkirchen würden von den Behörden beeinträchtigt und verhindert, indem beantragte Reisegenehmigungen ohne Angabe von Gründen verweigert würden.

Ein Mitglied der Synode beklagte, daß es nach dem „Gipfeltreffen" von Staat und Kirche vom 6. März 1978 zwar bei Wehrdienstfragen ein gewisses Entgegenkommen des Staates gegeben habe, im Bereich der Schulen sich jedoch „nichts bewegt hat".

Kritische Anmerkungen gab es in der Aussprache der Kirchenparlamentarier auch über die nach wie vor vorhandenen Reisebeschränkungen zwischen der „DDR" und Polen. Für kirchliche Jugend- und Gemeindegruppen sind – im Gegensatz zur Gewerkschaft und anderen staatlichen Organisationen – solche Reisen immer noch unmöglich.

In der kirchlichen Friedensarbeit sind eine gewisse Resignation und Stagnation festzustellen. Dieses kam ebenfalls in der Sitzung zur Sprache. Vertreter des 1981 eingesetzten *„Ständigen Friedensausschusses"* berichteten, spontane Aktionen von Friedensgruppen in der Öffentlichkeit seien zurückgegangen.

Auch die Zahl der Eingaben und Appelle an die Synode, die sich auf das Friedensthema bezogen, habe abgenommen. In einer Erklärung des Ausschusses hieß es dazu, noch sei unklar, ob diese Entwicklung ein Zeichen für „Resignation, die Gewöhnung an die Möglichkeit der Vernichtung oder intensiveren Nachdenkens" sei.

Militärs in Sudan wollen bessere Beziehung zu Moskau

Suwar el-Dahab plant Treffen mit den Aufständischen

DW. Khartum/Kairo

Die neuen sudanesischen Machthaber wollen ihre Beziehungen zur Sowjetunion, Libyen und Äthiopien verbessern. General Suwar el-Dahab, der Staatspräsident Numeiri vor zehn Tagen gestürzt hatte, erklärte vor Journalisten, er habe an die Präsidenten der drei Länder Botschaften mit dem Wunsch gesandt, die Beziehungen zu verbessern. Numeiri hatte die Sowjetunion, Libyen und Äthiopien wiederholt beschuldigt, sich gegen ihn verschworen und vor allem den Aufstand in Südsudan, der schließlich zum Umsturz geführt hatte, unterstützt zu haben.

Zuvor war den Machthabern in Sudan eine Grußadresse aus Moskau zugegangen. Unter Berufung auf sudanesische Militärkreise berichtete die ägyptische Nachrichtenagentur Mena, der sowjetische Botschafter in Khartum habe dem Chef des Militärrates ein Schreiben überbracht, in dem die UdSSR ihre Hoffnung auf bessere Beziehungen zum Ausdruck gebracht hätte.

Enge Kontakte unterhielten die Militärs bisher nur zu Ägypten. Wie in Khartum verlautete, wurde gestern eine erste offizielle Delegation des Militärrats in Kairo erwartet.

General Suwar el-Dahab kündigte vor der Presse in Khartum außerdem an, die Islamisierungspolitik seines gestürzten Vorgängers teilweise wieder rückgängig zu machen. Eine solche Verfassungsänderung wird von der nichtislamischen Opposition, vor allem von den Aufständischen im Süden des Landes, gefordert.

Weiter sagte der General, er plane ein Treffen mit dem Führer der Aufständischen und ehemaligen Armee-Obersten John Garang, dem er im zukünftigen Kabinett einen Posten angeboten habe. Bei dem Bemühen um stabile politische Verhältnisse haben die Parteien und die Gewerkschaften des Landes dem Militärrat eine Liste von zehn Personen vorgelegt, die ihrer Ansicht nach der zu bildenden Übergangsregierung angehören könnten. Suwar el-Dahab hatte nach dem Umsturz angekündigt, möglichst bald die Macht an das Volk zurückgeben zu wollen.

Köln: Moskauer Agent enttarnt

ms. Bonn

Die Spionageabwehr im Bundesamt für Verfassungsschutz *hat aufgedeckt*, daß ein Mitglied der sowjetischen Handelsmission in Köln der geheimdienstlichen Agententätigkeit nachgegangen ist. Es handelt sich dabei um einen Mann namens Semljakow, der allerdings nicht dem diplomatischen Status unterliegt.

Nach WELT-Informationen wurde Semljakow am vergangenen Samstag auf „frischer Tat" ertappt, als er sich mit einem Deutschen getroffen hatte, um diesen zur Herausgabe von Firmengeheimnisse zu bewegen. Dabei ging es um die Lieferung von Gütern, die auf der Embargo-Liste stehen.

In die Ermittlungen soll auch das Bundeskriminalamt (BKA) eingeschaltet worden sein. Inzwischen wurde Semljakow dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe vorgeführt.

Garcia liegt in Peru vorn

DW. Lima

Aus den Parlaments- und Präsidentenwahlen in Peru ist der erst 35 Jahre alte Kandidat der sozialdemokratischen Amerikanischen Revolutionären Volksallianz (APRA), Alan Gabriel Garcia, als Sieger hervorgegangen.

Wie die Rundfunk- und Fernsehanstalt Kanal-5 gestern bekanntgab, entfielen nach der Auszählung von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen 42,2 Prozent auf Alfonso Barrantes Lignan, den Kandidaten der Vereinigten Linken. Er ist Bürgermeister von Lima. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 80 Prozent. Barrantes gab seine Niederlage bereits zu und gratulierte dem Sieger. Da es jedoch unwahrscheinlich ist, daß Garcia eine *absolute Mehrheit der Stimmen auf* sich vereinigt, dürfte es im Juni zu einer Stichwahl zwischen den beiden Konkurrenten kommen.

Seite 2: Garcias Anfang
Seite 5: Stichwahl im Juni

Carrillo nicht mehr in KP-Führung

DW. Madrid

Der ehemalige Führer der spanischen Kommunisten, Santiago Carrillo, gehört seit gestern keinem Führungsgremium der Partei mehr an. Wie KP-Sprecher Claret in Madrid erklärte, sei die Carrillo und 18 weite*ren führenden Parteimitgliedern* eingeräumte zweiwöchige Frist zur Aufgabe ihrer Forderung nach einer gesonderten „Plattform" abgelaufen. Die Entscheidung, daß sie damit aus der Führung der spanischen KP ausgeschlossen sind, werde am Donnerstag durch das Zentralkomitee bestätigt werden, erklärte Claret.

Carrillo hatte am Sonntag erneut der neuen Parteiführung unter seinem Nachfolger Iglesias „Scheinheiligkeit" vorgeworfen und sie scharf kritisiert. Er kündigte an, bei den kommenden Wahlen eigene Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Spaltung der spanischen KP scheint damit besiegelt.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reagans Besuch

Von Ernst Cramer

Ronald Reagan ist ein Mann, dem die Zukunft ganz besonders am Herzen liegt. Deshalb ist für ihn der wichtigste Teil seines Besuchs in Deutschland sein Auftritt vor Jugendlichen auf dem Hambacher Schloß. Der amerikanische Präsident weiß, daß dort vor 153 Jahren liberal gesinnte Deutsche, hauptsächlich Studenten, zusammenkamen, um in einer Zeit der Reaktion eine „Wiedergeburt" des Landes in „Einheit und Freiheit" zu fordern.

Daß die Deutschen nach den Jahren der Hitlerdiktatur zu den Gedanken der Hambacher Demonstranten zurückgefunden haben, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Staat mit einer von der überwältigenden Mehrheit getragenen demokratischen Staatsform und gleichzeitig zu einem Eckpfeiler der Allianz freier Völker geworden ist, das sollte das Leitmotiv von Reagans ganzem Deutschland-Besuch sein.

Durch die Entscheidung, eine Kranzniederlegung auf einem deutschen Soldatenfriedhof einzuplanen und von einem vorgeschlagenen Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers Abstand zu nehmen, ist nun verständliche Irritation aufgetreten. Es besteht die Gefahr, daß der Präsident gründlich mißverstanden wird; daß der Besuch statt zu einer Geste der Versöhnung und der Zukunftshoffnung zu werden, zu einem Anlaß von Verärgerungen, ja, Verbitterungen wird.

Ob es jetzt noch Möglichkeiten gibt, das Besuchsprogramm zu ändern, ist ungewiß. Ob man ihm jetzt überhaupt noch raten soll, doch ein KZ oder eine wiedererrichtete Synagoge aufzusuchen, ist zweifelhaft.

Aber Präsident Reagan ist ja bekannt dafür, daß er auch das Ungewöhnliche anpackt, daß er Negatives in Positives umwandeln kann. Warum sollte er also nicht auf dem Boden eines Friedhofs für deutsche Soldaten genau das tun, was ihm eigentlich vorschwebt? Warum sollte er nicht gerade dort aller Toten des Zweiten Weltkriegs gedenken, der deutschen Gefallenen, der alliierten Gefallenen und auch der Opfer in den Vernichtungslagern, insbesondere der ermordeten Juden?

Das wäre eine gerade diesem Präsidenten gemäße neue Weihung nicht nur des Soldatenfriedhofs von Bitburg, sondern aller ähnlichen Friedhöfe in der ganzen Welt.

Garcias Anfang

Von Günter Friedländer

Der Favorit der peruanischen Präsidentschaftswahlen, Alan Garcia (35), blieb knapp unter der absoluten Mehrheit. Die Peruaner müssen für seine Bestätigung bis zur zweiten Runde im Juni warten. Aber die Besiegten sind bekannt.

Einmal die Guerrilleros des „Leuchtenden Pfades", die mit Dynamit und Terrorakten in Stadt und Land die Wahlen nicht verhindern konnten. Sodann Alfonso Barrantes, Limas marxistischer Bürgermeister, auf den Gesinnungsgenossen weit über Peru hinaus große Hoffnungen setzten. Und schließlich der abtretende Präsident Fernando Belaunde Terry, der zwar nicht zur Wiederwahl stand, aber seinen Anhängern jede Chance bei den Wahlen nahm.

Er hinterläßt Peru mit einer Inflation von 130 Prozent, einer Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von 66 Prozent und einer Auslandsschuld von 13,5 Milliarden Dollar, auf die Peru nicht einmal mehr die Zinsen zahlen kann.

Mit dem charismatischen Alan Garcia gelingt der sozialdemokratischen Apra (Volksbund der amerikanischen Revolution) der Griff nach der Macht, um die ihr Gründer, Victor Raul Haya de la Torre, sein Leben lang vergeblich rang. Die Partei hat Perus Schicksal aus der Oppositon mehr als ein halbes Jahrhundert mitbestimmt. Unter Haya de la Torres Vorsitz wurde Perus heutige Verfassung geschrieben. Die Schicksalsfrage ist: Wird die gut organisierte, aber im Regieren unerfahrene Apra mit ihrem ideologischen Ballast zu den Reformen finden, die Peru sanieren und den Peruanern Hoffnungen geben können?

Alan Garcia hat bereits wirtschaftliche Schlüsselposten seiner Regierung verteilt und dabei einen erfahrenen Expräsidenten der Zentralbank, Manuel Moreyra, als Wirtschaftsminister ausgesucht. Es spricht für Garcia, daß er die Aspiranten der eigenen Partei überging, um den erfahrensten Fachmann des Landes in seine Regierung zu bringen. Es ist ein hoffnungsvoller Anfang, der ihm die Hilfe der Gläubiger Perus sichern sollte, die Verständnis dafür zeigen müssen, daß in Peru wie in ganz Lateinamerika das Schicksal der Demokratie auf dem Spiel steht und nicht nur das Eintreiben von Schulden.

Gemeinsamer Nenner

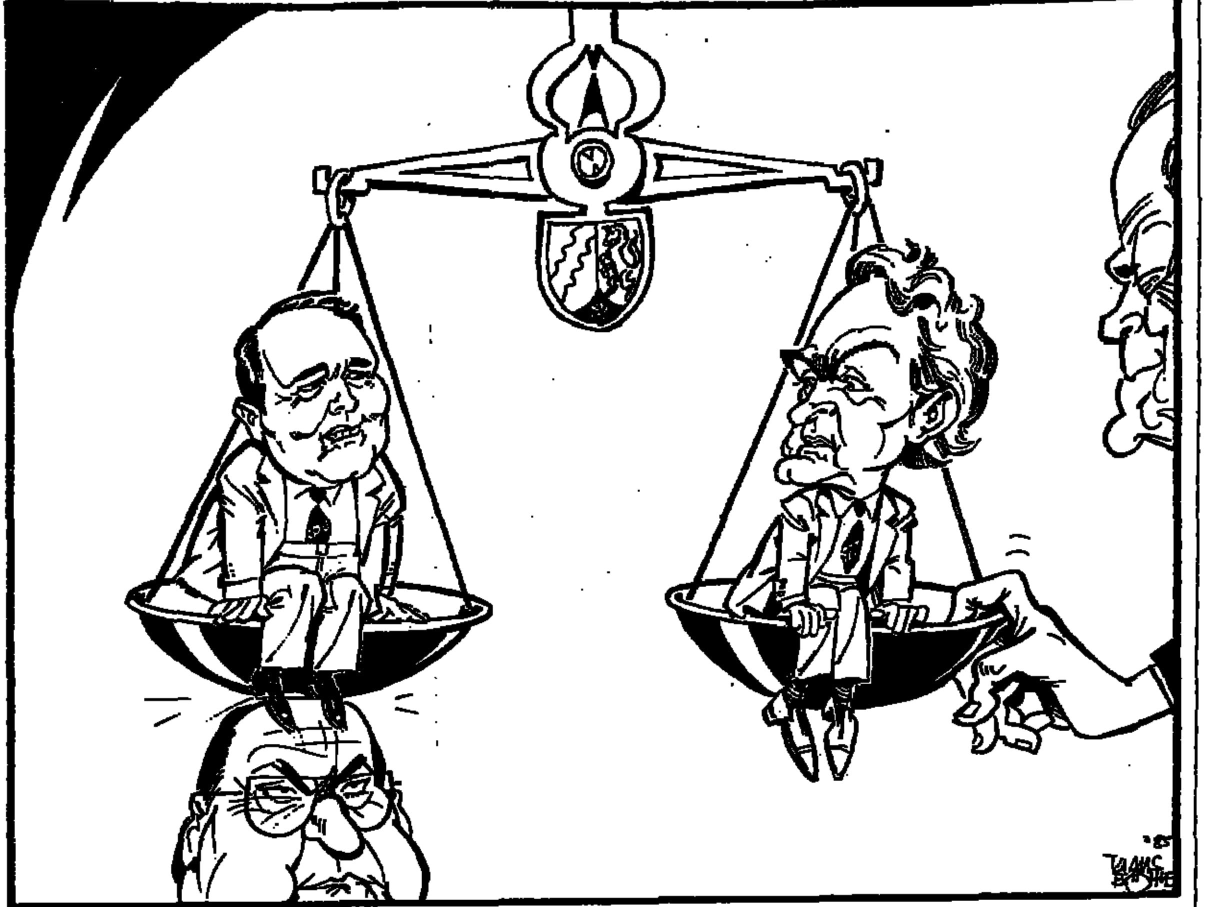
Von August Graf Kageneck

Das Studium der Ziele, die sich die französische Terrororganisation „Action Directe" am letzten Wochenende für ihre jüngsten Anschläge in Paris aussuchte, läßt nur scheinbar auf ideologische Konfusion in den Hirnen der Attentäter schließen. Ihre Bomben zerstörten eine jüdische Bank, das Büro der staatlichen Einwanderungsbehörde und die Redaktionsräume der rechtsgerichteten Zeitung „Minute". Gemeinsamer Nenner der Aktionen, so die „Erläuterungen" der Täter, ist der „Rassismus", der sich angeblich in Frankreich breitmacht.

Widersprüchlich? Durchaus nicht. In Frankreich wird seit einiger Zeit ungeheuer viel und meist Blödsinn zum Thema Rassismus vorgebracht. Seit Le Pen die straffere Regelung der Einwanderung ausländischer Arbeiter auf das Programm seiner „Nationalen Front" setzte, hören Schwarmgeister überall das Gespenst des Rassismus mit der Kette rasseln. Was für schlafende Hunde sie damit wecken, zeigt das Attentat gegen ein jüdisches Kino. In Frankreich gibt es keinen virulenten Antisemitismus, es sei denn, man redet ihn herbei.

Daß nun linke Gewalttäter gleichzeitig eine Le-Pen-geneigte Zeitung und eine jüdische Bank als rassistisch bekämpfen, zeigt, daß man ihn sogar herbeibomben will. Zwar beteuert die radikale Linke, daß sie mit der radikalen Rechten nicht in einen Topf geworfen werden dürfe. Aber es ist nicht überraschend, sondern bezeichnend, daß und wie der Antisemitismus hier als „Antizionismus" wieder auftaucht. Die Mordlust schließt allemal ihren Kreis.

Waren es nicht auch deutsche Rechte, die in den Lagern der linken Palästinenser ausgebildet wurden? Der Zusammenhang wird klar, wenn man das Ziel dahinter sieht. Wie in der Bundesrepublik oder Spanien will man auch in Frankreich das Volk verunsichern und die NATO destabilisieren. Vergessen wir nicht, daß es die „Action Directe" und die deutsche RAF waren, die im Januar den französischen General Audran und acht Tage später in Deutschland den deutschen Industriellen Zimmermann ermordeten.



Ausgangsposition KLAUS BÖHLE

Stimmung und Lage

Von Gerd Brüggemann

Der deutsche Export läuft auf hohen Touren. Die Wirtschaft schickt sich nach langem und hartem Winter an, den Anschluß an den Aufschwung des vergangenen Jahres zu gewinnen. Die Messe in Hannover, die große Leistungs- und Exportschau der Bundesrepublik, wird das eindrucksvoll demonstrieren. Sie wird einmal mehr eine Veranstaltung der Rekorde. Fast 7000 Aussteller – mehr als je zuvor – werden von Mittwoch an auf einer halben Million Quadratmetern in 23 Hallen und auf dem Freigelände ihre Produkte darbieten. Rund eine dreiviertel Million Besucher wird erwartet, besonders viele aus dem Ausland, um zu sehen, zu kaufen und zu verkaufen.

So wäre denn alles gerichtet für eine Messe der Superlative, hätte die Veranstaltung in Hannover nicht auch noch die Funktion eines Stimmungsbarometers in der Wirtschaft. Und diese Stimmung, obwohl ungleich besser als zu den entmutigenden Zeiten der sozial-liberalen Koalition, ist nicht so gut, wie sie angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren sein könnte. In Bonn stößt solche Feststellung immer wieder auf Verwunderung. Kann sich denn die Leistungsbilanz dieser Bundesregierung nicht sehen lassen?

Die Zahlen sind in der Tat ansehnlich. In den Jahren 1983 und 1984 stieg das Bruttosozialprodukt um 3,9 Prozent, mit einer deutlichen Beschleunigung im vergangenen Jahr. Auch 1985 dürfte das wirtschaftliche Gesamtergebnis trotz der Rückschläge durch den langen Winter über dem des Vorjahres liegen. Die Inflationsrate konnte auf ein Niveau gedrückt werden, das es zuletzt in den sechziger Jahren gab. Der feste Dollar beschleunigte die Exportentwicklung zum Boom. Aber auch im Inland hat sich die Nachfrage verstetigt. Es sieht ganz so aus, als werde die Vorhersage des Sachverständigenrates von einer kräftigen Investitionsgüterkonjunktur eintreffen. Auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen hat Fortschritte gemacht, die um so erstaunlicher sind, als sie vor drei Jahren niemand so schnell erwartet hätte.

Natürlich überdecken solche Gesamtzahlen, daß es weiterhin regionale und strukturelle Problembereiche gibt. Nicht alle Branchen und Landstriche werden von der Konjunktursonne gleichermaßen beschienen. Am Arbeitsmarkt, der weiterhin die größten Sorgen bereitet, konnte die Aufhellung der wirtschaftlichen Lage die Zunahme der Erwerbslosenzahlen nur bremsen, zu einer durchgreifenden Besserung reicht es noch nicht. Dennoch sind die Aussichten für die deutsche Wirtschaft auch für die kommenden Monate und Jahre gut, vor allem im internationalen Vergleich. Dies gilt um so mehr, als gerade die Messe in Hannover auch den Zweiflern zeigen könnte – so sie denn sehen wollen –, daß die Industrie der Bundesrepublik wieder und weiterhin in der Spitzengruppe der technologischen Entwicklung steht.

Woher dann also die unverkennbare Stimmungstrübung, für die es in den Daten so gar keinen Grund zu geben scheint? Vor allem läßt sich darin so etwas wie Enttäuschung ausmachen. Diese Bundesregierung war bekanntlich angetreten, um in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine Wende herbeizuführen; sie wollte den Kräften der sozialen Marktwirtschaft, denen der Wohlstand in diesem Land mehr als allen anderen zu verdanken hat, wieder freie Bahn verschaffen. Die Tätigkeit des Staates sollte auf ein unvermeidliches Maß zurückgenommen werden, um auch in Deutschland jene innovatorische Kraft freizumachen, die in den Vereinigten Staaten so Erstaunliches bewirkt hat. Leistung und Leistungsbereitschaft sollten sich wieder lohnen.



Die Signale stimmen nicht: Hannover-Messe FOTO: DPA

Nun soll gar nicht bestritten werden, daß in dieser Hinsicht manches geschehen ist. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage beweist es zur Genüge. Aber es beginnt sich der Verdacht zu regen, dies sei schon alles gewesen. Dabei hat Bonn noch nicht einmal richtig angefangen, die Ankündigungen, sofern sie denn überhaupt ernstgemeint waren, zu verwirklichen.

Zu recht zeigte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Joachim Langmann, sich jüngst irritiert über die Regierungspolitik. Kaum ist der riesige Schuldenberg, der in den Jahren sozial-liberaler Koalition angehäuft wurde, einigermaßen unter Kontrolle gebracht, ohne daß zu seinem Abbau schon etwas getan wäre, gewinnt die Verteilung sozialpolitischer Wohltaten schon wieder die Oberhand. Subventionen werden erhöht, nicht gekürzt. Die für 1986/88 geplante Steuerreform setzt falsche Akzente, und die dringend nötige Neugestaltung der Unternehmensbesteuerung wird vage für eine nächste Legislaturperiode in Aussicht gestellt.

So gut die Gründe für diese oder jene Handlung auch sein mögen, die Signale stimmen nicht. Niemand erwartet von der Regierung, daß alle Pläne in einem Zuge verwirklicht werden. Aber ein Konzept sollte schon vorhanden sein, eine Prioritätenliste, aus der hervorgeht, wie konkurrierende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele bewertet werden.

Eine Politik nach dem Motto, wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, wie sie gegenwärtig vor allem von den Unionsparteien verfolgt zu werden scheint, führt zwangsläufig zu Enttäuschungen. Überdies entsteht die Gefahr, daß der wirtschaftliche Aufschwung, der auch mit den Ankündigungen der Regierung zu tun hat und der sich auf der Messe in Hannover so eindrucksvoll manifestiert, wieder verspielt ist, bevor er sich wirklich gefestigt hat. Mit einer Politik der Grundsatztreue und der Festigkeit kann vieles gelingen. Mit einer Politik der Gefälligkeiten nichts.

IM GESPRÄCH Manfred Carstens

Rasierklinge und Lupe

Von Heinz Heck

Seit der Bonner Wende im Herbst 1982 macht Manfred Carstens (42) viel von sich reden, wenigstens einmal im Jahr: Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der Unionsfraktion, der er seither ist, führt er seine Mannen durch die aufreibenden Marathonsitzungen des Haushaltsausschusses – offenbar mit Geschick und Erfolg. Denn bei der Abstimmung in der Unionsfraktion zur Mitte der Legislaturperiode hat er jetzt mit das beste Wahlergebnis erzielt.

Das ist für einen „Haushälter" keine Selbstverständlichkeit. In Jahren sparsamer Etatführung und kleinster Zuwachsraten muß gerade er den verteilungswütigen Kollegen oft nein sagen können. Er tut es auch. „Mit Rasierklinge und Lupe" lautet sein selbstgewähltes Markenzeichen: Genau hinsehen und auch bei – gemessen an den dreistelligen Milliardenbeträgen des Bundeshaushalts – geringfügig erscheinenden Millionenposten zupacken.

Stoltenbergs wichtigste Einsatzreserve im Kampf um die Etatkonsolidierung sind die Haushälter der Koalition. Carstens hat Gerhard Stoltenberg vom ersten Tag an loyal unterstützt, allerdings nicht ohne eigene Akzente zu setzen. Als der Finanzminister zum Beispiel in der beginnenden Steuerreform-Diskussion mit Plänen zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle durch Steuererhöhungen an anderer Stelle (etwa bei der Mineralölsteuer) aufwartete, gehörte Carstens zu den Befürwortern der „Nettolösung", die sich gegen jede Steuererhöhung stark machten – übrigens mit Erfolg.

Seit man weiß, daß Stoltenbergs Steuer-Staatssekretär Hansjörg Häfele mit einem Wechsel an die Spitze der Bundesbank liebäugelt, fällt wie selbstverständlich der Name Carstens, wenn es um dessen Nachfolge in Bonn geht. „Man kann nicht an ihm vorbei", meint ein Bonner Insider. Dabei gilt auch schon als sicher, daß er mit dem derzeitigen Haushalts-Staatssekretär Friedrich Voss (CSU) die Plätze tauschen würde.



Sparkasse und Sparsamkeit: Haushälter Carstens FOTO: JUPP DARCHINGER

Carstens mit seinem nordischen Naturell ist nicht der Typ des Politikers, der sich immer und überall in den Vordergrund drängt. Er überzeugt lieber durch solide Arbeit. Auch in der Partei weiß er, was er will. Die vorläufig letzte Bestätigung hat er am Wochenende mit der Wahl zum Vorsitzenden des Landesverbandes Oldenburg (einer der drei selbständigen Verbände in Niedersachsen) gefunden.

In der CDU ist er seit nahezu einem Vierteljahrhundert aktiv. Seinen – sicheren – Bundestagswahlkreis Cloppenburg-Vechta hält der Katholik und Vater von drei Kindern seit 1972. Seither gehört er dem Haushaltsausschuß an. Als gelernter Sparkassenmann brachte er im sorgsamen Umgang mit anderer Leute Geld die richtige Einstellung und Erfahrung mit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt meint zum Wahlauftakt in Nordrhein-Westfalen:

Vier Wochen vor der Wahl: Die SPD gibt sich zuversichtlich. Siegessicher ist sie nicht. Übermut kommt vor dem Fall. Sie wittert die Chance der Mehrheit, doch Johannes Rau weiß, daß die „klaren Verhältnisse" nicht nur dadurch zu erreichen sind, daß pausenlos auf Bonn und Washington geschimpft wird, statt zu sagen, wie man es in NRW anders machen will – trotz des finanziell so geringen Spielraums ... Die CDU in NRW hechelt zur Stunde den Sozialdemokraten noch hinterher. Ihr Spitzenmann, der so redlich kämpft, wird in den eigenen Reihen mehr bedauert als gestützt. Das kann demoralisierend wirken, Bernhard Worms hat das nicht verdient. Aber es ist sein Schicksal.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie meint zum Reagan-Besuch:

Die Frage ist müßig, ob Präsident Reagan die Kritiker seiner Pläne durch den ergänzenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte beruhigen könnte. Derartige Überlegungen führen nur allzuschnell zu einem makabren Proporzdenken: Ein Soldatenfriedhof mit möglichst internationaler Belegschaft hier, ein Lagerbesuch da, und alles bleibt im Gleichgewicht.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung meint zum Bombenanschlag von Madrid:

In Spanien wurde eine dritte terroristische „Front" eröffnet. Zum baskischen Terrorismus und dem relativ marginalen der einheimischen „Marxisten-Leninisten" kommen heute die internationalen Killer aus dem Nahen Osten hinzu. Das ist ein neues Problem für die spanische Regierung, die darauf hoffen konnte, von dieser Seite her verschont zu bleiben, da sie vorzügliche Beziehungen zur gesamten arabischen Welt unterhält. Spanien im Gemeinschaftsrang? Vielleicht ist das der Preis, den es für sein politisches, wirtschaftliches und militärisches Zusammenfinden mit Europa zahlen muß. Die Terroristen selbst sind vielleicht verrückt und unverständlich, die Drahtzieher aber nicht unbedingt dumm.

FINANCIAL TIMES

Ein Kommentar der Londoner Wirtschaftszeitung befaßt sich mit der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit:

Überall in der Welt gibt es zögernde Zeichen eines Gezeitenwechsels im Denken von Regierungen über wirtschaftliche Angelegenheiten. Besonders die Vorstellung einer internationalen Abstimmung der Währungs-, Devisen- und sogar der Finanzpolitik kommt wieder behutsam aus dem Winkel der Schmähungen und der Lächerlichkeit hervor, in den sie seit fünf Jahren oder länger, wie es modisch war, verbannt worden war ... Der wichtigste Sinneswandel ist jener, der sich in der Regierung Reagan zu vollziehen scheint ... Die Gründe für diese neuentdeckte, wenn auch zögernde Bereitschaft, Außenstehenden zuzuhören, sind hinreichend offensichtlich. US-Politiker erkennen allmählich die Gefahren, die die übermäßige Stärke und die Instabilität des Dollar für ihre eigenen Wahlkreise darstellen ... Einige von ihnen sind wirklich beunruhigt über die Heftigkeit protektionistischer Stimmungen, die eine Kombination aus wirtschaftlichem Abschwung und der Überbewertung des Dollar zu entfesseln droht.

Des Deutschen altes Lieblingswort „verboten"

Der Perfektionismus am Beispiel der Zigaretten-Automaten / Gastkommentar von Joachim H. Knoll

Wenn Politiker nicht weiter wissen, nehmen sie Zuflucht zu höchstrichterlicher Rechtsprechung oder zu einem parlamentarisch „wasserdichten" Rechts- und Gesetzesperfektionismus, der das Vertrauen in die individuelle und gesellschaftliche Selbstkontrolle aufkündigt. Statt Liberalität, Spontaneität und Zutrauen in das Verantwortungsbewußtsein zu fördern, werden gesellschaftliche und individuelle Räume mit einem Netz von Vorschriften, Geboten und Verboten überzogen.

Wenn, so scheint die kurzschlüssige Argumentation, sich die Gesellschaft selbst nicht in Zucht nehmen könne, wenn Liberalität in Libertinage umzukippen drohe, dann muß auch die letzte Nische mit Vorschriften ausgefüllt werden. Dafür einige Beispiele.

Seit dem 1. April ist ein neues Jugendschutzgesetz in Kraft, das Jugendliche und Erwachsene an eine kürzere Leine nimmt, unter der falschen Prämisse freilich, daß das bisherige Gesetzesarsenal nicht mehr ausreichte, um einen wirksamen Jugendschutz sicherzustellen. Da wird die Aufstellung von Video-Automaten an öffentlich zugänglichen Plätzen untersagt, wiewohl die Automaten-Industrie durch eine funktionierende Selbstkontrolle „jugendgefährdende" Spiele ohnedies an diesen Orten nicht mehr anbietet.

Da wird die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften mit ihrer doch bewährten Spruch- und Indizierungspraxis entmachtet. Der Vertrieb von Videokassetten wird an eine Altersbegrenzung gebunden, deren Tauglichkeit die FSK in den vergangenen Jahren nicht hinlänglich unter Beweis stellen konnte. Da wird dem Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches, der gewaltverherrlichende oder -verharmlosende Publikationen vom Markt ausschließen konnte, durch eine neue und eher schwammige Form Rechtsunsicherheit gleichsam aufgebürdet.

Diese eilfertigen Gesetzesnovellierungen waren nicht notwendig. Das vorhandene Instrumentarium – so hören wir es auch aus renommiertem Juristenmund – war zureichend. Mit der Anwendung hingegen durfte man nicht zufrieden sein. Der Jugendschutz wird nun noch fester gezurrt: Mit einer gewissen Phasenverzögerung werden im Herbst die Getränkeautomaten vom öffentlichen Zugang ausgeschlossen. Am 17. April findet ein erstes Hearing vor dem entsprechenden Bundestagsausschuß im „Kampf um die Zigaretten-Automaten" statt.

Bedächtiger Sachverstand ist im Jugendschutz oft nicht gefragt, zumal dann, wenn er der vorgefaßten Meinung zuwiderläuft. Überdies hat Kritik an Gesetzesnovellierungen auch keine Wirkung gezeigt.

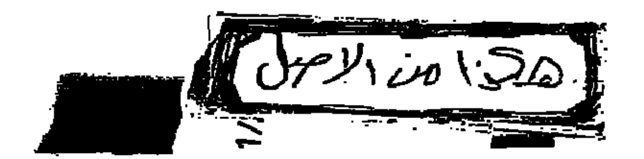
Daß es Argumente – ästhetische, medizinische, entwicklungspsychologische – für einen wirksamen Jugendschutz gibt, steht natürlich außer Frage. Aber es stört der nahezu blinde Perfektionismus, der auch den letzten Winkel juristisch besetzen möchte. In diesem Trend sind sich die Parteien, was wunder auch, nahezu brüderlich verbunden.

Nur gelegentlich noch taucht der Anruf der „Neuen sozialen Frage" auf, einst von Biedenkopf und Geißler als Wiedereinsetzung der individuellen Mündigkeit gefeiert. Eine Ausnahme freilich: Bei der Novelle zum Hochschulrahmen-Gesetz fiel zumindest das rhetorische Vertrauen in die Selbstregulation der Universitäten auf; die Bildungsministerin Wilms hatte nämlich gefordert, daß den Universitäten zur Wahrung ihrer Autonomie und damit auch zur Wahrung ihrer Forschungsinitiativen ein größerer Spielraum an Eigenverantwortlichkeit eingeräumt werden müsse – weniger Bürokratie solle gewagt werden. Doch gleichzeitig geht die zwanghafte Verrechtlichung weiter. Auch die CDU hat weithin ihre Versprechen auf mehr Pluralität und Eigenverantwortlichkeit und weniger staatliche Bevormundung vergessen, auch sie hat Teil am politisch verordneten und immer weiter fortschreitenden Entmündigungsprozeß.

Wo ist eigentlich die Stimme des „Generalisten", der mit der Richtlinienkompetenz zumindest in der Einhaltung der politischen Programmatik von einst Eindeutigkeit und Beharrlichkeit vorführen könnte? Das Ausschuß-Hearing, die Zigaretten-Automaten betreffend, ist ein Prüfstein von vielen auf dem Weg in den Regulierungsstaat. Denn was soll's? Wer rauchen will, kommt an Zigaretten – das hat sich sogar und gerade im Kriege gezeigt.

Allmählich gelangen wir an den Punkt, und wenn Zigaretten-Automaten ihn symbolisieren, wo Protest gegenüber dem Exzeß an staatlicher Bevormundung angesagt ist. Der Rechtsstaat, will er alles und jedes reglementieren, wird die gesellschaftliche Selbstregulation ersticken.

Professor Dr. Joachim H. Knoll lehrt Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung an der Ruhr-Universität Bochum



„Jetzt zeigen sie ihr häßliches Gesicht“

Terror und politischer Mord sind Alltag geworden in Mindanao. Die kommunistische „Neue Volksarmee“, die zur Revolution gegen Marcos ruft, richtet ihre Gewalt nun auch gegen das Volk, das sie „befreien“ will.

Von CHRISTEL PILZ

Schüsse peitschten durch das Morgengrauen von Calungan, einem Dörfchen im Norden von Mindanao. Männer in grünen Uniformen, ihre Gewehre im Anschlag, rannten von Haus zu Haus, einfachen Holz- und Bambusbauten. „Raus“, schrien sie, „alle zur Kapelle.“ Die Fremden gehörten zur kommunistischen „New People's Army“ (NPA). Die Dörfler gerieten in Todesangst. Manche taten wie geheißen, andere entwichen in ihre Gärten, versteckten sich, schlichen zwischen Bananen-, Kaffee- und Papaya-Stauden in das schützende Dickicht tropischer Vegetation. Hier hörten sie Schüsse und Schreie, den zerfetzenden Knall von drei Handgranaten, die die Angreifer in die Gruppe vor der Kapelle warfen. Über Calungan stiegen Flammen auf. Die Hinterlassenschaft der NPA: 19 Tote, 43 Schwerverletzte, verkohlte Häuser. Es war der 26. März.

Warum dieses wütende Morden, da die NPA doch bisher sehr sorgfältig darauf achtete, sich als Freund des Volkes (schließlich nennt man sich „Neue Volksarmee“) und bessere Alternative zum korrupten und in feudalistischen Strukturen erstarrten Regime von Präsident Marcos zu geben. Ihre Killerteams, die sie „Spatzen“ nennen, pflegten sie nur auf jene anzusetzen, die ihre Autorität mißbrauchen, die als Polizist, als Soldat, als Bürgermeister, als Dorfchef, als Geschäftsmann oder Beamter die Bevölkerung ausbeuten oder die den Militärs Informationen über die NPA zuspielen.

Es ist hier tödlich, das Volk zu tyrannisieren, es ist aber auch tödlich, gegen die NPA zu sein. In den größeren Städten Mindanaos wie Davao, Zamboanga, Cagayan de Oro, Cota Batu oder Butuan ist politischer Mord alltäglich geworden. Die Bevölkerung hat sich daran gewöhnt, sie ignoriert, was vor ihren Augen geschieht. Nur die Polizei und Journalisten führen Buch, wie viele es sind, die pro Tag oder Monat erschossen werden.

Die Killer sind nicht nur die „Spatzen“. Da sind auch die Militärs, die die „Spatzen“ und Kriminelle jagen, da sind Banden von Rauschgift-, Schmuggel- und Spielsyndikaten, Privatarmeen von Großgrund- und Plantagenbesitzern, von einflußreichen Politikern und Holzkonzessionären, da sind die Krieger fanatisch-militanter Sekten, die Christentum mit Mystizismus mischen und im Namen Gottes gegen die Gottlosen ausziehen. Zu einer dieser Sekten, die in den 70er Jahren gegründet wurden als Kampfgruppe zur Verteidigung von Land und Gut gegen die alteingesessenen Moslems, gehören die Dörfler von Calungan. Sie sind Anhänger der Tadtad-Sekte. Gott, so sagt ihr Führer Nene Butok, habe ihnen den Auftrag zum Kampf gegen die Kommunisten gegeben. Daher kooperieren sie mit den örtlichen Streitkräften, die die Tadtad-Kämpfer in die lokale Miliz integrierten.



Sechzehn Jahre bewaffneter Kampf gegen Marcos: Guerilleros der NPA in einem Lager bei Legazpi
FOTO: ROLAND NEVEU/STUDIO X

Da die Tadtads über ganz Mindanao verstreut 20 000 Anhänger zählen, einschließlich Frauen und Kinder, ist das eine Kampfkraft, mit der die NPA zu rechnen hat. Das erklärt das Massaker von Calungan. Aber warum beschränkten sich die NPA-Rebellen nicht auf ihre bislang übliche Praxis, die Bevölkerung zusammenzutreiben, ihnen Vorlesungen zu halten, sie zu warnen und einige ihrer Führer zu erschießen? So machen sie das, wenn sie stundenweise Städte und Dörfer besetzen. „Die NPA“, erklärt Pater Pimentel, ein katholischer Priester in Cagayan de Oro, der Hauptstadt der Provinz Misamis Oriental, „hat begonnen, ihr häßliches Gesicht zu zeigen.“

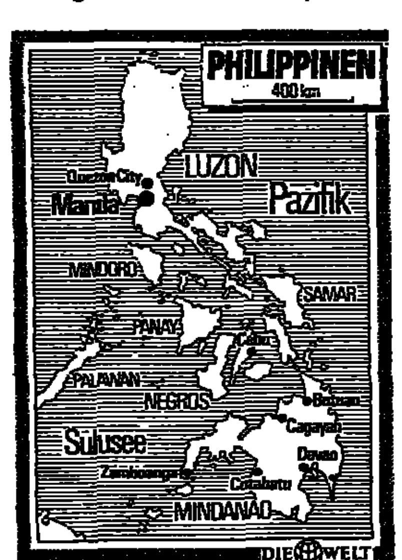
Bei seinen Reisen durch ländliche Gebiete machte Pater Pimentel kürzlich die Entdeckung, daß in sieben der 22 Bezirke der Provinz Misamis Oriental die dörfliche Bevölkerung um über die Hälfte gesunken ist. Die Bevölkerung ist in die Städte geflohen, aus Angst vor der NPA. Zum erstenmal kommen die Bauern selbst in das Haus des Bischofs, um Schutz vor den Kommunisten zu erbitten.

Pater Pimentel führt den Wandel im Stil und Verhalten der NAP darauf zurück, daß sie im letzten Jahr zu schnell gewachsen ist. Sie habe ihre materiellen und organisatorischen Kapazitäten überdehnt. In seiner Provinz, die noch bis vor einem Jahr friedlich war, habe die NPA weder Trainingslager noch eine eigene Ernährungsbasis. Ihre Kämpfer müssen sich ihre Versorgung erzwingen. Wer seine Steuern nicht zahlt oder sich weigert, Nahrungsmittel abzugeben, sieht ein Gewehr auf sich gerichtet.

Abgaben aller Art treffen die Dörfler mehr denn je. Sie spüren die Folgen der nationalen Wirtschaftskrise. Zudem müssen sie an Indoktrinations-Sitzungen teilnehmen, in denen die unbestreitbaren Übel und Laster des Marcos-Regimes dargelegt und nach der „Revolution des Volkes“ gerufen wird. Die Dörfler werden aufgefordert, nicht länger an Gott zu glauben und ihre Kinder statt in die Schulen zu schicken der Schulung der NPA zu übergeben. So ist das in Misamis Oriental. Andere Gegenden Mindanaos zeigen ein ähnliches Bild.

„Das gibt uns die Chance, die Bevölkerung zurückzugewinnen“, sagt Brigadegeneral Jaime Echeverria, Kommandeur der den Südosten Mindanaos umfassenden elften Militär-Region. Das Hauptquartier liegt in Davao City. Es ist eine Provinz, die in den 50er Jahren Hunderttausende von Siedlern aus anderen Inseln der Philippinen anzog und seit längerem als Hochburg der Kommunisten gilt. Einer der Gründe liegt in der skrupellosen Landexpansion der Marcos-Günstlinge. Mit von Marcos unterzeichneten Dekreten und persönlichen Instruktionen erweiterten sie ihre Ländereien und machten aus den Plantagen riesige Monokulturen, vorwiegend Kokosnuß und Bananen. Unzählige Kleinbauern wurden vertrieben. Wo sie nicht freiwillig gingen, holten die Marcos-Freunde die Militärs zu Hilfe. Die Bauern verloren Land und Einkommen. Im besten Fall wurden sie Arbeiter unter den neuen Eigentümern.

Die Militärs gerieten in den Ruf, mit den Ausbeutern unter einer Dekke zu stecken und sich zu bereichern. Manche Offiziere hatten durchaus nichts dagegen, ihren mageren Sold kräftig aufzubessern. Andere, die sich weigerten, wurden strafversetzt. Die Militärs wurden demoralisiert, politisch mißbraucht.



Die Marcos-Günstlinge haben ihren direkten Draht zum Palast. Obendrein haben sie politische Macht. Einer ist Gouverneur einer Provinz. Ein anderer war bis vor kurzem Regionsvorsitzender der Marcos-Partei „Neue Gesellschaft“. Armut und Ungerechtigkeit haben Scharen von Bauern, Arbeitern und Intellektuellen in die Arme der NPA oder in den Untergrund zur „Kommunistischen Partei der Philippinen“ (CPP) getrieben. Doch die überwiegende Mehrheit derer, die NPA und CPP zuliefen, will keineswegs den Kommunismus, sondern nur ein Ende des Marcos-Regimes.

Ein Beispiel ist Managan, ein einsam gelegenes Dorf inmitten einer Hügellandschaft. Die letzten drei Jahre stand das Dorf unter der Kontrolle der NPA. Dann hatten die Dörfler es satt. Sie fragten die Militärs um Hilfe. Als die Soldaten Echeverrias kamen, verzog sich die NPA. „Wir sind dankbar“, sagten mehrere befragte Bauern, „daß wir die Soldaten haben. Aber wir haben Angst, wenn sie wieder gehen.“ „Wir werden ihnen eine Miliz aufbauen“, verspricht Echeverria, „aber unsere Hauptaufgabe muß sein, die Anhänger und Kämpfer der NPA zurückzugewinnen.“

Wie, das demonstriert der Kommandeur der in Davao stationierten Marinebrigade, Oberst Biazon, ein Mann, der aus den Slums von Manila stammt, der sich aus eigener Kraft hochgearbeitet hat, der den Versuchungen der Bereicherung widerstand und den die Bevölkerung von Dabao City aufrichtig verehrt. Ein Gespräch mit einer wegen Subversion eingesperrten Studentin hat Biazon dazu bewegt, die Bevölkerung aufzuklären, was geschieht, wenn die Kommunisten die Macht übernehmen. „Warum all die boat-people aus Vietnam, warum die Freiheitsschwimmer aus China, warum die Berliner Mauer?“ fragt Biazon in seinen Reden vor Schülern und Studenten, vor Arbeitern, vor Rotariern und Politikern, vor Hausfrauen-Clubs, vor den Menschen in den Dörfern. Er betont, daß es das Recht eines jeden sei, gegen die Regierung zu sein, aber er warnt vor der Gewalt.

Langer spielt sich in das Geschichtsbuch der Golfer

Die „Masters“ zu gewinnen, ist der Traum eines jeden Golfers. In fünfzig Jahren gewannen nur zwei Nicht-Amerikaner dieses Turnier im amerikanischen Augusta. Jetzt siegte erstmals ein Deutscher: Bernhard Langer.

Von FRITZ WIRTH

Als der junge Mann am Sonntag zur letzten Runde des Golfturniers in Augusta erschien, hatte er Rot angelegt: Rotes Hemd, roten Pullover, rote Hose. Die Kommentatoren des amerikanischen Fernsehens sahen ihn und wußten gleich, wie sie diesen jungen Mann ihren Zuschauern verkaufen sollten: Sie tauften ihn eher spöttisch denn liebevoll „The Red Baron“ (Der rote Baron).

Als dieser junge Mann vier Stunden später wieder im Clubhaus eintraf, legten sie ihm, teils bewundernd, teils überrascht, ein grünes Jackett über seinen grellroten Dreß und priesen ihn als einen der besten Golfspieler der Welt.

Denn in diesen vier Stunden hatte sich in Augusta, Georgia, eines der bemerkenswertesten Sportdramen des Jahres ereignet. Bernhard Langer, kein „roter Baron“ sondern der sympathische und bescheidene Sohn eines Maurermeisters aus der Nähe von Augsburg, hatte die „Masters“ gewonnen, eines jener „Classics“ im internationalen Sport, die aus Golfspielern Weltstars machen.

Die „Masters“ zu gewinnen ist der Traum der Golfelite dieser Welt. Die Sieger dieses Turniers werden für den Rest ihres Lebens Teil des Internationalen Golfadels. Der junge Maurersohn aus Augsburg ist nach einem Dutzend großer Siege in Europa finanziell bereits seit einiger Zeit ein gemachter Mann. Mit dem gestrigen Sieg in Augusta ist er für den deutschen Golf das, was ein Max Schmeling im Boxen und ein Fritz Walter im Fußball war. Er ist zu einer Figur für die Geschichtsbücher des Sports geworden.

Seit 1936 werden die „Masters“ gespielt. In diesen knapp fünfzig Jahren konnten bisher nur zwei Nichtamerikaner das Turnier gewinnen: der Südafrikaner Gary Player und der Spanier Severiano Ballesteros. Die „Masters“ sind das Turnier, auf dem Männer wie Billy Caspar, Jack Nicklaus, Arnold Palmer und Tom Watson ihre Namen zu Golflegenden veredelten.

Bernhard Langer hat in den letzten fünf Jahren in Europa fast alles gewonnen, was im Golf zu holen ist. Die internationalen Meisterschaften von Spanien, Italien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Irlands und der Niederlande. Sein großer Traum jedoch war bisher unerfüllt geblieben: einmal eines der großen, der klassischen Turniere zu gewinnen, wie die Britischen Offenen Meisterschaften, wo er in den letzten vier Jahren zweimal Zweiter wurde, oder eben die „Masters“. Die grüne Clubjacke des „Augusta National Golf Club“, die ihm nach dem Sieg umgehängt wurde, ist eine der ältesten und begehrtesten Sporttrophäen in Amerika. „Wir sind stolz, Sie als neues Mitglied unseres Clubs begrüßen zu dürfen“, sagte der Clubpräsident nach dem Sieg Langers. „Dieses Jackett berechtigt Sie bis zum Lebensende, an jedem unserer Masters-Turniere teilzunehmen.“

Was den Golfsieg Langers so bemerkenswert macht: Er gewann auf dem fraglos schwierigsten und tükkischsten Golfplatz der Welt, auf dem in den letzten 50 Jahren Dutzende von Golfkarrieren zusammengebrochen sind und harte, ausgekochte Golfprofis das Weinen gelernt haben. Die Platzeinheit beträgt 72 Schläge. Wer sie erreicht, geht bereits stolz wie ein König vom Platz.

Langer gelang das Kunststück, das Turnier mit sechs Schlägen „unter Par“, also sechs unter Platzeinheit zu beenden. „Damit sollte endgültig die Legende begraben sein, der Langer könne nicht putten“, sagte er nach dem Sieg mit berechtigtem und selbstzufriedenem Stolz.

Es ist ein unbarmherziger Golfkurs. Wer auf diesem Gelände nicht über einen absolut zuverlässigen „Drive“, also Treibschlag verfügt, ist chancenlos. Der Kurs ist mit 44 Bunkern und einem Dutzend Seen bestückt. Dazu sind die Löcher auf den Grüns mit teuflischer Boshaftigkeit so angelegt, daß sie den Zauderer bestrafen und dessen Bälle im Wasser landen lassen und den Waghalsigen „ausknocken“. Dutzende von Bällen verschwanden in Gräben, Bächen und zwischen den Bäumen.



Bernhard Langer: Sieger mit 282 Schlägen
FOTO: AP

Das Turnier hatte für Langer nicht verheißungsvoll begonnen. Nach zwei Tagen lag er mit Runden von 72 und 74 Schlägen zusammen mit 14 anderen Spielern auf dem 25. Platz. Der Durchbruch kam am Samstag, als ihm auf dem 13. Grün ein „Eagle“, also zwei Schläge „unter Par“, gelang. Langer spielte mit 68 Schlägen die beste Runde des Tages und ging am Sonntag an dritter Stelle liegend zusammen mit seinem alten Rivalen Ballesteros in die letzte Runde.

Bis dahin waren diese „Masters“ das Turnier eines Mannes gewesen, das des Curtis Strange, der mit einer Gewinnsumme von 337 000 Dollar in diesem Jahr bisher der erfolgreichste amerikanische Golfer ist. Strange hatte am Donnerstag mit einer katastrophalen Runde von 80 Schlägen begonnen und unverzüglich eine Rückfahrkarte gebucht. Er war sicher, daß er sich nicht mehr für die letzten zwei Runden qualifizieren würde. Dann gelang ihm am zweiten Tag eine sensationelle Runde von 65 Schlägen, und mit einer Platzrunde von weiteren 68 Schlägen lag Strange am Samstag abend plötzlich zusammen mit Raymond Floyd in Führung. Beide gingen als hohe Favoriten am Sonntag mittag in die letzte Runde. Gute Chancen wurden ferner Ballesteros, Nicklaus und Watson eingeräumt. Von Langer sprach niemand.

Langer war für die letzte Runde mit Ballesteros gepaart. Es ist kein Geheimnis: Sie sind nicht unbedingt die engsten Freunde. Es existiert zwischen ihnen eine mehr oder minder respektvolle Rivalität. Für beide ging es an diesem Nachmittag nicht nur um die grüne Siegesjacke, es ging auch darum, wer denn zur Stunde die Nummer eins in Europa ist.

Der Augsburger hatte einen ruhigen Start. Die ersten neun Löcher dieses Platzes in Augusta liegen ihm nicht so gut wie die neun Löcher der Rückrunde. Langer und Ballesteros beendeten die ersten neun Löcher mit einem „Birdie“ und lagen damit in der Gesamtrunde drei unter Platzeinheit. Derweil jedoch zog Strange einem uneinholbar scheinenden Sieg entgegen und ging bis zum zwölften Grün mit sieben „unter Par“ in Führung.

Das Drama begann am 13. Grün. Langer gelingt ein „Birdie“. Er setzt sich zum ersten Mal mit vier „unter Par“ von Ballesteros ab. Und baut diesen Vorsprung bis zum 17. Grün auf sieben „unter Par“ aus. Zu gleicher Zeit erlebt der führende Strange seinen Zusammenbruch. Vor dem 13. Grün landet sein Ball im Bach. Er braucht zwei Schläge, ihn wieder herauszuholen. Und fällt auf fünf „unter Par“ zurück. Am 15. Grün liegt Strange mit Langer nur noch gleichauf und am 17. Grün beginnen die Amerikaner bereits, Langer als den Sieger zu feiern. Er geht mit zwei Schlägen Vorsprung an den letzten Abschlag, schlägt den Ball zwar zum ersten Mal an diesem Tag in einen Bunker und fällt auf sechs „unter Par“ zurück, dennoch reicht es zum sicheren Sieg. Strange hätte das 18. Loch in drei Schlägen finden müssen. Er benötigte jedoch fünf.

Unwürdiger Streit in Berlin um KZ-Besuch

AL für Sachsenhausen, Koalition beharrt auf Bergen-Belsen

hrk. Berlin

In einer für den Ruf Berlins abträglichen und schädlichen Weise liegen die Berliner Parteien seit drei Wochen darüber im Streit, wie eine Gedenkveranstaltung zum 8. Mai 1945 gestaltet und welches ehemalige KZ dabei aufgesucht werden soll. Die AL will in das bei Oranienburg („DDR") gelegene Sachsenhausen fahren. Union und FDP beharren auf Bergen-Belsen, sind andererseits jedoch bereit, der AL-Forderung nach einem Auftritt des früheren, vor allem aus APO-Zeiten bekannten FU-Professors Ossip K. Flechtheim nachzukommen. Heute soll der Ältestenrat des Parlaments entscheiden.

Das unwürdige Tauziehen um die Gedenkstunde – zumal in Berlin, dem historischen Ausgangspunkt der NS-Verbrechen – gibt einen Vorgeschmack über den denkbaren künftigen Stil im neuen Abgeordnetenhaus, das übermorgen zu seiner ersten Sitzung zusammentritt. Der Streit belegt zugleich das Konkurrenz-Denken zwischen AL und SPD, das selbst vor derart brisanten Themen nicht haltmacht. Die CDU ist jetzt bezüglich des AL-Wunsches nach einem „eigenen" Redner kompromißbereit, um den politischen Eklat nicht noch zu verschärfen.

Die peinlichen Auseinandersetzungen begannen mit öffentlichen Überlegungen der Alternativen, an der Gedenkfeier müßten alle vier Siegermächte, also auch hohe sowjetische Repräsentanten, teilnehmen. Darauf einzugehen hätte bedeutet, möglicherweise einen sowjetischen KP-Funktionär oder Militär am Rednerpult des frei gewählten Berliner Abgeordnetenhauses zu erleben.

Schließlich schien man sich am 25. März auf der Ebene der vier Fraktionschefs geeinigt zu haben: Am 7. Mai, 11 Uhr, sollten bei einer Gedenkstunde – neben Präsident Peter Rebsch (CDU) der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der britische Ex-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland Sir Frank Roberts, als Vertreter der Schutzmächte, und der Berliner Politologe Professor Richard Löwenthal sprechen.

Einen Tag später, am 8. Mai, sollte dann eine Berliner Politiker-Delegation – Senatoren und Abgeordnete – in „einem" Konzentrationslager einen Kranz niederlegen. Während die AL schon damals nach Sachsenhausen fahren wollte, hatten sich CDU, FDP und SPD darauf verständigt, Berliner Teilnehmer an der Bundestags-Sondersitzung und direkt aus Berlin anreisende Politiker sollten sich in Bergen-Belsen treffen.

Weil dort jedoch wegen der abendlichen Gedenkstunde im Kölner Dom für die Ehrung lediglich rund 45 Minuten an Zeit geblieben wären, sprach die AL von „Bewältigungs-Tourismus" und beharrte auf Sachsenhausen. Dies hätte jedoch vermutlich zu erheblichen politischen Verwicklungen an der Grenze zur „DDR" geführt: Denn die Ost-Behörden lassen seit Wochen keine AL-Mitglieder passieren und hätten teilnehmende CDU-, FDP- und SPD-Vertreter gezwungen, bei verweigerter AL-Einreise aus Solidarität das Unternehmen aufzugeben und umzukehren. Überdies verwies CDU-Fraktionschef Dankward Buwitt darauf, Sachsenhausen sei nach der Befreiung zur „Todesstätte" vieler anderer Deutscher, diesmal unter einem kommunistischen Regime, geworden.

In der vergangenen Woche brach der Streit dann in einer Präsidiumssitzung des Abgeordnetenhauses offen aus: Fünf Parlamentarier, darunter ein Sozialdemokrat, stimmten für den schon vereinbarten Ablauf (ohne Flechtheim, mit Bergen-Belsen), der AL-Vertreter sagte nein, und Vizepräsident Alexander Longolius (SPD) enthielt sich der Stimme. Bisheriger Höhepunkt der Querelen war dann anderntags der AL-Beschluß, die gesamte Gedenkveranstaltung zu boykottieren, falls es keinen Kompromiß gebe.

Der jüngste Stand lautet nun: Eine Berliner Delegation reist – nach der Gedenkstunde mit Flechtheim – schon am 7. Mai im Bus direkt nach Bergen-Belsen. Man reist also nicht nach Bonn weiter oder von Bonn aus an. Der Kompromiß setzt voraus, daß die anderen, bisher nicht befragten Redner nun ihrerseits Flechtheim als „Co-Referenten" akzeptieren.

Bei Wahlkampfkosten ist SPD Spitzenreiter

Steuerzahlerbund empört über Pläne der NRW-Grünen

ULRICH REITZ, Bonn

Die nordrhein-westfälischen Grünen wollen nach Angaben ihres Landesgeschäftsführers Thomas Hoof einen Teil ihrer Wahlkampfkostenerstattung möglicherweise für die Ausstaffierung eines „Dritte-Welt-Fonds" verwenden. Dies sei aber noch nicht entschieden. Bereits heute stünde jedoch fest, daß „wir für den Wahlkampf nur 3,50 Mark pro Wähler vereinnahmen werden". Über den Verbleib des Restbetrages von 1,50 Mark – von 1984 an wird den Parteien für jeden Wahlberechtigten eine Erstattung von fünf Mark gezahlt – „werden wir nach der Wahl entscheiden".

Der Bund der Steuerzahler hat auf diese Ankündigung mit Entrüstung reagiert. „Dieser Plan ist rechtswidrig", erklärte der Düsseldorfer Pressesprecher des Bundes, Heinz-Josef Simons. Er verweist auf das Parteiengesetz, wonach ausschließlich die „Kosten eines angemessenen Wahlkampfes" erstattungsfähig sind. Bei einem „Dritte-Welt-Fonds" handle es sich jedoch nicht um eine zweckgebundene Verwendung der Erstattung, die schließlich von den Steuerzahlern dafür, „aber auch nur dafür" aufgebracht werde.

Die Befürchtung der SPD, der Landtagswahlkampf werde zu einer „Materialschlacht" ausarten, erweist sich als Fehlprognose. Mit rund 19 Millionen Mark werden die Parteien lediglich zwei Millionen Mark mehr für die Wählerwerbung ausgeben als 1980.

Eine beträchtliche Kostensteigerung verzeichnen lediglich die Sozialdemokraten selbst. Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer der SPD, beziffert zunächst die Wahlkampfkosten seiner Partei auf 8,3 Millionen Mark, so viel wie 1980. Aber: Nicht einbezogen in diese Summe seien die Kosten für Zeitungsanzeigen, die bei der vergangenen Landtagswahl mit 1,8 Millionen Mark zu Buche geschlagen hätten, teilte Hombach auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf mit.

Um diese 1,8 Millionen Mark wird die SPD ihren ursprünglich anvisierten Kostenrahmen – 8,17 Millionen Mark für die „heiße Phase" vom 12. April bis zum Wahltag, den 12. Mai – übersteigen.

Eine Rechtfertigung für diese „Kostenexplosion" hält Peter Schellschmidt, Sprecher der SPD, jedoch schon in der Hinterhand bereit. Die SPD werde mehr ausgeben müssen, um einer möglicherweise von der CDU entfachten Materialschlacht – besonders durch Inserate – Paroli bieten zu können.

Zwischen sieben und acht Millionen Mark wollen die Christdemokraten für ihren Wahlkampf ausgeben. 1980 waren es 6,6 Millionen. „Wie schon im letzten Wahlkampf werden wir damit rund zwei Millionen weniger ausgeben als die SPD", erklärte der Pressesprecher der CDU, Friedhelm Görgens.

Nach Angaben von Wahlkampforganisator Eberhard Schmiedel wird die FDP mit 1,5 Millionen 400 000 Mark weniger ausgeben als 1980. Bei den Grünen werden es nach Mitteilung Hoofs „deutlich über eine Million Mark" sein. Eingeplant seien lediglich 950 000 Mark gewesen.

Weil die Parteien „aus der Erstattung wesentlich mehr bekommen, als sie ausgeben" – der Plan der Grünen liefere einen Beleg – plädiert der Bund der Steuerzahler dafür, die Wahlkampfkostenpauschale wieder auf mindestens 3,50 Mark pro Wähler zu senken. Die Parteien sollten nach Meinung Simons die Initiative zur dazu notwendigen Änderung des Wahlkampfkostengesetzes, das die automatische Anpassung der nordrhein-westfälischen Erstattungssätze an die Bundessätze vorsieht, selbst aufbringen, „um das Negativ-Image der verdeckten Parteienfinanzierung über die Kostenpauschale zu beseitigen", erklärte Simons. Schon 1980 hätten die Schatzmeister mehr als das Doppelte der tatsächlichen Ausgaben als Erstattung zurückerhalten (bei 16,6 Millionen 41,9 Millionen Mark) – und das bei einer Pauschale von nur 3,50 Mark.

CDU und SPD weisen den Vorschlag des Steuerzahlerbundes einhellig zurück. Bei dessen Kostenkalkulation handle es sich um eine „Milchmädchenrechnung", so Schellschmidt, und: „Man kann nicht so tun, als ob nur drei Monate lang Wahlkampf wäre", unterstützt ihn Görgens. Der Bund berücksichtige nicht die Kosten, die für die Vorbereitung der Wahlkämpfe anfielen.

Worms baut auf die Erfolge Bonns in der Wirtschaftspolitik

Wahlkampf in NRW geht in die entscheidende Phase / „Mobilisierung" heißt die Parole

WILM HERLYN, Düsseldorf

Im Kampf um die Macht in Nordrhein-Westfalen haben die Parteien jetzt begonnen, alle Kräfte zu mobilisieren. Sie wissen, daß die Entscheidung letztlich dadurch bestimmt wird, wer seine Anhänger und Sympathisanten stärker aktivieren und motivieren kann. Dabei denkt vor allem die CDU an die für sie schmerzliche Tatsache, daß sie es im Landtagswahlkampf 1980 nicht verstanden hatte, alle ihr möglichen Stimmen auf sich zu vereinigen: Bei der Abrechnung stellte sich am Wahltag heraus, daß nahezu 400 000 der CDU nahe stehende Bürger sich schlicht verweigert hatten.

Vertrauen in die Freundschaft mit Kohl

Die Gründe dafür sind mannigfaltig, zu den wichtigsten zählte die von der SPD betriebene Polarsisierung. Im Vorfeld der Bundestagswahl im Herbst bauten die Sozialdemokraten damals ein Freund/Feind-Verhältnis auf, daß sie an den Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß festmachten. Und zu dem Ergebnis trug auch die Entgleisung der SPD bei, die dem Wähler eine „Krieg oder Frieden"-Entscheidung abverlangte. Damals wurde die Landtagswahl ganz in den Dienst der Bundespolitik gestellt. Johannes Rau, der Ministerpräsident, segelte im Windschatten von Helmut Schmidt auf einer Erfolgswoge.

Diese Vorgeschichte und die Erkenntnisse daraus prägen auch das Verhalten der Parteien in diesem Wahlkampf. Bernhard Worms, der Spitzenmann der CDU, kehrt die Verhältnisse von 1980 um: Er vertraut auf seine persönliche Freundschaft zu Bundeskanzler Helmut Kohl, und er vertraut auf das Bewußtsein der Bürger, die der Union in den wichtigsten Fragen der Politik, nämlich der Sanierung der Finanzen und des wirtschaftlichen Aufschwungs, eine größere Kompetenz zuweisen. Entsprechend setzt die CDU darauf, daß das wirtschaftliche Schicksal des strukturschwachen Ruhrgebiets und die Arbeitslosigkeit ein zentrales Thema des Wahlkampfes sein muß.

Die SPD setzt auf Popularität von Rau

Die in den Ansätzen erkennbaren Erfolge der CDU/FDP-Regierung in Bonn gerade auf diesem Gebiet läßt die nordrhein-westfälische CDU hoffen, daß sie den Nerv der Wahlbevölkerung – immerhin zwölf Millionen Bürger, das entspricht einem Drittel aller wahlberechtigten Bundesbürger – trifft. „Aufschwung nur mit uns" heißt die selbstbewußte Parole, der die SPD ein klassenkämpferisches „Aufschwung: Nur mit allen Bürgern" entgegengesetzt. Bewußt unterstreicht sie „allen", um zu suggerieren, die CDU hätte nur einen Aufschwung für eine bestimmte Klientel im Sinn.

Ähnlich verfährt die SPD auch mit ihrem Slogan „Sozial bleiben, weil sonst das Menschliche stirbt". Sozusagen subkutan impfen damit die Sozialdemokraten ein, nur sie seien sozial – oder um es mit Johannes Rau zu formulieren: „Wir in Nordrhein-Westfalen sind das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland."

Nun ist die SPD in ihren Wahlkampfmitteln nicht gerade zimperlich – wie schon der 80er Wahlkampf bewies. Mit zwei Pfunden will sie wuchern: mit der Beliebtheit von Johannes Rau, die auch bei CDU-Anhängern unbestritten ist und die der Westdeutsche Rundfunk freitäglich genüßlich aufbereitet, wenn er seine wöchentliche Infas-Umfrage bekanntgibt. Danach „hängt" Bernhard Worms in der Skala der Bekanntheit bei 30 Prozent, ein Wert, den auch der FDP-Spitzenkandidat Achim Rohde erklimmt, während Rau hingegen mit 60 Prozent über den beiden thront. Das zweite Pfund sind die Emotionen, die zumindest bislang die Sozialdemokraten besser zu wecken verstehen. Nicht nur mit Slogans, auch mit Wahlkampfauftakten wie jetzt in Dortmund, die eher Familienfesten gleichen oder einem bunten Rummel. Doch dabei – und das wissen die geschickten Strategen um Rau – schnuppern die von weit mit Bussen herangekarrten SPD-Anhänger Basisnähe, Schulterschluß, Mutmachen für die kommenden vier Wochen bis zur Wahl. Das gemeinsame Erlebnis und Erleben soll sie stark machen – den Genossen aus Essen wie aus Rheine, aus Köln oder Minden. Die Regie schwenkt um vom „Bruder Johannes" auf den „Landesvater Johannes Rau" – wie Lichtbänder in der Dortmunder Westfalenhalle signalisieren.

Volle Identifikation von Partei und Land heißt die Devise. Das lernten die Sozialdemokraten ausgerechnet von der bayerischen CSU. Die hatte es geschickt schon in den 70er Jahren verstanden, ihrer Partei ein jugendliches, frisches Image zu geben, gleichzeitig aber auch sich selbst und Bayern schier unzertrennlich zu koppeln. Eine nahezu perfekte Einheit. Zwischen Rhein und Weser heißt es in Anlehnung daran „Wir in Nordrhein-Westfalen" oder „Eine Partei, die zu diesem Land paßt". Peter Schellschmidt, der von der Bonner Zentrale für den Landtagswahlkampf ausgeborgte Sprecher, gibt denn auch unumwunden zu, aus dem bayerischen Beispiel Lehren gezogen zu haben.

Welche Lehre die CDU hingegen aus dem Erstaunen vieler Beobachter zieht, daß Bundeskanzler Helmut Kohl am Wochenende bei der Eröffnung des westfälischen CDU-Wahlkampfes fehlte, ist noch unbekannt. Zwar hob Kohl vor drei Wochen die Startfahne für die rheinische CDU in Köln, aber seine Abstinenz jetzt in Bochum spielt der SPD das Argument in die Hand, Kohl setze sich – angesichts einer angeblich drohenden Niederlage – jetzt schon vorsichtig ab.

Dieser Eindruck allerdings ist falsch: Denn der Kanzler wird auch im Revier mehrere Termine wahrnehmen und wie kein Amtsvorgänger jemals in den nordrhein-westfälischen Wahlkampf eingreifen. Im Bonner Adenauer-Haus wird die Spekulation entrüstet abgewiesen, Kohl nehme sogar einen SPD-Sieg in Düsseldorf in Kauf, um bei der Bundestagswahl 1987 ein Negativbeispiel sozialdemokratischer Regierungsverantwortung zu haben. Dafür spricht auch, daß Kohl in einer massiven Plakatierungsaktion zwei Wochen vor dem 12. Mai um Vertrauen für Bernhard Worms werben wird.

Statt Kohl kam der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am Wochenende nach Bochum – nicht als Einpeitscher, wie viele vermutet hatten, sondern als Mutmacher. Er zeigte auf, daß Johannes Rau und sein Vorgänger Heinz Kühn mehr als 19 Jahre Zeit hatten, aus Nordrhein-Westfalen ein modernes Industrieland mit krisensicheren Arbeitsplätzen zu machen. Lothar Späth in Baden-Württemberg nutzte diese Chance – obgleich seine Startbedingungen ungleich schlechter waren, vergleicht man allein die Infrastruktur beider Bundesländer.



Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und sein Herausforderer Bernhard Worms (CDU) FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Die Parolen von der „Neuen Armut"

Geißler warf der SPD vor, sie habe sich in den letzten Jahren zu einer Partei „des Neides und des Klassenkampfes" entwickelt. Sie beweise mit ihren Parolen von der „Neuen Armut" eine „miese sozialistische Moral". Er sagte: „Es ist unmenschlich, erst 2,3 Millionen Menschen arm zu machen, um sie dann aufzubetzen, wenn die SPD in der Opposition ist."

Worms warf seinem Kontrahenten Rau vor, er stelle die Sache der Partei in den Vordergrund, wenn er NRW zu einer „sozialistischen Trutzburg" machen wolle. Er und Kurt Biedenkopf, der westfälische CDU-Vorsitzende, versprachen einen „Neubeginn für das Land" nach dem 12. Mai.

Auch der Generalsekretär vermochte sich der Magie von Umfragen nicht zu entziehen: Nach Berechnungen des Adenauer-Hauses werde es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben: SPD zwischen 45 und 47 Prozent, CDU und FDP zusammen 48 Prozent, Grüne um fünf Prozent.

Wischnewski bei Demonstrationen

p. p. Bonn

Im Vorfeld des Deutschland-Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan und des Bonner Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai blasen die Gegner der amerikanischen Regierungspolitik zu Gegendemonstrationen. Ungewöhnlicherweise gehören auch die SPD-Spitzenpolitiker Hans-Jürgen Wischnewski und Oskar Lafontaine zu den Repräsentanten einer Anti-Reagan-Veranstaltung: Beide werden auf einer von Juso-Gruppen initiierten Veranstaltung in Neustadt (Weinstraße) parallel zur Hambacher Rede des Präsidenten vor deutschen Jugendlichen auftreten. Im Aufruf zu ihrer Demonstration heißt es unter anderem: „Wir empfinden es als Mißachtung der demokratischen Traditionen in Deutschland, daß die Bundesregierung Ronald Reagan in Hambach zu ausgewählten Jugendlichen reden lassen will." Begründet wird dies im wesentlichen mit „forcierter Politik des Wettrüstens", durch die von Washington „die Kriegsgefahr erhöht werde" und damit, daß „in Lateinamerika souveräne Nationen bedroht" würden.

Unabhängig davon betreibt ein im wesentlichen aus Grünen, Evangelischen Studentengemeinden und (katholischer) „Kirche von unten" getragenes „Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel" zwei Gegenveranstaltungen in Bonn am 3. und 4. Mai. Auf einem „Tribunal" in der Stadthalle sollen neben den „aggressiven Außenwirtschaftsstrategien der Industrieländer" auch angebliche „Isolationshaft" in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert werden. SPD und Jusos haben sich bereits distanziert.

„Regierung in Windhuk stützen"

Co. Bonn

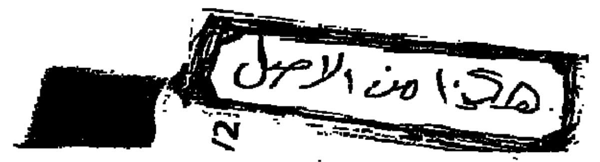
Der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Werner Marx (CDU), hat sich für die Unterstützung einer Übergangsregierung in Namibia durch Bonn ausgesprochen, sofern eine solche Regierung „nicht die einseitige Unabhängigkeit vorbereitet oder für sich selbst internationale Anerkennung will". Die Bildung einer Übergangsregierung in dem früheren Deutsch-Südwestafrika war dem südafrikanischen Präsidenten P. W. Botha kürzlich von der Vielparteienkonferenz (VPK) in Windhuk vorgeschlagen worden. Botha wird dem Plan wahrscheinlich in den nächsten Tagen zustimmen.

Zu der Frage, wie Bonn auf diese Entwicklung reagieren solle, meinte Marx gegenüber dem Namibia Information Office, eine Übergangsregierung „wäre schon ein Fortschritt an sich, da sie die Ein-Mann-Regierung des südafrikanischen Generaladministrators ablösen würde". Er sehe keinen Grund, einer solchen Regierung deutsche Unterstützung zu versagen, fuhr der Unionspolitiker fort. Die auch von Bundesaußenminister Genscher bejahte besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Namibia dürfe keine leere Phrase sein. „Wir haben viele Beispiele unserer konstruktiven Hilfe in der Welt geliefert, und zwar auch jenen Ländern und Regimen gegenüber, die politisch einen ganz anderen Kurs verfolgten." Marx fügte hinzu: „Die Bundesregierung sollte alles tun, um zur politischen Einheit in Namibia beizutragen. Sie sollte den Prozeß nationaler Versöhnung aktiv fördern." Namibia sollte schon jetzt unabhängiger von Südafrika gemacht werden.

Deutsche unter Warschaus Druck

idea, Wertheim

Deutsche Protestanten stehen in Polen unter massivem Druck. Sie sind wirtschaftlich stark benachteiligt und leiden unter einer „deutschfeindlichen Entnationalisierungspolitik". Darauf hat der Ostexperte Christian Th. Stoll bei der Frühjahrstagung des Iserlohner Kreises der Gemeinschaft evangelischer Schlesier in Wertheim am Main hingewiesen. Nur in Niederschlesien und in Pommern, wo einige tausend meist evangelische Deutsche lebten, sei es erlaubt, deutschsprachige Gottesdienste abzuhalten und sich in der Muttersprache zu unterhalten. Stoll kritisierte, daß die Existenz einer deutschen Minderheit im polnischen Herrschaftsbereich tabuisiert werde. Westliche Menschenrechtsorganistionen, die Gefangene und Verfolgte in der ganzen Welt betreuten, nähmen die Menschenrechtsverletzungen von Polen an Deutschen überhaupt nicht zur Kenntnis. Der Jurist forderte die Öffentlichkeit auf, sich für die Menschen- und Gruppenrechte der Deutschen im polnischen Machtbereich einzusetzen. Stoll, der als Richter in Hildesheim tätig ist: „Wer mobilisiert die Weltöffentlichkeit und fordert die Menschen- und Gruppenrechte für unsere so allein gelassenen Landsleute?" Nach Angaben Stolls leben noch rund eine Million Deutsche in den Oder-Neisse-Gebieten und im Danziger Raum, sowie etwa 100 000 Deutsche in den angrenzenden Gebieten Ost-Oberschlesiens und im übrigen Polen. Leiterin des Iserlohner Kreises ist die Vikarin Manuela Quester, Vorsitzender der Gemeinschaft evangelischer Schlesier ist Propst em. Eberhard Schwarz.



Belgrad fürchtet Zuspitzung in Provinz Kosovo

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Während in Albanien durch den Tod Enver Hodschas und den Machtantritt des neuen Parteichefs Ramiz Alia eine neue Ära mit möglichen Unsicherheiten beginnt, blickt die politische Führung Jugoslawiens mit großen Sorgen auf die autonome Provinz Kosovo. In diesem Gebiet unweit der albanischen Grenze lebt der größte Teil der etwa 2 Millionen Köpfe zählenden albanischen Volksgruppe in Jugoslawien. Die „jugoslawischen" Albaner sind ein traditionell unruhiges Element.

Mit der Überschrift „Die Aussiedlung hält weiter an" berichtet das jugoslawische Parteiblatt „Borba" einen Tag nach Bekanntwerden des Todes von Hodscha, daß es den jugoslawischen und serbischen Behörden bis jetzt nicht gelungen sei, die seit Jahren anhaltende Massenflucht der serbischen Bevölkerung aus dem Kosovo zum Stillstand zu bringen. Die Parteizeitung berichtet von einer Sitzung der kommunistischen Massenorganisation „Sozialistische Allianz" in Belgrad, auf der alarmierende Fakten über die Lage im albanisch besiedelten jugoslawischen Gebiet bekannt wurden. Die Brandherde der „Konterrevolution" im Kosovo, so erklärte Milan Rakas, Präsidiumsmitglied der „Sozialistischen Allianz", seien noch nicht beseitigt.

Psycho-Terror

Die Aussiedlung und Auswanderung der Serben und Montenegriner – also der Slawen – aus dem Kosovo-Gebiet gehe konstant weiter. In jüngster Zeit würden auch Angehörige anderer Nationalitäten (gemeint sind offenbar die in geringer Zahl im Kosovo aus beruflichen Gründen ansässigen Kroaten oder Slowenen) die Provinz verlassen, was besonders beunruhigend sei. Präsidiumsmitglied Rakas sagte, daß es heute nur noch selten zu „physischem Druck" gegen die Serben komme, um sie zum Verlassen der Provinz zu bewegen. Aber der „psychologische" Druck sei vorherrschend. Anders gesagt: die nicht-slawischen, in ihrer Abstammung auf die alten Illyrer zurückgehenden Albaner vertreiben die im Kosovo siedelnden Slawen nicht mehr durch Brachialgewalt, sondern durch einen ausgeklügelten Psycho-Terror. So verkaufen oder verschleudern zahlreiche Kosovo-Serben ihre Häuser und ihre Äcker – die dann von Albanern oft billig erworben werden – und ziehen sich mit ihren Familien nach Alt-Serbien zurück: aus Furcht von einer „Nacht der langen Messer".

Ein anderer Funktionär der jugoslawischen Massenorganisation, der Serbe Velizar Skerovic, beklagte sich, daß nicht in allen Teilen Jugoslawiens Verständnis für das Bestreben Belgrads bestehe, die „Ent-Serbisierung" des Kosovo aufzuhalten. „Wir haben nicht in allen Teilrepubliken Unterstützung gefunden", sagte der Funktionär. Damit spielte er auf die Tatsache an, daß etwa in Kroatien oder Slowenien auch bei vielen dortigen Kommunisten wenig Neigung besteht, sich mehr als unbedingt notwendig mit der prekären Position Serbiens und der Serben gegenüber den Albanern im Kosovo zu identifizieren oder gar zu solidarisieren.

Ohne Verfahren

Auch die „Sicherheitslage" im Kosovo werde von den verschiedenen Teilrepubliken Jugoslawiens weitgehend unterschiedlich beurteilt. Ein anderer Diskussionsredner erwähnte, allein in der Universität Pristina (der Hauptstadt des Kosovo) seien 72 KP-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden, aber 380 habe man formlos aus den Mitgliederlisten gestrichen. Dies deutet darauf hin, daß die Partei es nicht mehr wage, gegen zahlreiche albanische Nationalisten oder Anhänger Hodschas formelle Ausschlußverfahren überhaupt noch einzuleiten. Man ziehe es vor, die Mitgliedschaft dieser Personen in der KP formlos zu beenden.

In Kreisen, die dem Patriarchat der serbisch-orthodoxen Kirche nahestehen, wird in letzter Zeit immer heftigere Kritik gegen die politische Führung sowohl der jugoslawischen Föderation wie auch der Teilrepublik Serbien laut, weil es beiden angeblich nicht gelungen sei, den Serben als Bürgern Jugoslawiens in einem Teil Jugoslawiens Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu sichern. Die traditionell tiefe Abneigung der Albaner gegen die „Slawen" (und damit auch gegen den Staat Jugoslawien) wird noch verschärft durch die Tatsache, daß die albanische Geburtenrate wesentlich höher liegt als die serbische. Der ethnische Druck der Kosovo-Albaner wird also in den nächsten Jahren noch zunehmen. Sollte sich im Mutterland Albanien nach Hodscha ein gemäßigteres Regime entwickeln, würde möglicherweise die Anziehungskraft der großalbanischen Idee auf die junge Generation des Kosovo noch stärker werden als bisher.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Pakistan spürt von der Demokratie noch wenig

Fraktionen im Parlament, aber Parteien bleiben verboten

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Geduld und Vorsicht", so meint Pakistans neuer Ministerpräsident Mohammed Khan Junejo, „sind jene zwei Eigenschaften, die beim Prozeß der Demokratisierung Pakistans zwingend notwendig sind." Denn es sei eine delikate Aufgabe, die Macht vom Militär an eine zivile Regierung zu übergeben.

Ob und wann die seit 1977 bestehende Diktatur Pakistans unter Ziaul Haq eine Demokratie sein wird, ist auch nach den Wahlen offen. Zwar hat der General-Präsident einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet, der vom westlichen Ausland wohlwollend beobachtet wird, doch zur Demokratie ist es noch ein weiter Weg.

Traditionellem westlichen Demokratieverständnis widerspricht es, daß politische Parteien bei den Parlamentswahlen nicht teilnehmen durften, sondern nur Einzelpersonen kandidierten.

Doch wird die Tatsache, daß sich Abgeordnete der Nationalversammlung „mit gleicher Gesinnung und gleichen Interessen" zu Fraktionen zusammenschließen dürfen, von einem Regierungssprecher als „erster Schritt zur „Wiederzulassung politischer Parteien" gewertet.

Pakistans neues Kabinett, das erste zivile seit knapp acht Jahren, signalisiert den Weg, den Präsident Zia für die Zukunft seines Landes einschlagen will. Die meisten der 13 Kabinetts- und die sieben Staatsminister – darunter auch eine Frau und ein pensionierter Armee-General – sind junge Leute, Spezialisten in ihren Sachgebieten, von ihnen erwarten sich Pakistans Moslems trotz aller Islamisierungsbestrebungen Zias eine fortschrittliche Politik.

Noch immer Kriegsrecht

Die Bevölkerung freilich verspürt von Demokratie noch kaum etwas. Weiterhin gilt das Kriegsrecht, die Judikative ist in ihren Rechten weiterhin beschnitten und trotz Junejos Versicherung, das Kriegsrecht werde in ein paar Monaten aufgehoben, will in Pakistan keiner so recht daran glauben. Zia hat seit dem Putsch des Jahres 1977 ähnliches immer wieder versprochen, aber nicht gehalten. Lediglich zahlreiche politische Häftlinge wurden aus den Gefängnissen entlassen.

Auf die scheibchenweise Demokratisierung des Landes, die keine spektakulären Änderungen zulassen kann, reagiert die Bevölkerung gelassen. Die Bewegung zur Wiedereinführung der Demokratie (MRD), ein loser Zusammenschluß oppositioneller Parteien, ist im Exil präsenter als in Pakistan selbst. Die in London neugegründete Exilgruppe „Sindhi, Paschtu, Baluchistan Front" ist noch dabei, ihren Anhängerkreis zu vergrößern.

Zia hat, wenn auch nicht mehr Demokratie, der Bevölkerung zumindest bessere wirtschaftliche Verhältnisse gebracht. Zum Aufschwung in diesem Jahr zählen überdurchschnittlich gute Ernteerträge – die Reisernte war besser als im benachbarten Indien – und hungern muß niemand im Land.

Zias Macht abgesichert

An den Anblick des allgegenwärtigen Militärs hat man sich ebenso gewöhnt wie an die sporadisch aufflammenden Demonstrationen, zuletzt der Studenten in Islamabd, deren Studenten-Vereinigung verboten worden war. Die Bestechlichkeit der Beamten treibt weiter Blüten. Trotz Bemühen der neuen Regierung wird die Korruption fester Bestandteil pakistanischen Alltags sein.

Präsident Zia selbst hat sich abgesichert. Die Verfassung von 1973 hat er zwar wiederbelebt. Aber Zusatzartikel und Streichungen reduzieren den Ministerpräsidenten und das Kabinett zu Mitarbeitern des Präsidenten von dessen Gnaden.

Denn die Verfassung sieht jetzt *zwar vor, daß das Parlament mit* Zweidrittelmehrheit eine Initiative des Präsidenten stoppen kann, praktisch aber kann Zia jederzeit die Gesetzgebende Versammlung auflösen. Oppositionelles wird es unter diesen Gegebenheiten aus der Nationalversammlung kaum zu hören geben.

1965, 1971 und 1977 hatten Wahlen Pakistan ins Chaos gestürzt. Zia, der eher eine Teilung der Macht denn eine Übergabe der Regierungsgewalt anstrebt, taktiert vorsichtig. „Das Land", so Ministerpräsident Junejo, der die Meinung seines Präsidenten wiedergibt, „ist für eine Vielparteien-Politik einfach noch nicht reif."

Syrien sucht wieder billiges Geld im Westen

Desolate Wirtschaftslage / Signale an Washington

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die syrische Führung hat, rechtzeitig vor dem Besuch hochrangiger amerikanischer Diplomaten in Damaskus, wieder Signale in Richtung Washington ausgestreut. Sie deuten Gesprächsbereitschaft an und nähren erneut Hoffnungen auf eine weniger starre Haltung in Nahost. Wahrscheinlich ist, daß diese Signale auch mit der desolaten Situation der syrischen Wirtschaft zu tun haben.

Der Hauptverbündete Syriens, die Sowjetunion, hat bei einem Besuch *Assads in Moskau im Spätherbst des* vergangenen Jahres die Bitte des Syrers ausgeschlagen, einen Zahlungsaufschub für die finanziellen Verpflichtungen Syriens gegenüber Moskau zu gewähren. Syrien ist nach übereinstimmenden Angaben westlicher Diplomaten in Damaskus und Bagdad sowie arabischer Diplomaten in Bonn bei der Sowjetunion mit rund zehn Milliarden Dollar verschuldet. Die Schulden gehen hauptsächlich auf Zahlungsrückstände beim Kauf von militärischen Gütern zurück. Außerdem hat Syrien Schulden bei privaten Unternehmen im Westen in Höhe von fünf Milliarden Dollar. Die jährlichen Verpflichtungen belaufen sich gegenüber internationalen Finanzinstituten auf rund 500 Millionen Dollar. Es gibt Mutmaßungen, wonach Moskau keine Einwände dagegen erhoben haben soll, daß Damaskus Wirtschaftshilfe aus den USA erbittet.

Um diese Hilfe geht es. Die akute Finanzkrise Syriens zeigt sich unter anderem bei dem bisher nie erreichten Tief in der Kasse der Devisenreserven. Sie sollen sich auf ganze 100 Millionen Dollar belaufen. Das würde gerade ausreichen, um die notwendigen Importe für eine Woche zu bezahlen. Berichte von Diplomaten machen darauf aufmerksam, daß das Budget für 1985 noch nicht vorbereitet ist. Die öffentliche Verwaltung funktioniere nur noch stockend.

Es kursieren Gerüchte, wonach die Regierung beabsichtige, demnächst die Spareinlagen der Bevölkerung zu absorbieren oder ohne Umschweife die Einlagen in syrischen Banken in die Staatskasse abzuleiten. In der Bevölkerung herrsche deshalb ein Klima der Beklommenheit. Jeder versuche, seine syrischen Pfund abzustoßen. Der Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt ist auf die neue Rekordhöhe von elf Pfund pro Dollar gestiegen. Der offizielle Wechselkurs liegt bei 3,9 Pfund. Offenbar versucht Damaskus, mit Washington auch solche Fragen zu erörtern.

Der Devisenmangel wirkt sich bereits auf Kapazität und Leistung der syrischen Industrie aus. Da es immer schwieriger wird, Rohstoffe zu bezahlen, stehen viele Fabrikanlagen im ganzen Lande still. Die nationale Kapazitätsauslastung wird auf rund ein Drittel geschätzt. Unter den betroffenen Firmen befindet sich auch die Chumasiya-Company, einer der größten vom Baath-Regime verstaatlichten Konzerne Syriens. Sie steht vor dem Bankrott.

Die Führung in Damaskus ist jedoch offensichtlich nicht bereit, ihre Importregelungen, die dem Staat zwar Geld, der Wirtschaft aber Schaden bringen, zu ändern. Jeder Importeur muß zunächst 110 Prozent des zu importierenden Warenwerts beim Staat hinterlegen. Er bekommt die Summe erst nach einem Jahr zurück. Nur finanzstarke Handels- und Importgesellschaften können die (mehr als doppelte) Summe für die Waren aufbringen. Um überhaupt ein Geschäft zu machen, das heißt auch den Zinsverlust für die hinterlegten 110 Prozent wieder einzuspielen, werden die Preise der Waren entsprechend erhöht. Da sich auf diese Weise die Preise für die Importwaren mittlerweile der Kaufkraft weiter Teile der Bevölkerung entzogen haben, gibt es zwar Ware, aber wenig einheimische Käufer. Auch das hat sich bei den ausländischen, insbesondere amerikanischen Firmen herumgesprochen, so daß nun auch das Warenangebot knapper wird – eine Krisenspirale, wie ein westlicher Diplomat die Entwicklung nennt.

Die Spirale hat auch den Agrarmarkt erfasst, seit ein Regierungskonzern die Preise für Gemüse und Obst bestimmt. Immer mehr Bauern verkaufen ihre Erzeugnisse auf dem Schwarzmarkt, um den Regelungen des Staatsbetriebs zu entgehen. Das Ergebnis : Auch Landwirtschaftsprodukte werden knapper und teurer.

Die Hauptursache für die Wirtschafts- und Finanzkrise liegt nach *Ansicht von Beobachtern in der Höhe* der Mililärausgaben. Sie belaufen sich im Haushalt 1984 auf 3,2 Milliarden Dollar. Das entspricht einer Steigerung von 25 Prozent im Vergleich zu 1983 und einem Drittel des Gesamthaushalts sowie 58 Prozent der laufenden Ausgaben. Das Militärregime hat nicht die Absicht, diese Ausgaben einzuschränken beziehungsweise weniger Waffen im Ausland, das heißt vor allem in der Sowjetunion, einzukaufen.

Glemp in Rom: Fonds für Bauern „suspendiert"

dpa, Rom/Warschau

Die Diskussion über die Zukunft des internationalen Fonds zur Unterstützung der polnischen Landwirtschaft, der von der Kirche in Polen *verwaltet wird, ist nach den Worten* von Primas Kardinal Glemp „suspendiert". Glemp äußerte sich gestern bei seiner Ankunft in Rom. Er wird sich eine Woche im Vatikan aufhalten. Die polnische Presse erinnert aus diesem Anlaß an den 35 Jahre alten Vertrag zwischen Kirche und Staat, mit dem sich die Kirche verpflichtet hätte, keine antistaatliche Tätigkeit zu dulden. Trotz dieses Abkommens kam es aber zu einem Kirchenkampf, in dessen Verlauf der damalige Primas, Kardinal Wyszynski, 1953 verhaftet wurde.

Auf die Frage von Journalisten, ob Glemp noch auf einen Dialog mit der Staatsführung in Warschau hoffe, antwortete der Primas: „Ja, immer." Er hatte am Sonntag in einer Predigt die jüngsten Presseangriffe auf den Papst scharf verurteilt und die Vertreter christlicher Gruppen in der Führung aufgefordert, dagegen zu protestieren.

Glemp wurde am Flughafen nicht *nur von Kirchenvertretern*, sondern auch von dem Chef der polnischen Regierungskommission für die ständigen Kontakte mit dem Vatikan, Kuberski, empfangen, mit dem er etwa zehn Minuten unter vier Augen sprach.

US-Bischöfe vertagen Hirtenbrief

KNA, Washington

Die katholischen Bischöfe in den USA haben die ursprünglich für Mai vorgesehene endgültige Abstimmung über den Entwurf eines Hirtenbriefs „zur katholischen Soziallehre und amerikanischen Wirtschaft" um ein Jahr verschoben. In dem ursprünglichen Entwurf hatten die US-Bischöfe die Wirtschaftspolitik der Vereinigten *Staaten kritisiert* und *grundsätzliche* Zweifel an der Sozialpolitik Reagans geübt, die die Kluft zwischen Armen und Reichen vertiefe. Die Tatsache, daß gegenwärtig rund 35 Millionen Amerikaner in Armut leben, hatten die Bischöfe als „sozialen und moralischen Skandal" bezeichnet.

Die Entscheidung der Bischofskonferenz wurde mit dem unerwarteten Wiederhall begründet, den das *Dokument* bei den *Katholiken* der USA gefunden habe. Es müßten mehrere tausend Seiten an Vorschlägen vor der endgültigen Abfassung noch verarbeitet werden.

Bei der Präsidentenwahl in Peru führt Garcia – Stichwahl im Juni

Mehrheit seiner Partei auch im Parlament / Das Volk hofft auf bessere Wirtschaftslage

WERNER THOMAS, Miami

Die peruanischen Präsidentschaftswahlen, die von Attentaten, Anschlägen und Drohungen linker Guerrilla-Gruppen überschattet waren, haben keine endgültige Entscheidung gebracht. Erwartungsgemäß gewann der erst 35jährige Sozialdemokrat Alan Garcia die meisten Stimmen.

Da er jedoch nicht die absolute Mehrheit erhielt, muß er Ende Juni eine Stichwahl gegen Alfonso Barrantes, den Bürgermeister der Hauptstadt Lima, bestreiten. Barrantes ist Kandidat der *marxistischen* „Vereinigten Linken".

Nach gestern vorliegenden Hochrechnungen wurde für García ein Stimmenanteil von 48 Prozent ermittelt. Die sozialdemokratisch orientierte APRA-Partei Garcias hat die absolute Mehrheit im Senat (34 von 60 Sitzen) und auch in der Abgeordnetenkammer (101 von 180 Sitzen).

Barrantes kam den Hochrechnungen zufolge auf 23,5 Prozent, gefolgt von dem konservativen Kandidaten Luis Bedoya Reyes, dem früheren *Bürgermeister von Lima*, mit 12,2 Prozent. Javier Alva Orlandini, der Kandidat der konserativen Regierungspartei „*Volksaktion*" (*AD*), erhielt fünf Prozent. Nur 2,6 Prozent entfielen auf die übrigen fünf Kandidaten.

Nervös fieberten die 19,5 Millionen Peruaner diesem Ereignis entgegen, weil die Rebellen mit neuen Terroraktionen gedroht hatten. Letzte Woche hatten sie Bauern in der Kriegszone Ayacucho Finger abgetrennt, als Warnung vor einer Teilnahme an den Wahlen. In der Nacht zum Sonntag explodierten drei Bomben vor den Büros rechter und konservativer Parteien in Lima. Von einem Hügel der Hauptstadt verkündeten brennende Fackeln: „No Votar", nicht wählen. Die Menschen haben dennoch massiv gewählt.

Der Wahltag verlief dann ohne größere Zwischenfälle. Bei Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Garcias und Barrantes' in Lima soll es einen Toten gegeben haben. In der Nähe der Stadt Ayacucho kam es zu einem Schußwechsel. In Ica, 300 Kilometer südöstlich von Lima, gingen die Lichter aus. Die Terroristen hatten Leitungsmasten in die Luft gesprengt.

Präsident Fernando Belaunde Terry, der Ende Juli eine fünfjährige Amtszeit vollendet, sprach von einer „Niederlage der Guerrilleros". Belaunde: „*Sie gewinnen weder auf* dem Schlachtfeld noch an den Urnen." Alan Garcia kommentierte die langen Menschenschlangen vor den Wahllokalen mit den Worten: „Das Volk demonstrierte sein Vertrauen in die Demokratie."

Noch am Abend des Wahlsonntags nahm Garcia die Glückwünsche seines Rivalen Barrantes entgegen, der überraschend in seinem Haus im vornehmen Vorstadtviertel Miraflores erschien.

Politische Beobachter führten den Triumph des jungen Politikers auf die schwierigen Probleme zurück. Die Inflation beträgt 130 Prozent, 60 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind erwerbslos oder unterbeschäftigt.

Ein Diplomat zur Wahl: „Die Situation hat viele Wähler nach links in die Arme des Sozialdemokraten Garcia getrieben, auf den sich große Hoffnungen konzentrieren. Nach ganz links (Barrantes) wollten sie jedoch nicht gehen."

Garcia wollte jedoch nicht von einer „*Protestwahl*" *sprechen*. „*Es war* eine Wahl der Hoffnung." Er gelobte, der „Präsident aller Peruaner" zu sein. Der APRA-Führer *betonte, daß* Barrantes keinen Verzicht auf einen zweiten Wahlgang in Aussicht gestellt habe. *In der Nacht zum Montag* kursierten solche Gerüchte. (SAD)

Frankreich „Im Angesicht des Krieges"

Ein neues Szenario, moderiert von Yves Montand, kommentiert von Charles Hernu

A. GRAF KAGENECK, Paris

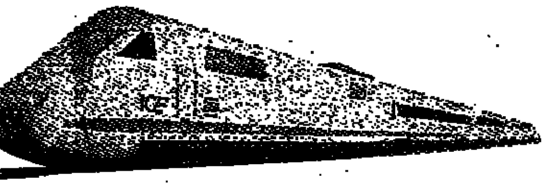
Die Serie von Horrorfilmen über den möglichen Verlauf eines Krieges in Europa wird um ein Machwerk bereichert, welches das 3. französische Fernsehen (FR 3) am Donnerstagabend unter dem Titel „Im Angesicht des Krieges" ausstrahlt. Das *Szenario des Filmes stammt aus der* Feder des ehemaligen stellvertretenden Generalstabschefs der französischen Luftwaffe, Etienne Copel, der 1984 in einem aufsehenerregenden Buch sowohl die NATO-Strategie der flexiblen Abschreckung wie die offizielle französische Doktrin der atomaren Abwehr eines konventionellen sowjetischen Angriffs zurückgewiesen hatte und für eine besser organisierte konventionelle europäisch integrierte Verteidigung eingetreten war. Vor allem hatte der General eine massive *Ausrüstung der europäischen* Armeen mit chemischen Waffen gefordert, um die hoch überlegenen sowjetischen chemischen Arsenale zu neutralisieren.

Offenbar hielt der Autor die Wirkung seines Buches für nicht stark genug und konnte die Verantwortlichen des 3. Kanals jetzt zur Herstellung eines Maßmediaprodukts mit breitestmöglicher Streuung überreden. Unterstützt wird er von Pierre Lellouche, dem stellvertretenden Direktor des Pariser Instituts für Außenpolitische Beziehungen (IFRI), der in seinem soeben erschienenen Buch „Die Zukunft des Krieges" ähnliche Thesen vertritt, und vor allem dem populären Schauspieler Yves *Montand, der, dem Kommunismus* seiner jungen Jahre heute abhold, den Film unter dem Motto „Wer einen Krieg verhindern will, muß ihm ins Auge schauen" moderiert.

Der Ablauf ist ein nachgerade klassischer. Drei sowjetische Stoßarmeen überfallen am 12. Juli 1985 (natürlich *einem Wochenende, an dem die* NATO „schläft") die Bundesrepublik und gewinnen rasch eine Linie Bremen-Hannover-Nürnberg, auf der den NATO-Truppen endlich eine gewisse *Stabilisierung der Front* gelingt. Um weiterzukommen, setzen die Sowjets im Raum Bremen massiv das Nervengas Tabun ein („Tötung innerhalb weniger Minuten") und stoßen daraufhin bis zur französischen Grenze bei Sedan durch. Bezeichnend ist, daß in diesem Augenblick, in dem der französische Präsident um den Entschluß ringt, seine Force de Frappe einzusetzen, Helmut Kohl zu Mitterrand eilt und ihn bestürmt, keine A-Waffen anzuwenden, da sie „das Ende beider Deutschlands" bedeute*ten*. Hier endet der Film mit der These seiner Erfinder, daß die französische Abschreckungsdoktrin nichts nutzt, da sie das Land vor die Wahl zwischen Selbstmord und Kapitulation stellt.

Verteidigungsminister Hernu, ein engagierter Advokat des Atomaren, hat die Filmautoren am Montag zu einem Gespräch empfangen. Die Unterhaltung soll nach dem Film als Interview *auf demselben Kanal* ausgestrahlt werden.

Sie werden MBB immer öfter dort finden, wo Sie es nicht erwarten.

Zum Beispiel im Schienenverkehr der Zukunft. MBB entwickelt und baut die Mittelwagen  des neuen 350-km/h-Intercity experimental.

Oder im Automobilbau. Für die höhere Sicherheit der Autofahrer sorgt MBB mit seinem Beitrag für das Airbag-Rückhaltesystem und mit Lenksäulen aus Faserverbundwerkstoff.

Und die [illegible] aus Faserverbundwerkstoff bringt durch geringes Gewicht und höchste Belastbarkeit mehr Wirtschaftlichkeit.

Mit der Windenergie-Anlage [illegible] zeigt MBB in der Praxis, wie Wind durch ausgereifte Technik zur wirtschaftlichen Energiequelle wird.

MBB plant [illegible] und fertigt dafür Schlüsselkomponenten. Vom „Erfinder der Gleitzeit" MBB kommen auch die modernen [illegible]. Wir helfen Ihnen bei der Lösung Ihrer Probleme mit der 38,5-Stunden-Woche.

Und nicht zuletzt hilft MBB Patienten und Ärzten auf der ganzen Welt mit dem chirurgischen Laser [illegible]

All diese Serienprodukte sind Entwicklungen aus der MBB-Luft- und Raumfahrttechnologie – Spitzentechnik fürs tägliche Leben.

Produkte, die für MBB eine ähnliche Bedeutung haben wie der Airbus oder das Spacelab.

Produkte, die Sie kennenlernen sollten.

Darum kommt MBB auf der Hannover Messe so groß heraus.

MBB **Ideen. Produkte. Anwendungen.**

Halle 12
EG, Stand 130
Industrieelektronik

Halle 18 (CeBIT)
OG, Stand 1103/1203
Datentechnik

Halle 7
Stand 414/416/514/516
Verkehrstechnik, Automatisierungstechnik, Medizintechnik, Faserverbundwerkstoff-technik

Freigelände
Stand 915
Förder- und Hebetechnik

MG-4/85D

Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH · Postfach 801109 · 8000 München 80 · Tel. (0 89) 60 00-85 10 · Telex 5287-310 mbbd

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Stimme zur Versöhnung

- Die WELT veröffentlichte unter dem Titel „Prager Aufruf tritt für deutsche Einheit ein" am 13. März Ausschnitte hieraus. CHARTA 77 hatte sich gegen das Tabu der Teilung Deutschlands und für seine Wiedervereinigung ausgesprochen, allerdings nicht auf Kosten anderer. Revisionen von Grenzen stellt CHARTA 77 sich entgegen.

Im weiteren zitiert der Artikel auch polnische Stimmen aus dem Umfeld der Solidarność zur Frage der deutschen Wiedervereinigung, neben anderen auch Jan Józef Lipski. In seinen Publikationen auch für eine deutsche Öffentlichkeit spricht Lipski nicht über die deutsche Wiedervereinigung, sondern über die deutsch-polnische Versöhnung.

● Er gesteht eine polnische Schuld am Unrecht der Vertreibung gegenüber den Ostdeutschen ein und räumt ihnen Verständnis sowie eine moralische Genugtuung polnischerseits ein. Damit setzt er den Weg der Versöhnung der polnischen Bischöfe mit den deutschen Glaubensbrüdern fort, der Brief aus dem Jahr 1965.

● Trotz des Unrechts an den Vertriebenen, das er in der damaligen Situation als geringere Ungerechtigkeit bezeichnet, tritt er völlig eindeutig der Revision oder auch nur der Andeutung einer Revision der Oder-Neiße-Grenze entgegen.

● Es kann nicht sein, daß das Opfer des Überfalls zweier Banditen sämtliche Kosten des Überfalls zu zahlen hat. Das ist das einzig gültige Argument, warum die Polen 1945 in die ehemaligen deutschen Gebiete gekommen sind und heute dort bereits die dritte Generation lebt, nicht etwa die historisch unrichtige Auffassung, die Polen seien 1945 in ehemals polnische Gebiete zurückgekehrt.

● Lipski warnt davor, daß die Idee der deutsch-polnischen Versöhnung zugrunde gerichtet wird, wenn auf polnische Beiträge, wie z. B. seine, von deutscher Seite so reagiert wird, als ob nur die Polen mit ihrem Gewissen abzurechnen hätten und nicht etwa auch die Deutschen. Dabei ist gerade nach dem „Wort des Friedens" der Evangelischen Kirchen darauf hinzuweisen, daß Lipski und andere Polen, die sich um die deutsch-polnische Versöhnung sehr verdient gemacht haben, wie Władysław Bartoszewski, eine Kollektivschuld der Deutschen ablehnen, allerdings nicht eine Mitverantwortung oder Haftung, die sich aus der Geschichte ergibt.

● „Es genügen aber einige neues Unheil verheißende Äußerungen in Westdeutschland, einige geschickte Sendungen und Artikel in der kommunistischen Presse Polens, um schon wieder verderben zu lassen, was erst kaum zu keimen begonnen hat. Es kehren die Ängste, die Erinnerungen an die deutschen Exekutionskommandos von vor 40 Jahren zurück, das Gefühl der Bedrohung und der Notwendigkeit, sich verteidigen zu müssen. Die Erfolge der Manipulation der polnischen Propaganda, die uns an den Kreml ankettet, – oder, im Gegenteil, ihre Mißerfolge – hängen insofern zu einem großen Teil von den Deutschen ab."

Mit freundlichen Grüßen
Hella Jürgens,
Hamburg 50

Eine deutsche Tragödie

„Freigekaufter nimmt sich das Leben"; WELT vom 2. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung kauft im Mai 1984 einen in der unabhängigen Friedensbewegung der „DDR" engagierten jungen Christen frei, und ein knappes Jahr später begeht dieser Selbstmord.

Eine Meldung, die bei mir Entsetzen auslöste, da ich mit dem toten Roland Radow eine längere Zeit im Zuchthaus Naumburg („DDR") verbringen mußte. Wir unterhielten uns oft über die Friedensbewegung, aber auch über unsere Zeit nach der Inhaftierung. Roland Radow hat niemals Ausreisegedanken geäußert. Ich erinnere mich noch ganz genau an seine Meinung: „Was nützt es, wenn alle engagierten Leute der Friedensbewegung nach dem Westen gehen? Eigentlich gibt es doch in der ‚DDR' noch genug zu tun – ich bleibe!"

Unentschlossenheit, vielleicht auch Angst, sah ich damals in seinen Augen, als er für den Transport in den Westen vorgesehen war. Was bewegte Roland Radow, in den Westen zu gehen, seine Familie, seine Freunde zurückzulassen? Ihm blieb nur diese einzige Möglichkeit, um einer erneuten Inhaftierung durch die „DDR"-Organe zu entgehen! Was zählt denn dort das Leben eines ehemaligen politischen Häftlings nach dessen Strafverbüßung? Vorbestraft, die gleichen Friedens- und Freiheitsgedanken noch im Kopf, die durch das Zuchthaus noch bestärkt wurden, dann Überwachung, Meldepflicht, keine freie Meinungsäußerung usw. – wer sich dann nicht selbst verleugnet, endet früher oder später wieder hinter Zuchthausgittern.

Roland Radow mußte sich für den anderen Weg entscheiden, um dem allen zu entgehen. Er beging dann aber Selbstmord, weil er die Trennung von seiner Familie nicht überwinden konnte.

Ich glaube, nicht nur er hat schuld an seinem Tod.

H. Klinke,
Fulda

Möglichst Arzt

„Verwaistes Gesundheitsamt"; WELT vom 3. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Ausscheiden des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes (BGA) Karl Überla fordert Ihr Redakteur Jochen Aumiller, daß dem BGA ein neuer Präsident zu wünschen sei, der „soviel Sachverstand wie Karl Überla, aber mehr Fortune als er" haben möge.

Vor allem aber sollte der neue Präsident des BGA Arzt sein oder Arzt gewesen sein. Wie sich aus dem Werdegang des bisherigen Präsidenten Karl Überla ergibt, war dieser in seinem gesamten Berufsleben nicht einen einzigen Tag als angestellter oder als freiberuflicher Arzt in der Heilkunde tätig.

Mit freundlichen Grüßen
E.-W. Lindow,
Köln 41

Recht mit Lücken

„Nachweis der Morde"; WELT vom 4. Februar

Der Artikel „Nachweis der Morde", in dem festgestellt wird, daß die soeben verurteilten Terroristen Klar und Monhaupt nachgewiesenerweise Morde begangen haben und daher zu Recht verurteilt worden sind, ist völlig in Ordnung. Aber da kommt ein Satz vor: „Alle überführten NS-Verbrecher sind verurteilt worden."

So etwas kann nicht unwidersprochen bleiben. Hierzu ist zu bemerken, daß wahrscheinlich weit mehr als 90 Prozent aller NS-Verbrecher schon deswegen nicht überführt werden konnten, weil man gar keinen Versuch machte, sie zu überführen. Das wiederum hat mit der Tatsache zu tun, daß mehr als 50 Prozent der Richter oder Staatsanwälte, deren Pflicht dies gewesen wäre, schon unter Hitler „Recht" sprachen. Es wurde ja unter anderem auch festgestellt, daß die Richter der Volksgerichtshöfe durchaus nur ihre Pflicht getan haben und keineswegs als NS-Verbrecher eingestuft werden dürfen.

Wenn die WELT sich ein Bild verschaffen würde, wie viele Nazi-Verbrecher heute noch frei herumlaufen oder es bis an ihr seliges Ende taten, dann soll sie sich doch einmal in Wiesenthals Dokumentationszentrum umsehen.

Curt Riess,
Sheuren/Schweiz

Wie heißt was?

„Englische Spione im Dienst französischer Puristen"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Verfasser sind einige kleine Fehler unterlaufen, die aus sprachlicher Sicht der Korrektur bedürfen; zwar handelt es sich hierbei um triviale Tatsachen – aber vielleicht auch oder gerade deswegen die nachfolgende Richtigstellung: Die beiden letzten Sätze des Artikels lauten: „Das Allerwelts-Wort Computer ist dagegen verpönt. Der heißt in Frankreich Appareil Gros Porteur".

So heißt er aber gerade nicht. Ein „gros porteur" ist ein „Großraumflugzeug", ein Jumbo-Jet z. B.; die vom Autor für „Computer" verwendete Wortbildung versteht bzw. kennt in diesem Zusammenhang wohl kaum ein Franzose.

Ein Computer ist ein „ordinateur" mit den Synonymen „calculator digital" oder auch „calculator numérique". Auch die Behauptung, „oléoduc" sei unter de Gaulle nicht durchgesetzt worden, ist unzutreffend. Dieses Wort gibt es in unserem Terminologiespeicher seit über 15 Jahren mit der Bedeutung „Erdölleitung"; gleich gebildet ist „gaséoduc" für „Gasleitung".

Ich darf anmerken, daß das Bundessprachenamt in der westlichen Welt – ausgenommen die US-Einrichtung DLI – als die größte Einrichtung ihrer Art gelten darf.

Mit freundlichem Gruß
Trapp,
Bundessprachenamt, Hürth

Wort des Tages

„Die Freiheit gibt es nicht vor dem Frieden, aber auch nicht nach ihm: Frieden und Freiheit sind unauflöslich miteinander verbunden. Sie voneinander trennen heißt, der Erpressung des Totalitarismus erliegen und am Ende das eine wie das andere verlieren."

Octavio Paz, mexik. Autor und Friedenspreisträger (geb. 1914)

Personalien

EHRUNGEN

Der Stuttgarter Maler **Manfred Henninger** erhält den mit 20 000 Mark dotierten Hans-Thoma-Preis 1985 des Landes Baden-Württemberg. Dies teilte der Stuttgarter Minister für Wissenschaft und Kunst, **Helmut Engler** (CDU), jetzt mit. Er würdigte zugleich den 90jährigen Henninger als Nestor der Künstlerschaft in Baden-Württemberg. Der 1949 gestiftete Hans-Thoma-Preis wird alle zwei Jahre vergeben und soll bildende Künstler auszeichnen, die in Baden-Württemberg geboren wurden oder hier einen Schwerpunkt ihres künstlerischen Schaffens haben. Henninger wird den Preis am 11. August in Bernau, dem Geburtsort Thomas, überreicht bekommen. Henninger, der am 2. Dezember 1894 in Backnang geboren wurde und der Gründungsmitglied und seit 1980 Ehrenvorsitzender des Künstlerbundes Baden-Württemberg ist, studierte von 1919 an der Stuttgarter Kunstakademie und auch an der Dresdner Akademie. Während des Dritten Reiches lebte er im Exil. Von 1949 bis 1962 lehrte Henninger an der Kunstakademie Stuttgart, deren Rektor er 1955 bis 1957 war.

*

Dr. Ulrich Brisch (60), langjähriges Vorstandsmitglied des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge" und des „Kuratoriums Deutsche Altershilfe", ist vom Präsidenten des Deutschen Caritas-Verbandes, Prälat **Dr. Georg Hüssler**, mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Verbands ausgezeichnet worden. Dr. Brisch ist Direktor des Diözesan-Caritasverbands für das Erzbistum Köln.

Der Philosoph **Augustin Brunner SJ** ist im Alter von 91 Jahren in München gestorben. Am 3. Januar 1894 in Orschwihr im Elsaß geboren, trat Brunner 1912 in den Jesuitenorden ein. Von 1929 bis 1944 war er Professor für Philosophie an verschiedenen Hochschulen des Jesuitenordens, darunter von 1929 bis 1936 in Valkenburg in den Niederlanden. Seit 1946 war er Mitarbeiter der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit". Seine Hauptwerke, in denen er eine personalistische Philosophie vertritt, sind „Grundfragen der Philosophie" (1933), „Der Stufenbau der Welt" (1950), „Glaube und Erkenntnis" (1951), „Die Religion" (1956) und „Geschichtlichkeit" (1961).

*

Der SPD-Landtagsabgeordnete und frühere (von 1979 bis 1983) Oppositionsführer im rheinland-pfälzischen Landtag **Werner Klein** starb im Alter von 56 Jahren überraschend an den Folgen eines Herzinfarkts während einer Kur in Meran (Südtirol). Klein, gestandener Gewerkschafter und Kommunalpolitiker aus Andernach am Rhein, tat sich jahrelang als einer der Wortführer einer gemäßigten und an den Realitäten ausgerichteten politischen Linie der rheinland-pfälzischen SPD hervor. Nach der erfolglosen Landtagswahl 1983 verlor er unter dem neuen Landes- und Fraktionschef **Hugo Brandt** an Einfluß, ohne daß sich nicht auch weiterhin seine Partei und auch die Landesregierung seines sachverständigen Rats und seiner demokratischen Mitarbeit bedient hätten. Klein leitete bis zuletzt den landespolitisch wichtigen Landtagsausschuß für Wirtschaft und Verkehr.

Kambodschas Widerstand geht jetzt zur Guerrilla im Landesinneren über

Nach Zerstörung der Grenzlager durch Hanoi / Offensive zeigte veränderte Strategie

Von THOMAS WEST

Während der siebten Trockenzeitoffensive der Vietnamesen vom Oktober 1984 bis zum März haben die Truppen des Demokratischen Kampuchea (DK) ihre schwerste Niederlage seit 1979 hinnehmen müssen. Die Saison stand im Zeichen der Superlative: Nie hatten die Vietnamesen früher mit ihren Angriffen begonnen als diesmal; nie auch hatten sie stärkere Verbände eingesetzt, nämlich zwölf Regimenter aus sechs Divisionen, und nie schließlich waren sie mit ihren militärischen Operationen schneller erfolgreich gewesen als bisher.

Schon der Truppenaufmarsch am Ende der Regenzeit 1984 hatte deutlich gemacht, daß der vietnamesische Generalstab diesmal etwas besonderes im Schilde führte und offensichtlich seine Strategie verändert hatte. Es sollten nicht nur „Straflektionen" erteilt, sondern die Schlüsselstellungen des Gegners erobert und ein für allemal besetzt gehalten werden.

Im November/Dezember eroberten die vietnamesischen Truppen zunächst vier Lager der nationalistischen, von Son Sann geführten KPNLF, darunter Ampil, das Hauptquartier Son Sanns.

Thai-Gebiet verletzt

Am 12. Februar griffen sie dann mit einer Übermacht von 10:1 und zwar mit 30 000 Infanteristen und starken Panzerverbänden von drei Seiten her die an der thailändischen Grenze im Phnom-Melai-Gebirge liegenden Basen der Roten Khmer an und besetzten nach dreitägigem Kampf das dortige Hauptquartier Phum Thmei, das seit 1979 unbehelligt geblieben war.

Im Verlauf der Gefechte wurde auch thailändisches Territorium mehrere Male verletzt. Am 12. März fiel schließlich auch noch das letzte der drei Hauptquartiere, nämlich das Lager der Sihanouk-Anhänger, Tatum, das auf einem von drei Seiten steil ansteigenden Hügel lag – 4000 Vietnamesen sollen bei der Erstürmung gefallen sein.

Die Vietnamesen erzielten zwei Teilerfolge. Sie haben die wichtigsten territorialen Basen ihrer Gegner besetzt und außerdem weitere Flüchtlingsströme ausgelöst: Mit inzwischen 250 000 Kambodschanern im eigenen Land wird Thailand noch seine liebe Not haben.

Andererseits haben die drei Truppenteile des Demokratischen Kampuchea ihre Kernkräfte erhalten können; sie dürfen auch sicher sein, daß ihr Nachschub von der thailändischen Grenze her nicht zu unterbinden ist. Ein 600 Kilometer langer Streifen in bewaldetem Berggelände läßt sich eben nicht so einfach abriegeln; dies müßten vor allem die Vietnamesen wissen, die doch während des zweiten Indochina-Kriegs ihren eigenen Dschungel-Nachschubweg, den Ho-Chi-Minh-Pfad, hatten ausbauen können.

Außerdem haben sich die Vietnamesen mit ihrer Lagerbesetzungspolitik möglicherweise ins eigene Fleisch geschnitten; sind doch die Guerrilla-Verbände nunmehr ins Landesinnere ausgewichen, wo sie ihre Operationen an drei „Hauptfronten" fortsetzen, deren wichtigste in jenen Bereichen um den Tonle-See liegt, die mit zu den dichtestbesiedelten Gebieten Kambodschas gehören. Drei Hauptnachschubwege der Vietnamesen verlaufen hier: die Nationalstraßen Nr. 5 und Nr. 6 sowie die 300 Kilometer lange Eisenbahnstrecke von Phnom Penh nach Westkambodscha und zur thailändischen Grenze. Hier sollen, wenn es nach den DK-Plänen geht, täglich und stündlich Angriffe auf die noch länger und empfindlicher gewordenen Logistikstränge der Vietnamesen erfolgen.

Zweites Ziel sind die Verwaltungsapparate in den Khmer-Dörfern, die von jeweils drei bis vier vietnamesischen „Beratern" kontrolliert werden und die sowohl als Versorgungs- als auch Rekrutierungsbasen für die vietnamesischen und die Truppen Phnom Penhs gelten. Drittes Ziel schließlich sind die vietnamesischen Einrichtungen in den größeren Provinzstädten, aber auch in Phnom Penh selbst. Die entscheidenden Auseinandersetzungen sollen aber im Bereich des Tonle-Sees stattfinden.

Kann diese Rechnung der DK-Verbände aber gerade jetzt, da sie doch ihre Basen verloren haben, noch aufgehen? Ein Guerrilla-Krieg, und damit ein klassischer „Volkskrieg", geht letztlich immer um die Herzen des Volkes. Wer wie ein Fisch im Wasser des Volkes schwimmen kann, bleibt am Ende Sieger; bis auf eine Ausnahme – Malaya, 1948 bis 1960 – sind bisher noch alle asiatischen Landkriege seit 1945 von Guerrilla-Kämpfern gewonnen worden.

Haltung zu Roten Khmer

Werden also die Roten Khmer von der breiten Bevölkerung akzeptiert? Dies ist die Schlüsselfrage. Allein wären sie nach Lage der Dinge kaum imstande, Solidarität zu wecken. Jeden Tag bekommt die Bevölkerung von der Propaganda Phnom Penhs zu hören, daß die „Pol-Pot-Reaktionäre *3,3 Millionen Menschen ermordet*, 142 000 verstümmelt, 200 000 zu Waisen gemacht und 25 000 buddhistische Mönche liquidiert, 5800 Schulen zerstört, Familien auseinandergerissen, Zwangsheiraten verordnet und das Leben des Durchschnittskambodschaners dreieinhalb Jahre lang einem unberechenbaren Terror ausgesetzt" hätten – so die Standardformulierung, die für die meisten Adressaten durchaus nachvollziehbar ist.

In dieser kritischen Situation erweist es sich als einzigartiges Politikum, daß Sihanouk, der ehemalige Staatschef Kambodschas, rechtzeitig zu den DK-Kräften gestoßen ist, und ihnen nicht nur außenpolitisch, sondern auch beim Kampf um die Sympathien der Bauernbevölkerung unschätzbare Hilfe leistet.

Die DK-Streitkräfte haben den Generalangriff der Vietnamesen militärisch abgeschmettert; ob sie ihn auch politisch überleben können, hängt *auf mittlere Sicht davon ab, inwieweit* sie von der Bevölkerung unterstützt werden.

Im Tschad hört der Krieg nicht auf

ACHIM REMDE, N'Djamena

Sie sind meist klein und jung und immer schlank und drahtig. Olivgrüne Hemden und Hosen oder gefleckte Tarnanzüge sitzen hauteng auf Körpern, die ausgemergelt erscheinen und doch voller Kraft und Energie sind. Es sind die „Goranes", die Stammes- und Kampfgenossen von Staatschef Hissène Habré.

Sie tragen immer Waffen in der Hand, und jeder weiß, daß sie sie benutzen, manchmal schneller als man erwartet. Ihrem Führer bedingungslos ergeben, haben sie im Jahrzehnte dauernden Bürgerkrieg nichts außer kämpfen gelernt.

Daß sie nach Habrés Einzug in N'Djamena im Süden Tschads ein Terrorregime geführt haben, steht außer Zweifel. Fraglich ist nur, ob dies mit Billigung ihres Führers geschah.

Der Guerrilla-Krieg in Südtschad ist neben der libyschen Besetzung des Nordens und der das ganze Land bedrohenden Hungersnot das dritte Problem, das Habrés Regierung schwer zu schaffen macht. Vieles deutet darauf hin, daß die dort operierenden Kommandounternehmen – Guerrilla-Gruppen von Vertretern des Südens – die Antwort auf die Gewalttaten der „Goranes" waren, die, von Hissène Habré zur Befriedung des Südens entsandt, die hilflose Zivilbevölkerung terrorisierten.

Die Regierung sah auch in den Aktivitäten der Kommandos die Hand des Libyers Khadhafi, der – so hat sie immer betont – hier einen zweiten Kriegsschauplatz eröffnen wolle.

Mit einem viel beachteten offiziellen Besuch von drei der fünf Südprovinzen im März hat Hissène Habré versucht, dieses Problem zu lösen. Im Namen der nationalen Einheit richtete er einen feierlichen Appell an die in Kommandos aktiven „Brüder", Frieden zu schließen.

Diese Geste hat ihren Eindruck auf die Zivilbevölkerung nicht verfehlt. Doch von Erfolg zu sprechen, wäre verfrüht. Zu lange hat die Bevölkerung Südtschads in Habré den Unterdrücker aus dem Norden gesehen. Erst wenn er durch Taten seinen guten Willen beweist, kann sich diese Einstellung ändern.

Der Süden, fruchtbar und von christlich-animistischen Negervölkern bewohnt, hat seit jeher trotz Bürgerkriegswirren das gesamte Land ernährt. Bis vor kurzem wurden hier noch Rekordernten an Baumwolle erzielt. Nun sind ganze Landstriche verwüstet und Dörfer niedergebrannt.

Warum Frankreich entgegen seinen früheren Erklärungen in absoluter Passivität verharrt und nicht im geringsten daran zu denken scheint, wieder Truppen nach Tschad zu schicken, kann auch nicht dadurch erklärt werden, daß Hissène Habré nicht der Idealfigur eines afrikanischen Führers entspricht. Das Verbleiben libyscher Truppen in Nordtschad, das gegen das gegenseitige Truppenabzugsabkommen zwischen Libyen und Frankreich verstößt, ist eine Tatsache, die sogar der französische Verteidigungsminister Hernu zugab.

Nach glaubwürdigen Berichten der Regierung Habré hat Libyen die Zahl seiner Truppen im Norden auf 7000 erhöht und die Flugpiste von Ouadi Doum ausgebaut. N'Djamena ist damit in Reichweite libyscher Bomber geraten. Zwar gilt nach wie vor Frankreichs Versprechen, im Falle eines libyschen Angriffs die „Jaguar" zu mobilisieren, die nach dem französischen Rückzug aus Tschad in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik stationiert wurden. Die Glaubwürdigkeit der Regierung Mitterrand in Afrika ist jedoch erschüttert, weil Paris nicht als Antwort auf das libysche Verbleiben im Nord-Tschad seine Truppen zur Unterstützung Habrés zurückgeschickt hat.



Zahlreiche Kleingärtner ziehen ihr Gemüse selbst und glauben, sich damit besonders gesund zu ernähren. Leider übertreiben sie zu oft die Düngung, belasten den Boden oder vergiften ihn sogar. FOTO: POLY-PRESS

Wenn Hobbygärtner es zu gut meinen

Münchner Studie zeigt: Viele Beete sind durch jahrelange Überdüngung verseucht

Von PETER SCHMALZ

Zu einem erschreckenden Ergebnis kam das Münchener Umweltschutzreferat bei einer Untersuchung von Klein- und Schrebergärten. Die Gärtner haben zuviel des Guten getan, denn 68 der 74 Gärten sind stark bis sehr stark überdüngt, die zulässigen Höchstwerte an Schadstoffen werden manchmal bis zu einem Mehrfachen überschritten.

In zwei Drittel der Fälle wurde von der Bayerischen Hauptuntersuchungsanstalt empfohlen, wegen extrem hoher Nährstoffwerte mehrere Jahre lang nicht mehr zu düngen. Offenbar haben die Hobby-Landwirte die alte Gärtnerregel „Gut gedüngt ist halb geerntet" falsch verstanden.

Nach Ansicht des Münchner Umweltschutzreferenten Rüdiger Schweikl wurde die gefährliche Situation von den Schrebergärtnern durch Unkenntnis hervorgerufen: „Sie haben ihre Böden nach dem Motto ‚Viel hilft viel' im Lauf der Jahre selbst verseucht.

Hoher Phosphatgehalt

Bei den kleinen Anbauflächen haben die Kosten für den überreichlich ausgestreuten Dünger auch keine bremsende Wirkung, im Unterschied zu den Landwirten, die bei großer Ackerfläche mit dem teuren Dünger kostensparender und damit umweltfreundlicher kalkulieren müssen."

Eine die Bodenuntersuchungen begleitende Fragebogenaktion bei 700 der 10 000 Münchner Kleingärtner ergab als typisches Verhalten: Gedüngt wird mehr als zweimal im Jahr, oft über Jahrzehnte hinweg mit denselben Produkten: Spezielle Dünger zum Ausgleich einer fehlenden Nährstoffkomponente werden kaum eingesetzt, weil Nährstoffanalysen, die Voraussetzung für eine gezielte Düngung sind, so gut wie nie durchgeführt wurden.

Als sehr oder extrem hoch wurde der Phosphatgehalt bei 68 der 74 Gärten ermittelt, der Kaligehalt lag bei 40 Parzellen in diesem Bereich. Mittlere bis niedrige Werte hatten bei Phosphor nur drei, bei Kali nur sieben Böden.

46 Prozent der Proben wiesen außerdem deutlich höhere Anreicherungen der Schwermetalle Blei, Zink und Cadmium auf als unbearbeitete und nicht gedüngte Vergleichsböden in der Umgebung. Für Schweikl ist damit auch der Verdacht, die Bodenbelastung könne von städtischen Müllverbrennungsanlagen verursacht sein, zweifelsfrei widerlegt.

„Das ist hausgemacht durch die Gärtner selbst", meint der Umweltreferent. In vielen der beanstandeten Gärten wurden Klärschlamm oder Klärschlammprodukte verwendet, vor deren Einsatz wegen der hohen Schwermetallkonzentrationen inzwischen dringend gewarnt wird.

Weil mangelnde Informationen zu dem kostspieligen wie schädlichen Überdüngen führen, startet das Münchner Umweltreferat in den nächsten Wochen eine Aufklärungskampagne. An die 10 000 Münchner Schrebergärtner wird ein Faltblatt mit dem Titel „Schwermetalle im Garten – was soll man tun?" verteilt. Darin wird empfohlen, nur die fehlenden Nährstoffe zu ersetzen, den Boden gut mit Humus zu versorgen sowie keinen Klärschlamm und keine Asche aus Öfen oder von Holzkohlengrills zu verwenden.

Darüberhinaus werden Tips zur Reinigung verseuchter Böden gegeben. Den betroffenen Gärtnern wird geraten, auf Wurzel- und Blattgemüse wie Spinat, Salat und Rüben für einige Zeit zu verzichten und statt dessen Gurken, Tomaten und Obst anzupflanzen.

Bodenanalysen notwendig

„Allgemein gilt: Die höchsten Schwermetallgehalte findet man in Wurzeln und Knollen, die geringsten in Früchten. Stengel und Blätter liegen dazwischen", heißt es in der Broschüre.

Geeignete Maßnahmen können jedoch nur bei Kenntnis der Schadstoffmengen ergriffen werden. Das Referat rät deshalb zu Bodenanalysen. Eine Untersuchung über die drei Schwermetalle Cadmium, Blei und Zink kostet etwa 150 Mark, eine Nährstoffanalyse zwischen 20 und 30 Mark.

„Viele Kleingärtner", befürchtet Schweikl, „werden erfahren müssen, daß sie mit dem prachtvollen Gemüse aus dem eigenen Beet erheblich mehr Schadstoffe gegessen haben, als dies bei gekauften Früchten der Fall gewesen wäre. Aber hier hat es jeder Gärtner wirklich selbst in der Hand, aus eigener Initiative für seine Gesundheit zu sorgen."

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Ein Jahr Startbahn West

Frankfurt (DW.) – Die Startbahn 18 (West) des Frankfurter Flughafens ist nunmehr seit einem Jahr in Betrieb. Nach Aufzeichnungen der Bundesanstalt für Flugsicherung sind zwischen dem 12. April '84 und dem 31. März '85 43 395 Starts über die neue Piste abgewickelt worden, was einem Anteil von 41 Prozent an der Gesamtzahl aller Starts vom Rhein-Main-Flughafen entspricht. Wie die Flughafen AG mitteilte, wird die nächste Bewährungsprobe im Sommer 1985 auf die Startbahn zukommen. Dann wird der Flugplankoordinator die Zahl der pro Stunde zulässigen Starts vom Frankfurter Flughafen von 55 auf 61 erhöhen.

1983: 161 Stromtote

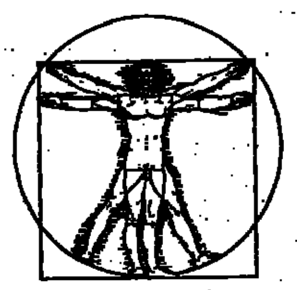
Frankfurt (DW.) – In der Bundesrepublik sind 1983 insgesamt 161 Menschen bei Stromunfällen ums Leben gekommen. 58 davon ereigneten sich im Haushalt, 21 in Betrieben. Bei immerhin 52 Fällen konnte die Ursache nicht ermittelt werden. Dank der allgemeinen Bemühungen um Sicherheit konnte die Zahl solcher Unfälle seit vielen Jahren ständig gesenkt werden, obwohl in Haushalten inzwischen etwa eine halbe Milliarde Elektrogeräte benutzt werden.

Tote Fledermäuse gesucht

Kiel (dpa) – Tote Fledermäuse sucht die Arbeitsgruppe Fledermausschutz am schleswig-holsteinischen Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege. An ihnen soll untersucht werden, wie hoch die Schadstoffbelastung dieser vom Aussterben bedrohten Tiere ist. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Schlupfwinkel dieser nachtlebenden Säugetiere zerstört, etwa beim Abriß alter Gebäude, dem Ausbau von Dachböden oder dem Verschluß von Ritzen in Dächern. Die Vernichtung ursprünglicher Landschaften hat zudem die Jagdreviere der Fledermäuse vernichtet, die sich ausschließlich von Insekten ernähren. Diese Nahrung ist auch oft stark mit Giften belastet, die sich in den Tieren anreichern. Wenn dann während des Winterschlafes die Fettreserven abgebaut werden, nimmt die Menge dieser Stoffe tödliche Konzentrationen an. Diese Belastung soll jetzt bei Tieren gemessen werden, die tot aufgefunden werden. Die Arbeitsgruppe bittet dabei um Mithilfe (AG Fledermausschutz, Dorfstr. 15a, 2419 Kulpin bei Ratzeburg).

Ultraschneller Transistor

Frankfurt (FIZIT) – Der erste ultraschnelle Transistor auf metallischer Basis ist jetzt in Frankreich entwickelt worden. Er verfügt über ein wesentlich höheres Geschwindigkeitspotential als die zur Zeit auf dem Markt erhältlichen Transistoren. Hierdurch eröffnet er viele Möglichkeiten für extrem schnelle Schaltungen und für die Hochleistungs-Datenübertragung. Der Transistor wird hergestellt, indem eine



Metall-Lage von wenigen millionstel Millimeter Dicke im Vakuum auf einen Silizium-Kristall aufgebracht wird. Die Grundfläche des Transistors ist tausendfach kleiner als die eines herkömmlichen Bauteils.

Rotbauchunken gefährdet

Hamburg (H.E.) – Amphibien gehören mit zu den am stärksten vom Aussterben bedrohten Tieren in der Bundesrepublik. *Laubfrosch*, *Kamm-Molch* oder Feuersalamander sind nur noch in wenigen Lebensräumen verbreitet. Ganz besonders gefährdet ist jedoch die Rotbauchunke (Bombina bombina), die nur noch an einigen Plätzen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen vorkommt. Wissenschaftler der Universität Hamburg versuchen, die Lebensweise und Ökologie dieser Tiere zu erforschen, um Erfahrungen für geeignete Schutzmaßnahmen und Wiederansiedlungsversuche zu gewinnen. Erste Ergebnisse zeigen, daß die Tiere einen großen Aktionsradius besitzen. Einzelne Tiere wanderten bis zu 500 Meter weit. Sie bevorzugen darüber hinaus die Bereiche der Gewässer, die von der Sonneneinstrahlung erwärmt werden können. Bei der Neuanlegung von Unkenteichen sollte also kein Saum aus Gehölzen angelegt werden, der Schatten auf das Wasser wirft.

Innenleben ohne Rost

Fluorkunststoffe schützen Rohrleitungen vor Korrosion

Von LUDWIG KÜRTEN

Die Verwendung von Rohrleitungen, die mit einem Fluorkunststoff ausgekleidet sind, helfen einer großen deutschen Maschinenbaufirma bei der Lösung ständig wiederkehrender Korrosionsprobleme in ihrer Abwasserreinigungsanlage.

Die Firma stellt Elektromotoren mit den zugehörigen Antriebssystemen her. Bei der Fabrikation werden große Mengen an Bohröl benötigt, die man nicht in das öffentliche Abwassernetz einleiten kann.

Die Bohrmilch wird deshalb einem chemischen Reinigungsverfahren unterworfen, bei dem das Öl, die Emulgiermittel und andere Inhaltsstoffe, die nicht umweltverträglich sind, vom Wasser getrennt werden. Dieses wird dann als Reinwasser dem Abwassersystem zugeführt. Die Reinigungsanlage ist für einen Durchsatz von 500 Litern pro Stunde ausgelegt.

Das Reinigungsverfahren erfordert, daß die Bohrmilch stark angesäuert wird. Als Material für die Rohrleitungen, in denen diese angesäuerte Flüssigkeit transportiert werden soll, hat man früher verschiedene Sorten von rostfreiem Stahl, korrosionsbeständige Legierungen und sogar „exotische" Metalle zu verwenden versucht. Die Leitungen wurden jedoch durch Korrosion und Rostfraß spätestens nach sechs Monaten unbrauchbar.

So entschloß man sich, Leitungen zu verwenden, die mit dem Fluorkunststoff „Teflon" ausgekleidet sind. Seitdem gibt es bei der Anlage keine Korrosions- oder Rostprobleme mehr. Das Rohrleitungssystem besteht aus Rohren, die mit Polytetrafluorethylen (PTFE) ausgekleidet sind. Zusätzlich werden noch flexible PTFE-Schläuche benutzt, die mit hochwertigem Edelstahldraht umflochten sind.

Die vollständig fluorierten Kunststoffe besitzen eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber agressiven Chemikalien und können über längere Zeiträume bei hohen Temperaturen eingesetzt werden. Da ihre Oberfläche schlecht haftet, bilden sich wenig Ablagerungen in den Rohren. Diese müssen daher seltener gereinigt werden.

Da bei der Verarbeitung dieser Kunststoffe keine Zusätze verwendet werden, die später entweichen könnten, bieten sie sich auch an für den pharmazeutischen Bereich, die Nahrungsmittelverarbeitung oder weitere Anwendungen, bei denen die Flüssigkeiten nicht verunreinigt werden dürfen.

Marathon in Trance

Von ROLF DEGEN

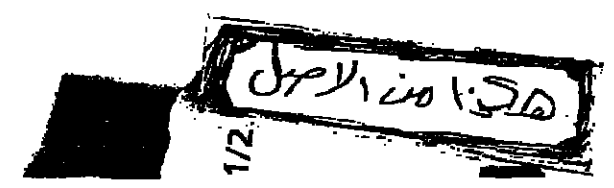
Durch Messungen der Hirnstromwellen ist jetzt herausgefunden worden, wie Langstreckenläufer sich über die Strapazen eines Rennens hinweghelfen: Sie hypnotisieren sich förmlich selbst.

Während eines Marathon-Laufes registrierte der Psychologe Wolfgang Larbig von der Universität Tübingen im Hirnstrombild (Elektroenzephalogramm, EEG) der Athleten besonders langsame Schwingungen, die sogenannten Theta-Wellen. Diese sind für tiefe Trance-Zustände kennzeichnend und lassen sich, wie Larbig früher schon untersucht hat, auch bei Fakiren nachweisen, die ihr Schmerzgefühl ausgeschaltet haben.

Nach einer Befragung des amerikanischen Forschers Kenneth Callen tauchen sowohl Lauf-Profis als auch Amateure in einen Versunkenheitszustand ein, bei dem sie das Gefühl haben zu schweben. Um diesen Zustand zu erreichen, lassen sie sich, ähnlich wie etwa bei der Meditation, immer die gleichen Wörter, Sätze, Melodien oder Ideen durch den Kopf gehen.

Andere zählen unentwegt ihre Runden, Fußschritte oder die vorbeifahrenden Fahrzeuge. Viele Läufer versuchen auch, sich selbst durch betont rhythmisches Atmen zu hypnotisieren. Andere lassen bildliche Vorstellungen an ihrem inneren Auge vorbeilaufen. Sie stellen sich vor, gerade auf die olympische Zielgerade einzubiegen, schwelgen in Landschaftbildern oder malen sich aus, wie das Blut durch die Adern fließt.

Daß Laufen das Denkvermögen ankurbelt, sieht Larbig durch das EEG bestätigt: Gegen Ende eines Rennens ist die sprach- und denkbegabte linke Gehirnhälfte besonders aktiv. Selbsthypnose scheint im übrigen eine Methode zu sein, von der Menschen in Belastungssituationen unwillkürlich Gebrauch machen.



NATIONALELF / Länderspiel gegen Bulgarien: Für verletzten Briegel soll Andreas Brehme spielen

Thema Lattek abgehakt, aber Beckenbauer sagt: „Er soll erst überlegen, mit wem er es zu tun hat"

BERND WEBER, Augsburg

„Im Prinzip", sagte Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, gestern mittag, „ist alles klar." Diese Feststellung bezog sich einerseits auf die Mannschaftsaufstellung für das morgige Länderspiel gegen Bulgarien im *Rosenaustadion – offiziell* wird Beckenbauer seine Formation freilich erst heute mittag bekanntgeben. Die Feststellung bezog sich aber auch auf das Thema, daß in den vergangenen Tagen so viel Staub aufgewirbelt hatte – auf den Streit zwischen Beckenbauer und Bayern Münchens Trainer Udo Lattek (DIE WELT berichtete).

Er betrachtet die Angelegenheit nun wirklich als abgehakt, so Beckenbauer gestern. Aber bevor er diesen Schlußstrich zog, gab er doch noch einmal in gezielten Nebensätzen zu verstehen, wie sehr ihn die Lattek-Attacke gewurmt habe. Da *war die* Rede davon, daß sich der Bayern-Trainer besser überlegen solle, mit wem er es zu tun habe, bevor er jem*anden angreife. „Mit seinen Spielern* kann der Udo das ja tun, aber mit mir nicht," das meinte Beckenbauer wörtlich. Um dann aber, das klang dann wieder ziemlich versöhnlich, hinzuzufügen: „Wir haben uns ausgesprochen. Und wir haben uns schließlich darauf *geeinigt, daß jeder seine* eigenen Probleme zu lösen habe. Lattek die bei Bayern und ich die in der Nationalmannschaft."

Wie gesagt, zumindest gegen die Bulgaren fallen Aufstellungsprobleme nicht mehr darunter. Die Mannschaft, so hatte sich der Teamchef sehr vorzeitig festgelegt, solle in der Formation beginnen, in der sie auch zuletzt gegen Malta in Saarbrücken *angefangen* hat. *Nachdem Hans-Peter* Briegel jedoch wegen einer Sprunggelenkverletzung, die er sich am Sonntag bei der überraschenden *1:2-Heimniederlage seines Klubs* Hellas Verona gegen den AC Turin zugezogen hatte, absagen mußte, war der Plan über den Haufen geworfen. „Entweder der Münchner Lothar Matthäus oder der Kaiserslauterer Andreas Brehme werden Briegels Position einnehmen", setzte Becken*bauer das einzig* verbliebene Fragezeichen. Aber dies war wohl nur die offizielle Lesart. Im Grunde ließ der Teamchef deutlich anklingen, daß er sich für Brehme entschieden hat. Denn: „Matthäus kann man in der nun offenen linken Mittelfeldposition *nicht bringen, das ist nicht sein* Platz". Und: „Der Lothar ist durch das strapaziöse Programm seines Vereins zuletzt sehr geschlaucht worden. *Und schließlich soll er hier ja* nicht verheizt werden."

Daß diese Sätze sehr wohl mit Be*rechtigung gewählt waren, konnten* die wenigen Zuschauer im Rosenaustadion in Augenschein nehmen. Bei einem Fitneß-Test, den Beckenbauer *gestern vormittag von seinen Natio*nalspielern absolvieren ließ, bei einem Test, den der Kölner Professor Heinz Liesen überwachte und der *konkrete Aufschlüsse über die* körperliche Belastbarkeit jedes einzelnen geben soll. Die Profis mußten ein vier mal fünf minütiges Laufpensum mit ständiger Geschwindigkeitssteigerung herunterspulen, zwischen den einzelnen Laufphasen wurde ihnen Blut aus den Ohrläppchen abgezapft. *Die* bewältigende Aufgabe, das merkte man allen an (nur die beiden Torhüter Toni Schumacher und Uli Stein brauchten nicht mitzumachen, Kalle Rummenigge traf erst ein, als die Test beendet war) war hart – am meisten jedoch für Matthäus. Er lief in einer Gruppe *mit dem Bremer* Rudi Völler und dem Kölner Pierre Littbarski, und er hatte ziemliche Mühe, ihnen zu folgen.

Insgesamt ging es locker zu im Kreis der Nationalmannschaft, auch gestern abend, als die Mannschaft noch einmnal unter Flutlicht trainierte. Und die Probleme, die anstanden, löste Beckenbauer in Einzelgesprächen. Da hat er an erster Stelle den Frankfurter Thomas Berthold den Kopf gewaschen, weil der zuzletzt bei seinem Verein Eintracht Frankfurt durch eine allzu pomadige Spielweise aufgefallen war. Bleibt noch nachzutragen, daß Schumacher gegen Bulgarien die erste und Stein die zweite Halbzeit im Tor stehen wird. Und daß der Hamburger Wolfgang Rolff nach seinem Junioren-Einsatz gegen Bulgarien in den A-Kader nachgeholt wird. Sehr wahrscheinlich wird Bekkckenbauer auch noch den Leverkusener Herbert Waas anfordern.

Eine begehrte Auszeichnung: Der Pulitzer-Preis

Starthelfer zur Karriere

Der Westen war noch ziemlich wild, als ein langer dürrer Einwanderer aus Ungarn namens Josef Pulitzer im Jahre 1878 für 2500 Dollar die Zeitung „St. Louis Post" kaufte und sie durch Zusammenlegung mit einem anderen Lokalblatt zum „St. Louis Post Despatch" machte. Als Chefredakteur heuerte er John A. Cockerill an, dessen Spezialität die Aufdeckung wirklicher oder ver*meintlicher Skandale und eine blut*triefende Kriminalberichterstattung war.

Dieses Rezept erbrachte schnelle Auflagensteigerungen, und Cockerill gestand freimütig: „Politische Berichterstattung bringt uns nichts ein. Die größten Auflagensteigerungen erzielen wir mit Hinrichtungen." Als Cockerill eines Tages einen örtlichen

Kulturweltspiegel – ARD, 23.00 Uhr

Politiker in einem Leitartikel als „Lakai der Reichen und Korrupten" *bezeichnete, stürmte* ein *Partner* des Politikers mit einem Revolver in die Redaktion und gab einen Schuß auf Cockerill ab, der daneben ging. *Cockerill zog seinen Revolver aus der* Tasche und schoß den Obersten tot. Er wurde freigesprochen, weil das Gericht auf Notwehr erkannte.

Pulitzer wurde durch seine Zeitung zum Multimillionär. Im Jahre 1903 schenkte er der New Yorker Columbia University eine Million Dollar und stiftete die Pulitzer-Preise für hervorragende Leistungen im Journalismus, der Schriftstellerei und der Musik. Mit jedem Preis ist eine Prämie von 1000 Dollar verbunden.

Jeder amerikanische Reporter träumt davon, einmal einen Pulitzer-Preis zu gewinnen. Er gilt als höchste Auszeichnung für amerikanische Journalisten, und wem er einmal zugesprochen wurde, der wird von Verlagen mit Angeboten überhäuft und kann bis zum Ende seiner Karriere vom Ruhme leben.

Die Preise werden von den Treuhändern der Columbia University in mehreren Kategorien vergeben: Lokalreportage, innenpolitische Reportage, internationale Reportage, Korrespondenzberichterstattung, Kritik und Kommentare, Karikaturen, aktuelle Fotografie, Feature-Fotografie und Feature-Berichterstattung. Zeitungen (und nicht Einzelpersonen) werden außerdem für „Dienste an der Öffentlichkeit" und Leitartikel ausgezeichnet.

Außerhalb des Journalismus werden Pulitzer-Preise für Belletristik, Drama, Poesie, Biografie und Autobiografie, Geschichte, Sachbücher und Musik vergeben. Unter den Schriftstellern, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten ausgezeichnet wurden, waren u. a. John Updike, Norman Mailer, Saul Bellow, Ernest Hemingway und Herman Wouk. Musik-Preise gingen an Roger Sessions, Samuel Barber, Gian-Carlo Menotti und Virgil Thomson.

Den bisher größten Skandal in der Geschichte der Preise gab es 1981, als die Reporterin Janet Cooke von der „Washington Post" einen Preis für eine Serie über einen acht Jahre alten heroinsüchtigen Jungen erhielt. Die Serie war, wie es sich kurz nach der Preisvergabe herausstellte, frei erfun*den, und Janet Cooke mußte den* Preis zurückgeben.

ALFRED v. KRUSENSTIERN

Neue Vorabendserie

Kochrezepte, Katastrophen

Das Spiel im Spiel ist seit Shakespeares Zeiten eine altbewährte Technik auf der Theaterbühne. Das garantiert ein hohes Maß an spielerischer Leichtigkeit und Vielseitigkeit. *Die jüngste Variante dieses dramatur*gischen Kniffs ist die Fernsehshow in der Fernsehshow.

Wie das geht? Nun, ganz einfach. Eine muntere Italienerin bestreitet in den heimischen vier Wänden mitten in Brooklyn eine TV-Kochshow. Während die Kamera läuft und allerlei verheißungsvolle Rezepturen über den Sender gehen, platzen unvermittelt Familienmitglieder und Nachbarn herein. Sie überfallen die telegen vor sich hinbrutzelnde Köchin mit ihren Problemen, die allerdings weniger kulinarischer Art sind. Meist sind es Alltagssorgen, Verwicklungen und Nöte, wie sie in einer großen Familie halt immer mal vorkommen können. Zwischen Pasta und Spaghetti entfaltet die rührige Köchin

Mama Malone – WWF, 18.25

dann, ungeachtet der *großen* Zuschauergemeinde, ihre wahren Qualitäten. Schließlich ist sie Italienerin und verkörpert den Mustertyp schlechthin.

Ihr Name ist Mama Malone. Die Kochshow ist nur der Aufhänger für die eigentliche Geschichte, in der Mama Malone zum Inbegriff von Warmherzigkeit, Impulsivität und Nächstenliebe wird. Einfach jener legendäre Typ von Frau, für die die Familie immer noch das Wichtigste im Leben ist. Von heute abend an wird Mama Malone im Westdeutschen Werbefernsehen (und später in den anderen Regionalsendern) ihre Koch- und Lebenskunst präsentieren.

Mama Malone ist nie um einen Rat verlegen, auch wenn sie gerade mal wieder auf Sendung ist. Was den Regisseur von Mamas Kochshow angesichts der unvorhersehbaren Zwi*schenfällen und mittleren* Katastrophen natürlich auf eine harte Nervenprobe stellt. In der ersten Folge befreit Mama, während sie eifrig in den Kochtöpfen rührt, den kleinen Frankie von einem ungerechtfertigten Diebstahlsverdacht. Es gelingt ihr nicht allein, den wahren Schuldigen ausfindig zu machen, sie läßt allen Beteiligten auch noch eine gute Portion Lebensweisheit zukommen.

Darstellerin der Mama Malone ist Lila Kaye, die nicht nur Schauspielerin, sondern auch gelernte Köchin ist. Mit ihrem großen komödiantischen *Talent war sie für die Rolle der mun*teren „Lasagne- und Liebesköchin" Mama Malone geradezu prädestiniert.

WOLFGANG WISCHMEYER

NACHRICHTEN

Rheinland gewinnt

Koblenz (dpa) – Die Mannschaft des Rheinlands gewann in Koblenz den Länderpokal der Fußball-Amateure durch einen 4:3-Sieg nach Elfmeterschießen gegen Hamburg. Nach der Verlängerung hatte es 1:1 gestanden.

Tod beim Rugby-Spiel

Lyon (dpa) – Der 19 Jahre alte französische Rugbyspieler Guy Bruley ist gestern an den Folgen einer Verletzung gestorben, die er sich am Sonntag im Spiel seiner Zweitliga-Mannschaft aus Dijon gegen Surgues zugezogen hatte. Bruley hatte nach dem regelwidrigen Griff eines Gegenspielers zum Hals einen Herzstillstand erlitten, konnte allerdings noch einmal wiederbelebt werden. Der Schiedsrichter brach das Spiel ab.

Kein Fernsehdiktat

Nairobi (sid) – Mario Vasquez Rana, Präsident der Vereinigung der Nationalen Olympischen Komitees, hat in Nairobi erklärt, die Wettbewerbe der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul würden nicht wegen der Fernsehübertragungen umgestellt. Die Olympische Bewegung dürfe ein solches Fernsehdiktat nicht hinnehmen, ergänzte Rana.

Zwölftes Remis

Istanbul (sid) – Galatasaray Istanbul, Klub des ehemaligen deutschen Fußball-Bundestrainers Jupp Derwall, kam am 28. Spieltag der türkischen Meisterschaft zu einem 1:1 bei Orduspor, dem zwölften Unentschieden der laufenden Saison. Das Team belegt weiterhin Platz sieben.

Killat Zweiter

Zürich (sid) – Der Münchner Albin Killat wurde beim Europacup der Kunst- und Turmspringer mit 586,92 Punkten Zweiter im Wettbewerb vom Turm hinter Thomas Knuths aus der *„DDR" (611,46).*

Real verlor

Madrid (sid) – Real Madrid hat nach seiner 0:1-Niederlage beim FC Valencia am vorletzten Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft kaum noch Chancen auf einen UEFA-Pokal-Platz. Barcelona steht als neuer Meister fest.

Sieg für Dietzen

Santander (sid) – Radprofi Raimund Dietzen aus Trier gewann das Sechs-Etappen-Rennen „Rund um Cantabria" mit dem Zielort Santander. Dietzen konnte selbst die zweite Etappe gewinnen.

ZAHLEN

FECHTEN

Fünftes Weltcup-Turnier, Florett, um den „Törley"-Pokal in Budapest, Finale: Omnes (Frankreich) – Behr (Deutschland) 10:4.

RAD

83. Klassiker Paris-Roubaix (265,5 km): 1. Madiot 7:21:10 Std., 2. Wojtinek (beide Frankreich) 1:57 Min. zur., 3. Kelly (Irland) 2:09, 4. Lemond (USA), 5. Dhaenens, 6. Planckaert, 7. Lieckens (alle Belgien) alle gleiche Zeit.

HANDBALL

Bundesliga. Herren, 21. Spieltag: Essen – Großwallstadt 26:15, Bergkamen – Dankersen 24:19. – Tabellenspitze: 1. Kiel 32:10, 2. Gummersbach 31:11, 3. Essen 30:12.

TENNIS

15. WCT-Weltmeisterschaft in Dallas/Texas, Endspiel: Lendl (CSSR) – Mayotte (USA) 7:6, 6:4, 6:1. – **Damenturnier** in Hilton Head Island, Einzel, Viertelfinale: Graf (Deutschland) – Huber (Österreich) 6:1, 5:7, 7:5. – Halbfinale: Lloyd-Evert (USA) – Graf 6:2, 6:1. – Endspiel: Lloyd-Evert – Sabatini (Argentinien) 6:4, 6:0. – Doppel, Halbfinale: Cherneva/Sawschenko (UdSSR) – Bunge/Kohde (Deutschland) 6:3, 6:2.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 2, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 4, 14, 39, 43, 44, 45, Zusatzspiel: 42. – **Rennquintett:** Rennen A: 5, 8, 12. – Rennen B: 31, 35, 25. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / *Hartwigs starker Tobak*

Jimmy Hartwig gehörte nie zu denjenigen der Branche, denen es an Selbstbewußtsein mangelte. So kann es zuweilen bei ihm schon einmal passieren, daß er mit dem Mundwerk schneller ist als mit seinen Gedanken. Womit der zweimalige Nationalspieler überhaupt auf Kriegsfuß steht, scheint die Selbstkritik zu sein. Ihn, der sich auch als Unterhalter versteht, *auf die Reservebank zu setzen,* das muß in seinen Augen so etwas wie Majestätsbeleidigung sein. Hannes Löhr, sein Trainer beim 1. FC Köln, hat es gewagt, Hartwig dort schmoren zu lassen.

Mit unglaublicher Vehemenz lederte Jimmy Hartwig in einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger" sofort zurück. Die Art und Weise, wie er aufs Abstellgleis gestellt werde, sei schon link. Eine Vertrauensbasis zum Trainer Löhr bestehe nicht mehr. Löhr brauche ihn gar nicht mehr aufzustellen. Denn die Mannschaft würde sowieso nur einige Spieler aufstellen. Er wolle sich nicht weiter demütigen und seinen Namen kaputtmachen lassen. Ziemlich starker Tobak, den Hartwig da abließ.

Nun ist er schon zehn Jahre in dieser Branche tätig, die Gesetze aber scheint er immer noch nicht so ganz verstanden zu haben. Rund 800 000 Mark hat der 1. FC Köln für ihn an den Hamburger SV überwiesen, sein Gehalt dürfte ebenfalls nicht nur ein Butterbrot sein. Was der 1. FC Köln dafür verlangt, liegt auf der Hand, nämlich eine entsprechende Leistung. Genau das aber haben die Kölner von ihm bislang schmerzlich vermißt. Nur einmal hat sich Hartwig besonders angestrengt, und das war in Mailand. Dort fühlte er sich angestachelt, weil Mailands Trainer bemerkte, daß er bei Hartwig die Dynamik vergangener Tage vermisse. Das hat ihn gestachelt.

Aber sonst? Sonst hat ihn FC-Schatzmeister und Vize-Präsident Karl-Heinz Thielen als Fehleinkauf abqualifiziert. Hartwig hätte besser daran getan, sich selbst und seine Leistung nach Fehlern abzuklopfen, anstatt beleidigt Rundumschläge zu verteilen. Womit er alle seine Kritiker, und davon gibt es in Köln genug, überzeugen kann, ist allein eine gute Leistung.

DW.

FUSSBALL / Zwei Trainer vorzeitig beurlaubt

Düsseldorf setzt auf Dieter Brei

sid/dpa, Düsseldorf

Nicht auf die arbeitslosen, aber dennoch bekannten Trainer Horst Franz, Uli Maslo und Horst Heese setzt der Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf nach der vorzeitigen Entlassung von Willibert Kremer, sondern auf den bisherigen Trainer-Assistenten Dieter Brei. Neun Jahre war Dieter Brei Bundesligaspieler, zwei Jahre Co-Trainer, jetzt steht er in der Verantwortung und ist mit 34 Jahren der jüngste Trainer der Bundesliga. Er soll Düsseldorf vor dem Sturz in die Zweitklassigkeit bewahren.

„Ich traue mir zu, Fortuna zu retten. Was zählt, ist nur der 15. Platz", erklärte der Nachfolger des am Sonntag abend entlassenen Willibert Kremer vor seinem gestrigen Amtsantritt. Brei erzielte mit Düsseldorf Einigung über einen bis zum 30. Juni 1986 befristeten Vertrag, unabhängig vom Klassenerhalt.

Nach einer sportlichen Talfahrt mit einer Negativ-Bilanz von 3:13-Punkten sah sich das neue Düsseldorfer Präsidium zum Handeln veranlaßt. Präsident Peter Förster, erst seit Januar im Amt, zur Trennung von Kremer: „Wir holten zuletzt von 86 möglichen Punkten nur 27. Wenn es so weiter gegangen wäre, die Fortuna wäre mit Sicherheit abgestiegen. Wir mußten ein Zeichen setzen." Der entlassene Trainer, der 131. der Bundesliga-Geschichte, weilte zum Zeitpunkt seiner Beurlaubung in Österreich.

Dieter Brei wehrt sich gegen die Vorwürfe, er habe zu eng und zu freundschaftlich mit Willibert Kremer zusammengearbeitet. Er sagt: „Ich haue keinen in die Pfanne. Die Entscheidung, Willibert Kremer zu entlassen, habe ich nicht beeinflußt. Daß ich jetzt Cheftrainer bin, wird er mir daher sicher auch nicht übelnehmen. Außerdem ist er selbst auf diese Art zur Position *in* Düsseldorf gekommen."

In dieser schwierigen Situation zählten für Kremer, der vor drei Wochen von sich aus auf eine Vertragsverlängerung in Düsseldorf verzichtete und auch den ihm angeboteten Chefsessel bei Eintracht Braunschweig ausgeschlagen hatte, nicht mehr seine Verdienste aus der Vergangenheit. 1983 und 1984 führte der Kölner *Fußball-Lehrer* den finanziell stets auf einem Drahtseil balancierenden Klub in gesicherte Tabellenregionen. Er war im Herbst 1982 als Nachfolger des beurlaubten Jörg Berger Trainer in Düsseldorf geworden. Vor Willibert Kremer wurden in dieser Saison Werner Olk (Karlsruher SC) und Timo Konietzka (Borussia Dortmund) vorzeitig aus ihren Verträgen entlassen.

Nun muß auch Ristic gehen

sid, Braunschweig

Alle Vertrauensbeweise, alle öffentlichen Beteuerungen der Braunschweiger Fußball-Profi für ihren Trainer haben nichts genutzt und sind gestern mittag zerplatzt wie Seifenblasen: Das Präsidium des Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig beurlaubte mit sofortiger Wirkung den 41jährigen Aleksandar Ristic. Nach vielen Diskussionen hat Ein*tracht Präsident Günter Mast nun ein* Machtowrt gesprochen. Heinz Patzig, bislang Assistent bei Ristic, wird wahrscheinlich das Kommando im Abstiegskampf übernehmen.

Patzig ist ab sofort verantwortlich, doch schloß Klub-Präsident Günter Mast nicht aus, daß man schon in Kürze einen neuen Cheftrainer verpflichten werde. „Da kommt es uns auf 20 000 oder 30 000 Mark auch nicht mehr an, wenn wir damit den Mann für die kommende Saison gefunden haben", erklärte Mast. Beste Aussichten, das Ristic-Erbe antreten zu können, werden dem früheren Duisburger Trainer Friedhelm Wenzlaff eingeräumt.

Mit der Entlassung von Ristic, der in der neuen Saison als Nachfolger von Manfred Krafft zum 1. FC Kaiserslautern wechselt, kam es zur vierten vorzeitigen Ablösung eines Trainers in der laufenden Bundesliga-Saison. Vor Ristic hatten Timo Konietzka (Dortmund), Werner Olk (Karlsruhe) und Willibert Kremer (Düsseldorf) erst am Sonntag abend ihre Arbeit vorzeitig beendet.

Die Braunschweiger unternehmen mit der Trennung von Ristic einen letzten Versuch, den dritten Abstieg zu verhindern. Interimstrainer Patzig besitzt einschlägige Erfahrungen mit einem Himmelfahrtskommando: Schon zweimal sprang er ein, als die Trainer Werner Olk und Uli Maslo beurlaubt wurden. In beiden Fällen schaffte er die Wende zum Besseren. „Wir hoffen, daß dieser Effekt auch diesmal eintritt", sagte Vizepräsident Harald Schäfer.

Die Entlassung von Ristic war nach einer deprimierenden Niederlagenserie von vier Spielen hintereinander und 0:12 Toren unumgänglich. Ristic besaß beim Anhang keinen Kredit mehr. Der Druck wurde so stark, daß selbst der bisher voll zu Ristic stehende Vizepräsident Schäfer umschwenkte. „Ich wollte mir nicht den schwarzen Peter zuschieben lassen", meinte Schäfer zum einstimmigen Beschluß des Präsidiums. Die Mannschaft hatte sich am Sonntag noch für Ristic ausgesprochen, konnte aber seinen Sturz damit nicht verhindern. Was diese Aktion nun bewirken sollte, wird wohl immer ein Rätsel bleiben.

TENNIS

Nur mäßiges Finale bei Lendl-Sieg

sid/dpa, Dallas

Tim Mayotte zeigte auch nach der klaren Niederlage seine bekannte sportliche Fairneß und zollte dem neuen Weltmeister von „World Championship Tennis" seine Hochachtung. „Ivan Lendl ist ganz eindeutig der bessere – *zwischen uns liegen noch* Welten", sagte der 24jährige Amerikaner, „er hat fantastisch serviert und passiert, und von der Grundlinie habe *ich einem solchen Klassemann im* Moment noch gar nichts entgegenzusetzen."

Der 25jährige Tschechoslowake Ivan Lendl hatte zuvor mit 7:6, 6:4, 6:1 gegen Mayotte zum zweiten Mal nach 1982 den mit 150 000 Dollar dotierten Titel gewonnen. Sein Gegner, erster ungesetzter Finalist seit seinem Landsmann Dick Stockton 1977, erhielt 80 000 der insgesamt 500 000 Dollar Preisgelder.

Ivan Lendl gab die Komplimente artig zurück: „Mayotte hat sich in den letzten Monaten ungemein verbessert und ist noch *lange* nicht an der Grenze seiner Möglichkeiten", sagte er. „Vor allem ist es eine Freude, gegen ihn zu spielen – keine unnötigen Reklamationen, keine Mätzchen."

Die zuletzt 13 000 Zuschauer hatten zuvor ein nur mäßiges Finale gesehen, in dessen Schlußsatz Mayotte resignierte. Das Spiel wurde somit zum Abklatsch des gesamten Turniers, das sicherlich nicht als Glanzpunkt in die Tennisgeschichte eingehen wird. „In einem hektischen Spiel zweier sehr nervöser Gegner, in dem niemals ein rechter Spielfluß *aufkommen* wollte, hat die größere Routine den Ausschlag gegeben", urteilte zurückhaltend Rod Laver, zweimaliger Grand-Slam-Gewinner der sechziger *Jahre* aus *Australien*.

Nach Lendls drittem Turniergewinn innerhalb von drei Wochen darf man auf den weiteren Verlauf der Saison gespannt sein – besonders, wenn Lendl auf John McEnroe trifft. Der Amerikaner wurde diesmal seiner Einstufung als weltbester Spieler nie gerecht und bot vor allem bei seiner glatten Viertelfinal-Niederlage gegen den Schweden Joakim Nystroem eine dürftige Vorstellung.

McEnroes sechs Jahre älterer Landsmann Jimmy Connors zeigt Verständnis für den Weltranglisten-Ersten. „Wenn man älter wird, werden Dinge, die nichts mit dem Tennis zu tun haben, wichtiger", sagte Connors, der im Halbfinal-Spiel gegen Lendl verletzt hatte aufgeben müssen. „Man darf nur nicht daran denken, wenn man Tennis spielt. Ich hatte diese Schwierigkeiten auch – aber wenn man sich durchbeißt, ist man hinterher besser dran als zuvor."

KRITIK

Private Verbrecherjagd

So klappt's noch immer am besten mit dem deutschen Fernsehkrimi: Ein ruhig-überlegener Kommissar, außen trocken, innen voller Unrast, ein von Etappe zu Etappe sorgsam recherchierter Tathergang, der es auch dem Zuschauer erlaubt, die Schritte der Fahnder mitzugehen; schließlich ein Handlungsschema, das sich in zahllosen früheren Kriminalfilmen bewährt hat. Trotzdem wurde der **Tatort** „Irren ist tödlich" (ARD) bei all seiner Armut an ehrgeizigen Einfällen doch zur seit langem spannendsten Folge der Reihe.

*Wie sich der Freund eines Mordop*fers in die Verbrechersuche stürzt, weil er der milden Justiz mißtraut, wie sich deshalb der Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit mehr und mehr von der Fahndung nach dem Mörder auf das Bemühen verlagert, einen unbescholtenen Hitzkopf von einer tödlichen Dummheit abzuhalten – wir haben es schon oft auf dem Bildschirm erlebt. Diesmal allerdings geht's schlecht aus für den rächenden Sympathieträger. Der Autor verzichtet auf das übliche Finale, bei dem die Ordnungsmacht den durchgedrehten Vergelter noch in der letzten Sekunde vor der Untat bewahrt.

Man spürt zwar den deutschen Zeigefinger. Aber gegähnt haben wir deshalb nicht. Und was will der Zuschauer mehr, den unser Fernsehen nicht eben zum Krimi-Gourmet erzogen hat?

MARIUS PERMANN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Schöne Ferien
12.10 Die Seidenstraße
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – Er – Es
Familienprogramm
16.55 Die Spielbude
Mit Frank Zander
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Tiere vor der Kamera
Aus dem Familienleben der Grizzly-Bären
Dokumentation von Ernst Arendt und Hans Schweiger
21.00 Monitor
150 Jahre Eisenbahn – Ein schwieriges Jubiläum / Immer mehr Geld für Apartheid – Deutsche Banken stabilisieren die Rassenpolitik *Südafrikas / Die Geschäfte des* Herbert von Karajan / Kabel, Kabel über alles? – Schwarz-Schilling drückt mit zweifelhaften Mitteln und Methoden die Verkabelung durch
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Die kleine Schwester
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Modische Kimonos / Umsonst nach New York / Ende des Boykotts in Polen / Die Preise des Herrn Pulitzer / Wiener Musical
Moderation: *Hansjürgen Rosenbauer*
23.45 ARD-Sport extra – aus Las Vegas
Box-WM im Mittelgewicht
Marvin Hagler – Thomas Hearns
Reporter: Peter Jensen
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Maren Bienhold und Ingolf Falkenstein
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Alles paletti
Fernsehfilm nach einer Novelle von Leonhard Lentz
Mit Branko Plesa, Gordana Kosanovic u. a.
Regie: Michael Lentz
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger
„Der Bulle und das Mädchen" von Peter Keglevic
21.15 WISO
Live von der Hannover-Messe
Konjunktur auf Touren – Schafft der Aufschwung neue Arbeitsplätze? / Im Büro von morgen – Computer statt Sekretärin? / Neue Techniken – Neue Chancen für Jugendliche? / Interwiev mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Besessenheit
Italienischer Spielfilm (1942)
Mit Clara Calamai, Massimo Girotti u. a.
Regie: *Luchino Visconti*
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Malter Rauch aus Guinea: Der Geruch des Geldes
20.45 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben: Käthe Kollwitz – soziales Engagement *gegen Krieg*
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Roboter zur Kasse
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen: Die Grünen
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 SFB-Computer-Club (5)
Computer – doch welcher?
19.00 Briefmarken – nicht nur für Sammler
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
„Dein Bauch gehört mir": Liebe '85
21.15 Der Verdammte der Inseln (2)
Italienischer Fernsehfilm
22.00 Frauengeschichten
Porträt der Kochkünstlerin Agnes Amberg
22.45 Offerte
23.00 Die Erfindung des Wassermotors
Eine amerikanische Fabel von David Mamet
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.30 Autos, die Geschichte machen
2. *Mit dem Laubfrosch unterwegs*
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort: Nachtfrost
21.35 Drei aktuell
21.50 Bücher-Report
22.45 Walt Disneys Enkel
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Hochrheinautobahn – gegen den Willen der Bürger?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Mit dem Flugzeug in die Römerzeit
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Hände wie Samt
Italienischer Spielfilm (1979)
22.55 Avec plaisir (1)
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Was bin ich jetzt noch wert?
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (8)
19.20 Gitarren der Liebe
Deutscher Spielfilm (1954)
20.50 Die Sprechstunde
Zu wenig Blut in den Herzkranzgefäßen
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Die Türkei: Abkehr vom Westen?
Die innenpolitische Lage nach zwei Jahren Demokratie
anschl. Diskussion
23.25 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Was ist los mit Corabeth
15.00 Indian River
Der geheimnisvolle Hund
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Das Bild von Aneka
17.00 die Leute von der Shiloh Ranch
Wie Trampas Vater wurde
18.00 Hoppla Lucy
Mr. Mooney, der Menschenfreund oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Erinnerungen an die Zukunft
Deutscher Expeditionsfilm (1970)
Regie: Harald Reinl
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Schock frei Haus
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die glorreichen Reiter
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Tom Tryon, Harve Presnell, Senta Berger u. a.
Regie: Arnold Laven
0.05 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
19.00 heute
19.30 Abgeordnete – Szenen deutscher Politik
4. Auf dem Weg in den Untergang
Der vierte und letzte Teil der Dokumentation befaßt sich mit der Entstehung und dem Niedergang der Weimarer Republik. Nach den Wahlen vom 19. Januar 1919 schien sich eine positive Entwicklung für die junge Republik anzubahnen: 76 Prozent aller Stimmen fielen auf die Parteien der Weimarer Koalition.
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschließend: 3SAT-Nachrichten

Die Diskussionen um das geplante NATO-Informations-System NIS

Die deutsche Entwicklung geht völlig neue Wege

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das westliche Verteidigungsbündnis hat sich Mitte der siebziger Jahre entschlossen, ein sogenanntes NATO-Informationssystem „NIS" für die gemeinsame Luftverteidigung aller alliierten Streitkräfte neu zu entwickeln. Seinerzeit beschloß der Brüsseler Militärausschuß eine entsprechende Forderung an alle Mitgliedsstaaten. Von daher rühren auch die deutschen Bemühungen um ein modernisiertes Gerät zur, wie die Fachleute sagen, „Freund-Feind-Kennung" (auf englisch Identification Friend or Foe - IFF). Auslöser für diese Forderung war die schon damals gewonnene Erkenntnis, daß das genutzte amerikanische System verbesserungsbedürftig sei. Es verwendet ein Frequenzband, das auch der Flugsicherung zur Verfügung steht. Das IFF-System besteht aus zwei Geräten, eines am Boden, ein zweites im Flugzeug. Das am Boden sendet ein Funksignal an das Gerät im Flugzeug, das dann ohne Zutun des Piloten antwortet und dem Radarsignal des Flugzeuges auf dem Schirm der Luftverteidigung ein dem Beobachter bekanntes Zeichen hinzufügt.

In den USA und in der Bundesrepublik sind in der Zwischenzeit nun technische Entwürfe für ein neues NIS soweit gediehen, daß sie mit den anderen möglichen Benutzern abgestimmt werden müssen. Die Experten sagen, sie hätten den Anfang der Konzeptphase erreicht. Was unterscheidet beide Entwürfe voneinander, wo liegen ihre Stärken und Schwächen?

Die deutsche Entwicklung geht zur Vermeidung einer Kollision mit der Flugsicherung einen völlig neuen Weg. Die Flugsicherung spielt sich im Frequenzbereich des D-Bandes ab. Das sind die Wellen zwischen 1 und 2 Gigahertz. Dieser Bereich wird ausgespart, genutzt wird das völlig neue E/F-Band. Das ist der Bereich zwischen 2 und 4 Gigahertz. In ihm sind Frequenzen meist frei, und - was für die NATO offenbar besonders wichtig zu sein scheint – der Warschauer Pakt weiß nicht, welche davon für NIS genutzt würden. Dies ist nach Darstellung von Fachleuten entscheidend: Heute kennt die östliche Seite durch ständige Beobachtung des westlichen Funkverkehrs die im wesentlichen genutzten Frequenzen für die IFF-Kennung zwischen der NATO-Luftverteidigung am Boden und den eigenen Flugzeugen. Der Warschauer Pakt könnte, so wird im Westen gemutmaßt, deshalb relativ leicht die heute genutzten Frequenzen in einem theoretisch denkbaren Kriegsfalle stören und so die Unterscheidung zwischen feindlichen und eigenen Flugzeugen für die NATO-Luftverteidigung unmöglich machen.

Auch eine weitere Schwäche würde die deutsche NIS-Entwicklung umgehen, nämlich die Enge im D-Band und damit die Gefahr gegenseitiger Störung unterschiedlichster Benutzer. Wegen der viel größeren Zahl noch freier „Kanäle" im E/F-Band ist diese Gefahr dort gegenstandslos. Trotzdem hat sich die amerikanische Entwicklung auf das D-Band konzentriert. Von den US-Experten wird argumentiert, es sei technisch möglich, die Störung anderer Benutzer dieses Bandes – also auch der Flugsicherung – weitgehend auszuschließen. Dies soll durch eine neuartige Modulation des Frage- sowie Antwortsignals möglich sein. Fachleute sagen, dafür komme die Frequenzmodulation in Frage, wie sie auch im kommerziell genutzten UKW-Bereich üblich ist. Darüber hinaus soll die Frequenzmodulation nicht nur um eine Grundfrequenz herum schwingen, sondern sogar diese nach einem dem Gegner unbekannten Modus wechseln. Dies wäre nach dem Urteil von Fachleuten ein „NIS"-System, wie es angeblich „more sophisticated" kaum vorstellbar sei. Schließlich wird in den USA auch darauf hingewiesen, daß ein neu einzuführendes System auch „nach rückwärts kompatibel" sei müsse, sich also auch noch mit älteren Geräten gemeinsam nutzen lasse. Dies ist nur im D-Band möglich.

Auch die FDP tastet Wörners Position nicht an

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Es liegt ganz in der Natur der Sache, daß in der neuen Diskussion um Manfred Wörner Vergangenes wieder auflebt; es gibt genug interessierte Kreise, die – was das taktische Verhalten des Bundesverteidigungsministers angeht – eine Parallele zur Kießling-Affäre Anfang 1984 ziehen wollen. Ein Mann aus dem engsten Beraterkreis um den Kanzler ließ diese leidige Angelegenheit gestern anklingen: Wörner, so seine Worte, sei die Schatten des Jahres 1984 nicht losgeworden. Gleichzeitig aber betonte er, der Minister habe sich bei seinen Verhandlungen mit Caspar Weinberger über das neu einzuführende „NATO-Informationssystem" (NIS) nichts vorzuwerfen.

Offen blieb dabei freilich, ob Wörner sich wegen der von ihm eingeschlagenen Taktik nicht gewisse Versäumnisse vorhalten lassen muß. Offensichtlich reiste er in die USA, ohne sich in der NIS-Frage die ausdrückliche Rückendeckung des Bonner Regierungschefs einzuholen. Dann kam er aus Washington zurück, hatte nichts vereinbart außer Verhandlungen über die mögliche Einführung eines neuen amerikanischen Systems und sich sogar dabei die Zusage geholt, die deutsche Industrie werde an der Produktion beteiligt werden, falls es je dazu käme. Diese schlichten Tatsachen aber wurden von der Hardthöhe in der Öffentlichkeit nicht zuverlässig dargestellt, so daß nun die Parteifreunde Wörner vorhalten, er sei mit den Informationen „nicht offensiv genug nach draußen gegangen".

Reicht das, um einen Minister zu kippen? Kaum, ist von überallher zu hören. Da Wörner nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch beim Partner FDP als kaum ersetzbarer Fachmann für strategische wie verteidigungspolitische Fragen angesehen wird, ist seine Stellung trotz aller in erster Linie vom politischen Gegner geschürten Unruhe gefestigter denn je. Obwohl die vor Wochen sich breit machenden Gerüchte über ein angebliches Interesse des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Alfred Dregger, an Wörners Ministeramt einen realen Hintergrund haben mögen, ist sicher, wie von informierter Seite zu erfahren war, daß es deswegen nicht zu einer Ablösung Wörners im Laufe der zweiten Hälfte der Legislaturperiode kommen dürfte. Helmut Kohl möchte Dregger nicht im Kabinett. Auch als Fraktionsvorsitzender macht er ihm manche Schwierigkeit. Aus dieser Richtung droht der Stellung Wörners jedenfalls keine Gefahr.

Woher sonst? Auf der Hardthöhe ist es übel vermerkt worden, wie der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle (CSU), wegen des Flugzeugerkennungssystems den Verteidigungsminister öffentlich für den morgigen Mittwoch, wie es hieß, „herbeizitierte". Dabei bemüht sich Wörner seit der Generalsaffäre ganz besonders darum , die Abgeordneten so früh wie möglich zu informieren.

In Bonn stellt man sich, seit der Bundesverteidigungsminister wieder, negativ, die Schlagzeilen bestimmt, die Frage: Was hat Wörner selbst falsch gemacht, daß sich eine Art neue Affäre entwickeln konnte? Oder wirft der 12. Mai, der Tag der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, seine Schatten auf Bonn, weil der SPD daran gelegen sein könnte, mit der These von einer insgesamt unfähigen Bundesregierung die Schlußphase des Wahlkampfes zu bestreiten?

Die Sache, um die es in der Bundeshauptstadt geht, nämlich, ob für die Luftverteidigung des nordatlantischen Bündnisses in Europa künftig ein modernisiertes technisches Gerät zur Verfügung steht, mit dem die Truppen am Boden die eigenen Flugzeuge identifizieren können, ist zweifellos wichtig genug. Es ist allerdings, und darin sind sich sachliche Kritiker einig, nicht eine das Schicksal von Politikern entscheidende Frage. Daß dennoch versucht wird, dem Chef der Hardthöhe einen kapitalen Fehler bei seinen Verhandlungen in Washington anzulasten, weist eher auf ein bestimmtes parteipolitisches Motiv.

Das FDP-Präsidium folgt Ideen Haussmanns

Für flexibles Tarifsystem / Kritik auch an Arbeitgebern

PETER JENTSCH, Bonn

Das FDP-Präsidium hat gestern „Grundsätze liberaler Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik" verabschiedet, mit deren Realisierung nach den Worten von Generalsekretär Helmut Haussmann die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Vollbeschäftigung wiederhergestellt und die soziale Sicherheit „auch unter den Bedingungen von morgen" gewährleistet werden soll. Haussmann machte vor der Presse deutlich, daß das Präsidium seinen Vorstellungen nach einer Flexibilisierung des starren Tarifsystems gefolgt sei.

Gewerkschaften und Arbeitgebern warf Haussmann vor, mit ihrer Tarifpolitik zur heutigen Beschäftigungskrise beigetragen zu haben. Die FDP werde zwar nicht an der Tarifautonomie rütteln, aber „die Tarifpartner an ihre Verantwortung für die Beschäftigungspolitik erinnern". Dazu müsse ihnen ein entsprechendes Instrumentarium an die Hand gegeben werden.

Um die Lohnnebenkosten zu senken, um die Arbeit wieder „billiger" zu machen und damit die Chancen für Neueinstellungen zu erhöhen, schlägt die FDP eine Flexibilisierung starrer gesetzlicher wie tarifvertraglicher Arbeits- und Lohnbestimmungen vor. Durch die Senkung der Lohnnebenkosten soll auch die Schwarzarbeit eingeschränkt werden. Im einzelnen plant die FDP die Einführung befristeter Arbeitsverträge für Arbeitslose, die für den Zeitraum des Vertrages unter Tariflohn bezahlt werden dürfen. „Diese so Beschäftigten haben später die Chance, wieder tarifgerecht bezahlt zu werden", sagte Haussmann. Solche Verträge könnte man sich für arbeitslose Jugendliche ohne Schulabschluß oder auch für nicht genügend qualifizierte Ausländer vorstellen. Die Tarifpartner sollten darüberhinaus auch die Möglichkeit erhalten, die Tarifbedingungen nach geographischen und branchenspezifischen Kriterien sowie nach der Unternehmensgröße zu gestalten. In Ballungsgebieten könnten andere Löhne gezahlt werden als etwa im Zonenrandgebiet. Kleine und mittlere Unternehmen müßten die Möglichkeit erhalten, niedrigere Löhne zu zahlen als etwa prosperierende Großbetriebe.

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist nach Auffassung des Präsidiums weiterhin ein anhaltendes inflationsfreies Wirtschaftswachstum nötig. Auch müsse die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten.

Darüberhinaus fordern die Liberalen eine größere Effizienz und den Ausbau des Systems der beruflichen Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie eine bessere Verzahnung dieses Systems mit dem allgemeinen Schulsystem, damit das Qualifikationsniveau den Anforderungen moderner Technik und internationaler Zusammenarbeit besser entspreche.

In der Sozialpolitik sprechen sich die Liberalen für eine Strukturreform der Kranken- und für eine Reform der Rentenversicherung aus. Als Folge der „ständig steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung" würden auch die Lohnnebenkosten weiter steigen und damit weitere Arbeitsplätze gefährden. Aus diesem Grunde fordert die FDP insbesondere eine stärkere Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten für ihre Gesundheit. Diese Selbstbeteiligung müßte so „merklich gestaltet" sein, „daß sie eine kostendämpfende Wirkung hat und zu Beitragssenkungen der gesetzlichen Krankenversicherung führt, dabei aber sozial tragbar ist". Weiterhin sollen der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen, die Inanspruchnahme ambulanter Behandlung und die kostenbewußte Nutzung der Krankenhäuser gefördert und die Kontrollmöglichkeiten der Selbstverwaltung des Medizinbetriebs gestärkt werden, um Mißbrauch auszuschließen. Schließlich seien die Möglichkeiten der privaten Versicherungsträger vor Unfall und Krankheit auszubauen.

Um die „Besteuerung gerechter und zur Erhaltung wirtschaftlicher Dynamik geeigneter zu machen", ist nach dem Willen des FDP-Präsidiums eine Strukturreform des Steuersystems notwendig. Da die geltende Besteuerung Leistungen bestrafe und dadurch den Fortschritt hemme, müsse die Steuer- und Abgabenlast entscheidend gesenkt werden. Vorgeschlagen werden u.a., die Kumulation verschiedenartiger Steuern zu beseitigen, das Steuersystem zu vereinfachen und den Einkommens- und Lohnsteuertarif linear progressiv verlaufen zu lassen. Abschreibungsbedingungen sollen verbessert, ertragsunabhängige Steuern gemindert und die Gewerbesteuer sowie andere nur für unternehmerische Tätigkeit anfallende Steuern abgeschafft werden.

Ja zur Fähre nach Memel mit Auflagen verbunden

Bundeskabinett entscheidet heute über Verbindungshafen

GOERG BAUER, Kiel

Das Bundeskabinett wird voraussichtlich heute über die Einrichtung der wirtschafts- und sicherheitspolitisch umstrittenen Eisenbahnfähre zwischen dem sowjetischen Hafen Memel (Klaipeda) und einem Hafen in Schleswig-Holstein – im Gespräch sind Kiel und Lübeck-Travemünde – entscheiden. Nach der Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl, er stehe der Fährverbindung positiv gegenüber, rechnet man in Bonn und Kiel aus wirtschaftspolitischen Gründen mit dem grundsätzlichen Ja der Bundesregierung. Gerd Keusen, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes, meinte, nach den Vorbesprechungen zwischen den betroffenen Ressorts zeichne sich „grünes Licht" ab. Mit Blick auf die im Bundesverteidigungsministerium geäußerten Bedenken gegenüber der sogenannten „Russenfähre" fuhr er fort, die Zustimmung werde aller Voraussicht nach mit Auflagen verbunden.

So darf Moskau wahrscheinlich weder ein Grundstück in Schleswig-Holstein mit exterritorialem Status erwerben noch sowjetisches Personal „in größerem Ausmaß" in der Bundesrepublik stationieren. Auch die notwendige Anlage zum Umspuren der Waggons auf europäische Maße, das auf Vorschlag Moskaus durch Sowjets in Schleswig-Holstein geschehen sollte, wird voraussichtlich in Memel errichtet werden müssen. Ferner zeichnet sich ab, daß aus sicherheitspolitischen Erwägungen nicht Kiel als ausgesprochener Marinehafen, sondern Travemünde der Anlaufpunkt für die Fähre werden wird.

Seit der Kreml 1980 gegenüber der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung das Projekt angeregt hatte, sprachen sich Militärexperten in der Bundesrepublik und bei der NATO in Brüssel wiederholt gegen das Vorhaben aus. Ähnlich dem „Trojanischen Pferde" ermögliche man es der Roten Armee, insgeheim eine „Infrastruktur für den Kriegsfall aufzubauen". Mit diesem „Brückenkopf" könne in Kriegszeiten der Nachschub von den beiden transsibirischen Eisenbahnen über die Ostsee direkt in die Bundesrepublik rollen. Warnend wiesen Militärfachleute in Brüssel auch auf das Beispiel Antwerpen hin. In der belgischen Hafenstadt war es Moskau gelungen, ein Gelände mit exterritorialem Status zu erwerben, das nach dem Völkerrecht dem Gastland auch rechtlich entzogen ist. Die Folge: Die Sowjetunion entfaltet seitdem eine rege Spionagetätigkeit. Elektronische Lauscher wurden installiert, und als Touristen verkleidete Sowjets machen Ausflüge in die Umgebung, um bestimmte Geländeabschnitte zu erkunden.

Kritik an der Fährverbindung hatte auch der Verband Deutscher Reeder (VDR) geäußert. Im Gegensatz zur Landesregierung in Kiel könne man den wirtschaftlichen Nutzen nicht erkennen, im Gegenteil. In einer VDR-Stellungnahme hieß es, durch eine Ostsee-Eisenbahn-Fähre in dem von den Sowjets vorgeschlagenen Umfang (gedacht ist an vier bis sechs Fähren) „erweitert sich der Einzugsbereich der transibirischen Eisenbahn und die sowjetische Zangenbewegung von Schiff und Schiene verstärkt sich für die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in Fernost operierenden Reedereien". An einer bilateralen Zusammenarbeit mit der sowjetischen Handelsschiffahrt sei man zwar interessiert, doch hätten Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt, daß die Sowjetunion durch „dumpingähnliche Gebaren" vor allem im Ostafrika- und Fernost-Verkehr die marktwirtschaftlich arbeitenden Reedereien an die Wand zu drücken versuche. Insgesamt sei angesichts der kürzeren Transportzeiten zwischen Europa und Fernost mit jährlichen Einbußen im Ladungsaufkommen in Höhe von 800 000 Tonnen zu rechnen.

Zweifel an dem wirtschaftlichen Nutzen äußerte auch der Verband der Deutschen Küstenschiffahrtseigner. Abgesehen von einem nur begrenzten und lokalen Arbeitsmarkteffekt und einem nur vorübergehend wirksamen Beschäftigungseffekt für die mit dem Bau der Fährschiffe beauftragten Werften könne man aus deutscher Sicht keinen Vorteil erkennen, hieß es in einem Schreiben an Verkehrsminister Dollinger. Vielmehr würde der deutschen Schiffahrt Ladung verlorengehen und die bereits bestehenden, gut funktionierenden Verkehrswege entscheidend beeinträchtigt. Betroffen wären auch die mittleren und kleineren Werften im norddeutschen Raum, da sie mit weniger Neubauaufträgen rechnen müßten. Im vergangenen Jahr hätten sie immerhin Aufträge von rund drei Milliarden Mark erhalten.

WDR-Intendant stützt Kritik an US-Politik

fac. Bonn/München

Der scheidende Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Friedrich Wilhelm von Sell (SPD), hat sich mit der amerika-kritischen Berichterstattung des ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen identifiziert, die beispielsweise von Bundeskanzler Kohl als „Skandal" bezeichnet wird. Sell suchte sie mit einer Argumentation zu rechtfertigen, die in weiten Teilen an Positionen erinnert, wie sie von den Sozialdemokraten zur Zeit eingenommen werden. „Diese kritische Einstellung gegenüber der Politik der USA", sagte der WDR-Chef in einem Interview mit dem in München herausgegebenen „medien-telegramm", „kann man auch aus einem patriotischen Standpunkt heraus haben. Wenn Sie sich die Debatte über die ‚dritte Kraft' der 50er Jahre in Erinnerung rufen, dann lassen sich durchaus Positionen vorstellen, die ich jetzt wiederzufinden glaube. Etwa bei der Befürwortung einer europäischen Friedenspolitik im Sinne einer Lösung von den Blöcken. Wenn sich das dann kritisch gegen die amerikanische Politik bei der Nachrüstung und anderem wendet, kann man dies nicht vorschnell nach links und rechts sortieren." Ausdrücklich bestätigte von Sell: „Ich sehe nicht jeden seiner (Pleitgens) Berichte, aber ich denke, daß man das so sehen kann."

Für unberechtigt hält von Sell den Vorwurf „Rotfunk" im Zusammenhang mit dem WDR. Es werde oft verkannt, daß der journalistische Ansatz a priori ein kritischer Ansatz sei. Und auf die Frage des Interviewers „Der kritische Ansatz könne doch auch konservativ sein?" entgegnete der Intendant: „Ja, aber der kritisch konservative Ansatz ist in unserem Land unterentwickelt. Es gibt zu wenige konservative Intellektuelle."

Der bisherige WDR-Chef wehrte sich in dem Interview gegen die Einschätzung, aus Resignation vorzeitig seinen Posten aufzugeben. Seine Hinweise auf die Gründe für seinen Entschluß – offiziell wird mit Gesundheitsrücksichten operiert – lassen aber die Deutung zu, daß er über seine eigene Partei verärgert ist. Von Sell: „Ich habe nicht resigniert. Ich habe auch nicht, wie manche schreiben, das Handtuch geworfen. Das Handtuch wirft ja bekanntlich der Betreuer und nicht der Kämpfer. Da war niemand, der ein Handtuch hätte werfen können." Diese Bemerkung wollte der scheidende Intendant nicht erläutern.

„Zweibahnstraße" bei SDI gefordert

kie., Bonn

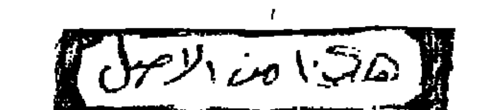
In seiner Regierungserklärung am kommenden Donnerstag wird Bundeskanzler Helmut Kohl noch einmal auf der Grundlage seiner Münchner Wehrkunderede und der Parteitagsrede in Essen die Stellungnahme der Regierung zur amerikanischen „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) präzisieren. Die Stichworte werden positiv sein und die in letzter Zeit zuweilen schwankenden Äußerungen zur SDI-Thematik aus dem Regierungslager zu beseitigen versuchen. Im Vorfeld seiner Regierungserklärung informierte der Kanzler gestern das CDU-Präsidium. Zwischen Kohl und den übrigen Präsidiumsmitgliedern herrschte Einigkeit in den folgenden Punkten:

1. Auch bei der SDI muß eine Zweibahnstraße herrschen, das heißt breitester Austausch an Informationen über die ganze Breite und Dauer der SDI-Forschung. 2. Europa muß sich insgesamt schlüssig werden, wie es an dem Projekt mitmachen will. Die Größenordnungen sind dergestalt, daß ein einzelner Partner der USA kaum den auf Europa abfallenden möglichen Forschungsanteil verkraften oder erbringen könnte. 3. Die Teilnahme an der Forschung ist ein nicht mehr bezweifeltes Desiderat. Es muß mit industriellen und kommerziellen „Abfallprodukten" der SDI-Forschung gerechnet werden, die es nicht zulassen, daß europäische Industrienationen unbeteiligte Beobachter bleiben. 4. Dazu gehört auch eine arbeitspolitische Komponente, auf die der nordrhein-westfälische CDU-Spitzenkandidat Worms gegenüber der WELT hinwies: „Wer sich heute gegen eine Beteiligung an der SDI-Forschung stemmt, schafft sich die Arbeitslosen der 90er Jahre an den Hals."

Scharfe Kontrollen an der CSSR-Grenze

dpa, München

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind an den CSSR-Grenzübergängen 306 Personen, davon 172 Bewohner der Bundesrepublik und 134 Ausländer, zurückgewiesen worden. Mit Bekanntgabe dieser Zahlen machte die Bayerische Grenzpolizei gestern in München darauf aufmerksam, daß Paßkontrollen an den tschechoslowakischen Grenzübergängen sehr genau vorgenommen würden. Wer kein Visum, einen ungültigen oder schadhaften Reisepaß habe, dürfe nicht einreisen. Reisende sollten besonders darauf achten, daß ihr Lichtbild im Paß mit dem tatsächlichen Aussehen übereinstimmt.



Disput um Renault

J. Sch. (Paris) – Während die Chefs der französischen Oppositionsparteien bisher nur die Reprivatisierung der von den Sozialisten 1982 verstaatlichten Unternehmen gefordert haben, möchte jetzt Michel Noir, der gaullistische Abgeordnete aus dem Rhone-Departement, auch Renault reprivatisieren. Er hat damit eine sehr heikle Frage aufgeworfen. Denn der Automobilkonzern war schon 1945 verstaatlicht worden und zwar von General de Gaulle selbst. Ein entsprechend ironischer Hinweis kam natürlich prompt von der Regierung. Unerwähnt blieb allerdings, daß Renault damals nicht aus ideologischen Gründen nationalisiert worden war, sondern durch Zwangsenteignung seines wegen Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht verurteilten Firmeninhabers. Nun hat sich inzwischen die internationale Konkurrenz auf dem Automobilsektor so sehr verstärkt, daß aus wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung gerechtfertigt sei, meint Noir. Sein Projekt ist aber so lange unrealistisch, wie Renault in den roten Zahlen steckt. Denn für Defizitunternehmen würden sich kaum private Aktionäre finden. Nicht zuletzt aber betrachten die Gewerkschaften den Automobilkonzern immer noch als das wichtigste, staatlich abgesicherte Experimentierfeld für die Sicherung des sozialen Fortschritts. Wer daran rührt, riskiert den Generalstreik.

Enttäuschendes Angebot

Von FRED de LA TROBE, Tokio

Das neue Paket zur Öffnung des japanischen Marktes, das Tokio letzte Woche verkündete, hat wie seine Vorgänger enttäuscht. Ein amerikanischer Diplomat sprach vom „großen Gähnen", das ihm gekommen sei. Vor der OECD-Konferenz in Paris und dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn wollte die japanische Regierung die Kritik an dem Rekordüberschuß seiner Handelsbilanz entschärfen. Das Aktivsaldo Japans erreichte 1984 über 44 Milliarden Dollar – davon entfielen 37 Milliarden auf die USA und elf Milliarden auf die Europäische Gemeinschaft.

Das Paket soll auch den amerikanischen Kongreß besänftigen, der für Einfuhrschranken eintritt. Bis zum Gipfel in Bonn will die Volksvertretung in Washington aber noch abwarten. Die USA, die EG und der südostasiatische Staatenbund Asean wollen endlich Taten sehen; sie verlangen Maßnahmen, die eine rasche Wirkung auf die Handelsdefizite mit Japan haben.

Selbst die meisten japanischen Regierungsbeamten glauben nicht daran, daß mit den bisherigen Maßnahmen die Überschüsse Japans in absehbarer Zeit merklich abgebaut werden können. Nach wie vor ist es für ausländische Unternehmen schwer, auf dem japanischen Markt Fuß zu fassen. Neben den noch bestehenden nichttarifären Hemmnissen einschließlich des schwierigen Einfuhrverfahrens bilden die verschlungenen, preistreibenden Vertriebswege, die engen Bande zwischen Regierung, Banken und Industrie sowie die vergleichsweise niedrigen Konsumausgaben hohe Hürden.

Die neuen Maßnahmen Tokios stießen zwar bei Präsident Reagan auf anerkennende Worte – wenn auch weitere Schritte gefordert wurden – das Echo aus dem amerikanischen Kongreß war aber kühl und abfällig.

Nakasone gab sich Mühe, das neue Paket möglichst wirkungsvoll zu gestalten. Da er aber nicht viel durchboxen konnte, wählte er den ungewöhnlichen Weg, über das Fernsehen direkt an das japanische Volk zu appellieren, größere Importanstrengungen zu machen.

Er ging aber nicht so weit, mit energischen Machtworten seine eigene politische Zukunft zu gefährden. Der Widerstand der wirtschaftlichen Interessengruppen gegen weitere Marktöffnung erwies sich als zu zäh, die meisten Abgeordneten der liberaldemokratischen Regierungspartei nahmen auf ihre Wähler Rücksicht.

Die Japaner heben hervor, daß die Gründe für die Überschüsse im Handel mit den USA vor allem in amerikanischen Unterlassungssünden zu suchen seien. So tue Washington zu wenig, um den Haushalt auszugleichen und die hohen Zinsen sowie den überbewerteten Dollar zu drücken. Die Amerikaner halten dem entgegen, daß ihr Defizit mit Japan schon sehr hoch war, ehe die Zinsen und der Dollar ihren Höhenflug begannen.

Die Kontroverse sollte nicht vergessen lassen, daß die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen beiden Ländern große Vorteile bieten. Die USA nehmen ein Drittel der japanischen Exporte auf und sind damit größter Absatzmarkt des Inselstaates. Andererseits kommt ein Fünftel der japanischen Einführen aus den USA.

Japan gehört auch zu den Ländern, die vom freien multilateralen Welthandelssystem in den letzten vier Jahrzehnten am meisten profitiert haben. Es wird nicht müde, den Freihandel zu preisen und Handelsschranken in anderen Staaten zu kritisieren. Es würde wesentlich glaubwürdiger klingen, wenn Tokio mit gutem Beispiel voranginge.

Ein Ansatzpunkt wäre eine Abkehr vom Spätmerkantilismus und ökonomischen Nationalismus und Hinwendung zu einer liberalen, weltoffenen Politik. Bisher nimmt sich in Japan der Handel noch zu sehr wie eine Waffe aus, die zum Aufbau einer wirtschaftlichen Supermachtstellung anstatt zum höchsten Nutzen der Verbraucher dient. Waren die Anstrengungen bisher auf die Steigerung der Exporte konzentriert, so könnte künftig das vorrangige Ziel auf die Zunahme der Importe gerichtet sein.

Nakasone machte schon einen Anfang mit seinem Appell über das Fernsehen, jeder Japaner möge für hundert Dollar ausländische Waren kaufen. Viel Zeit für einen Kurswechsel bleibt aber nicht. Der amerikanische Kongreß wird nur noch schwer daran zu hindern sein, auf Einfuhrschranken gegen Japan hinzuwirken. Eine Feldschlacht mit schweren Geschützen droht.

IWF-TAGUNG / Minister Stoltenberg und Warnke erläutern deutsche Position

Bonn will den protektionistischen Bestrebungen Einhalt gebieten

HEINZ HECK, Bonn

Die Minister Gerhard Stoltenberg und Jürgen Warnke haben am Montag mit Blick auf die morgen beginnende Frühjahrstagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Entwicklungsausschusses von IWF und Weltbank die aus Bonner Sicht wichtigsten Aufgaben und Ziele erläutert. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl nimmt ebenfalls an der Tagung in Washington teil.

Stoltenberg sprach von einer im letzten Jahr „deutlich aufgehellten" internationalen Wirtschafts- und Zahlungsbilanzlage. Notwendig seien nunmehr die Stärkung und weitere Ausbreitung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Industrie- und Entwicklungsländern und seine Überleitung in nachhaltiges, nicht inflationäres Wachstum (die Industrieländer hatten 1984 mit einem Wirtschaftswachstum von real 4,75 Prozent die höchste Rate seit 1976 erzielen können; in den Nicht-Öl-Entwicklungsländern hatte die Zunahme 4,5 Prozent betragen). In Europa bleibe die Überwindung der noch immer hohen Arbeitslosigkeit (10,7 Prozent) die „zentrale Aufgabe". Dazu müßten die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert und als Ausgleich für etwa nachlassende Auslandsnachfrage die „inneren Wachstumskräfte" gestärkt sowie die Flexibilität der Arbeitsmärkte erhöht werden.

Die Bemühungen um die Haushaltskonsolidierung müßten fortgesetzt werden, um die übermäßige Inanspruchnahme privater Ersparnisse durch Haushaltsdefizite zu verringern und die Voraussetzungen für niedrigere Zinsen zu schaffen.

Es gelte, die großen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte vor allem der USA (1984 über 100 Milliarden Dollar Defizit) und Japans (35 Milliarden Dollar Überschuß) zu überwinden und wieder zu ausgewogeneren Dollar- und Yen-Kursrelationen gegenüber anderen Währungen zu kommen. Stoltenberg sprach zwar von dem „immer noch überhöhten Wechselkurs des Dollar", erinnerte aber an die sich in den letzten vier Wochen abzeichnende „realistische Neubewertung" und ihre große Bedeutung mit Blick auf die Verschuldung der Dritten Welt.

Wie Stoltenberg forderte auch Warnke, den neuerdings wieder wachsenden protektionistischen Neigungen Einhalt zu gebieten: „Die jüngste Abstimmung im US-Senat, die mit 92 zu 0 Stimmen die Regierung zu Schutzmaßnahmen ermächtigt, ist ein warnendes Beispiel," sagte er. Beide Minister sehen in der Protektionismus-Debatte auch ein zentrales Thema für den Anfang Mai in Bonn stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel.

Für Warnke ist die Bedeutung des freien Welthandels (Abbau des Protektionismus) für die Bewältigung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer sogar „der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Entwicklungsausschusses". Die Schuldenstrategie der letzten zweieinhalb Jahre hat nach Meinung Stoltenbergs zwar „ihre Bewährungsprobe bestanden"; doch sei die „Schuldenkrise noch keineswegs überwunden". 1984 habe die Gesamtverschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer gegenüber dem Vorjahr sogar noch von 702 auf 895 Milliarden Dollar (1985 voraussichtlich 970) zugenommen. Im Zuge weltweit steigender Exporte sei die Relation der Gesamtschuld zum Export in den beiden Jahren allerdings von 158 auf 151 Prozent zurückgegangen.

Mit Blick auf das amerikanische Zinsniveau betonte der Minister, die Industrieländer müßten ihre nationale Politik stärker an den elementaren Belangen der verschuldeten Länder Latein-Amerikas, Afrikas und Asiens orientieren, vor allem „sind alle Voraussetzungen für Zinssenkungen zu fördern und auszuschöpfen".

Warnke plädierte für neue Akzente im entwicklungspolitischen Instrumentarium der Weltbank, aber auch in Bonn, zum Beispiel durch Förderung wirtschaftspolitischer Reformen mit Krediten für Strukturanpassungsprogramme sowie den Einsatz schnell abfließender Mittel. Er warnte davor, bei den besonderen Bemühungen um den „Sonderfall Afrika" die Gefahrenherde in Latein-Amerika zu übersehen.

Seite 12: Schuldenkrise entspannt

BERLINER WIRTSCHAFT

Mit zahlreichen Initiativen den Standort aufgewertet

PETER WEERTZ, Berlin

Die Berliner Wirtschaft wertet die Aussichten für 1985 überwiegend als günstig. Sie rechnet daher damit, daß sich der expansive Kurs in Berlin ebenso wie im Bundesgebiet fortsetzen wird. Im vergangenen Jahr sei es durch beachtliche Leistungen und eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Initiativen gelungen, den Wirtschaftsstandort Berlin zu festigen und das Selbstvertrauen der Unternehmen zu stärken, unterstrich IHK-Hauptgeschäftsführer Günter Braun.

Mit einer Zunahme des realen Wirtschaftswachstums um fast drei Prozent übertraf die Wirtschaft der Stadt die Entwicklung im Bundesgebiet. Positiv bewertet die Industrie- und Handelskammer darüber hinaus das bundesweite Engagement, das in den Wirtschaftskonferenzen eindrucksvoll zum Ausdruck gekommen sei.

Hier verweist die Kammer auf die Zwischenbilanz mit Bundeskanzler Kohl im Juni 1984 und die Forschungskonferenz unter Vorsitz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die auf das Forschungspotential von 180 wissenschaftlichen Instituten aufmerksam machen sollte. In der Berliner Wirtschaft sei dadurch ein günstiges Klima für Innovationen und die Basis für den Abbau der „Berührungsängste" zwischen Hochschulen und Wirtschaftspraxis geschaffen worden. Zur Zeit in beonders in mittleren Betrieben 190 junge Hochschulabsolventen als Innovationsassistenten tätig.

Trotz der wirtschaftlichen Erfolge und der Zustimmung zur Wirtschaftspolitik des Senats dürfe nicht vergessen werden, daß die strukturellen Probleme der Berliner Wirtschaft überwiegend noch nicht gelöst seien, warnte Braun. „Der strukturpolitische Handlungsbedarf ist noch groß, wir stehen hier erst am Anfang", meint Braun. Es gehe darum, die Struktur der Berliner Wirtschaft in Richtung auf expandierende Zukunftsmärkte zu modernisieren. Nicht gelungen sei es, die hohe Arbeitslosigkeit von rund 86 000 wesentlich zu senken. Allerdings stieg die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Jahresende um 4000 auf 837 500 bei unverändert 63 900 Selbständigen.

Um die Zukunft zu bewältigen, setzt die Kammer sieben Schwerpunkte: Zunächst fordert sie gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften eine bessere Ausbildung von Arbeitslosen und Mitarbeitern in den Betrieben. Denn 64 Prozent der Arbeitslosen sind beruflich nicht ausreichend qualifiziert. Aber auch in den Betrieben ist die Fortbildung wichtig. Zugleich verlangt die Kammer von den Mitgliedsunternehmen eine Stärkung der Innovationsfähigkeit und mehr Forschungsinitiative. Außerdem soll die Exportbasis verbreitert und mehr Unternehmen am Export beteiligt werden. Die Kammer kündigt überdies Verhandlungen mit Ost-Berlin an, um die Beteiligung Berliner Firmen am innerdeutschen Handel zu erhöhen.

AUF EIN WORT

„Trotz Fortschritt und Technik, oder besser gerade wegen fortschreitender Technisierung bleibt der Mensch nach wie vor das wichtigste Element in der Privatbank. Neben dem Bankier sind es in hohem Maße die hochqualifizierten Mitarbeiter, die das Ansehen und die Leistungskraft der Privatbank ausmachen."

Joachim H. Wetzel, persönlich haftender Gesellschafter der Berenberg Bank, Hamburg FOTO: DIE WELT

BUNDESPAPIERE

Zinsen wurden herabgesetzt

VWD, Bonn

Der Bund senkt die Renditen für Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze. Die Bundesobligationen der Serie 54, die von heute an angeboten werden, sind mit einem Nominalzins von 7,00 (7,25) Prozent ausgestattet. Bei einem Ausgabekurs von 99,60 (100,20) ergibt sich eine Rendite von 7,10 (7,20) Prozent. Die Laufzeit und Zinslaufzeit beginnen am 20. April. Für die Finanzierungsschätze beträgt der Verkaufszinssatz bei einjähriger Laufzeit 5,55 (5,62) und bei zweijähriger Laufzeit 6,08 (6,15) Prozent, die Rendite sinkt bei einjähriger Laufzeit auf 5,88 (5,95) und bei zweijähriger auf 6,70 (6,78) Prozent.

Für die Bundesschatzbriefe 1985/5 gelten für Typ A mit sechs Jahren Laufzeit und jährlicher Zinsauszahlung sowie für Typ B mit sieben Jahren Laufzeit und Zinsansammlung an folgende Ausstattungen:

Jahr der Laufzeit	neuer Zinssatz
1. A und B	5,00
2. A und B	6,50
3. A und B	7,00
4. A und B	7,25
5. A und B	7,50
6. A und B	8,50
7. B	8,50

Die Rendite beträgt für Typ A 6,84 (7,25) und für Typ B 7,17 (7,53) Prozent.

FORSCHUNG

Bundesrepublik holt kräftig auf

HEINZ HECK, Bonn

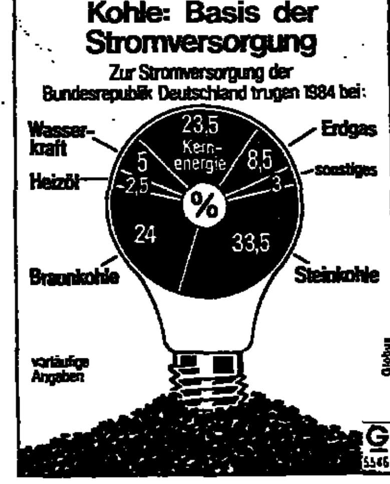
„Deutsche Forschung holt auf", schreibt das Battelle-Institut, Frankfurt, in einer Analyse des deutschen „Forschungsbudget 1985". Danach werden die Ausgaben gegenüber 1984 nominal um sieben Prozent auf rund 53,3 Mrd. Mark steigen. Bei einem erwarteten Preisanstieg von weniger als drei Prozent sind dies real mindestens vier Prozent. Mit 31,3 Mrd. Mark ist die Wirtschaft weiterhin größter Finanzier. Der Staat steuert über verschiedene Etats 21,2 Mrd. Mark bei, davon 12,9 Mrd. der Bund und 8,1 Mrd. die Länder.

Mit diesem „beachtlichen Zuwachs" des Forschungsbudgets erreicht die Bundesrepublik nach Meinung des Instituts wieder den Anschluß an die internationale Entwicklung, nachdem in den vergangenen fünf Jahren nur ein durchschnittlicher Realzuwachs der Forschungsausgaben von 1,5 Prozent zu verzeichnen gewesen sei (1984 real 2,5 Prozent). Mit 2,8 Prozent Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt liege die Bundesrepublik in der Spitzengruppe der Forschung treibenden Industrienationen, gleichauf mit den USA (107 Mrd. Dollar oder 2,8 Prozent) und vor Japan (34 Mrd. Dollar oder 2,6 Prozent). In beiden Ländern sei der Zuwachs in den letzten Jahren aber stärker gewesen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Starker Einbruch bei Baugenehmigungen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Einen drastischen Einbruch der Zahl von Baugenehmigungen hat es zum Jahresanfang in der Bundesrepublik gegeben. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, berichtete, wurden im Januar und Februar Baugenehmigungen für insgesamt 38 400 Wohnungen erteilt – 31 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Darunter waren 10 400 Wohnungen in Einfamilienhäuser, 7400 in Zweifamilienhäusern und 15 900 in Mehrfamilienhäusern. Der deutlichste Rückgang ergab sich bei Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern. Hier wurden in den ersten zwei Monaten dieses Jahres 8300 Wohnungen zum Bau freigegeben – 51 Prozent weniger als im Vorjahr.



Im vergangenen Jahr trug die Steinkohle – insbesondere von der Ruhr – zu mehr als einem Drittel dazu bei, daß der Strom in der Bundesrepublik kontinuierlich floß. Zweitgrößter Stromlieferant war die Braunkohle, auf die rund ein Viertel der gesamten Stromproduktion entfiel. QUELLE: GLOBUS

Thyssen: Kapitalerhöhung

Düsseldorf (dpa) – Die Thyssen AG wird ihr Aktienkapital von 1,3 Mrd. DM um rund 260 Mill. DM erhöhen. Das Unternehmen teilte in Düsseldorf mit, daß ein Bezugspreis von 90 DM je 50-DM-Aktie vorgesehen sei und die jungen Aktien den Thyssen-Aktionären im Verhältnis von 5:1 angeboten würden. Der genaue Zeitpunkt der Kapitalerhöhung steht noch nicht fest. Mit Blick auf diese Kapitalerhöhung kündigte das größte deutsche Stahlunternehmen an, daß dem Aufsichtsrat für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) eine Dividende von 4 DM vorgeschlagen wird.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (adh) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bietet ab sofort ihr Exportfinanzierungsprogramme billiger an. Neue Bestellerkredite kosten jetzt bei Auftragswerten von 125 Mill DM 8,43 Prozent (bisher 8,65), bei Auftragswerten über 125 Mill. DM werden jährlich 8,99 (bisher 9,26) Prozent Zinsen verlangt. Wie KfW weiter mitteilt, ist sie auch außerhalb des KfW und ERP-Exportfinazierungsprogramm bereit, sich an der Finanzierung von Ausfuhrgeschäften zu beteiligen.

Technologiebörse

Bonn (DW) – Die Technologiebörse der Industrie- und Handelskammern wird auch für das Ausland immer attraktiver. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zum Auftakt der Hannover-Messe 1985 mitteilt, nimmt die Technologiebörse zur Belebung des Technologietransfers mit Österreich mit Beginn dieser größten Industriegüterschau der Welt die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Innovationsbörse (ÖIB) auf. Kanada arbeitet bereits seit einem Jahr mit der IHK-Technologiebörse zusammen. Zudem sind alle Angebote und Gesuche, die an der Börse gehandelt werden, in Datenbanken gespeichert und können online weltweit abgerufen werden.

Hilfe für Indien

Bonn (HH) – Mit Zusagen über 360 Millionen Mark Kapitalhilfe bleibt Indien aus deutscher Sicht wichtigstes Empfängerland. Bei den am Wochenende in Neu Delhi abgeschlossenen Regierungsverhandlungen wurden darüber hinaus rund 175 Millionen Mark als Finanzkredit im Rahmen der Mischfinanzierung in Aussicht gestellt. Die Technische Hilfe beträgt 30 Millionen Mark.

Appell des DIHT

Bonn (Mk.) – Bundeskanzler Helmut Kohl sollte als „Mahner des Freihandels" auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai auftreten. Für den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gehört das Thema des sich immer weiter verfeinernden Protektionismus vorrangig auf die Tagesordnung dieses Treffens. Sünder gegen die Freiheit des Welthandels seien allerdings mit unterschiedlicher Intensität alle Nationen. Auch die EG mit ihrer Agrarpolitik, mit ihren vielen Interventionismen sei sie ein „starker Stachel im Fleisch des liberalen Welthandels".

KREDITWESEN

Späth favorisiert jetzt Regionalbank im Südwesten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine Verschmelzung der Landesgirokasse Stuttgart, die zu den größten deutschen Sparkassen zählt, mit der Baden-Württembergischen Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, rückt in den Bereich des Möglichen. Jedenfalls ist dies die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, der um eine Neuordnung der Bankenstruktur im Südwesten bemüht ist, nunmehr favorisierte Absicht.

Zugleich bedeutet diese Zielvorgabe, wie Späth nach einer zweitägigen Klausurtagung mit Mitgliedern der Landesregierung und führenden Vertretern der Kreditwirtschaft einräumte, eine Abkehr von seiner ursprünglichen Planung, die beiden Girozentralen des Landes, nämlich die Badische Kommunale Landesbank (Bakola), Mannheim, und die Württembergische Kommunale Landesbank, Stuttgart, eventuell unter Einbeziehung der landeseigenen Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe, zu einer großen öffentlichrechtlichen Landesbank zusammenzuführen. Für die Kursänderung ausschlaggebend war der Widerstand im badischen Lager.

Eine Entscheidung über die Neuordnung des Kreditwesens soll noch vor den Sommerferien herbeigeführt werden. Bei einer Fusion der Landesgirokasse, die bisher in das Sparkassennetz eingegliedert ist und in eine AG umgewandelt werden müßte, mit der BW-Bank entstände eine landesweit mit Filialen ausgestattete Regionalbank mit gut 24 Milliarden Mark addierter Bilanzsumme. An ihr beteiligt wären das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart mit jeweils 25 Prozent.

DORNIER / Landgericht Stuttgart hat zwei Entscheidungen getroffen

Vor wichtigen Weichenstellungen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In den Streitigkeiten um Vorgänge in und um den Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier sind am Montag wichtige Gerichts-Entscheidungen ergangen: Zum einen ist die fristlose Entlassung des Vorstandsvorsitzenden der Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, Manfred Fischer, und seines Vorstandskollegen Karl-Wilhelm Schäfer vom 9. Februar 1985 vorerst unwirksam. Dies hat der 2. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart im Wege der einstweiligen Verfügung entschieden. Damit wurde eine Entscheidung des Landgerichts Ravensburg revidiert. Der Gerichtsbeschluß gilt bis zur Entscheidung im Hauptsachverfahren, das am 15. Mai in Ravensburg stattfindet.

In der Begründung bemängelte der Senat, daß die Aufsichtsratsbeschlüsse über die Abberufung jener Vorstandsmitglieder nicht in einem ordnungsgemäßen Verfahren zustande gekommen und deshalb unwirksam seien. Man habe die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite nicht ausreichend über die Gründe des Widerrufs informiert, so daß ihnen eine sachgerechte Argumentation gegenüber den besser informierten Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner-Seite nicht möglich gewesen sei.

Außerdem hätte nach Ansicht des Senats den Arbeitnehmer-Vertretern im Aufsichtsrat mehr Überlegungszeit zugebilligt werden müssen, so daß die Ablehnung eines Vertagungsantrags in der AR-Sitzung vom 9. Februar nicht berechtigt war.

In einer weiteren Entscheidung in Sachen Dornier hat die 2. Kammer des Landgerichts Stuttgart die Beschwerde der Dornier-Gesellschaftergruppe Justus, Christoph und Ellen Dornier gegen die Bestellung des Stuttgarter Juristen Prof. Hans Thümmel als Testamentsvollstrecker für den Nachlaß der verstorbenen Anna Dornier, der zweiten Ehefrau des Firmengründers Claude Dornier, zurückgewiesen.

Thümmel, der damit – falls auf weitere Rechtsmittel verzichtet wird – Testamentsvollstrecker für den 27,8prozentigen Anna-Dornier-Anteil bleibt, gilt als Vertreter der Friedrichshafener Gesellschafter-Gruppe um Claudius, Peter und Silvius Dornier, die 33,8 Prozent der Dornier-Anteile hält. Diese liegt im Widerstreit mit der Gruppe um Justus Dornier (38,4 Prozent).

Wie das Stuttgarter Staatsministerium bestätigte, haben sich im Verlaufe des Montagnachmittags Ministerpräsident Lothar Späth und Wirtschaftsminister Martin Herzog mit Mitgliedern der Familie Dornier sowie Daimler-Benz-Vorstandsmitgliedern zu einem Gespräch getroffen. Dabei wurde wohl über die Möglichkeiten eines Einstiegs des Stuttgarter Automobilkonzerns gesprochen.

SPARKASSEN / Hoffnung auf Gemeindeinvestitionen

Konsum gibt kaum Impulse

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung hielt auch im ersten Quartal 1985 an. Nach dem jüngsten Konjunkturbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes war der Export nach wie vor die Hauptstütze. Mittelfristig seien jedoch die Exportchancen nicht nur durch ein weiteres Absinken des Dollar und eine Abschwächung der US-Konjunktur gefährdet. Vielmehr drohten zusätzliche protektionistische Maßnahmen. Ein Nachlassen des Exportgeschäftes müßte die gesamte Konjunktur in Mitleidenschaft ziehen, wenn nicht rechtzeitig eine binnenwirtschaftliche Kompensation erreicht werde.

Ob ein solcher Impuls vom privaten Konsum kommen könnte, hält der Verband angesichts der kritischen Lage am Arbeitsmarkt für fraglich. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen sei zwar robuster als vor Jahresfrist. Wegen der Lage im Wohnungsbau sei jedoch nur eine schwache Zunahme der Bruttoinvestitionen wahrscheinlich.

Angesichts dieser Situation richteten sich die Erwartungen auf ein Anziehen der öffentlichen Investitionen, vor allem der Gemeinden. Zwar sei es den Gemeinden durchweg gelungen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Dieses sei jedoch vor allem durch geringere Sachinvestitionen erreicht worden. Eine Umkehr von dieser Politik kann von den Gemeinden nach Ansicht des Verbandes nur erwartet werden, wenn ihnen entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Überdies entfielen auf die Investitionen der Gemeinden nur 2,5 Prozent des Sozialprodukts.

LSI LOGIC / 100-Millionen-Projekt in Braunschweig

Vertrag vor Unterzeichnung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Land Niedersachsen steht bei seinen Bemühungen um die Ansiedlung zukunftsträchtiger Industriebetriebe vor einem beachtlichen Erfolg. Wie die LSI Logic Europe Ltd., Bracknell/Berkshire (Großbritannien), mitteilt, soll in Braunschweig die Fertigung anwenderspezifischer Schaltkreise aufgenommen werden.

Von seiten des Unternehmens, so ein Sprecher, stehe der Vertragsunterzeichnung nichts mehr im Wege. Die Stadt Braunschweig habe ein 100 000 qm großes Gelände zur Verfügung gestellt. Die Produktion soll die Wafer-Metallisierung, die Montage und den Test der Endprodukte umfassen. Das Land Niedersachsen verweist auf einige noch offene Fragen bei der Finanzierung des Projekts.

Die vorgesehenen Investitionen sollen über 100 Mill. DM erreichen, davon allein gut 50 Mill. DM für die Wafer-Metallisierung. Nach den Vorstellungen von LSI Logic soll der Betrieb bereits im Spätherbst 1986 die Produktion aufnehmen; nach Fertigstellung der letzten Ausbaustufe rechne man mit rund 300 Arbeitsplätzen. Von Braunschweig aus soll der gesamte europäische Markt beliefert werden.

LSI Logic ist nach den Worten des Sprechers erst 1981 im kalifornischen Silicon-Valley gegründet worden und gehöre mittlerweile zu den namhaften Halbleiter-Herstellern in den USA. Der Umsatz erreichte im vergangenen Jahr bereits 84,5 Mill. Dollar nach 35 Mill. Dollar im Jahre 1983. In den ersten drei Monaten dieses Jahres seien Umsatzerlöse von rund 30 Mill. Dollar realisiert worden. In London und in München betreibt LSI Logic zwei Entwicklungszentren für kundenspezifische Schaltkreise.

FORTUNE-LISTE / Ölunternehmen stark zurückgeworfen, aber Exxon bleibt Spitze

Dollar stoppte die Gewinnexplosion

H.-A. SIEBERT, Washington

Der überstarke Dollar, der Amerika mit billiger Auslandsware überschwemmt und gleichzeitig eigene Erzeugnisse auf den Weltmärkten verteuert, hat den 500 größten US-Industrieunternehmen übel mitgespielt. Er verhinderte die Gewinnexplosion, mit der die Geschäftsleitungen angesichts des Booms in den Vereinigten Staaten – 1984 wuchs die Wirtschaft real um 6,8 Prozent – fest gerechnet hatten.

Nach einer Aufstellung des New Yorker Wirtschaftsmagazins „Fortune" hat sich beispielsweise das US-Bruttosozialprodukt seit dem vor der letzten Rezession 1981 erreichten Hoch nominal um 24 Porzent verbessert. In der gleichen Zeitspanne sanken die Umsätze jedoch um rund ein Prozent, während die Gewinne nur um 2,6 Prozent auf 86,4 Mrd. Dollar (etwa 264 Mrd. Mark) stiegen. Rechnet man die Inflation heraus, waren sie sogar im Minus.

Die Einbrüche begannen im vergangenen Sommer. Zu Hause zwang die Importwelle zu einer vorsichtigen Preispolitik, die teureren Ausfuhren drückten die Gewinnmarge, und bei der Repatriierung der Auslandsgewinne entstanden erhebliche Währungsverluste. Die großen Verlierer waren die Hersteller von Pharmazeutika, Papier, Chemikalien sowie Werkzeug- und Baumaschinen.

Gegenüber 1983 nahmen die Umsätze im vergangenen Jahr um 4,3 (0,9) Prozent auf 1759 Mrd. Dollar zu, die Nettogewinne erhöhten sich um 25,6 (12,1) Prozent. Die durchschnittliche Umsatzrendite verbesserte sich von 3,8 auf 4,5, die Verzinsung des Grundkapitals von 10,7 auf 13,6 Prozent. Von den 500 Unternehmen steigerten 429 (322) ihre Umsätze und 367 (329) ihren Gewinn. Geld verloren haben nur noch 34 (60) Firmen. Die Zahl der Beschäftigten wuchs lediglich von 14,1 auf 14,2 Millionen.

Den Rahm schöpften die US-Konzerne ab, die sich auf den Inlandsmarkt konzentrierten, wie Autos, Haushaltsgeräte, Nahrungsmittel und Druckerzeugnisse. General Motors, Ford, Chrysler und auch American Motors, die zum ersten Mal seit 1979 schwarze Zahlen auswies, kassierten einen Gesamtgewinn von zehn Mrd. Dollar, wobei aber auch die im März ausgelaufenen Einfuhrquoten für japanische Pkw mithalfen. In diesem Jahr will Japan seine Lieferung um 24 Prozent auf 2,3 Millionen Einheiten aufstocken, was zweifellos das Gewinnbild verschlechtert.

Gemessen am Umsatz und Gewinn, bleibt Exxon das größte Industrieunternehmen der Welt. Der Abstand ist zu groß, als daß es General Motors in den kommenden Jahren gelingen würde, sich nach vorn zu schieben. Aber sonst sind die Rückschläge, die Amerikas Ölbranche hinnehmen mußte, gewaltig (Tabelle). Die Fusionen von Texaco mit Getty, Chevron mit Gulf und Mobil mit Superior haben sich noch nicht ausgezahlt. Enttäuscht hat das Abschneiden im Bereich der Computer und Spitzentechnologien. U. S. Steel, die 1983 rund 1,2 Mrd. Dollar verlor, ist wieder in der Gewinnzone.

Die großen Exporteure unter den „500" warten jetzt auf einen sinkenden Dollar. Dann profitieren sie von den Kostensenkungen, die sie seit der Rezession vorgenommen haben. Dazu gehören auch die den Gewerkschaften abgerungenen Lohnzugeständnisse.

Die 30 größten US-Industriekonzerne

Rang '84	'83	(Mill. Dollar)	Umsatz	± %	Nettogewinn	Umsatzrendite %
1	1	Exxon	90 854	+ 2,6	5528	6,0
2	2	General Motors	83 889	+ 12,3	4516	5,4
3	3	Mobil	56 047	+ 2,6	1268	2,3
4	4	Ford Motor	52 366	+ 17,8	2907	5,6
5	6	Texaco	47 334	+ 18,1	306	0,6
6	5	IBM	45 937	+ 14,3	6582	14,3
7	7	Du Pont	35 915	+ 1,5	1431	4,0
8	-	A.T.&T.	33 187	+198	1370	4,1
9	10	General Electric	27 947	+ 4,3	2280	8,2
10	8	Standard Oil (Ind.)	26 949	- 2,5	2183	8,1
11	9	Chevron	26 798	- 2,0	1534	5,7
12	12	Atl. Richfield	24 686	- 1,8	567	2,3
13	13	Shell Oil	20 701	+ 5,2	1772	8,6
14	21	Chrysler	19 572	+ 47,8	2380	12,2
15	15	U.S. Steel	18 274	+ 8,3	493	2,7
16	18	United Technologies	16 331	+ 11,3	645	3,9
17	16	Phillips Petroleum	15 537	+ 1,9	810	5,2
18	14	Occidental Petrol.	15 373	+ 19,6	569	3,7
19	19	Tenneco	14 779	+ 3,0	631	4,3
20	17	Sun	14 466	- 1,8	538	3,7
21	20	ITT	14 000	- 1,7	448	3,2
22	22	Procter & Bamble	12 946	+ 4,0	890	6,9
23	23	Reynolds Industries	11 902	- 0,5	1210	10,2
24	25	Standard Oil (Ohio)	11 692	+ 0,8	1488	12,7
25	28	Dow Chemical	11 418	+ 4,3	585	5,1
26	29	Allied	10 884	+ 5,0	488	4,5
27	31	Unocal	10 838	+ 7,7	700	6,5
28	30	Eastman Kodak	10 600	+ 4,2	923	8,7
29	27	Boeing	10 354	- 7,0	787	7,6
30	34	Westinghouse El.	10 284	+ 7,7	536	5,2

FRANKREICH / Wachstum nach unten revidiert

Investitionen nehmen zu

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Nationale Rechnungshof hat die von der französischen Regierung für das letzte Jahr auf zwei Prozent veranschlagte Zunahme des Bruttosozialprodukts jetzt mit 1,5 Prozent beziffert. Diese Revision ist möglicherweise nicht die letzte. Denn gleichzeitig wurde die Wachstumsrate für 1983 von 0,9 auf 0,6 Prozent gekürzt. Sie wäre wohl auch 1984 nicht viel höher ausgefallen, wenn Frankreich keine so außergewöhnlich gute Ernte verzeichnet hätte.

Schon deshalb erscheint die von Wirtschaftsminister Beregevoy für 1985 angestrebte Expansion „in der deutschen Größenordnung von 2,5 bis drei Prozent" als zu hoch gegriffen. Während der ersten zwei Monate dieses Jahres jedenfalls ging die Industrieproduktion in Frankreich zurück. Die OECD hatte in ihrem letzten Ausblick (Stand: Ende 1984) für Frankreich zwei Prozent und für die Bundesrepublik zwei dreiviertel Prozent genannt. Private französische Konjunkturinstitute rechnen nur noch mit einem Prozent.

Aber auch die französischen Investitionsziele wurden 1984 nicht erreicht. An der Bruttokapitalbildung gemessen schrumpfte sie nach Angaben des Rechnungshofs um real 2,9 Prozent, wobei sich aber die Investitionstätigkeit der Industrie in der zweiten Jahreshälfte wesentlich beschleunigte. Dies lag nicht zuletzt an den besseren Unternehmenserträgen.

Auch der Export entwickelte sich günstig. Sein Zuwachs von real 6,3 Prozent blieb aber dennoch hinter der Expansion des Welthandels von 7,3 Prozent zurück. Damit gingen Marktanteile verloren, stellt der Rechnungshof fest. Demgegenüber nahmen die Importe um real 1,6 Prozent zu. Der Verbrauch der privaten Haushalte war bei einer um 0,7 Prozent geschrumpften Kaufkraft nur um 0,5 Prozent gestiegen.

Als bestes Ergebnis bewertet der Rechnungshof die Verminderung der Inflation von 9,6 im Jahresdurchschnitt 1983 auf 7,4 Prozent (1984) und auf 6,7 Prozent im Dezember gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Inzwischen aber hat sich die Lage wieder verschlechtert. Nachdem die französischen Konsumentenpreise im Januar und Februar um je 0,5 Prozent gestiegen waren, zogen sie im März um 0,7 Prozent (nach vorläufigen Angaben) an. Für das Gesamtjahr 1985 erwartet die Regierung eine Begrenzung der Inflation auf 4,5 Prozent.

NAMEN

Dr. Peter Dolff (41), bisher Vorstandsmitglied der Pelikan AG, Hannover, ist zum 1. April als Generalbevollmächtigter in die Geschäftsleitung des Münchner Bankhauses Merck, Finck & Co. eingetreten.

Dr. **Hermann Flath**, Vorstandsvorsitzender der Versicherungsgruppe Hannover (Landschaftliche Brandkasse und Provinzial Leben), vollendete das 60. Lebensjahr.

Bernd Baehring, Chefredakteur der Börsen-Zeitung, wird nach Vollendung des 65. Lebensjahres Mitte nächsten Jahres in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird der stellvertretende Chefredakteur **Hans K. Herdt**, dessen jetzige Funktion der Chef vom Dienst, **Dierk Hartwig**, übernehmen wird.

Dr. **Hermann Kappenhagen** wurde zum Vorstandsmitglied der Deutscher Eisenhandel AG, Berlin, bestellt.

Dr. **Rudolf Grieger**, ehemaliger Senatspräsident beim Bundesfinanzhof, beging gestern seinen 80. Geburtstag.

Prof. Dr. **Willi W. Dettinger**, geschäftsführender Gesellschafter der URACA Pumpenfabrik GmbH + Co. KG, Bad Urach, schied nach Vollendung des 65. Lebensjahres zum 31. März als Geschäftsführer aus dem Unternehmen aus. Mit Wirkung vom 1. April übernimmt **Hilmar W. Dettinger-Müller** zusammen mit dem langjährigen Gesellschafter-Geschäftsführer Dr. **Dieter Guberan** die Geschäftsleitung.

Kurt Burckhardt, stellvertretender Vorsitzender des Fachverbandes der Futtermittelindustrie e. V., Neuss, ist am 10. April im Alter von 72 Jahren gestorben.

„Neue Zürcher" schüttet mehr aus

dpa/VWD, Zürich

Die Aktiengesellschaft der in Zürich erscheinenden Tageszeitung „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) schüttet für 1984 mehr Gewinn an ihre Aktionäre aus. Wie das Unternehmen bekanntgab, ist der Reingewinn im vergangenen Jahr um 23 Prozent auf 2,4 Mill. Schweizer Franken (rund 2,9 Mill. DM) gestiegen. Angesichts dieses verbesserten Abschlusses hat der Verwaltungsrat der Generalversammlung eine um 20 Franken auf 160 Franken erhöhte Dividende vorgeschlagen. Zu dem guten Ergebnis habe eine verstärkte Zeitungsauflage und eine Ausweitung des Anzeigengeschäfts beigetragen.

Das Blatt steigerte seinen Anzeigenumfang 1984 um 3,8 Prozent auf 11 437 Seiten. Gleichzeitig wurden die Preise erhöht, was rund 6,2 Prozent, insgesamt 78,4 Mill. Franken, in diesem Bereich einbrachte. Der Erlös aus dem Zeitungsverkauf stieg um 5,7 Prozent auf 24,9 Mill. Franken bei einer Steigerung der „NZZ"-Auflage um 1,5 Prozent auf 139 100 Exemplare. Die „Neue Zürcher Zeitung" beschäftigte Ende letzten Jahres 829 Mitarbeiter, davon unverändert 129 in der Redaktion.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: SIFAS Importges. f. Bau- u. Isoliertechnik mbH, Ahlen; **Berlin Charlottenburg:** BAUKU-Metall Ges. f. lufttechnische Anlagen u. Rohrbau mbH; Bauku-Zeit Ges. f. gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung mbH; Fritz Pollems GmbH & Co. KG Spezialtiefbau; **Bersenbrück:** Theo Brockhaus, Bauunternehmer; **Biberach a. d. Riss:** a) Esslinger & Abt GmbH & Co., Laupheim; b) Dr. Kurt Huth GmbH, Laupheim; **Bielefeld:** A + L Data Computersysteme, Beteiligungs-GmbH; **Darmstadt:** Nachl. d. Helmut Steinmann, Hilfsarbeiter; **Duisburg:** Tourist-Reisen Streup u. Uhlen GmbH; Nachl. d. Heribert Ferron; **Euskirchen:** Erftland-Malerwekstätten GmbH; **Fürth:** Küchen- u. Elektro-Haus Mergenthaler GmbH; **Gütersloh:** Heinrich Brockhaus, Bauunternehmung, Rheda-Wiedenbrück; **Hamburg:** Küchenland GmbH Vertriebsges.; Nachl. d. Joachim Georg Bayerl; Nachl. d. Friedrich Karl Wilhelm Pfannenstiel; A.M.T. Anlagenbau GmbH; innendecor Ges. f. Innenausstattung mbH; EK MED eG Einkaufs-Kooperation medizinischer Berufe; **Kassel:** Nachl. d. Helmut Ergenzinger, Kaufmann; **Langen:** Roland Locher Lebensmittelges. mbH; **Leer:** Heinrich Onken GmbH, Mormerland-Veenhusen; **Marburg:** Alpha-Projektbau GmbH, Wetter; **Mayen:** Booz & Co. KG, Weißenthurm; Holzhauer GmbH, Renault-Vertragshändler, Mayen-Kottenheim; Heinrich Müller GmbH, Mendig; **Neu-Ulm:** Josef Höbe GmbH, Straßenbaustoffe, Natursteinhandel; **Recklinghausen:** Schlüter + Berning GmbH; **Rosenheim:** JHH Beteiligungs- u. Verwaltungsges. mbH, Mittenkirchen; **Tostedt:** Ernst Böttcher, Wistedt; **Weilheim:** Glatzel + Seybold Heizungs-, Sanitär u. Lüftungs-GmbH, Tutzing-Kampberg; **Westerstede:** Nachl. d. Udo Helbig, Rastede; **Winsen/Luhe:** A. Kröger Ingenieurbau GmbH, Salzhausen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Berlin: DAN Massiv Haus GmbH; **Lübeck:** KG Planbau GmbH & Co.; Treuwo – Treuhandges. f. Wohnungsbau mbH & Co. KG; Projekta Vermietungs- u. Verwaltungsges. mbH & Co. Finanzierungsvermittlungs-KG; Treumedia Werbeagentur GmbH; TCM Tourismus Consulting u. Management Objekt-Betreuungsges. mbH & Co. KG; Projekta Vermietungs- u. Verwaltungsges. mbH & Co. Finanzierungsvermittlungs-KG; Trave-Verwaltungsges. f. Vermögensanlagen mbH; Projekta Vermietungs- u. Verwaltunges. mbH u. Co. Betriebs-KG.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: Brigitte Both; **Ludwigsburg:** Ontario Hausbau GmbH Generalübernehmer, Ditzingen; **Villingen-Schwenningen:** Ernst Hezel.

WÄHRUNGSFONDS / Washingtoner Konferenz im Zeichen der Handelspolitik

Schuldensituation leicht entspannt

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Frühjahrsveranstaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in der US-Hauptstadt mit Beratungen der Entwicklungsländer begonnen hat, ist ein falsches Etikett aufgeklebt worden. Der Begriff „Schuldenkonferenz" stimmt nicht, da nach einer konkreten Lösungsformel gar nicht gesucht wird. Im Mittelpunkt stehen die Handels- und Zahlungsströme, sprich Protektionismus und Zinsen.

Die „Gruppe der 24", in der sich die Entwicklungsländer zusammengeschlossen haben, ruft zwar erneut nach einem Deus ex machina. Aber der vom IWF eingeschlagene Weg der fallweisen Therapie wird morgen in der Sitzung des Interimskomitees von den Finanzministern bestätigt. Das geschieht aus gutem Grund: Einmal gibt es kein globales Schuldenproblem, jedes hat viele Facetten. Mexiko ist nicht Argentinien und Brasilien nicht Venezuela.

Zum anderen sind seit der Währungstagung 1982 in Toronto, als die nationale Schuldenkrise in Mexiko ausbrach, erhebliche Fortschritte erzielt worden. Die eigentliche Liquiditätskrise muß als überwunden gelten, wenn auch viele Schuldenprobleme noch zu lösen sind. Die weltwirtschaftliche Erholung, die zumindest für 1985/86 gesichert scheint, hat Wunder gewirkt; alle großen lateinamerikanischen Schuldnerländer stehen außenwirtschaftlich besser da.

In Washington müssen Antworten auf drei Fragen gefunden werden:

1. Wie kann eine neue globale Rezession verhindert werden, wenn die Zinsen wieder anziehen oder sich das Wachstumstempo in den USA stärker als erwartet verlangsamt?
2. Wie ist für die Schuldnerländer der Zugang zu den Märkten in den Industriestaaten sicherzustellen, damit sie über höhere Exporte die Schuldenlasten besser tragen können?
3. Wie läßt sich ein *stetiger* Kapitalfluß von den reichen in die ärmeren Länder wiederherstellen?

Absegnen werden die Finanzminister und Notenbankchefs im Interimskomitee noch einmal den im OECD-Minsterrat in Paris erreichten Konsens, wonach die USA ernsthaft an die Lösung ihrer Haushaltsprobleme herangehen und dadurch Druck auf die Zinsen ausüben. Westeuropa stellt die Dynamik und die Anpassungsfähigkeit seiner Volkswirtschaften wieder her; Deutschland, Japan und Großbritannien halten sich außerdem bereit, Wachstumsverluste in Amerika durch Ankurbelung ihrer Wirtschaften auszugleichen. Gerechtfertigt wird dieses Ansinnen mit der hohen Preisstabilität und der vorzüglichen Zahlungsbilanzposition dieser drei Staaten.

Mit einer Erklärung gegen neue Handelsschranken, die ebenfalls Bestandteil der Bonner Gipfelbeschlüsse sein wird, ist fest zu rechnen. Sollte sich die US-Importtür schließen, treten Europa und Japan an Amerikas Stelle. Zur Sicherung der Kapitalzuflüsse müssen in erster Linie in den Entwicklungsländern geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Dabei setzt der Interimsausschuß darauf, daß die Kreditwürdigkeit mit zunehmendem Handel wächst.

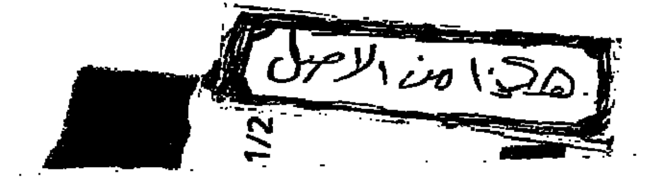
Für den IWF stellt sich die Frage, wie er dazu beitragen kann, daß die Banken die Kreditgewährung wiederaufnehmen. Es wird erwogen, die „Weltnotenbank" mit der Überwachung der Umschuldung und damit der Anpassungsreformen zu beauftragen. Dem steht entgegen, daß der Fonds kein Entwicklungshilfe-Institut sein darf und nur kurzfristig helfen kann. Außerdem müssen die Banken die kommerziellen Risiken selber tragen.

In Washington wird vor einer verfrühten Verschuldungseuphorie gewarnt. Man habe zwar alles im Griff, das Schuldenproblem könne sich aber als ein schwieriges Kapitalfluß-Problem entpuppen, heißt es. Hier geht es auch um die Umschuldung offizieller Gelder im Rahmen des Pariser Klubs, die abhängig gemacht werden von mit dem IWF auszuarbeitenden Stabilisierungsprogrammen.

Im Entwicklungsausschuß, der Donnerstag und Freitag tagt, steht die künftige Rolle der Weltbank im Vordergrund. Präsident Clausen hofft auf eine neue Kapitalerhöhung, wobei der Einzahlungsprozentsatz sehr klein gehalten werden könnte. Er strebt auch eine breitere Palette von Darlehenstypen an, so im Rahmen der Strukturanpassung zum Beispiel angebotsorientierte Importkredite.

Die Entwicklungsländer dringen überdies auf eine Ausweitung des nicht projektgebundenen Ausleihvolumens, das schon 30 Prozent ausmacht. Dies kann jedoch nur unter wirtschaftspolitischen Auflagen geschehen, was von ihnen abgelehnt wird. Fest steht dies: Von der Washingtoner Konferenz erhofft sich die Dritte Welt mehr Geld. Sie wird es aber nicht bekommen.





Wir zeigen, was wir können. Auf der Hannover Messe. TA '85: Zukunftssicher. Mit System.

FÜR UNTERNEHMEN, DIE DAS BÜROKOMMUNIKATIONS-KONZEPT DER ZUKUNFT SCHON JETZT EINFÜHREN WOLLEN.



TA AUF DER HANNOVER MESSE 1985, HALLE 1, CeBIT, STAND C-6701/7001

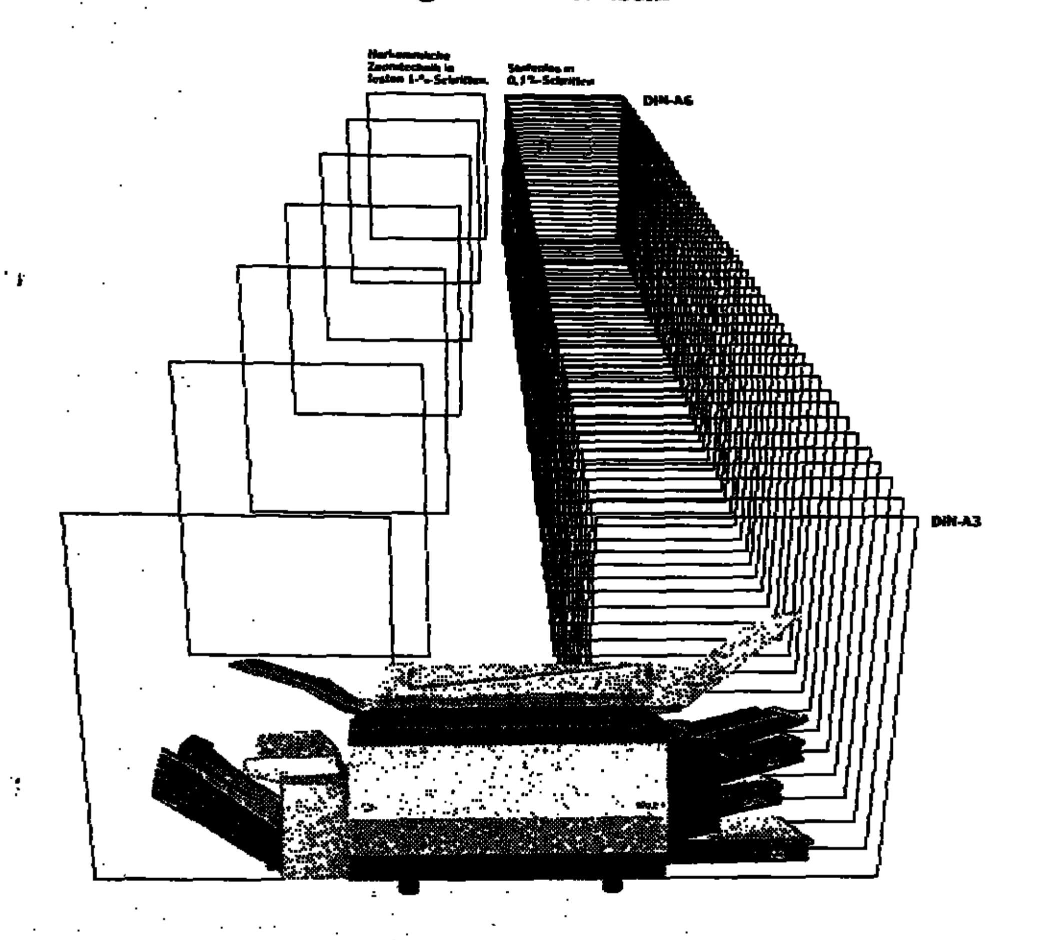
Fast alle Unternehmen stehen heute vor einer für ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Aufgabe: In umfassende, zukunftsorientierte Bürokommunikations- und Informations-Systeme zu investieren. In Technologie, die auf Wirtschaftlichkeit achtet und auch morgen noch aktuell ist. TA hat sie. Und zeigt sie. Auf der Hannover-Messe '85. Grund genug, uns dort zu besuchen und sich zu informieren.

TA – KOMPETENZ IN ALLEN BEREICHEN DER INFORMATIONS-TECHNOLOGIE.

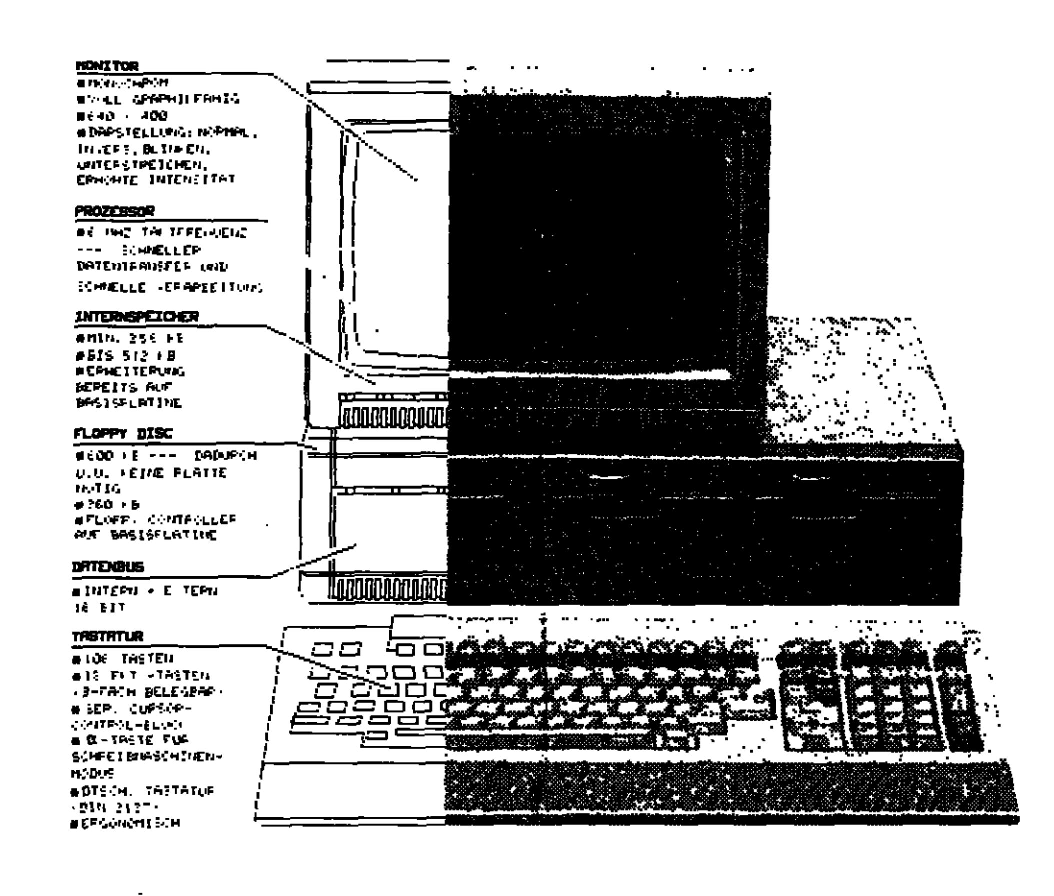
TA – der Name steht für ein breites Programm umfassender Bürokommunikation. Von der Schreibmaschine über Personal-, Text- und Büro-Computer bis hin zu multifunktionalen Mehrplatz-Rechnersystemen und Kopierern.

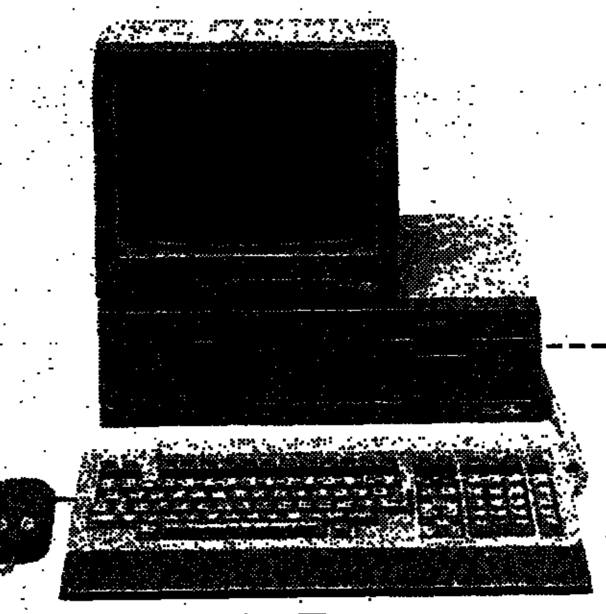
TA Triumph-Adler Aktiengesellschaft für Büro- und Informationstechnik Fürther Straße 212 D-8500 Nürnberg 80 Tel.(0911)322-0 Telex 6-23295

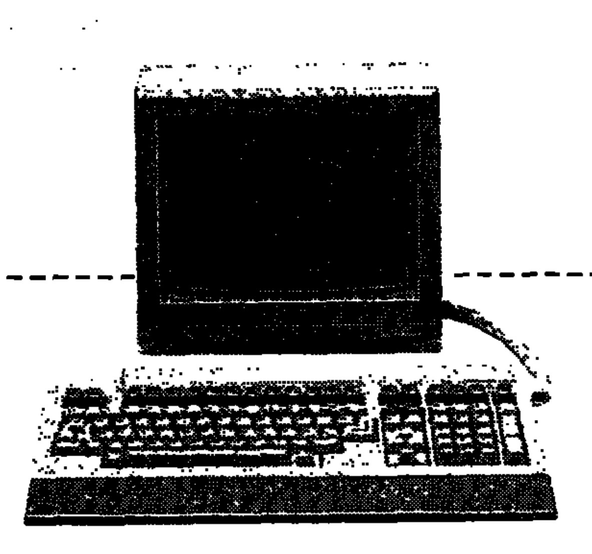
TA 230 Z. Zoom-Kopierer für stufenloses Kopieren. Format ganz nach Wunsch.

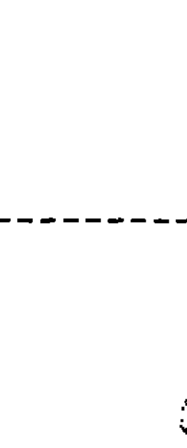


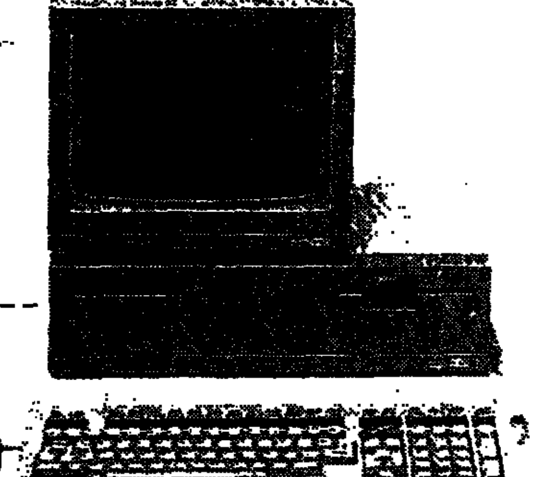
Der neue alphatronic P 50. Nicht nur kompatibel, sondern auch besser.





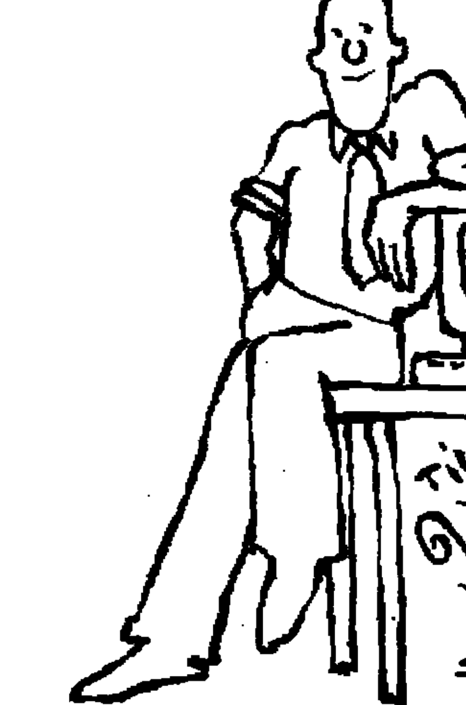


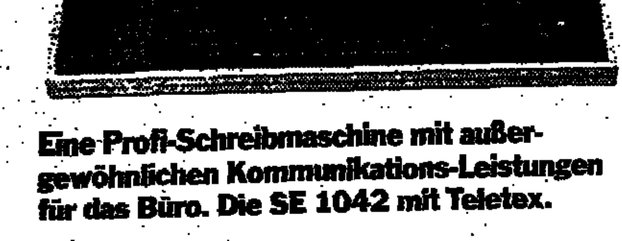






System M 32 von TA. Das neue Bürokommunikations-System für den intelligenten Arbeitsplatz.





Eine Profi-Schreibmaschine mit außergewöhnlichen Kommunikations-Leistungen für das Büro. Die SE 1042 mit Teletex.



Wer am Anfang zu wenig fordert, wird am Ende zu wenig erhalten. Gehen Sie sicher mit Triumph-Adler.

TA TRIUMPH-ADLER

PWH

USA-Geschäft wird verstärkt

J. G. Düsseldorf

Mit einer „Grundsatzvereinbarung" hat sich die Kölner PHB Weserhütte AG (PWH) vom US-Mischkonzern Litton den Erwerb von dessen Aktivitäten im Bereich „Materials Handling" gesichert. Diese rechtlich unselbständige Litton-Sparte (Robins Engineers & Constructors, Totowa/New Jersey) macht als reiner Engineering/Contracting-Anbieter 100 (in der Spitze bis 150) Mill. DM Umsatz und ist „erfolgreicher, gut eingeführter" Spezialist für Transportanlagen von Massenschüttgütern.

Auf diesem Gebiet sieht sich die mit knapper Kapitalmehrheit zum Kölner Otto Wolff-Konzern gehörende PWH-Gruppe als einen der weltweit führenden Anbieter. Sie stärkt nun die USA-Position und vergrößert den (vorwiegend im Ausland erzielten) Weltumsatz um etwa ein Zehntel. PWH sieht in diesem Schritt eine Fortsetzung der erfolgreichen Strategie, das von Auslandskundschaft abhängige Wachstum mit Auslandsstützpunkten zu untermauern.

BFA-Bank stockt Aktienkapital auf

J. Sch. Paris

Die zur West/LB-Gruppe gehörende Banque Franco-Allemande (BFA), Paris, erhöht ihr Aktienkapital von bisher 88 auf 211,2 Mill. Franc. Durch diese Aufstockung beschafft sich die Bank die zu ihrer weiteren Expansion notwendigen Mittel. Nach Angaben des BFA-Vorstandes soll neben dem traditionellen französisch-deutschen Geschäft das mit der Schweiz, Österreich und den skandinavischen Ländern ausgebaut werden und zwar durch Verstärkung des Dienstleistungssektors. Außerdem will man sich um Großkunden bemühen.

Die Kapitalerhöhung ist Teil einer für die nächsten zwei bis drei Jahre auf 240 Mill. Franc veranschlagten Mittelverstärkung. Die Bilanzsumme der Bank hatte sich 1984 auf 7,5 (7,1) Mrd. Franc erhöht, obwohl das Kreditgeschäft auf 3,5 (3,8) Mrd. Franc zurückgegangen war. Wegen außergewöhnlicher Rückstellungen (Creusot-Loire) schrumpfte der Reingewinn um 40 Prozent auf 8 Mill. Franc.

METALLGESELLSCHAFT / Vorsichtiger Optimismus nach drei dividendenlosen Jahren – Bereinigungskraftakt

Alle Bereiche am Konzern-Wachstum beteiligt

INGE ADHAM, Frankfurt

„Unsere Erwartung festigt sich, daß das Ergebnis dieses Geschäftsjahres ausreichen wird, weitere Rücklagen zu bilden und wieder eine Dividende auszuschütten." Der vorsichtig formulierte Optimismus von Dietrich Natus, Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) steht auf einer soliden Basis.

Nach drei dividendenlosen Jahren und nach einem gewaltigen Bereinigungskraftakt im Jahr 1983/84 geht es bei MG, begünstigt auch von der allgemeinen Konjunkturentwicklung, sichtbar wieder aufwärts. Für die ersten sechs Monate dieses Geschäftsjahres meldet das Unternehmen einen Konzern-Weltumsatz von 7,5 Mrd. DM, das sind 30 Prozent mehr als in der Vorjahreszeit. Zu diesem Wachstum haben, so betont Natus, alle Bereiche beigetragen, am deutlichsten legte der Unternehmensbereich Rohstoffe (inkl. Handel) unter den fünf Unternehmensbereichen der MG zu. Dabei spielen auch die neuentwickelten Tätigkeiten (Financial Instrument, Countertrade) eine Rolle.

Die teuren Probleme im ausländischen Bergbau wurden im zurückliegenden Jahr zumindest bilanziell gelöst; die kanadische Grube Highmont stillgelegt (Aufwand für die MG rund 40 Mill. DM), das Gold-Kupfer-Projekt Ok Tedi (Beteiligung 7,5 Prozent) in der Bilanz auf Null gestellt (Aufwand rund 60 Mill. DM). Für alle weiteren dort möglichen Risiken wurden ausreichend Rückstellungen gebildet, so daß auch ein völliges Scheitern der zweiten Stufe (Kupfererzabbau) das diesjährige MG-Ergebnis nicht mehr tangieren könnte. Die Goldproduktion läuft inzwischen übrigens voll.

Aufwärts geht es nach Natus' Worten auch wieder im Anlagenbau (Lurgi), in den ersten fünf Monaten wurde bereits mehr verkauft, vor allem mittelgroße Projekte, als im ganzen letzten Geschäftsjahr, in dem der Auftragszugang auf 785 (i. V. 1155) Mill. DM gerutscht war. Nach dem letzten „Kraftakt" (rund 29 Mill. DM Aufwand in der 83/84er Bilanz) sieht der Vorstand auch bei dem langjährigen Sorgenbereich Verarbeitung wieder Land, wo bisher die VDM alle positiven Beiträge (Haendler & Natermann, Kolbenschmidt) schluckte. Nach der Aufgabe der Rohrfertigung Duisburg (in eine gemeinsame Tochter mit Mannesmann ausgegliedert) wird für dieses Jahr ein positives Ergebnis erwartet. Auch in den Bereichen Chemie und Transport läuft es positiv, insgesamt liegt das Betriebsergebnis in den ersten sechs Monaten um 25 Prozent über dem Vorjahresstand. Das Ergebnis kann freilich nicht für das ganze Jahr hochgerechnet werden. Denn 1983/84 hatte sich das Betriebsergebnis glatt verdoppelt und so die nötigen Bereinigungen ermöglicht, für die freilich auch noch Auflösungen von Reserven notwendig waren.

Vor diesem Hintergrund ist der mit wieder 25 Mill. DM bescheidene Jahresüberschuß im Konzern und der abermalige Ausfall einer Ausschüttung zu sehen. Daß es trotzdem im vergangenen Geschäftsjahr deutlich aufwärts gegangen ist, signalisiert neben der starken Erhöhung beim Cash-flow (vgl. Tabelle) vor allem die Berechnung des Ergebnisses je Aktie nach der DVFA-Formel, die 15 DM ergibt, nach 7 DM im Jahr zuvor. In diesem Jahr werden auch die Investitionen wieder steigen, geplant sind (Finanz- und Sachinvestitionen von rund 320 (i. V. 240) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Inlandskonzern wird bis zum Jahresende um rund 400 Beschäftigte abnehmen. Die gewandelte Situation läßt auch die Ausnutzung des vorhandenen genehmigten Kapitals (40 Mill. DM) noch in diesem Jahr möglich erscheinen.

Metallgesellschaft	1983/84	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Welt	14 028	+ 27,7
Konzern	10 491	+ 7,1
dav. Ausland (%)	47	(54)
AG	8384	+ 5,8
Jahresüberschuß	25	± 0
i. Proz. v. Umsatz	0,24	(0,26)
Cash-flow [1]	355	+ 48,5
Sachinvestitionen	167	- 2,3
Abschreibungen	217	+ 17,3
Mitarbeiter	21 985	- 0,6

[1]) Nach Angaben des Unternehmens

GMO / Eigenumsatz um fast 30 Prozent gesteigert

Beratung bleibt expansiv

JAN BRECH, Hamburg

Mit einer deutlich über dem Branchendurchschnitt liegenden Umsatzsteigerung hat die GMO, Gesellschaft für moderne Organisationsverfahren mbH, Hamburg, im Berichtsjahr 1984 abgeschnitten. Nach Angaben der Gesellschaft erhöhte sich der Umsatz um 30 Prozent auf 30,2 Mill. DM. Dabei, so fügt die GMO hinzu, handele es sich um echte Eigenumsätze, die zudem fast ausschließlich durch Personaleinsatz erreicht worden seien. Der Umsatz aus Produktverkäufen habe weniger als 1 Mill. DM betragen.

Das Geschäftsvolumen verteilt sich bei der GMO auf 6 in selbständigen Profitcentern organisierten GMO-Geschäftsstellen. Sowohl in den Geschäftsstellen als auch bezogen auf die Gesamtfirmen-Struktur sei das Verhältnis von Produktivkräften und Verwaltung/Management verbessert worden, heißt es. Der Personalstand habe die Zahl von 200 Mitarbeitern überschritten, wobei der Pro-Kopf-Umsatz im Jahresdurchschnitt 167 000 DM erreichte. Der Auftragsbestand zum Beginn des Jahres decke bereits 60 Prozent des geplanten Umsatzes für 1985. Den deutschen Markt für Dienstleistungen im Bereich der Informationsverarbeitung gibt die GMO anhand einer internationalen Studie mit rund 4,3 Mrd. Dollar an. Bislang setzten etwa 250 000 deutsche Unternehmen elektronische Datenverarbeitung ein. Diese Zahl wird nach Schätzungen der GMO bis 1987 auf knapp 400 000 steigen. Das Softwaregeschäft dürfte jährlich um etwa 20 Prozent ausgeweitet werden.

Auf der Anbieterseite gibt es nach Angaben der GMO ohne die Hersteller von Hardware rund 2650 Firmen unterschiedlichster Größe. Die Zahl der Programmierbüros mit durchschnittlich nicht mehr als 0,4 Mill. DM Umsatz beträgt fast 1500. Mehr als die Hälfte des Marktes decken Software- sowie Systemhäuser ab. Auf Unternehmensberatungen, deren Zahl GMO mit 500 angibt, entfällt etwa ein Viertel des Marktes. Davon erreichen allerdings nicht mehr als 12 Firmen Umsätze von 20 Mill. DM und mehr. Die rund 200 deutschen Rechenzentren sind schätzungsweise mit 10 Prozent am Markt beteiligt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Garny zahlt 15 Prozent

Frankfurt (VWD) – Mit der Ausschüttung von 15 Prozent für 1984 wird bei dem Mitte des vergangenen Jahres an der Börse eingeführten Geldschrankproduzenten Garny AG, Mörfelden-Walldorf, die Dividendenprognose von „mindestens 14 Prozent" noch überschritten. Nach der Pflichtveröffentlichung werden der HV am 30. Mai pro 50-DM-Aktie für die voll gewinnberechtigten nominal 8,2 Mill. DM Aktien 7,50 DM Dividende vorgeschlagen.

Bonus bei Stuttgarter Bank

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Stuttgarter Bank AG schlägt vor, für das Geschäftsjahr 1984 wie im Vorjahr eine Dividende von 4,50 DM und einen Bonus von einer DM je 50-DM-Aktie auszuschütten. Für die Bedienung des auf 45 (40) Mill. DM erhöhten Aktienkapitals steht, wie aus der Tageordnung zur HV am 23. Mai hervorgeht, ein Bilanzgewinn von 4,95 (4,4) Mill. DM zur Verfügung. Die vinkulierten Namensaktien aus der Kapitalerhöhung vom April 1984 sind für das gesamte Geschäftsjahr 1984 gewinnberechtigt.

Ausschüttung erhöht

Walluf (VWD) – Eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Chemische Werke Brockhues AG, Walluf, der HV am 20. Mai für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) vor. Im Vorjahr waren sieben DM Dividende und 1 DM Bonus auf 1,19 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

Unveränderte Dividende

Ratingen (VWD) – Die Readymix Aktiengesellschaft für Beteiligungen, Ratingen, schlägt der HV am 24. Juni vor, für 1984 eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 18 Prozent und einen Bonus von fünf (zehn) Prozent auf das Grundkapital von 100 Mill. DM auszuschütten. Nach Einstellung von 2,5 Mill. DM in die freie Rücklage weist die Gesellschaft einen Bilanzgewinn von 23,3 (28,0) Mill. DM aus.

Neueinstellungen geplant

Kaiserslautern (dpa/VWD) – Der Nähmaschinenhersteller Pfaff AG in Kaiserslautern will im 2. Quartal 1985 „zwischen 100 und 120 neue Arbeitsplätze" schaffen. Nach Darstellung eines Firmensprechers ermöglichte die anhaltend gute Auftragssituation die Neueinstellungen. Nur ein geringer Teil der neuen Arbeitsplätze sei der Einführung der 38,5-Stunden-Woche seit dem 1. April zuzuschreiben. In Kaiserslautern beschäftigt Pfaff derzeit rund 4500 Mitarbeiter. Weltweit zählte das Unternehmen Ende 1984 rund 9370 Mitarbeiter.

Seat kommt voran

Frankfurt (VWD) – Der 1983 auf dem deutschen Markt gestartete spanische Automobilproduzent Seat kommt auch auf dem deutschen Markt voran. Mit 5956 Fahrzeugen, die 1984 in der Bundesrepublik abgesetzt wurden, ist das Verkaufsvolumen allerdings noch immer bescheiden – dennoch ist gegenüber dem Vorjahr (rd. 1000 Einheiten) eine deutliche Steigerung gelungen. Die deutsche Seat-Tochter Euro-Auto Import GmbH (Rüsselsheim) sieht nach Komplettierung des im Aufbau befindlichen Vertriebsnetzes noch gute Lieferchancen. Bis Ende 1985 soll die Zahl der deutschen Händler-Partner um etwa 100 auf rd. 400 steigen.

Hypotheken-Zinssenkung

Frankfurt (VWD) – Die Zinsen für ihre Hypothekendarlehen hat die Frankfurter Hypothekenbank AG gesenkt. Bei einem Nominalzins von fünf Prozent gilt z. B. bei Konditionenanpassung nach zwei Jahren ein Auszahlungssatz von 94, bei Anpassung nach drei Jahren von 91,5. Bei Festzins über die volle Laufzeit gilt bei einem Nominalzins von 8,25 ein Auszahlungskurs von 95,75, bei einem *Nominalzins von 8,5 eine Auszahlung von 98.*

HANSANO-GRUPPE / Kooperation hat sich bewährt

Mit Spezialitäten behauptet

H. HILDEBRANDT, Hameln

Die bereits weit fortgeschrittene, aber noch nicht beendete Konzentration im Lebensmittelhandel hat dessen Position als Verhandlungspartner gegenüber seinen Lieferanten deutlich verbessert. Sie löste jedoch auch auf der Anbieterseite entsprechende Reaktionen aus, die auch hier zu erheblichen Strukturveränderungen führten. Ein Beispiel dafür ist die schon im Frühjahr 1970 gegründete Hansano-Gruppe, Hamburg, eine Kooperation von derzeit acht selbständigen Genossenschaftsmolkereien im norddeutschen Raum zwischen der dänischen Grenze und dem südlichen Niedersachsen. Zweck dieser Zusammenarbeit ist der gemeinsame Einkauf, die Rationalisierung in der Produktion durch Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie ein für alle Partner verbindliches Marketing-Konzept. Dies schließt auch entsprechende Werbemaßnahmen ein und hat den gemeinsamen großflächigen Vertrieb zum Ziel.

Die vom Bundeskartellamt abgesegnete Zusammenarbeit hat sich in den anderthalb Jahrzehnten seit ihrer Aufnahme durchaus bewährt. Die Hansano-Gruppe verzeichnete 1984 einen Gesamtumsatz ihrer Partnerunternehmen in Höhe von 1,1 Mrd. DM. Sie verarbeitet in 16 Betriebsstätten rund eine Mrd. Liter Milch und beschäftigt derzeit 1400 Mitarbeiter. In ihrem Einzugsbereich wurde der Name „Hansano" zur bekanntesten Marke für Milch- und Molkereiprodukte. Über ihren eigentlichen regionalen Bereich hinaus ist die Gruppe *auch noch am nationalen* Produktions- und Marketingverbund mit der Gemeinschaftsmarke „Tiffany" beteiligt.

Das Produktionskonzept der Hansano-Gruppe basiert auf zwei Bereichen. Zum einen werden bei einheitlichen Rezepturen und Qualitätsmaßstäben Standard-Sortimente wie Milch, Butter und Schlagsahne in allen Unternehmen produziert und im unmittelbaren Einzugsgebiet vertrieben. Zum anderen stellen die Betriebe schwerpunktmäßig Spezialitäten her, deren Vertrieb dann die Gesamtorganisation übernimmt. Ein Beispiel dafür bietet die Molkerei Hameln eG, mit 26 Mill. DM Jahresumsatz kleinster der Kooperationspartner.

Die Südniedersachsen entwickelten jetzt eine mildgesäuerte Vollmilch mit natürlichem Fettgehalt. Der Name „Biogarde-Milch" deutet bereits die Zielrichtung an: den Markt der gesundheitsbewußten Verbraucher. Auch dieses Produkt gehört zu dem Hansano-Konzept, durch veredelte Erzeugnisse der milchanliefernden Landwirtschaft und den eigenen Verarbeitungsbetrieben eine angemessene Rendite zu sichern, die ansonsten durch die einschneidende Milchquoten-Regelung der EG gefährdet ist.

Werner Speer, Aufsichtsratsvorsitzender der Hamelner Genossenschaft, sagt das deutlich: „Wir müssen zu echt kalkulierten Preisen kommen, nicht nur zu solchen, wie sie uns der Handel vorschreiben möchte."

Air Inter will TGV Paroli bieten

J. Sch. Paris

Die innerfranzösische Luftverkehrsgesellschaft Air Inter, deren Hauptaktionäre die staatliche Air France und die Staatsbahnen (SNCF) sind, hat ihr Geschäft 1984 kaum ausweiten können und einen Gewinnrückgang auf 1 (22) Mill. Franc verbucht. Dies lag vor allem an den Verlusten auf der einstmals ertragreichsten Strecke Paris–Lyon. Dort wurden letztes Jahr nur noch 466 000 Personen befördert, 1980 waren es 700 000.

Der Grund für diesen Verlust ist der neue Hochgeschwindigkeitszug TGV. Er kostet in der zweiten Klasse halb so viel wie das Flugticket bei einem zusätzlichen Zeitaufwand von gerade einer Viertel- bis halben Stunde von Stadt- zu Stadtzentrum. Aber in diesem Jahr hofft Air Inter von dem verlorengegangenen Terrain wieder etwas zurückzugewinnen. Um die Personenbeförderung um 3,5 Prozent zu steigern, führt Air Inter ab 1. April ein flexibles Startsystem mit einer größeren Zahl von Flugzeugen und verschiedenen Sondervergünstigungen (jeder 5. Geschäftsflug gratis) ein. Solange Paris-Orly und Lyon-Satolas nicht der U-Bahn angeschlossen sind, dürfte aber der TGV kaum zu schlagen sein.

NIXDORF COMPUTER / Weiterhin auf ungebrochenem Erfolgskurs

Platz eins in Europa angepeilt

H. HILDEBRANDT, Hannover

Mit einem von anhaltendem Wachstum und steigenden Erträgen geprägten Selbstbewußtsein präsentiert sich die Nixdorf Computer AG, Paderborn. Die Zahlen des Jahres 1984 sprechen dazu eine deutliche Sprache. Der Umsatz stieg um 21 Prozent auf 3,27 (2,71) Mrd. DM und der Auftragsbestand erhöhte sich im gleichen Ausmaß auf 3,3 (2,7) Mrd. DM. Um 29 Prozent verbesserte sich die Ertragssituation, der auf 121 (92) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß läßt wieder eine Dividende von 18 Prozent je 50-DM-Aktie auf das zur Jahresmitte auf 360 (200) Mill. DM erhöhte Grundkapital zu.

Rückblickend bezeichnet der Nixdorf-Vorstand 1984 als das Jahr der Herausforderungen. Zu den wichtigsten Ereignissen gehörte dabei der Gang an die Börse, mit dem die Kapitalbasis erheblich verstärkt wurde. Das Unternehmen weist inzwischen ein Eigenkapital von 1,46 (0,79) Mrd. DM auf, was einem Anteil von 45 Prozent an der Bilanzsumme entspricht.

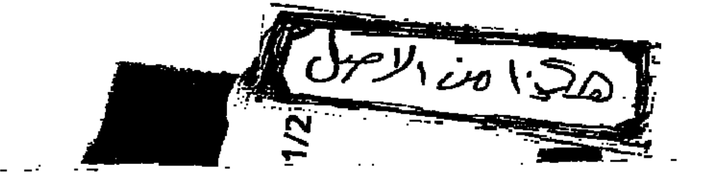
Wesentlich ausgebaut werden konnte auch die Marktposition. Auf dem europäischen Markt, der 85 Prozent zum Gesamtumsatz beitrug, sieht man sich bereits mit in der vordersten Position unter den heimischen Anbietern und strebt hier den Platz Nr. 1 an. Diese Position ist im Bereich der Bankenautomation bereits ganz und bei EDV-Systemen in mittelständischen Unternehmen annähernd erreicht. Ebenso konnte der Bereich Handel, der ein nachhaltiges Wachstum verzeichnet, weiter ausgebaut werden.

Auf der Hannover Messe stehen im Nixdorf-Angebot arbeitsplatzorientierte EDV-Systeme im Mittelpunkt. Vorgestellt werden auf der unteren Ebene erstmalig Personalcomputer, die autonom oder in Verbindung mit anderen Systemen einsetzbar sind. Auf der oberen Ebene arbeitet Nixdorf aktiv mit einer Entwicklung von Unix, einer gemeinsamen Anwendersoftware von europäischen Herstellern.

Besonders große Fortschritte sind auch in der Nachrichtentechnik vorzuweisen, in der erst vor wenigen Jahren fester Fuß gefaßt wurde und in die das gesamte Know-how aus dem Computerbereich einfloß. Nach dem Bau digitaler Nebenstellenanlagen, von denen bisher mehr als 500 installiert wurden, werden jetzt entsprechende Endgeräte vorgestellt, beispielsweise das erste von der Bundespost und anderen europäischen Postbehörden zugelassene digitale Telefon, für das schon zahlreiche Aufträge vorliegen. Durch Kooperation mit der Post wird die Zielrichtung deutlich, nicht nur auf dem privaten Endgerätesektor, sondern auch im öffentlichen Bereich tätig zu sein. Der Marktanteil im Kommunikationssektor der Bundesrepublik wird auf etwa fünf Prozent beziffert, er soll noch im laufenden Jahr verdoppelt werden.

Auch für das Gesamtunternehmen gilt weiterhin das bereits 1983 verkündete Ziel der Umsatzverdoppelung bis 1987, wozu Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, bemerkt: „Vielleicht geht es noch schneller." Investitionen etwa auf der Höhe der 504 Mill. DM des Vorjahres sollen auch 1985 dazu beitragen. So werden nach Toledo in Spanien die Fertigungsstätten in Paderborn, in Irland und in Singapur weiter ausgebaut. Die im Vorjahr auf 18 902 (16 496) aufgestockte Zahl der Mitarbeiter soll nochmals kräftig erhöht werden.

Der Umsatzanstieg um 29 Prozent im ersten Quartal 1985 und die gleichzeitige Erhöhung des Auftragseingangs um 32 Prozent zeigen, daß das Unternehmen weiterhin auf richtigem Kurs liegt. Bei dieser positiven Entwicklung wird auch der Gang an Börsen im europäischen Ausland noch in diesem Jahr für möglich gehalten.



Bankaktien weiter fest

Zinssenkung und Konjunkturoptimismus beleben den Handel

DW. – Für einen Wochenbeginn war das Aktiengeschäft ungewöhnlich lebhaft. Der von einigen Kreditinstituten angeregte Wechsel von exportintensiven in zinsreagieble Papiere schlug sich bei den Bankaktien in festen Kursen nieder, ohne daß dabei Exportwerte, wie die Papiere der Großchemie oder Siemens, dabei unter Druck gerieten. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Schering. Von der am 18. April stattfindenden Aufsichtsratssitzung wird der Beschluß erwartet, Gratisaktien auszugeben.

Unter großen Umsätzen gerieten neben den Aktien der Deutschen Bank jetzt vor allem die Papiere der Commerzbank und der Dresdner Bank in Bewegung. Eine Reaktion auf die im Gange befindliche Zinssenkung. Deutliche Kursgewinne gab es auch bei den beiden bayerischen Großbanken. Die freundliche Tendenz einiger Elektrowerte muß vor dem Hintergrund zuversichtlicher Konjunkturprognosen gesehen werden. Mit der Ankündigung der Kapitalerhöhung ist dem Thyssen-Kurs jegliche spekulative Phantasie abhanden gekommen. Eine Wiederaufnahme des Kursanstiegs wird deshalb erst erwartet, wenn die jungen Aktien dauerhaft placiert sind. Die zinsreagieblen Versicherungsaktien hatten an der insgesamt freundlichen Tendenz ebensowenig Anteil wie die Versorgungswerte, deren Kurse üblicherweise bei sinkenden Zinsen nach oben streben. Von den Maschinenbauwerten zogen vor allem IWKA-Aktien deutlich an.

Frankfurt: Dt. Babcock verzeichneten einen Gewinn von 3,70 DM, Siemens verbesserten sich um 1,90 DM und Nixdorf zogen um 0,50 DM leicht an. Daimler blieben unverändert. AEG gaben um 1,80 DM nach. Daimler schlossen unverändert.

Düsseldorf: Audi NSU zogen um 10 DM an, Dt. Texaco verbesserten sich um 6 DM und Dyckerhoff St. befestigten sich um 4 DM. Kochs Adler sanken um 5 DM und Ver. Rumpus gaben um 15 DM nach. Stines schlossen mit einem Plus von 15 DM ab.

Berlin: Detewe und Schering zogen um je 13 DM und Bergmann um 6 DM an. DUB-Schultheiss und Engelhardt konnten sich je um 4 DM, Kempinski um 3 DM, Berliner Bank um 2,50 DM und Herlitz St. um 2 DM befestigen. Orenstein gaben um 2 DM, Berthold und Lehmann um je 1,50 DM nach.

Hinweis: Der wichtigste Datenlieferant, mit dem DIE WELT bei der Erstellung der Börsenseiten zusammenarbeitet, hat nach Einführung eines neuen EDV-Systems Umstellungsprobleme. Diese führen dazu, daß der Kursteil der WELT seit Tagen z. T. nicht vollständig sein kann, z. T. auch alte Kurse enthält. Wir hoffen, daß diese Schwierigkeiten in Kürze behoben sein werden und bitten unsere Leser um Verständnis und Nachsicht.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 178,5 (177,3)
WELT-Umsatzindex: 5348 (2910)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Sydney

Singapur

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze



Warenpreise – Termine

Mit Abschlägen schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kupfer konnte dagegen durchweg Gewinne verzeichnen. Während Kaffee schwächer notierte, konnte Kakao zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 4.	11. 4.
Mai	362,25	364,50
Juli	336,00	369,25
Sept.	336,50	338,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 4.	11. 4.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	244,84	245,54
Amber Durum	239,54	240,96

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	133,60	133,30
Juli	137,60	137,50
Okt.	142,00	141,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,70	133,70
Juli	130,00	130,70
Okt.	124,00	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	12. 4.	11. 4.
Mai	167,75	168,75
Juli	164,50	165,00
Sept.	161,25	162,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	280,75	282,50
Juli	281,50	282,75
Sept.	271,00	282,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 4.	11. 4.
Mai	140,60	140,50
Juli	134,10	133,50
Okt.	124,60	124,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Terminkontr. Mai	139,85	141,10
Juli	139,28	141,10
Sept.	138,85	140,50

Kakao New York ($/t)	12. 4.	11. 4.
Terminkontr. Mai	2415	2365
Juli	2223	2166
Sept.	2179	2150
Umsatz	-	3258

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,82	3,82
Juli	4,04	4,02
Sept.	4,19	4,17
Okt.	4,30	4,29
Mai	4,69	5,67
Umsatz	5255	8450

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 4.	11. 4.
	3,68	3,66

Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 4.	11. 4.
Kontrakt Mai	2083–2087	2108–2110
Juli	2128–2134	2155–2158
Sept.	2166–2168	2186–2188
Umsatz	4512	3623

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1947–1954	1938–1939
Juli	1935–1936	1921–1922
Sept.	1900–1901	1988–1892
Umsatz	3602	2457

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	112,40–112,60	-
Aug.	115,40–117,00	-
Okt.	120,00–120,20	-
Umsatz	1262	-

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 4.	11. 4.
schw. Sarawak spez.	695,00	670,00
weißer Sarawak	860,00	840,00
weißer Muntok	870,00	850,00

Orangensaft New York (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Mai	159,90	159,50
Juli	160,60	160,40
Sept.	159,90	159,50
Nov	158,25	158,00
Jan.	157,25	157,45
Umsatz	500	650

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Südstaaten fob Werk	50,00	50,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	35,00	35,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,38	33,00
Juli	30,80	31,45
Aug	29,75	30,35
Sept.	28,90	29,35
Okt.	28,00	28,30
Dez.	27,00	27,25
Jan.	26,75	26,85

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,50	31,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	22,50	22,50
Choise white hog 4% fr F	20,00	20,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
April	43,15	43,95
Juni	48,10	49,20
Juli	50,05	50,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	64,50	66,55
Juli	65,55	67,60
Aug.	64,12	66,10

Häute Chicago (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	598,50	608,50
Juli	606,00	616,00
Aug.	608,00	616,75
Sept.	605,50	611,00
Nov.	610,00	615,50
Jan.	621,00	626,00
März	640,00	637,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	130,70	131,00
Juli	136,70	136,80
Aug.	139,50	140,00
Sept.	141,50	142,50
Okt.	145,00	145,80
Dez.	150,00	151,00
Jan.	152,00	153,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 4.	11. 4.
Mai	374,80	375,00
Juli	377,70	377,70
Okt.	381,20	382,50

Kokosöl New York (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Westküste fob Werk	-	-

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	12. 4.	11. 4.
jegl. Herk. cif.	1040,00	1015,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	715,00	705,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
ab Niederl. fob Werk	242,00	242,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	820,00	820,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	306,00	306,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 4.	11. 4.
Mai	67,30	68,80
Juli	68,65	67,30
Okt	65,65	65,80
Dez.	65,50	65,70
März	-	66,63
Mai	67,30	67,45

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS -1-	42,375	42,125

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 4.	11. 4.
Mai	508–510	510–512
Aug.	531–533	530–532
Okt	534–535	534–535
Umsatz:	4	12

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	12. 4.	11. 4.
Mai	55,00	54,70
Juli	55,20	54,70
Okt.	55,30	54,80
Dez.	55,40	54,90
Umsatz:	13 000	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 4.	11. 4.
Mai	unerhältl.	628,0–632,0
Juli	unerhältl.	638,0–639,5
Okt	unerhältl.	613,0–615,0
Umsatz:	95	87

Sisal London ($/t)	12. 4.	11. 4.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 4.	11. 4.
April	12 405	12 438
Mai	12 322	12 332

Kautschuk London (p/kg)	12. 4.	11. 4.
Nr. 1 RSS loco	67,00–70,00	68,00–72,00
Mai	70,00–72,50	70,50–73,00
Juni	71,00–73,50	71,50–74,00
Juli	72,00–74,50	72,50–75,00
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 4.	11. 4.
Mai	197,50–198,50	202,50–203,50
Juni	201,00–201,50	206,00–206,75
Nr. 2 RSS Mai	194,00–195,00	196,50–197,50
Nr. 3 RSS Mai	190,50–191,50	193,00–194,00
Nr. 4 RSS Mai	184,00–185,00	196,50–197,50
Tendenz: leichter		

Jute London (£/lgt)	12. 4.	11. 4.
BWC	945,00	945,00
BWD	930,00	930,00
BTC	945,00	945,00
BTD	930,00	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Trayounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 Fl. – 76 WD – (–) BTC – (–) BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 4.	12. 4.
Aluminium: Basis London		
laufend Monat	339,06–339,26	337,73–337,92
drittfolg. Monat	346,62–347,01	347,14–347,83
Blei: Basis London		
laufend Monat	118,96–119,35	119,81–120,19
drittfolg. Monat	118,96–119,35	119,42–119,81
Nickel: Basis London		
laufend Monat	1664,31–1666,25	1665,56–1668,48
drittfolg. Monat	1655,56–1658,50	1658,88–1680,80
Zink: Basis London		
laufend Monat	276,29–276,68	277,25–278,12
drittfolg. Monat	271,25–271,64	273,79–274,18
Produz.-Preis	291,26	294,53
Reinzinn 99,9%	4039–4079	4094–4135

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 4.	12. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	473,53–476,82	466,94–470,20
Blei in Kabeln	126,75–127,75	127,50–128,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	15. 4.	12. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	434–444	432–441
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe*	472–479	472–476
MS 63	476–483	472–479

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	12. 4.	11. 4.
ab Werk prompt (Ring. kg)	29,71	29,38

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 4.	12. 4.
Leg. 225	403–410	403–410
Leg. 226	405–412	405–412
Leg. 231	435–445	435–445
Leg. 233	445–455	445–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	15. 4.	12. 4.
Platin (DM je g)	32,8	32,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	32 860	33 030
Rücknahmepr.	32 110	32 280
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 070	33 250
Rücknahmepr.	32 240	32 420
verarbeitet	34 690	34 880
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 450	32 630
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	674,90	673,90
Rücknahmepr.	655,10	654,10
verarbeitet	704,50	703,40

Internationale Edelmetalle

	15. 4.	12. 4.
Gold (US-$ Feinunze) London		
10.30	330,30	331,25
15.00	-	329,90
Zürich mittags	334,00–334,75	330,25–330,75
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	99 950	99 500
Silber (p Feinunze)		
London Kasse	526,30	531,90
3 Monate	541,95	547,60
6 Monate	557,60	562,80
12 Monate	585,50	590,80

Platin (£-Feinunze) London	12. 4.	11. 4.
fr. Markt	239,85	240,05
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	92,50	96,70

New Yorker Preise	12. 4.	11. 4.
Gold H & H Ankauf	329,90	332,50
Silber H & H Ankauf	668,00	671,50
Platin fr. Händlerpr.	298,00–303,00	273,00–277,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	116,50–117,50	115,50–116,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c Feinunze)		
April	664,40	668,70
Mai	665,00	668,00
Juli	6??,50	675,00
Sept.	674,00	678,00
Dez.	685,00	688,10
Jan.	701,20	-
Feb.	707,20	-
Umsatz	6000	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 4.	11. 4.
April	65,05	64,55
Mai	65,80	64,80
Juli	66,30	65,25
Sept.	66,45	65,55
Dez.	66,60	65,85
Jan.	67,20	66,20
Febr.	67,20	66,45
Umsatz	-	-

Londoner Metallbörse

	15. 4.	12. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	875,00–875,50	884,00–885,00
3 Monate	894,50–895,50	907,00–908,00
Blei (£/t) Kasse	307,00–308,00	309,50–310,50
3 Monate	304,00–304,50	309,00–309,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1201,0–1202,0	1195,0–1196,0
3 Monate	1193,0–1194,0	1195,5–1196,5
abends Kasse	-	1199,0–1200,0
3 Monate	-	1206,0–1207,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1197,0–1199,0	1192,0–1196,0
3 Monate	1194,0–1196,0	1199,0–1201,0
Zink (£/t) Kasse	713,00–714,00	722,00–724,00
3 Monate	700,00–701,00	714,00–715,00
Zinn (£/t) Kasse	9680–9690	9805–9810
3 Monate	9665–9675	9785–9786
Quecksilber ($/Fl.)	-	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	73–75

Für uns alle völlig unerwartet starb in seiner ihm ans Herz gewachsenen zweiten Heimat Bad Kohlgrub mein geliebter Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater

Max-John Brinckman

*7. Dezember 1917 †10. April 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Hanna Brinckman geb. Kuckuck
Michael Brinckman
Sabine Brinckman geb. Muder
Christina Brinckman
Julia Brinckman

Mollerstraße 14, 2000 Hamburg 13

Trauerfeier am Montag, dem 22. April 1985, um 11.30 Uhr in der Halle B, Friedhof Ohlsdorf. Wir bitten um Verständnis, daß die anschließende Beisetzung im engsten Familienkreis stattfindet. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen. Auf Wunsch des Verstorbenen bitten wir statt zugedachter Kranzspenden um Unterstützung des SOS-Kinderdorfes, Konto-Nr. 3 701 463, Deutsche Bank Hamburg, BLZ 200 700 00.

Wir trauern um unseren Mitgesellschafter der Firma HARBURGER OELWERKE BRINCKMAN & MERGELL, Herrn

Max-John Brinckman

Ein Lebenskreis, geprägt durch sein Wirken für unser gemeinsames Unternehmen und immer loyale Zusammenarbeit, hat sich geschlossen.

Die ihn kannten, können ermessen, welch großen Verlust wir erlitten haben.

Carmen Mergell geb. Thörl
Arnold F. Mergell
Irene Prinzessin zu Bentheim und Steinfurt
geb. von Sydow

Meine Seele ist Stille zu Gott, der mir hilft. Psalm 62,2

Juliane Donndorf

geb. Krauß

* 1. 4. 1897 † 11. 4. 1985

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter.

Im Namen der Familie
Wolfgang Donndorf

2050 Hamburg 80, Justus-Brinckmann-Straße 60
6831 Plankstadt, Haydnstraße 12

Die Beisetzung findet statt am Montag, den 22. April 1985, um 14 Uhr Kapelle 4 des Ohlsdorfer Friedhofes.

Zutiefst betroffen zeigen wir an, daß unser Mitinhaber, Herr

Max-John Brinckman

am 10. April 1985 im 68. Lebensjahr verstorben ist.

Er lebte für unsere Unternehmen und deren Mitarbeiter und prägte durch seine Persönlichkeit, getragen von seiner menschlichen Größe, bis zu seinem Tode unsere Aktivitäten.

Wir verdanken ihm viel und werden uns bemühen, sein Werk weiterzuführen.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft
der

HARBURGER OELWERKE BRINCKMAN & MERGELL
HARBURGER OELWERKE BRINCKMAN & MERGELL
HARBURGER FETTCHEMIE BRINCKMAN & MERGELL GMBH
HOBUM HANDELS- UND BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT AFRIKA M.B.H. & CO.

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 22. April 1985, um 11.30 Uhr in der Halle B, Friedhof Ohlsdorf. Wir bitten um Verständnis, daß die anschließende Beisetzung im engsten Familienkreis stattfindet. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Auf Wunsch des Verstorbenen bitten wir statt zugedachter Kranzspenden um Unterstützung des SOS-Kinderdorfes, Konto-Nr. 3 701 463, Deutsche Bank Hamburg, BLZ 200 700 00.

Renten gut behauptet

Am Rentenmarkt war am Wochenbeginn die Stimmung besser als die Kurse. Trotz der Aussicht auf eine weitere Zinssenkung hielt sich das Anlageinteresse in engen Grenzen. Offenbar fehlte es an aktuellen Anregungen, wie es ein rasch fallender Dollar hätte sein können. Die Kurse der öffentlichen Anleihen wurden durchschnittlich um 0,15 bis 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Was darüber hinausging wurde als „Ausrutscher" bezeichnet. Am Pfandbriefmarkt ebenfalls nur geringe Umsätze auf der bisherigen Renditebasis.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

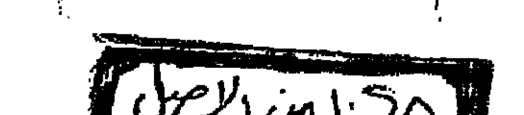
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8



Nie mit SS in die Kurve

H. B. – Snobs hat es wohl immer gegeben, die für die Zuteilung einer irgendwie auffälligen Autonummer bei der *zuständigen* Behörde gern einen Zwanzig-Mark-Schein springen ließen. Doch wer wäre je auf die absurde Idee gekommen, *daß aus* diesem arglosen Zeitvertreib der bittere Ernst deutscher Vergangenheits-Bewältigung hervorbrechen *würde?* Bald gibt es nichts mehr in deutschen Landen, was sich nicht mehr in einen gesinnungstüchtigen Bezug zu den Sünden der Väter umsetzen ließe.

Insbesondere nicht im Lande Nordrhein-Westfalen des Innenministers Schnoor, wo die Verfügung erging, keine Auto-Kennzeichen mehr mit den Buchstaben KZ, HJ, SS oder SA zuzulassen. Fortan wird uns hier also die Verkehrsbürokratie, die mit der Reinhaltung der Luft nicht zurechtkommt, mit delikaten *Maßnahmen zur Reinhaltung* unseres Gewissens beglücken.

Man kann es ja *nachfühlen* – der Fall soll vorgekommen *sein –, daß* eine Verkehrsteilnehmerin, die das Konzentrationslager überlebte, daran nicht täglich durch ihre Auto*nummer* erinnert werden möchte. Doch wenn es so weitergeht mit der Hysterie, wird es demnächst in dieser Republik wohl kein Amt, keine Dienststelle oder Behörde mehr geben, der keine psychiatrische Abteilung angegliedert werden muß.

Der Einfall, zwei Buchstaben auf einem Autoheck mit einer naziverdächtigen Hybris in Zusammenhang zu bringen, ist von einer geradezu abartigen Lächerlichkeit. Die nordrhein-westfälische Initiative eröffnet grenzenlose Perspektiven. Es gibt ja genug Vergangenheit und Gegenwart, die sich mit zwei Buchstaben aufarbeiten läßt. Was wäre, wenn CDU-regierte Länder kein WB (für Willy Brandt) mehr auf ihren Nummernschildern sehen möchten? SPD-Länder könnten den Trend *durch das Verbot von* HK (für Helmut Kohl) oder FJ (für Franz Joseph) anreichern. Und wo käme die Ostpolitik hin, wenn alle sich weigern würden, unter KP in die Kurve zu gehen?

Wenn der Kasernenhofschinder ein Schwarzer ist – Norman Jewisons neuer Film „Sergeant Waters – Eine Soldatengeschichte“

Unteroffizier Himmelstoß auf amerikanisch

„Sergeant Waters – Eine Soldatengeschichte“: Der Rezensent vermag sich keinen Film vorzustellen, dessen Titel, gemessen am Inhalt, so zurückgenommen ist. Noch Understatement oder *schon* Snobismus?

Was bedeutet Gleichheit – wenn die Erfahrung lehrt, daß Gleichmacherei in der realen Welt so selten gelingt, so häufig aber in der Tragödie endet.

„Sergeant Waters“ – das ist vordergründig die Geschichte des leuteschindenden Feldwebels, der im Jahr 44 in einem Ausbildungslager auf mysteriöse Weise zwischen Kneipe und *Quartier erschossen* wird. Remarques Unteroffizier Himmelstoß auf amerikanisch, der Haß der Geschurigelten, Schußwaffen überall zu Händen. Trivialität also im frauenlosen Mief: haufenweise junge Männer, Frustrationen, Bourbon und Bramabasieren.

Doch die Kasernengeschichte spult sich in einer gewaltschwangeren Atmosphäre voran: Der böse Feldwebel ist *schwarz*, die Mannschaften und *Unteroffiziere sind schwarz, weiß* sind lediglich einige Offiziere – und weiß, Südstaaten-Weiß wohlgemerkt, ist die Kleinbürgerschaft des Städtchens Tynin in Louisiana, in dessen Bar die Nachwuchskrieger *nach* Scheuer- und Schießdienst ihre Freistunden killen. Die Neger sind unter sich, aber die Armee, die alles prägt, ist weiß bestimmt. Der Mord in der Etappe schält sich zum Rassenkonflikt.

Auch das ist noch nicht, was den Film des Norman Jewison außergewöhnlich macht. Es ist Jewisons Versuch, sich dem globalen Knäuel aus Gewalt und Gegengewalt, aus Affekt und Ratio gewissermaßen wertfrei zu nähern, wenn der abgefingerte Ausdruck hier einmal erlaubt ist. Die Hautfarbenfrage im demokratischen Nordamerika, in dem Verfassung und Recht *Gleichheit* versprechen, Niveaugleichheit aber aus vielschichtigen Ursachen nicht vorhanden ist. Dieses Rassenproblem läßt sich, so sagt der Film, nur in einem langwierigen, stellenweise schmerzhaften, häufig mit Rückschlägen belasteten *Prozeß* lösen.

Jewison, der Kanadier, der prägende Jahre in England arbeitete, bevor er nach New York ging, setzt mit „Sergeant Waters“ Einsichten ins Bild, Früchte eines Reifeprozesses. 1967 schon griff er die Schwarz-Weiß-Spannung auf: „In der Hitze der Nacht“, ebenfalls ein Mordfall, ebenfalls die Überschneidungen von Rechtssuche und Hautloyalität. Ergebnis damals: fünf Oscars, zwei unvergessene Hauptrollen, Rod Steiger und *Sidney Poitier*.

Wiederum wird, um das Zentralthema sinnfällig zu machen, zur Er*mittlung des Mordfalls in Louisiana*, den die weiße Lagerführung gerne unterm Tisch gehalten hätte, ein Schwarzer eingeführt: Captain Davenport (*Howard E. Rollins*), der mit Vollmachten aus Washington anreist – sensationell für die Truppe, denn er ist „der erste schwarze Offizier, den die Männer zu sehen bekommen“.

Jewisons Film basiert auf dem Bühnenstück des schwarzen Schriftstellers Charles Fuller, das von November 81 bis Ende 82 in New York der „Negro Ensemble Company“ ein ausverkauftes Haus bescherte“; Fuller erhielt für seine Arbeit den Pulitzer-Preis. Ausgezeichnet wurde übrigens auch der Schauspieler Adolph Caesar für seinen Sergeant Waters; die Rolle behielt er im Film bei.

Jewison sah das Stück in New York, spürte wohl Fullers Kongenialität und setzte von da an seinen in Hollywood beträchtlichen Einfluß für die Verfilmung ein. Die Gesellschaften zögerten, der Stoff versprach keinen Kassenschlager. Als Jewison mit der Warner-Columbia abschließen konnte, hatte er in einen niedrigen Etat, eine Drehzeit von *zehn Wochen und* in *ein für* Hollywood-Maßstäbe fast lächerliches Honorar von 150 000 Dollar einwilligen müssen. Mag sein, daß „Sergeant Waters“ nicht „Der Weiße Hai“ ist und nicht „E. T.“. Er wird in die Annalen des amerikanischen Films eingehen. Zu wünschen wäre, daß er die Rassen-Diskussion ausnüchtert.

Ein empfehlenswerter Film mithin. Daran ändert nichts, daß Fuller, der eigenen Militärdienst erst in den 60er *Jahren und da in amerikanischen* Depots in Südostasien leistete, sich aus offenbar dramaturgischen Gründen Simplifizierungen bei Abschildern des Soldaten-Alltags leistete. Man weiß ja, daß amerikanischer Gamaschendienst dem preußischen von einst nicht unähnlich ist. Doch wie konnte dieser Feldwebel Waters einen anderen Feldwebel aus derselben Einheit zum einfachen Soldaten de*gradieren, und warum wurde der* Degradierte nicht wenigstens versetzt? Unbegreiflich bleibt, wie der Neger Waters seinen ihm anvertrauten Soldaten Memphis vor einem Dutzend Zeugen so lange als „Nigger“ demütigt, bis dieser sich wehrt, und wie aus dem Vorgang lediglich eine Verurteilung des Memphis wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten entsteht, für Waters jedoch keine nachteilige Folge.

Völlig unbegreiflich ist vollends, wie dieser Feldwebel Waters einen anderen Soldaten, den er gerüffelt *hat, zu einer Prügelei im Barackenhof* auffordert, zu der er sämtliche Unteroffiziere einlädt, zu einer Prügelei wohlverstandan, bei der die Kontrahenten blutüberströmt auf dem Platze bleiben. Wiederum: keine Konsequenzen, offenbar normaler Vorgang. Natürlich sind das keine normalen Vorgänge, auch nicht in der harten US-Army.

Fuller schrieb ein Bühnenstück, in *dem er Konturen benötigte*. Waters sollte das Ekel schlechthin sein, sonst hätten sich Mord und Mörder auf der Bühne des Negro Ensemble nicht rechtfertigen lassen. So aber war die Szene gesetzt, um glaubhaft mit den der Selbsterkenntnis von Schwarz wie Weiß gefährlich-gängigen Vorurteilen aufzuräumen: Es war nicht der Ku-Clux-Clan, der mit dem Besoffenen Schluß machte, es waren auch nicht die beiden weißen Offiziere, die den heimwankenden Pöbler Waters liquidierten, es war nicht einmal der von ihm am schlimmsten malträtierte schwarze Ex-Sergeant Wilkie. *Nein*, Täter war einer, der in Auftreten und Ausdruck weißer Norm am nächsten kam, ausgerechnet der, den der Ermordete, der es selbst den Weißen gleichtun wollte, als einzigen seiner „Nigger“ respektierte.

Ja, diese „Nigger“: Der Film verzichtet darauf, ihre Andersartigkeit, ihre spezifischen Schwächen zu kaschieren. Sie haben nun einmal die Färbung, und zwar – das ist das Kühne an dem Streifen – ihre Negritude als Rasseneigentümlichkeit, körperbetont, verspielt, laut, oberflächlich, abergläubisch.

Der fast lyrische Soundtrack floß aus der Feder des Jazz-Komponisten Herbie Hancock, der auch die Musik zu „Ein Mann sieht rot“ schrieb.

HERMANN RENNER



Captain Davenport (H. E. Rollins, links) ermittelt im Mordfall des leuteschindenden Feldwebels Waters, der zwischen Kneipe und Quartier erschossen wurde. Szene aus Norman Jewisons Film „Sergeant Waters“

FOTO: WARNER COLUMBIA

JOURNAL

Hochschulwochen mit Leitthema „Gott“

cw. **Salzburg**

Das Leitthema „Gott“ haben die diesjährigen Salzburger Hochschulwochen vom 29. Juli bis 10. August gewählt. Vorlesungen und Seminare von Theologen und Philosophen sollen die Gegenwart Gottes im heutigen Alltag beleuchten und den Erkenntniszugang zu ihm und zu Jesus Christus erleichtern helfen. So sprechen etwa der Bonner Theologe Hans Waldenfels und der *Münchner Philosoph Hermann* Krings über Themen wie „Der unbekannte Gott: Gott in der Ahnung der Völker“ und „Der Gott der Philosophen“.

Ausstellung klassischer europäischer Fabelbücher

DW. **Karlsruhe**

Als Beitrag zu den Europäischen *Kulturtagen 1985* in Karlsruhe *zeigt* die Badische Landesbibliothek bis zum 7. Juni eine Ausstellung illustrierter Fabelbücher unter dem Titel *„Fabula docet“. Die rund 130* Exponate, welche die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel zusammengestellt hat, sind Handschriften, Inkunabeln, frühe Druckwerke des 16. und 17. Jahrhunderts, Fabelbücher des 18. und 19. Jahrhunderts und illustrierte Bücher neueren Datums.

Kunstpreis „Junger Westen“ ausgeschrieben

DW. **Recklinghausen**

Der mit 10 000 Mark dotierte Kunstpreis „Junger Westen“, den die Stadt Recklinghausen 1948 zur Förderung junger deutscher Künstler gestiftet hat, wird dieses Jahr für Malerei vergeben. Zum Wettbewerb zugelassen sind Künstler unter 35 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Ausländer, die in der Bundesrepublik ansässig sind. Anmelde- und Einsendeschluß ist der 18. September. Die Anmeldeformulare können bei der Städtischen Kunsthalle, Große-Pferdekamp-Straße 25–27, 4350 Recklinghausen angefordert werden.

Thora aus dem 14. Jahrhundert entdeckt

dpa/UPI, **Oberlin**

Eine Thora, die sich im College der Stadt Oberlin im US-Bundesstaat *Ohio* befand, ist von Experten als Dokument aus dem 14. Jahrhundert identifiziert worden. Ein Priester hatte die reich verzierte jüdische Schriftrolle von Reisen aus dem Mittleren Osten mitgebracht und 1902 dem College als Schenkung hinterlassen. Er glaubte jedoch, daß das Buch aus dem 19. Jahrhundert stamme. Darum wurde der Thora bisher wenig Bedeutung zugemessen. *Jetzt wird sie in* New York restauriert.

Arthur Hübscher †

Jahrzehntelang, von 1936 bis 1982, stand der in der vergangenen Woche in Frankfurt im 89. Lebensjahr verstorbene Arthur Hübscher an der Spitze der internationalen Schopenhauer-Gesellschaft. Als wissenschaftlich gründlicher und pfleglicher Herausgeber von Schopenhauers Gesamtwerk, als Leiter des 1962 von München nach Frankfurt verlegten Schopenhauer-Archivs und als unermüdlicher Organisator und Propagandist im Sinne des großen Philosophen hat der gebürtige Kölner Hübscher auf diesem seinem Feld in einem Maße für Kontinuität und Beständigkeit gesorgt, wie es kaum einer anderen wissenschaftlichen Gesellschaft vergönnt war. In der NS-Zeit gelang es ihm, den vom Regime geforder*ten automatischen* Ausschluß aller jüdischen Mitglieder zu verhindern. Am Mittwoch wird Hübscher auf dem Frankfurter Hauptfriedhof zu Grabe getragen. Nea

Hamburg: Niels-P. Rudolph verabschiedete sich mit dem „Menschenfeind“

Lotterleben unterm Sonnenkönig

Wer hätte sich an diesem Abend nicht erinnert an das furiose Molière-Komplott des Duos Enzensberger/Zadek, das seinen neudeutsch gereimten und modisch frisierten „Menschenfeind“ in Gestalt des Eisbrechers Ulrich Wildgruber nach der Premiere in Berlin auch in Hamburg über die Schauspielhaus-Bühne wüten ließ! Saß einer der Täter doch nun seelenruhig im Parkett und sah sich den *„Menschenfeind“* seines Kollegen Niels-Peter Rudolph an, der sich mit dieser Molière-Regie als Intendant von Hamburg verabschiedete.

Wie würde Rudolph, der sich bei der Wiedereröffnung des Schauspielhauses im vergangenen Herbst bekanntlich hinreichend als Menschenfeind qualifiziert hatte, die Zadekschen Komödien-Kapriolen parieren? Würde er die Regie-Peitsche noch rasanter schwingen, mit noch saftigeren Gags und noch flapsigeren Pointen seinen Nachfolger auf dem Intendantensessel zu übertrumpfen suchen?

Nichts von alledem. Vielmehr: Molières „Misanthrop“, im immer noch schönen, keineswegs angestaubten *Alexandriner*-Übersetzungsgewand Arthur Luthers, in einer Inszenierung von fast klassischem Zuschnitt. Ein Molière zum Wiedererkennen gewissermaßen, wie es sich einst Bürgermeister von Dohnanyi gewünscht hatte. Daß Rudolph dem Wunsch so schnell folgen würde, hätte man angesichts der scharfen Kontroverse und bilderstürmenden Parolen, mit denen er einst angetreten war, denn doch nicht für möglich gehalten.

Von beträchtlichem Reiz und keineswegs ohne Sinn war dabei das von Lilot Hegi ersonnene Bühnenbild: eine aus der dunklen Tiefe des Salons markant zur hellen Rampe gezogene Schräge, die deutlich abschüssiges Parkett signalisierte, eine schiefe Bahn, auf der viel später die Gesellschaft des Ancien Régime ihrem eige*nen Untergang entgegenschliddern* soll.

Doch griff Rudolph diese Idee künftiger historischer Perspektiven, denen Molière – das verlotterte, heuchlerische höfische Leben unter dem Sonnenkönig anprangernd im Visier – gewiß sein Placet gegeben hätte, fruchtbringend nicht wieder auf. Er schien ohnehin Angst zu haben vor einem aussagekräftigen, eindeutig interpretierbaren *Konzept*, an dem man ihn hätte festnageln können.

Einzig seinem Menschenfeind Alceste suchte er unmißverständlichere Konturen zu geben, ihn als verstockt, aber auch hellsichtig an der Welt Leidenden darzustellen, als einsamen Prediger in der Wüste offenkundiger Amoralität. Mit ausladend vitalem Spiel hielt Michael Degen, der als Molière-Darsteller ja bereits große Verdienste hat, die Inszenierung zusammen, suchte sie, die vom dritten Akt an zu lahmen begann, immer wieder auf Trab zu bringen. Er mußte da allerdings auch zu manch deftiger Geste Zuflucht nehmen, deren Wiederholung nicht gerade augenöffnend war. Die psychologische Tiefenschärfe, die einst Noelte in Hamburg Will Quadflieg *zu geben* verstand, gewann er trotz glänzender Sprechkünste unter Rudolphs Ägide nicht.

In Ilse Ritters Celimène hatte er allerdings auch keinen wirklich animierenden Gegenpol. Als Heroine der „Verlorenen Zeit“ glänzend, schien sie hier beinahe *fehlbesetzt. Gewiß*, sie zeigt Charakter, lächelnde Noblesse, auch Ironie, doch die umwerfende Verführerin, die raffiniert changierende Salonlöwin ist sie nicht, wenn ihr auch manche Bosheit gerissen von der Zunge geht.

Barbara Nüsse als Arsinoe und Lisi Mangold als Eliante (ebenso wie die Ritter prächtig aufgeputzt und eine Augenweide, wie so manche von Rudolph klug auschoreographierte Farbkonstellation) litten an Molière-feindlicher Künstlichkeit. Der Männerriege gaben *Klaus Bachler (Philinte)*, Charles Brauer, Nikolaus Haenl und Jürgen Schornagel ansehnliches, aber nicht umwerfendes Profil.

Ein wahrhaft berauschendes, die Dialogfinessen Molières mit komödiantischer Verve und blitzendem Witz auskostendes Finale war es also wahrhaftig nicht. Der Dank des Premierenpublikums für diesen dennoch nie an die triviale Posse verkauften *„Menschenfeind“* fiel jedoch herzlich aus.

KLÄRE WARNECKE

Hamburg: Tournee-Start der Pop-Gruppe „Frankie goes to Hollywood“

Das gab's nicht mehr seit den Beatles

Reklame war gar nicht nötig gewesen. Die fünf Deutschland-Konzerte der Pop-Gruppe „Frankie goes to Hollywood“ waren ausverkauft, *kaum daß die Karten gedruckt waren*. Kein Wunder: „Frankie goes to Hollywood“ ist die zur Zeit wohl erfolgreichste Gruppe auf der internationalen Pop-Szene. Im letzten Jahr stürmten sie mit sage und schreibe vier Titeln auf Platz eins der Hitlisten. So etwas hatte es seit den Beatles nicht mehr gegeben.

Wie dieses Urbild aller Popgruppen stammt auch „FGTH“ aus *Liverpool. Aber mit den Urtagen* des Beat ist dies wohl auch die einzige Verwandschaft, die bei „FGTH“ noch zu finden wäre. Ansonsten ist bei dieser Gruppe so ziemlich alles anders. Sie hat sich ohne Rücksicht auf Andrang die feinen und eher kleinen Konzertsäle in diesem Land ausgesucht. Zum Start in Hamburg etwa das CCH, in Frankfurt wird es gar die Alte Oper sein. „Frankie goes to Hollywood“ *ist was* Besseres.

Zu Hause in England sind denn auch mehr die reiferen Twens oder gar Thirts die eigentlichen „Frankie“-Fans, nicht so sehr die flippigen Exemplare im Alter von Schulabgängern. In Deutschland ist das offenbar anders. *In Hamburg zum* Tourneestart jedenfalls drängten sich die gerade ausgewachsenen Kinder in Scharen und sorgten, dank eines hilf*losen Saalmanagements*, für jenes Chaos, dessen drangvolle Enge für manchen wohl ein Pop-Konzert erst zu einem wirklichen Pop-Konzert macht.

Dabei ist „Frankie goes to Hollywood“ *für Kinder nun wirklich nicht* das richtige. Es geht den Frankies um Sex und nochmals Sex. „Relax! Don't do it, if you want to come“ wurde nicht umsonst von den meisten Rundfunkanstalten auf den Index gesetzt. Und wer in einem anderen Song die Aufforderung „Fist and Suck“ versteht, der hört im Zweifelsfalle richtig.

Aber wahrscheinlich verstehen den Text *die wenigsten*, und wer *ihn* mit den Ohren versteht, weiß wohl deshalb noch längst nicht, was sich an Aufforderung dahinter verbirgt. Ober-Frankie Holly Johnson fragte zwar vor dem Song von den „Krisen-Kisses“, ob man denn auch wisse, was Crisco sei. Und ein paar Mädchen schrien darauf dann auch wirklich ihr „Yeah“. Aber wenn sie denn wirklich schon in einem amerikanischen *Supermarkt eingekauft haben, dann* haben sie aus Crisco sicher Pecan Pie gebacken.

Der Erfolg der Gruppe, die nachgerade kultische Verehrung, die sie bei den In-People zwischen Kunst und Werbung genießt, hat allerdings noch andere Gründe, und die Musik ist davon der geringste. Okay, die Musik ist gut, mal fordernd, schnell und elastisch, was sie für die Disco brauchbar macht, dann wieder betont langsam und ziehend vorgetragen, allerdings mit einer ungeheuer konzentrierten Energie. An schierem Kraftaufwand sparen „Frankie“-Sänger Holly Johnson und seine Mannen *wahrhaftig nicht*.

So etwas wie musikalisches Profil sucht die Gruppe aber gar nicht. Sie bedient sich aus den Moden und Stilen, die am Markt sind oder waren. Und das nicht nur bei der Musik, sondern auch in der optischen Aufbe*reitung*, wie sie *sich in den diversen* Clips nierderschlägt. FGTH spielt mit Emblemen und Symbolen, die für sie inhaltlos geworden sind und allenfalls noch ästhetischen Reiz haben. Stars and Stripes gehören ebenso dazu wie Hammer und Sichel, Albert Einstein ebenso wie James Dean oder – Lenin.

Im übrigen hat in der Welt von FGTH alles nebeneinander seinen Platz, und so kann Holly Johnson in weißer Generalsuniform auftreten wie eine Albino-Version von Hermann Göring und Paul Rutherford im nächsten Moment seine Tatoos und Tit-Piercings vorführen. Wenn es denn also nun auch eine musikalische *Postmoderne geben soll, neben der* in der Architektur und der Malerei, dann wird sie wohl auf dem Pop-Sektor von „Frankie goes to Hollywood“ präsentiert. *Musik und Images* werden in perfektem Styling zusammengespannt. Und das ist wohl auch die einzige Kunst bei Frankie.

REINHARD BEUTH

Ein Liebling des Volkes – Die Schweiz ehrt den Genremaler Albert Anker

Dankbares Heimatdorf namens Ins

Zum 75. Todestag des Schweizer Malers Albert Anker (1831 bis 1910) zeigt sein Heimatdorf Ins bei Bern eine Retrospektive mit 335 teilweise noch nie ausgestellten Ölbildern, *Aquarellen und Zeichnungen*, vorwiegend aus Privatbesitz.

Der große Schweizer Realist Albert Anker erfreut sich in seinem Heimatland über alle Kunstmoden hinweg einer breiten Popularität, die in unseren Tagen eher noch zu wachsen scheint. *Seine Werke* erzielen derzeit im Kunsthandel Höchstpreise. Und seine gegenwärtige Ausstellung in Ins überflutet das Berner Bauerndorf mit einer kaum mehr zu bewältigenden Besuchermenge.

Die Inser Ausstellungen haben Tradition. Vor acht Jahren begann hier eine dreiteilige Gesamtdarstellung von Ankers rund 1200 Werke umfassendem *Schaffen*. 1981 kamen über 100 000 Besucher, und diesmal werden noch mehr erwartet. Für sie wurde eigens eine provisorische Bahnhaltestelle in der Nähe der zum Kunstmuseum umfunktionierten Sporthalle eingerichtet. Von den rund 2500 Dorfbewohnern arbeiten gegen 800 ehrenamtlich an der Ausstellungsorganisation. Tag für Tag bilden sich lange Besucherschlangen, die geduldig auf Einlaß warten.

Erstaunlich ist das breite Vertrauen, das sich die ländliche Ausstellungskommission unter der Leitung eines Inser Lehrers erworben hat. Viele private Leihgeber stellten ihre großenteils *noch nie öffentlich* gezeigten Werke ohne weiteres zur Verfügung.

Die chronologisch aufgebaute, durch eine Dokumentationswand ergänzte Schau erlaubt einen bequemen, intensiven Gang durch Ankers sechzigjähriges *Lebenswerk*. Es ist das Werk eines heimattreuen, naturverbundeenen Meisters, der über sichere, voll auf der Höhe seiner Zeit stehende Ausdrucksmittel verfügte. Obwohl der Künstler in Paris studierte und meist auch dort lebte, kreiste sein ganzes Schaffen um die Darstellung des bäuerlichen Menschen in seinem Heimatdorf Ins, wo er mit seiner *Familie* die Sommer verbrachte.

Gezeigt werden (meist aus Schweizer Museumsbesitz) seine figurenreichen, großen Genrebilder wie „Der Schulspaziergang“, „Der Schneeberg“, „Armensuppe in Ins“, „Kleinkinderschule *auf der Kirchenfelsbrücke*“ oder „Der Geltstag“. Dazugestellte Vorstudien, Zeichnungen und Leinwandentwürfe, dokumentieren Ankers sorgfältige Arbeitsweise.

Neben Landschaftsaquarellen aus Italien und Stilleben sind es aber vor *allem* die Porträts, die Ankers altmeisterlich-realistische Malkunst am eindrücklichsten dokumentieren. Anker begnügte sich nicht damit, Kinder und alte Menschen einfach naturgetreu abzubilden, er wußte stets den Kern ihrer Persönlichkeit zu erfassen und reiht sich damit unter die besten Porträtisten des Jahrhunderts ein.

Aus seinen Gruppenbildern spricht eine warme menschliche Zuneigung, ein sicheres Gefühl des Aufgehobenseins im Zusammenhang von Natur, Dorf und Familie, aber auch das Heimweh des in *der Großstadt* lebenden Künstlers nach einer verlorenen idealen Welt der Kindheit. Und es ist wohl dieselbe Sehnsucht, welche die Menschen heute in Scharen zu seinen Bildern lockt (bis 21. April).

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN



Bilder voll menschlicher Zuneigung: A. Ankers „Sonntagmorgen“, aus der Berner Ausstellung.

FOTO: KATALOG

Der Triumph des Josef Bierbichler: „Gust“ von Achternbusch in München

Jenseits des Wundstarrkrampfs

Die Bienenkästen verstellen den Horizont, über dem ohnehin nur ein *kitschiger Farbencocktail* leuchtet. Davor sind ein mühsames Sterben und der Bericht über ein triumphierend banales Leben in wonnigen bayerischen Landen. Mit anderen Worten: Herbert Achternbusch hat wieder zugeschlagen. Diesmal gleich mit doppelter Wucht, als Autor und Regisseur. „Gust“ heißt das „neue“ Stück, schon 1979 geschrieben und merkwürdigerweise zuerst in Paris gezeigt. *Am Münchner Residenztheater* wurde es jetzt endlich auf deutsch, auf bayerisch aus der Taufe gehoben.

Das eigentliche Ereignis dieses Abends heißt aber nicht Achternbusch, sondern Josef Bierbichler. Er hatte schon vor Jahren in Stuttgart „Ella“ in der Uraufführung zum Erfolg verholfen. Nun bringt er in München einem weiteren Achternbusch *auf die* wackligen Beine. Dieser Bierbichler ist so großartig, daß man die Schwächen des Stücks beinahe für Vorzüge halten möchte.

Er spielt in München den Gust, einen 83jährigen ehemaligen Lohndrescher und passionierten Bienenzüchter, der – während seine zweite Frau Lies in Agonie liegt – noch einmal sein Leben Revue passieren läßt. Sein Leben – das ist ein bayerisches „Heldenleben“, will sagen: eine zutiefst einfältige Existenz auf dem Lande, wo jede Art von übergeordneter Bedeutung gar nicht erst ins Bewußtsein tritt. Dieses Leben bestand immer nur aus den kleinen Triumphen über das Unmögliche. Triumphe über den Vater, über die Konkurrenz, über die Nazis, nicht zuletzt über *die* Bienen.

Gust hat einstecken müssen, aber er hat auch ausgeteilt. Mit dem Fuß ist er unter die Räder gekommen, mit der Hand in die Strohpresse. Er hat – das ist das gewichtigste Ereignis seines Daseins – den Wundstarrkrampf überlebt, *nicht infolge ärztlicher* Kunst, sondern weil sein Blut so gut ist und sein Herz.

Das Leben seiner beiden Frauen bekommt daneben kaum Kontur. Sie haben ihm arbeiten geholfen, und sonst war da nicht viel. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Sterben der zweiten Frau, der Lies (Robert Spitz), das den Monolog des Gust auf makabre Weise kontrapunktiert, eine schreckliche Belanglosigkeit. Der *Tod ist in dieser Welt etwas so Alltäg*liches, daß Gust sogar die Medizin wegwirft, weil sie doch nur das Sterben verlängert. Und gerade die furchtbare Gleichgültigkeit, mit der Gust das Sterben der Liese betrachtet, wirft ein bezeichnendes Licht auf seine eigene Bedeutung: Er selbst ist so sinnlos, so normal, so alltäglich wie das Sterben, dem er beiwohnt.

Das Nebeneinander von Tod und Gelächter trieb in München einige Premierengäste vorzeitig aus dem Theater. Das mag Achternbusch tref*fen, der sich das manchmal* um des Gags willen zu einfach macht. Aber das kann jedenfalls nicht Josef Bierbichler treffen. Er spielte den Gust mit einer derart totalen Abwesenheit von Bedeutungs-Alternativen, daß jedes Gelächter sofort in Bitterkeit und Schmerz eintauchte. Bierbichlers Gust – das ist ein Mensch wie ein Hund, ein Hund wie ein Mensch. Bravos und Buhs, wie in München so üblich.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nasa plant Rendezvous zur Rettung von „Syncom“

W. WILL, Kennedy Space Center

„Das Risiko ist viel zu groß: Der Satellit hat vier Tonnen hochexplosiven Treibstoff an Bord, er ist zudem nicht sehr stabil und könnte einen Astronauten gefährden – wenn der Astronaut etwa zwischen Bordwand des Raumflugzeugs und Satellit gerät, könnte er zermalmt werden.“

Mit dieser Erklärung des Flugdirektors Randy Stone fiel in der Nacht zu gestern die Entscheidung, bei einer möglichen Reparatur des nicht funktionierenden „Leasat“-Satelliten keine direkte Handarbeit zuzulassen: Geplant war, einen Astronauten vom Ende des Kranarmes, wo er „festgezurrt“ würde, arbeiten zu lasen in der Hoffnung, den Hebel zu betätigen, der am Satelliten versagt hat.

Ein Werkzeug basteln

Dieses Manöver jedoch ist als zu gefährlich verworfen worden. Statt dessen haben die Techniker und Ingenieure in Houston eine andere Möglichkeit erwogen: Mit Hilfe von Mitteln, die sich an Bord der „Discovery“ befinden, könnte ein „Werkzeug“ gebastelt werden, das am Kranarm angebracht wird und vielleicht zur „Einschaltung“ des Satelliten benutzt werden kann.

Dieses „Werkzeug“ würde aus einem etwas mehr als einen Meter langen Stab bestehen, mit dem Pilot und Kommandant gewisse, außer Handreichweite befindliche Armaturen im Cockpit bedienen – und an diesen Stab würde ein Plastikkärtchen mit mehreren Löchern darin befestigt. Der entsprechende Plastikstoff steht in Form von Einbänden der Fluganweisungsbücher zur Verfügung, und die Löcher könnten mit einer Schere hineingeschnitten werden.

Löcher im Plastikstoff

Dieses „Werkzeug“ müßte bei einem Außenaufenthalt von zwei Astronauten in der Frachtluke an den Kranarm angebracht werden, der später – nachdem die Astronauten ins sichere Cockpit zurückgekehrt wären – von der Astronautin Rhea Seddon bedient würde: Dabei muß versucht werden, den Hebel am Satelliten mit einem der Löcher im Plastikstoff zu „erwischen“ und ihn zu betätigen – dann würde 45 Minuten später der Satelliten-Mechanismus ausgelöst, der bisher versagt hat.

Dann würde – nachdem sich die „Discovery“ in Sicherheit gebracht hat – der Satelliten-Hauptmotor zünden, um „Leasat“ auf seine Bahn hin zur geostationären „Endstation“ zu bringen. Der Flug der amerikanischen Raumfähre wird wegen der notwendigen Manöver um zwei Tage verlängert. (SAD)

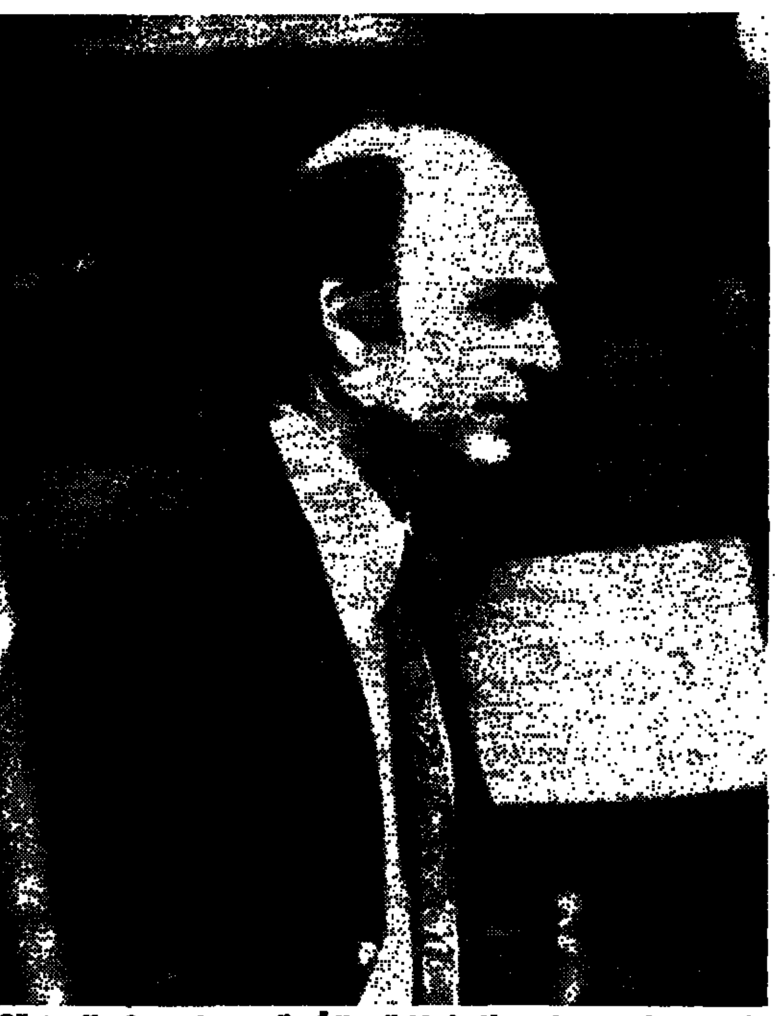
Der Kölner Wohnungsspekulant Günter Kaußen verübte Selbstmord

Das Ende eines gehaßten Mannes

WILM HERLYN, Köln

„Ich bin nicht Gott“, pflegte Günter Kaußen im kleinen Kreis zu sagen, „doch ich bin wie Gott.“ Jetzt ist Günter Kaußen tot. Selbstmord, stellte gestern morgen der Polizeiarzt in Köln fest. Kaum jemand wird ihm auch nur eine Träne nachweinen.

Sein Name galt als Synonym für „Bruchbuden-Spekulant“, „Altbau-König“, „Miet-Hai“. In den Vereinigten Staaten erhielt er den Beinamen „Slumlord“. Sein Geschäft war legal – aber es war ein makabres Geschäft mit der Not seiner Mitmenschen. „Ein Schweinehund, dessen Psyche mal untersucht gehört“, urteilte 1977 der damalige SPD-Bundesfinanzminister Hans Apel. Und für den Hamburger CDU-Politiker Gerhard Orgaß ist er eine „Type, die unsere Gesellschaft mehr erschüttert als eine Gruppe Linksradikaler“. Als „deutschen Howard Hughes“ präsentierten ihn die Illustrierten, weil er sich so menschen- und kamerascheu gebärdete wie der steinreiche amerikanische Milliardär.



Günter Kaußen scheute die Öffentlichkeit. Nur selten verließ er sein schwerbewachtes Penthouse in Köln FOTO: KLAUS W. SCHLITZER

Sein Imperium von Köln bis San Francisco besteht aus abbruchreifen oder zumindest sanierungswürdigen Häusern: 6000 in den USA und in Kanada, 10 000 in der Bundesrepublik Deutschland, insgesamt weit mehr als 100 000 Wohnungen. Der Grundwert beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Mark.

Die Immobilien wurden systematisch zusammengekauft: Billige Altbauten erwarb Kaußen in schlechten Gegenden, er belieh sie bei Banken so hoch wie möglich und zahlte die Kredite mit bis zum Wucher gesteigerten Mieten. Doch schien das Prinzip in jüngster Zeit nicht mehr so zu funktionieren wie am Anfang. Denn die amerikanischen Banken forderten bei schlecht gehenden Geschäften Hypotheken und Darlehen zurück. Kaußen mußte verkaufen – doch niemand wollte die heruntergekommenen Wohnungen haben.

Das Debakel in den USA schreckte auch die deutschen Finanziers auf. „Der Spekulant“, so vermuteten bald die Banken, sei „an die Liquiditätsgrenze geschoben“. Dazu kam, daß die Kaußen-Mieter, die der „Slumlord“ mit geschickten Verträgen finanziell geknebelt hatte, deutlichen Widerstand leisteten und die Immobilienpreise gerade dort, wo Kaußen am meisten „investiert“ hatte – im Rheinland, im Ruhrgebiet, in Berlin und in Hamburg – zusehends bei billigen Objekten verfielen.

Den ersten Rückschlag hatte Kaußen noch einigermaßen verkraften können: 1974 beschloß der Bundestag das Gesetz zur Regelung der Miethöhe“, das dem Mietwucher einen wirksamen Riegel vorschob. Der zweite Rückschlag ging schon an die Substanz: Bis 1981 war es ihm gelungen, beim Finanzamt einer Veranlagung als Gewerbetreibender zu entgehen. So mußte er auch keine Gewerbesteuer entrichten. Vor allem aber konnte er Gewinne aus dem Kauf und Verkauf von Immobilien nach Ablauf der zweijährigen Spekulationsfrist steuerfrei einstreichen.

Doch dann verlor Kaußen den drei Jahre lang dauernden Rechtsstreit – und mußte enorme Steuerschulden nachzahlen. Einem entging er: Fünf Jahre lang recherchierte der Kölner Oberstaatsanwalt Hans-Heinz Schäfer, assistiert von einer Sonderkommission des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes. Doch umsonst war die Mühe von 591 Seiten Anklage wegen des Verdachts der Betrügerei. Das Gericht wies den Staatsanwalt ab.

Angefangen hatte Kaußen als Student der Philosophie, Psychologie und Germanistik. Dann sattelte er auf Betriebswirtschaftslehre in Köln um. Sein Professor Erich Gutenberg: „Er war hochintelligent, ein klarer Kopf, präzise in seiner Arbeit und ein Mann von zupackender Energie.“

Sein erstes Geld hatte er mit einer Reibekuchen-Bude verdient. Der wahre Gewinn, so erkannte der clevere Geschäftsmann, lag nicht in Reibekuchen, sondern im Wohnungsmarkt. 1957 erbte er von einer Tante ein Haus in Bad Godesberg – den Grundstock seines Vermögens. Von da an begann er, mit Wohnraum zu spekulieren. Mit den Rückschlägen begann sich aber auch „sein klarer Kopf“ offensichtlich immer mehr zu verwirren. Sein 500 Quadratmeter großes Penthaus in der Neusser Straße Nr. 30 im Kölner Arbeiter-Viertel Nippes verließ er nicht mehr, seine wenigen Mitarbeiter drangsalierte er noch stärker als zuvor.

Gerade erst in der vergangenen Woche sperrte er sie ein, hielt sich selbst wach mit Zigaretten, Underberg, Kaffee und Aufputschmitteln. Als am Samstagabend die alarmierte Polizei ihn aufsuchte, machte er einen völlig übermüdeten und wirren Eindruck.

Am Montagmorgen, als sie ihn vernehmen wollte, fanden Beamte den 57jährigen erhängt auf.

„Auch wir werden es im Keller liegen haben“

Professor Sebening zur Diskussion um das Kunstherz

PETER SCHMALZ, München

Die Ankündigung des Berliner Herz-Professors Emil Bücherl, er werde schon in den nächsten Tagen das erste deutsche Kunstherz verpflanzen, wird in Kollegenkreisen mit Skepsis aufgenommen. So sieht der Direktor des Deutschen Herzzentrums in München, Professor Fritz Sebening, in den gegenwärtig verfügbaren Kunstherzen noch keinen Ersatz für die Transplantation eines Spenderorgans. „Trotz langjähriger intensiver Forschung“, so der Mediziner gestern in München, „sind wesentliche und für potentielle Patienten überlebensnotwendige technische Probleme noch nicht gelöst.“

Sebening sieht vor allem zwei Schwierigkeiten: Der Industrie sei noch nicht die Entwicklung von biokompatiblen Materialien gelungen, weshalb wegen der Kunststoffteile schwerwiegende Eingriffe in das Blutgerinnungssystem des Empfängers notwendig sind, und es fehle noch immer ein Herzantrieb, der für längere Zeit funktioniert und im Körper des Patienten implantiert werden kann.

Trotz dieser Vorbehalte plant auch Professor Sebening in den nächsten Jahren den Einsatz des künstlichen Herzens. Er will aber nur dann zur mechanischen Blutpumpe greifen, wenn für einen vom Tode bedrohten Patienten kein menschliches Spenderherz verfügbar ist. „Nur in einer solchen Situation“, sagte Sebening, „wenn der potentielle Empfänger, der alle strengen Kriterien für die Transplantation erfüllt, nicht mit anderen Mitteln zu retten ist, könnte ihm temporär ein Kunstherz implantiert werden, um den Zeitraum zu überbrücken, bis ein für ihn geeignetes menschliches Herz zur Verfügung steht.“

In ein bis zwei Jahren, so vermutet der Professor, wird jede mit Herztransplantation befaßte deutsche Klinik über ein Kunstherz für derartige Notfälle verfügen. Sebening: „Auch wir werden es dann im Keller liegen haben.“ Das Kunststoffherz kostet nur rund 5000 Dollar, die benötigten Apparate bis hin zu den Serviceeinrichtungen für den Kunstherzempfänger schlagen nach Schätzungen von Sebening jedoch mit einigen hunderttausend Mark zu Buche.

Bisher wurden fünf Kunstherzen eingesetzt, vier in den USA, und eines in Schweden. Von den vier Patienten, die den Eingriff bisher überlebt haben, ist der jüngste Empfänger, der 53jährige Schwede Leif Stenberg, nach Sebenings Informationen jedoch bereits hirntot, nur der Organismus werde noch über die Herzmaschine versorgt.

Bis zur Entwicklung eines für den Dauerbetrieb nutzbaren Kunstherzens ist es nach Auffassung des Münchner Mediziners noch ein langer Weg: „Was wir bisher haben, ist ein fürchterliches Stückwerk.“ Professor Sebening vergleicht die verfügbaren Modelle mit den ersten Autos, vor denen Leute mit Stöcken vorgingen, um die Kinder zu verjagen, auf daß keines überfahren werde.

Daß die amerikanischen Produkte den deutschen bisher überlegen sind, liege an den Finanzen, meinte der Münchner Professor: „Für diese Entwicklung werden Milliarden gebraucht, bei uns stehen aber nur wenige Millionen zur Verfügung.“

LEUTE HEUTE

Verehrt

Einen Geburtstag ohne offiziellen Empfang wünschte sich Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, der gestern 65 Jahre alt wurde. Nur einige Gratulanten kamen in die Villa Hammerschmidt. Bundeskanzler **Helmut Kohl** und das CDU-Präsidium brachten die Werke Friedrichs des Großen mit. Der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** und das FDP-Präsidium mit **Martin Bangemann** und Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** schenkten die Schriften Naumanns. SPD-Fraktionschef **Hans-Jochen Vogel** verehrte dem Präsidenten ein Porträt **Wehners** mit Pfeife.

Ausgepfiffen

Kaum nachdem er begonnen hatte, mußte der französische Erziehungsminister **Jean-Pierre Chevenement** (46) den Urlaub mit Frau und Söhnen im Club-Méditerranée an der Elfenbeinküste abbrechen. Nicht etwa, weil er zu einer wichtigen Kabinettssitzung nach Paris gemußt hätte, vielmehr pfiffen ihn die Feriengäste bei seiner Ankunft in dem Dorf so heftig aus, daß der Sozialist es vorzog, noch am gleichen Tag wieder abzureisen.

Vorgestellt

Die Mutter schwärmte: „Wir freuen uns schon darauf, ihn zum Schwiegersohn zu bekommen. Wir finden ihn ganz toll.“ Kein Wunder, denn Tochter **Jilly Mach** (26), eine ehemalige Tänzerin, will schließlich „Magnum“-Star **Tom Selleck** (38) heiraten. Am Wochenende stellte sich der schnurrbärtige Muskelmann bei Jillys Eltern vor.

Gesellschaft für Humanes Sterben distanziert sich von Hackethal

AP, Stuttgart

Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) hat sich „mit Empörung“ von Professor Julius Hackethal distanziert, weil dieser Zyankali für einen Todkranken per Post versandt hat. Nach einer Sitzung des DGHS-Präsidiums am Wochenende in Stuttgart erklärte gestern der Vizepräsident der Gesellschaft, Hans Leo von Hoesch, ein so leichtfertiger Umgang mit Menschenleben widerspreche der Zielsetzung der DGHS. Hackethal wäre aufgrund dieses Verhaltens ohnehin aus der Gesellschaft ausgeschlossen worden. Hackethal gehe es gar nicht um die Sache der Sterbehilfe, sondern nur um die eigene Publizität. Das Präsidium begrüße deshalb seinen freiwilligen Austritt.

Bhopal-Verfahren

dpa, New York

Die ersten Anhörungen in dem Mammutverfahren um Schadenersatzansprüche aus der Giftgaskatastrophe in der indischen Stadt Bhopal beginnen heute in New York. Amerikanische Anwälte, die Zehntausende von Opfern dieser größten Katastrophe der Industriegeschichte vertreten, fordern von dem amerikanischen Chemiekonzern Union Carbide mehr als 15 Milliarden Dollar (45 Milliarden Mark).

Häuser weggeschwemmt

AFP, Kairo

Sintflutartige Regenfälle in Oberägypten haben in den letzten Tagen zwei Dörfer verwüstet. Wie die ägyptische Presse gestern berichtete, kamen bisher acht Personen ums Leben, sieben Bewohner werden vermißt und rund 60 Häuser seien bisher zerstört worden.

Keine Pandas mehr

AP, Peking

Trotz einer großangelegten Rettungsaktion der chinesischen Forstbehörden sind in den letzten zwei Jahren in China 55 Riesenpandas eingegangen. Wie die Regierung in Peking gestern erklärte, starben die seltenen Bären, von denen es schätzungsweise noch rund 1000 in freier Wildbahn gibt, an Unterernährung infolge akuten Bambusmangels und an den Folgen des harten Winters. Neben anderen Hilfsmaßnahmen will die Regierung keine Pandabären mehr als Geschenke an Staatsbesucher verschenken.

Honorare für Detektive

dpa, Mönchengladbach

Erstmals für die Bundesrepublik hat der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundesverbandes Deutscher Detektive (BDD) jetzt einen Preisspiegel für Kunden verabschiedet. Danach betragen die Kosten pro Detektivstunden zwischen 45 und 155 Mark – je nach Qualifikation.

Rettung aus dem Krater

dpa, Neapel

Rettungsmannschaften haben einen von zwei US-Soldaten lebend geborgen, die am Sonntag nachmittag in den 200 Meter tiefen Hauptkrater des Vesuvs bei Neapel gefallen waren. Für den anderen Verunglückten kam die Hilfe zu spät. Die beiden Marinesoldaten hatten zusammen mit Kameraden einen Ausflug auf den Vulkan unternommen.

Vogeltod vor Tribunal

AFP, Genf

Italien, Frankreich, Griechenland und Spanien sind die Hauptangeklagten eines öffentlichen Tribunals über das millionenfache Abschlachten von Turteltauben und anderen Zugvögeln, das der „Internationale Gerichtshof für die Rechte der Tiere“ von heute an in Genf abhält.

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Ein schwacher Tiefausläufer erfaßt Deutschland von Westen her. Auf seiner Rückseite setzt sich Hochdruckeinfluß durch.

15. April 1985, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Dienstag:
Von Westen her Bewölkungsaufzug und nachfolgend zeitweise Sprühregen, dabei vor allem im Norden gebietsweise auch neblig-trüb. Höchsttemperaturen 8 bis 13 Grad. Nachts weiterhin stark bewölkt und Abkühlung auf 8 bis 4 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten:
Wolkig mit Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen ansteigend.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	21°
Bonn	8°	Kopenh.	9°
Dresden	6°	Las Palmas	20°
Essen	7°	London	11°
Frankfurt	8°	Madrid	11°
Hamburg	6°	Mailand	12°
List/Sylt	6°	Mallorca	17°
München	6°	Moskau	12°
Stuttgart	6°	Nizza	16°
Algier	17°	Oslo	7°
Amsterdam	9°	Paris	10°
Athen	16°	Prag	8°
Barcelona	15°	Rom	12°
Brüssel	8°	Stockholm	2°
Budapest	13°	Tel Aviv	19°
Bukarest	15°	Tunis	13°
Helsinki	3°	Wien	11°
Istanbul	16°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.23 Uhr, Untergang: 20.22 Uhr; **Mondaufgang**: 5.58 Uhr, Untergang: 17.24 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der lange Weg zur Aussöhnung am Clifford Tower

DETLEF BERTHELSEN, York

Die Bagger förderten einen düsteren Fund zutage. Dutzende von Skeletten lagen in der Erde des Baugrundstückes des Sainsbury-Supermarktes in der nordenglischen Stadt York. Hatte der Zufall auf dem Grundstück an der Jewbury Lane die sterblichen Überreste der Juden von York ans Licht gebracht, der Opfer eines der blutigsten Ereignisse in der Geschichte dieser Stadt?

1978 erst hatten ein gemeinsamer Gottesdienst und die Enthüllung einer Gedenkplatte vor Yorks Clifford Tower die Aussöhnung zwischen Juden und Christen besiegelt. Nach fast 800 Jahren schien damit der Fluch, der gläubigen Juden den Aufenthalt in York verbot, von der englischen Stadt genommen.

In der Nacht zum Sonnabend, dem 16. März 1190, wurden in York 150 Mitglieder der jüdischen Gemeinde am Fuß des Clifford Tower erschlagen. Yorker Adelige hatten den Judenhaß der Kreuzfahrer-Zeit genutzt, um sich ihrer Gläubiger zu entledigen. Daß es in York einen jüdischen Friedhof gegeben hatte, war zwar aus alten Chroniken bekannt, seine Lage jedoch war immer unbekannt geblieben. Erst heute, nach 795 Jahren, scheint es, als ob die Opfer und ihre Nachfahren endgültig Frieden in ihren Gräbern gefunden haben.

Außer den Knochen wurden nur wenige andere Funde gemacht, so daß sich über die Religionszugehörigkeit der Toten zunächst nichts sagen ließ. Der Oberrabbi des Britischen Empire, Sir Immanuel Jakobovits, hatte daraufhin keine Einwände gegen weitere Grabungen.

Erst im vergangenen Jahr stieß Yisrael Levin, ein junger Thora-Schüler, auf die umfangreichen Exhumierungen. Er stellte fest, daß die Ausgräber bereits über 500 Skelette geborgen hatten. Alle waren in Nord-Süd-Richtung beigesetzt worden, die Arme neben den Körper gelegt – im Gegensatz zur christlichen Sitte, die Toten mit über der Brust gekreuzten Armen und in Ost-West-Lage zu bestatten.

Ein Freund, mit dem Levin sich über seinen „Fund“ unterhielt, erinnerte sich an ein Buch, in dem ein Vertrag aus dem Jahr 1230 abgedruckt war. Er enthielt genaue Angaben über den Verkauf eines Stückes Land von John Romeyn, Subdiakon Yorks, an die jüdische Gemeinde der Stadt. Das Landstück lag am Barkergate, der Fortsetzung der heutigen „Jewbury Lane“ und „neben dem alten Friedhof der Juden“. Yisrael Levin war bestürzt. Die jüdische Religion verlangt höchsten Respekt vor der Ruhe der Toten. Wo waren die Skelette hingekommen?

Levin alarmierte Oberrabbiner Jakobovits. Nachfragen beim archäologischen Verband von York, der für die Grabung verantwortlich war, ergaben, daß die Archäologen in der Tat überzeugt waren, den jüdischen Friedhof von York gefunden zu haben. Die Skelette seien „in würdiger Weise untergebracht“, es würden die üblichen anthropologischen Untersuchungen vorgenommen, um Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und Todesarten zu bestimmen. Die Forscher erhofften sich Aufschluß über die Lebensumstände einer jüdischen Gemeinde in Englands Mittelalter. Als „würdige Unterbringung“ galten offenbar 650 Pappkartons, in denen die Überreste – fast 50 000 Knochen – im Biologischen Institut der Universität York gestapelt waren.

Rabbi Jakobovits wandete sich an das Innenministerium in London, das durch Gesetz für den „Umgang mit unbenutzten Friedhöfen“ zuständig ist. In einem offenen Brief bat der Geistliche, das wissenschaftliche Interesse hinter dem Respekt vor den Toten zurückzustellen. Die Opfer des Massakers am Clifford Tower sollten in Frieden ruhen. Eine alte Wunde in den englisch-jüdischen Beziehungen war erneut aufgerissen.

Die öffentliche Meinung war auf seiten des Rabbi. Das Innenministerium ordnete die Wiederbestattung der Skelette an, die Knochenuntersuchungen wurden eingestellt, neue Ausgrabungen nicht mehr vorgenommen. „Ein großer Verlust für die Forschung“, kommentierte Richard Hall, der Ausgrabungsleiter, „aber wir respektieren die Empfindungen unserer jüdischen Mitbürger.“

Die Überreste von 502 Skeletten ruhen heute unmittelbar neben ihren alten Gräbern, auf denen jetzt ein dreistöckiges Parkhaus des Sainsbury-Supermarktes steht. Noch weitere 600 Gräber liegen ungeöffnet unter seinen Fundamenten. „Der menschliche Umgang mit Toten ist der beste Beweis für ein menschliches Miteinander der Lebenden“, stellte Rabbi Jakobovits während der zweiten Beisetzung der Juden von York fest.

ZU GUTER LETZT

„Ehefrau Friedel ist als Hilfsfeuerwärterin ebenso fit wie in der Betreuung der Urlauber in ihren 13 Gästebetten.“ Die „Kölnische Rundschau“ über eine Leuchtturmwärter-Idylle.

Mit Erfolg frei, aktiv, blockfrei

Von M. WEIDENHILLER

Drei runde Zahlen kann Indonesien in diesem Jahr feiern: Am 17. August besteht die Republik seit 40 Jahren; am 19. April liegt die Bandung-Konferenz 30 Jahre zurück. Und 20 Jahre sind es, daß Suharto die Geschicke des 160-Millionen-Volkes bestimmt. Anlaß zum Feiern? Trotz vieler ungelöster Probleme, trotz politischer Turbulenzen kann das Land Erfolge vorweisen, hat es sich seine „Einheit in der Vielfalt" bewahrt.

Wo sich einst Zhou Enlai, Nehru und Nasser, Sihanouk und U Nu trafen, *wo ein Sukarno seine feurigen* Reden hielt, läuft die Vorbereitung für das „Jubiläum" schon seit geraumer Zeit auf Hochtouren. Frei, aktiv und blockfrei hieß damals in Bandung die Parole; selbstkritische Bilanz ziehen will man jetzt, die Süd-Süd-Kooperation in den Mittelpunkt stellen.

Wider Erwarten kommen auch die Chinesen. Das stimmt positiv. Denn Indonesien wirft der Volksrepublik vor, sich 1965 an dem fehlgeschlagenen Putschversuch beteiligt zu haben. Die diplomatischen Beziehungen *liegen auf Eis.* Im Land herrscht eine anti-chinesische Grundstimmung. Auch in der Indochina-Frage richtet Jakarta einen Pfeil auf Peking. Abweichend von der Haltung seiner Asean-Partner ist es der Ansicht, daß die Bedrohung Südostasiens nicht von Vietnam ausgeht. Gleichwohl plädiert es für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha.

Unlängst eingeleitete direkte Handelsbeziehungen zwischen Indonesien und China deuten einen vorsichtigen Wandel an; dies gilt auch für einen Abbau der Diskriminierung gegenüber der chinesischen Minderheit, ohne die Indonesiens „kleines Wirtschaftswunder" kaum denkbar gewesen wäre.

Anti-chinesische Ressentiments spielten ebenso wie islamischer Fanatismus *und soziale Unrast eine Rolle* bei den Bombenanschlägen und Terroraktionen im vergangenen Jahr.

Zahlenmäßig ist Indonesien das größte islamische Land, aber kein islamischer Staat. Auch gibt es keine islamische Einheit, wie die mehrheitlich moslemische Bevölkerung (90 Prozent) glauben machen möchte. Der Islam, wie er im Kernland Java praktiziert wird, unterscheidet sich *grundlegend von seiner orthodoxen* Form. Nicht Koran und Sunnah gelten als höchste Autorität, sondern eine hindu-javanische, mystisch gefärbte religiöse Weltanschauung, *die* in Einklang mit der Tradition Javas steht, sich tolerant gibt. Der orthodoxe Islam dagegen stellte immer eine Minderheit dar, seine religiös-politische Stellung war schwach, und die Zielsetzung eines islamischen Staates wurde nicht erreicht.

Die Staatsgründer entschieden sich für einen säkularen Staat mit Pancasila als einigendem Band für alle ethnischen, religiösen und politischen Gruppierungen. Pancasila, vor allem aber die „Neue Ordnung" Präsident Suhartos stellen nicht klassische *islamische Gesellschaftsideale*, sondern moderne säkulare Begriffe *wie* wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Vordergrund. Aber die iranische Revolution strahlt auch nach Südostasien aus, hat Indonesiens Fundamentalisten Auftrieb und neues Selbstbewußtsein gegeben. Sie wettern gegen die Modernisierung, sie sind entwicklungsfeindlich. Ein indonesischer Khomeini ist zwar nicht in Sicht, aber ein in ein fanatisches Gewand gehüllter und militant fordernder Islam ist gefährlich für die Einheit der Inselrepublik. Um einer „Revolution im Namen des Propheten" vorzubeugen, ist die Staatsphilosophie Pancasila ein brauchbares, weil flexibles Instrument. So wird gerade ein Gesetz debattiert, das vorsieht, daß alle politischen Parteien sowie sozialen und religiösen Organisationen die fünf Ideale von Pancasila – Glaube an einen Gott, Menschlichkeit, Nationalbewußtsein, Demokratie, *soziale Gerechtigkeit – als ausschließliches* ideologisches Fundament anerkennen.

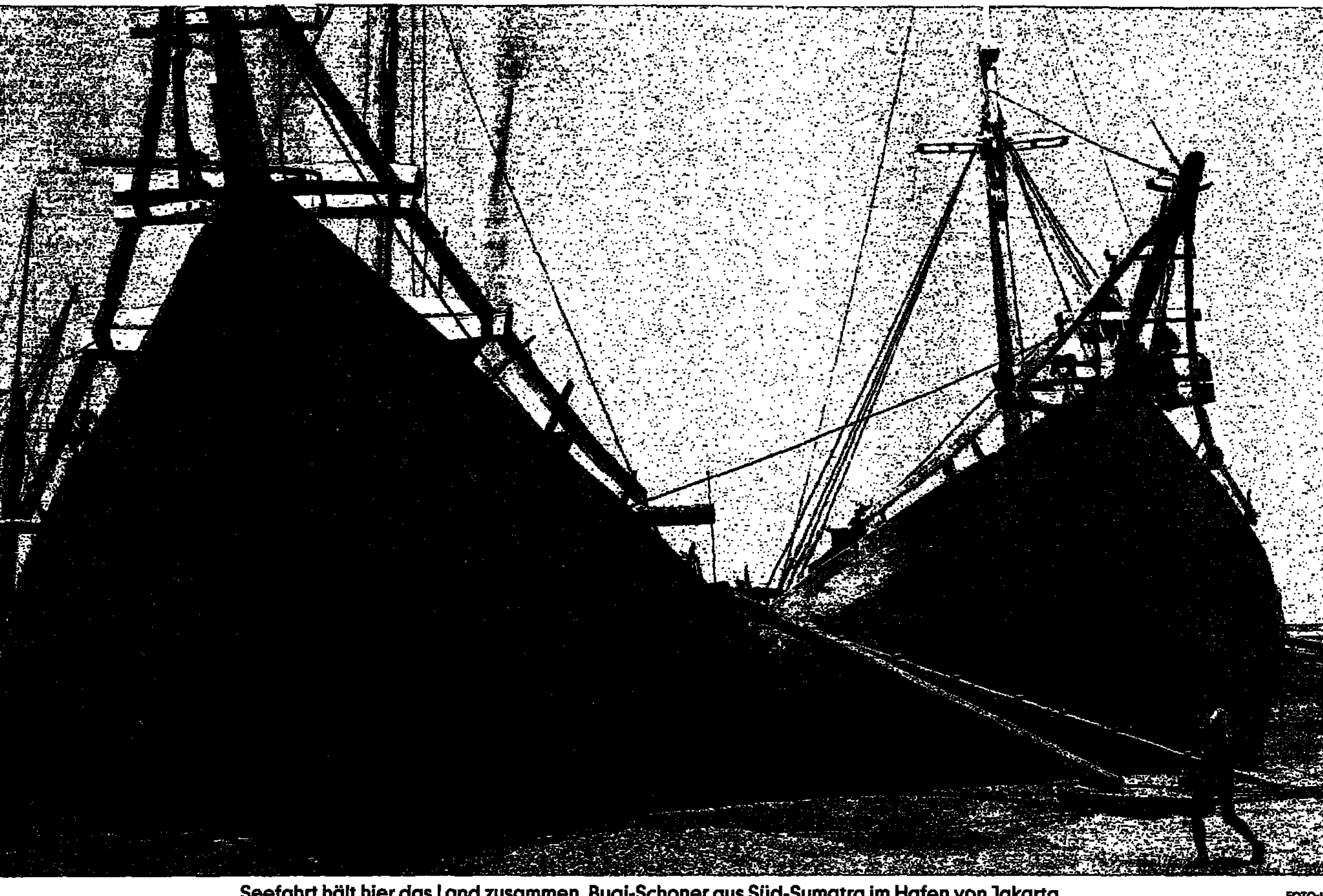
Wird ent-islamisiert? Wird entpolitisiert? Die islamische Koalition PPP (Vereinigte Entwicklungspartei) hat sich der Forderung ebenso gebeugt wie die von den Militärs gestützte Golkar-Partei und die nationalistisch und christlich orientierte Demokratische Partei Indonesiens (PDI).

Die Parteien können bei der Formulierung und Durchsetzung der von der Führung formulierten Politik ohnehin nur wenig verändernd eingreifen. Die Willensbildung beruht zudem auf dem javanischen Prinzip der Diskussion bis zur Einmütigkeit und Harmonie. Kontroversen, Pluralismus sind nicht gefragt. Das Parteiensystem nach westlichem Vorbild sei, so das Lieblingsargument indonesischer Politiker, unharmonisch, somit für sie ungeeignet.

Die Streitkräfte, gestrenger Patriarch einer nationalen Familie, sind Garanten der politischen Stabilität und Suhartos wichtigste Stütze. Sie stellen den einzigen Apparat, der die ganze Republik umspannt. Dwifungsi, ihre Doppelfunktion für Verteidigung und nationalen Aufbau, ist in der Verfassung verankert; diese *Ille bleibt den Militärs wohl noch* lange erhalten.

Doch die Generale der ersten Stunde treten ab, eine neue Generation, die nicht mehr für die Unabhängigkeit kämpfte, drängt in Führungspositionen. Wie werden sie Dwi-fungsi interpretieren? Wie werden sie auf die immer höheren Erwartungen der Indonesier reagieren, welche wirtschaftlichen Grundsätze gutheißen?

Die vielzitierte politische Stabilität des Landes ist Voraussetzung des wirtschaftlichen Fortschritts. Die reichen Öl- und Gasvorkommen haben ihn ermöglicht, aber auch die pragmatische Wirtschaftspolitik Suhartos. Die Weltbankprognose ist positiv. In den letzten zehn Jahren lag die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate bei 7,5 Prozent. Der Lebensstandard hat sich verbessert; doch fließt mehr als die Hälfte des Volkseinkommens nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung zu. Eine bessere Verteilung des Wohlstandes ist nötig, hat in *Repelita IV Vorrang.*



Seefahrt hält hier das Land zusammen, Bugi-Schoner aus Süd-Sumatra im Hafen von Jakarta FOTO:HHH

ZUSAMMENARBEIT MIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND / Entwicklungshilfe mit immer größerem Stellenwert

Mit vielen Händen wird unter die Arme gegriffen

Der Beginn einer ständig zunehmenden Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Republik Indonesien fällt etwa mit dem Jahr 1965 zusammen. Davor gab es nur vereinzelte, *kaum unter ein definiertes* Programm zu fassende Maßnahmen und Projekte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde 1962 gegründet, und damit wurde die Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger politischer Faktor. Die Zusammenarbeit auf diesem aus humanen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendigen Gebiet bekam *im Laufe der Zeit einen immer größeren* Stellenwert.

1983 transferierte die Bundesrepublik Deutschland 0,49 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in die noch wenig industrialisierten Länder. Indonesien gehört dabei zu den wichtigsten Empfängerländern. Es liegt, gemessen an den jährlichen Mittelzusagen, an fünfter Stelle. In Indonesien ist die Bundesrepublik Deutschland nach Japan und den USA der drittgrößte bilaterale Geber im Rahmen der Intergovernmental Group on Indonesia *(IGGI). Als Mitglied der Asiatischen* Entwicklungsbank und der Weltbank leistet die Bundesrepublik Deutschland auch durch die Öffnung ihres Kapitalmarktes einen weiteren zusätzlichen Beitrag für Indonesien. Auch an den Zuschüssen der Bundesregierung zum Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, insbesondere für UNDP, partizipiert Indonesien in großem Maße. Nicht zu vergessen sei die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft durch den Europäischen *Entwicklungsfonds (EEF), über den* jährlich ca. 14 Mill. Dollar nach Indonesien fließen.

Bisher hat die Bundesrepublik Deutschland bilateral ca. drei Mrd. Mark für Indonesien zur Verfügung *gestellt. Diese Summe schlüsselt sich* wie folgt auf: ca. 2,3 Mrd. Mark finanzielle Zusammenarbeit (soft loan) zu besonders günstigen Konditionen (zwei Prozent Zinsen, zehn Freijahre, 30 Jahre Laufzeit) und ca. 700 Mill. Mark als grants für die technische Zusammenarbeit, die zum größten Teil zwischen den beiden Staaten, aber auch zwischen privaten Organisationen (NGO) durchgeführt wird. In dieser Summe sind auch die Kosten für die ca. 1700 Stipendien, die seit 1965 gewährt wurden, enthalten.

Um zu zeigen, wie die Entwicklungsarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Indonesien im Rahmen der IGGI in einem Jahr aussieht, hier die Zahlen für das Jahr 1983. Die Kreditzusage betrug 100 Mill. Mark (soft loan), ca. 40 Mill. Mark technische Zusammenarbeit (grants), ca. 130 Stipendien, ferner 15 Mill. Mark Zuschüsse im Rahmen der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit und ca. 35 Mill. Mark soft loan für die Schiffsfinanzierung.

Zur Zeit befinden sich knapp 50 Projekte der finanziellen Zusammen*arbeit in der Durchführung. In knapp* 40 laufenden Projekten der technischen Zusammenarbeit sind über 100 deutsche Experten beschäftigt. Eine zunehmende Bedeutung werden die sogenannten integrierten Experten erhalten, von denen zur Zeit sechs Fachkräfte in Indonesien beschäftigt sind. Integrierte Experten haben einen Arbeitsvertrag mit einem indonesischen Arbeitgeber und erhalten einen Gehaltszuschuß aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland.

Sektoral werden bei der Gewährung von weichen Krediten wie bisher, so auch in Zukunft Maßnahmen zum Aufbau einer hinreichenden Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur sowie Vorhaben des Energiebereichs (Nutzung von Kohlevorkommen für die Energieversorgung *als Engpaßsektor sowie Stromverteilung* und -gewinnung) im Vordergrund stehen. Der Schwerpunkt der technischen Zusammenarbeit wird auf absehbare Zeit weiterhin auf Maßnahmen zur Förderung der ländlichen regionalen Entwicklung liegen. Hervorzuheben ist hierbei die seit ca. 15 Jahren bestehende Zusammenarbeit in Westsumatra durch zum Beispiel das integrierte ländliche Entwicklungsvorhaben Area Development Project West-Pasaman und verschiedene Infrastrukturvorhaben wie Straßenbau, Wasserversorgung, Plan*tagenwirtschaft.*

Ein weiterer Schwerpunkt regionaler Entwicklungszusammenarbeit ist Ost-Kalimantan. Zu nennen wäre das gemeinsame Vorhaben „Technical Assistance für Area Development" (TAD), ein integriertes ländliches Entwicklungsvorhaben, und das Straßenbauvorhaben Sankuliran-Murah Wahau. Neben der ländlichen Entwicklung als Schwerpunktbereich arbeiten die Bundesrepublik Deutschland und Indonesien auch auf dem Sektor Industrialisierung und Technologietransfer zusammen. Dieser Sektor bekommt auf dem Hintergrund der verstärkten Industrialisierungsbemühungen der indonesischen Regierung eine immer größer werdende Bedeutung. Daneben wird, im Rahmen der technischen Zusammenarbeit, der Stärkung und dem Aufbau von Institutionen, insbesondere im Hochschulbereich, ein besonderes *Augenmerk gegeben.*

Erstmals 1983 hatten sich beide Regierungen auf die Mischung von Entwicklungskrediten mit kommerziellen Krediten im Wege der Mischfinanzierung von geeigneten, für die Entwicklung Indonesiens bedeutenden Projekten geeinigt. Diese neue Form der Finanzierung erhöht den Mitteltransfer nach Indonesien beträchtlich. *Durch dieses Instrument* wurden auf Antrag der indonesischen Regierung und nach üblicher entwicklungspolitischer Überprüfung Vorhaben im Energiebereich sowie im Bereich der Telekommunikation gefördert, die sonst nicht zur Durchführung gekommen wären. K. B.

Pancasila, die Prinzipien gegen die Zentrifuge

Von O. G. ROEDER

Das weite Inselreich ist voller Gegensätze, geographisch, ethnisch, verhaltensmäßig, historisch, gesellschaftlich-politisch und überhaupt.

Was verbindet eigentlich einen entschiedenen islamischen Glaubenskämpfer aus Aceh, der Nordwest-Ecke Sumatras, mit einem „animistischen *Steinzeitmenschen" aus* Irian Jaya, der östlichsten Provinz der Republik Indonesien auf Neu-Guinea? Zwischen der westlichen Landmarke, die in den Indischen Ozean ragt, und dem Ostteil des Landes, Anrainer des Pazifik, liegt eine Distanz von fünftausend Kilometer; von Nord nach Süd sind es fast zweitausend Kilometer.

Die Fläche von tanah air, Land und Wasser, wie die Indonesier ihre Heimat nennen, auf eine Karte Europas projeziert, reicht von Irland bis zum Kaukasus: weite, fruchtbare Reisfelder und Reisterrassen, tropische Regenwälder, schon verletzt von rücksichtslosem Holzeinschlag, Mangrovensümpfe, Trockengebiete, Vulkane und (im *Extremfall*) schneebedeckte Berge am Äquator.

Die Menschen sind nicht weniger unterschiedlich. Da ist der „verwestlichte" Jugendliche aus der Disco-Szene der Hauptstadt Jakarta, daneben der seriöse (manchmal auch mit allen Wassern gewaschene) *Geschäftsmann*, womöglich chinesischer Herkunft. Es präsentieren sich feinsinnige Wissenschaftler aus dem Bereich traditionsreicher Fürstentümer Mitteljavas, frei schweifende Jäger und Sammler in entlegenen Landesteilen, *die Millionen* der Klein- und Kleinstbauern, Fischer, Handwerker und Händler, die Arbeiter in den im Aufbau befindlichen Industriezonen, und nicht zuletzt eine halbe Million von Staatsbediensteten, im Überbau *schließlich Technokraten* und Offiziere.

Die Republik zählt gegenwärtig etwa 165 Millionen Einwohner, so daß Indonesien *der Bevölkerungszahl zufolge* den fünftgrößten Staat der Welt darstellt. Es gibt an die 250 verschiedene Sprachen, dazu zahlreiche Dialekte, überdeckt von der nationalen Einheitssprache Bahasa Indonesia, die sich in einem jahrhundertelangen Prozeß aus der malaiischen Sprache entwickelt hat und weiter entwickelt.

Nach dem Zensus von 1980 bekennen sich 87,1 Prozent aller Einwohner zum Islam, 5,8 Prozent sind evangelische, 3 Prozent katholische Christen, zwei Prozent sind Hindus, 0,9 Prozent Buddhisten und 1,2 Prozent „andere", das sind vorwiegend Animisten.

Trotz aller Verschiedenheiten sind im Lauf der Jahrhunderte mehrfach *Großreiche entstanden*, die weite Teile der heutigen Republik umfaßten und teilweise darüber hinausreichten: das bereits im sechsten Jahrhundert entstandene buddhistische Crivijaya mit dem Herrschaftszentrum in Südsumatra, die buddhistischen, hinduistischen und islamischen Reiche in Mittel- und Ostjava.

Zu einem Riß in der einheimischen Entwicklung führten dann ab Ende des 16. Jahrhunderts die niederländischen Handelsmissionen zu den Inseln, auf denen der Pfeffer wächst. In einem langen Prozeß, erfüllt von ständigen lokalen und regionalen Widerstandsaktionen, entstand die Kolonie Niederländisch-Ostindien.

Nach kurzer japanischer Besetzung *im Zweiten Weltkrieg* proklamierten indonesische Nationalisten unter Sukarno und Hatta am 17. August 1945 den Staat Indonesien als einen *Einheitsstaat in der Form einer* Republik, wie im ersten Paragraphen der neuen Verfassung festgelegt wurde. Das war ein kühnes Unterfangen, *denn die Widersprüche und Gegensätze* von innen und außen waren nahezu übermächtig.

Die Kolonialmacht kehrte mit Waffengewalt zurück, jahrelange Guerillakämpfe verhinderten den friedlichen Aufbau der jungen Republik. Nachdem Ende 1948 die Souveränität völkerrechtlich durchgesetzt war, traten die im nationalen Befreiungskampf mühevoll überdeckten inneren Gegensätze offen zutage, von „links" und „rechts" – wobei gleich zu fragen ist, wieweit diese westlichen Kategorien in einem Lande anwendbar sind, in dem Kommunisten als glühende Nationalisten – und umgekehrt – auftreten können.

1955 fanden die ersten allgemeinen Wahlen statt, die der Nationalpartei, den beiden Islamparteien und den Kommunisten den größten Stimmenanteil brachten. Indonesien schien auf dem besten Weg zu einer parlamentarischen Demokratie im Westminster-Stil zu sein. Der Ver*such mißlang. Versagten die Dutzende* von Parteien, die rasch wechselnden Regierungen oder vielmehr die Gesellschaft mit ihren eigenen Wert- und Lebensvorstellungen?

Militante fundamentalistische Islamkreise versuchten mit Gewalt, einen religiösen, auf den Grundsätzen des Koran fußenden Staat durchzusetzen. Militärputsche erschütterten das Land. Die Kommunisten begannen mit „revolutionärer Gymnastik". Präsident Sukarno dekredierte die Rückkehr zur Präsidialverfassung von 1945 und zur Einführung einer „gelenkten Demokratie". Er formierte eine Art Volksfront aus Nationali*sten, religiösen Kreisen und Kom*munisten.

Das Experiment zur Überwindung immanenter Gegensätze scheiterte. *Die „revolutionäre Gymnastik" und* die „direkten Aktionen" kulminierten schließlich im Putsch der Kommunisten und „progressiv-revolutionärer" Offiziere: In der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1965 wurden sechs Generale der Armeeführung aus ihren Wohnungen entführt und ermordet.

Was im revolutionären Überschwang als eine Initialzündung zur allgemeinen Volkserhebung gedacht war, schlug fehl. Ein damals unbekannter General Suharto überwältigte die Putschisten in der Hauptstadt in wenigen Tagen, mehr durch taktische Manöver als durch Gewalt. Dagegen schwelte in den kommunistischen Hochburgen in Mitteljava, Ostjava und Bali monatelang ein verdeckter Bürgerkrieg, der zu Massakern expandierte, bei dem politische *und persönliche Rechnungen* beglichen wurden, bei dem militante Muslime einen gnadenlosen Glaubenskrieg gegen die „roten Atheisten" führten.

Die vor zwanzig Jahren geschlagenen Wunden sind einigermaßen vernarbt. Indonesien hat inzwischen eine nicht für möglich gehaltene Phase der politischen Konsolidierung und der wirtschaftlichen Erholung erlebt. Aber es ist noch immer weit davon entfernt, sich als ein problemloses Land friedlicher Hirten und lieblicher Nymphen im Folklore-Look zu präsentieren – so herrlich sich die weiten, weißen Strände und grünen Palmenhaine dem Touristen darbieten.

Inzwischen ist die Zeit dramatischer Wirren abgeschlossen, das staatliche Gerüst ist fest gefügt, aber die gesellschaftlichen Probleme sind geblieben – wenn auch anders gelagert als früher.

Die im ganzen erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung hat die Kluft zwischen Reich und Arm ver*größert. Der infolge früherer* Versäumnisse erzwungene Vorrang wirtschaftlichen, erwerbswirtschaftlichen Strebens hat zu sozialen Spannungen und administrativen Mißständen geführt. Emotionelle Bedürfnisse breiter Schichten wurden vernachlässigt. Islamische Kräfte fundamentalistischer Art treten bewußter und fordernder in Erscheinung.

Das Zauberwort zur Aufhebung aller Widersprüche soll in Pancasila liegen, der Staats- und Lebensphilosophie der *Fünf Prinzipien. Vor vierzig* Jahren von Sukarno zündend formuliert, bemüht sich heute Präsident Suharto entschieden um die Durchsetzung von Pancasila als alleiniger Grundlage allen politischen Handelns.

Es wird darunter verstanden:
- Glaube an Einen, Allmächtigen Gott (in Tolerierung aller Religionen)
- Nationale Einheit (bei Anerkennung der verschiedenartigen kulturellen Traditionen im Volke)
- Humanität (die der Würde aller Menschen gerecht wird)
- Demokratie („geleitet von der klugen Einsicht in das System beratender Volksvertretung")
- Soziale Gerechtigkeit für das ganze indonesische Volk.

Es hat im Lauf der Jahre innerhalb wie außerhalb Indonesiens nicht an herber Kritik an Pancasila gefehlt. Ist das Prinzip so vage formuliert, daß es praktisch wertlos ist? Oder ist *es bewußt vieldeutig auslegbar, um* als Instrument von Manipulationen zu dienen? Oder muß eine zu entschiedene Betonung von Pancasila schließlich zum *Zusammenprall* mit aufbegehrenden Kräften des Islam führen – im „größten Islamland der Welt", gemäß der Zahl der Bekenner?

Das sind ernsthafte Einwände. Sie schaffen aber nicht aus der Welt, daß gerade diese Vielschichtigkeit die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Vielfalt erfaßt. Pancasila hat sich bisher als die einzig brauchbare Doktrin erwiesen, die zentrifugalen Tendenzen des großen Inselreiches zu bändigen.

Das gilt speziell für das im vierten Pfeiler von Pancasila angesprochene Prinzip einer Konsensdemokratie. Die Vorstellung umständlicher Beratungen von Beauftragten *bis zur Herstellung* von *Einmütigkeit* ist in der indonesischen Gesellschaft traditionell tief verwurzelt. Dagegen sieht man im schroffen Aufeinanderstoßen verschiedener Ansichten, die in einem *Mehrheitsentscheid* von „50 Prozent plus eins" enden, ein Element, das nicht zu den gegebenen Bedingungen von Raum, Zeit und Gesellschaft in Indonesien paßt.

Die Prinzipien von Konfliktsvermeidung und Respektserweisung zielen letztlich auf die Harmonie des Individuums im Mikrokosmos wie im Makrokosmos. Das sind Philosophien, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können. Sie sollten aber jene schrecklichen Vereinfacher ein wenig nachdenklich stimmen, die jenes eigenwillige Land nur mit der eigenen Elle zu messen imstande sind.

Indonesien heute – das ist noch immer ein Land des Widerspruchs, *aber auch des Versuchs der Aufhebung* des Widerspruchs mit eigenen, nicht importierten Mitteln. Indonesien ist „anders"; es beansprucht *nicht, „besser" zu sein als die* anderen, es will aber auch nicht als „schlechter" klassifiziert werden.

Verglichen mit den meisten Entwicklungsländern hat es in den letzten Jahren eine bemerkenswerte politische Stabilität und wirtschaftliche *Konsolidierung erreicht. Wird dieser* Prozeß weiter gehen? Wird Indonesien, ein Land des Widerspruchs, der Einheit in der Vielfalt, wie der Wappenspruch lautet, zu einem Land der Verheißung?

Im indonesischen Wayan (Schatten)spiel besiegen nach langer *Nacht* die Götter die Dämonen. Das hoffen die Indonesier für ihr Land, von Sabang in Nordsumatra bis Merauke im fernen Irian Jaya.

ENERGIEVERSORGUNG / Der Schlüssel

Dieselmotoren bringen Strom in den Dschungel

Im Zuge ihrer Entwicklungspolitik bemüht sich die indonesische Regierung, den Bevölkerungszustrom nach Java zu stoppen und nach Möglichkeit in die umgekehrte Richtung, das heißt auf die Außeninseln, umzulenken. Dies ist nur möglich, wenn durch Infrastrukturverbesserungen die Lebensqualität auf diesen Inseln annähernd mit derjenigen Javas vergleichbar gemacht wird.

Eine Schlüsselstellung bei dieser Problematik nimmt die Energieversorgung ein: Trotz umfangreicher Elektrifizierungsprogramme und hoher Steigerungsraten ist die Stromversorgung auf den indonesischen Inseln nach wie vor unzureichend. Heute werden nur etwa sieben Prozent der Gesamtbevölkerung mit Energie versorgt. Die pro Kopf installierte elektrische Leistung liegt bei nur 16 Watt verglichen mit etwa 1400 Watt in der Bundesrepublik Deutschland. Es liegt also eine ausgeprägte Unterversorgung der ländlichen Gebiete vor, wodurch

- die Lebensqualität in diesen Gegenden stark verbesserungsbedürftig bleibt,
- die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wird und
- das Problem der Überbevölkerung Javas weiter verschärft wird.

Der Ausbau der Energieversorgung auf den Inseln hat daher hohe Priorität innerhalb der Entwicklungspolitik der indonesischen Regierung. Dies hat Präsident Suharto anläßlich des nationalen Unabhängigkeitstages in diesem Jahr erneut mit Nachdruck bekräftigt.

Das staatliche Energieversorgungsunternehmen PLN verfügt über Konzepte zur Elektrifizierung des Landes. Dicht besiedelte Gebiete und große Städte wie auch Industrieanlagen (im wesentlichen beschränkt auf Java) werden durch Dampf- und Wasserkraftanlagen versorgt, denen sich kleine regionale Verbundnetze anschließen. In den mittleren und kleinen Provinzstädten gibt es praktisch nur Einzelkraftwerke im Inselbetrieb (Versorgung nur einer einzelnen Ortschaft). Der Aufbau selbst von kleineren Verbundnetzen ist wegen der Unwegsamkeit des Dschungels und der fehlenden Infrastruktur sowie der vergleichsweise hohen Kosten dafür nicht sinnvoll, nicht wirtschaftlich und nur schwer durchführbar.

Im Rahmen der Möglichkeiten zur Errichtung kleiner und mittlerer Kraftwerke hat PLN auf Kleinwasserkraftwerke und Dieselkraftwerke gesetzt. Kleinwasserkraftwerke werden von PLN wo immer es möglich ist berücksichtigt. In Fällen, in denen Kleinwasserkraftwerke nicht in Frage kommen, setzt PLN Dieselkraftwerke ein, die sich für die relativ kleinen Leistungen aus mehreren Gründen als die geeignetste Lösung erwiesen haben, wie:

- hohe Verfügbarkeit
- günstiger Brennstoffverbrauch
- geringe Anschaffungskosten
- gutes Teillastverhalten
- einfache Technik und daher
- leichte Bedienbarkeit
- schnelles und sicheres Vertrautwerden des Bedienungs- und Wartungspersonals mit der Technik
- kurze Stillstandzeiten für Wartung und Überholungen.

Im Rahmen ihrer Aktivitäten hat PLN ein größeres Dieselprogramm herausgebracht, das in seinem Kernstück die Installation von 22 Dieselstationen mit insgesamt 55 Aggregaten zu je 2,5 MW vorsieht. Dieses Programm wurde von PLN im Juli 1982 als besonders dringlich voranzutreibendes Projekt international ausgeschrieben. Bereits im September 1982 reiste ein Expertenteam (Elektroingenieure, Dieselmotorenfachleute, Bau-Ingenieure) der deutschen Industrie nach Indonesien, um einen umfassenden Site Survey durchzuführen. Die Fachleute besuchten alle 22 von der indonesischen Regierung und PLN vorgeschlagenen Ortschaften (von Nord-Sumatra bis Irian Jaya), um die Fragen der Technik, der Gebäude, der Montage, der Transportwege und der Lagerung des benötigten Materials zu untersuchen.

Infolge der Bedeutung dieses Projekts für die Lösung der eingangs geschilderten Probleme und der nach wie vor gegebenen Priorität dieses Projekts der „Elektrifizierung ländlicher Gebiete" beabsichtigt die indonesische Regierung, dieses Projekt unter Mithilfe der Industrienationen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verwirklichen. H. B.

AUF EINEN BLICK

GEOGRAPHIE

5 193 250 qkm, davon rund 2 Mill. qkm Landfläche, verteilt auf 13 667 Inseln, zwischen 6° nördlicher Breite und 11° südlicher Breite, sowie zwischen 9° und 141° östlicher Länge. Rund 6000 Inseln sind permanent bewohnt.

Das Staatsgebiet Indonesiens umfaßt den Hauptteil des Malaiischen Archipels mit den Großen Sunda-Inseln (Sumatra, Java, Kalimantan, Sulawesi), den Kleinen Sunda-Inseln (Bali, Lombok, Sumbawa, Flores, Alor, Roti, Timor); den Molukken („Gewürzinseln") und Irian Jaya

EINWOHNER

162 Mill. Menschen , davon 96 Mill. auf Java = 7 Prozent Landfläche und 32 Mill. auf Sumatra = 25 Prozent der Landfläche. Bevölkerungszuwachs: ca. 2,2 Prozent p. a.

Alterspyramide: 42 Prozent unter 15 Jahre, fünf Prozent über 65 Jahre. Die wichtigsten Städte sind: Jakarta 7,6 Mill. Einwohner, Surabaya 2,5 Mill. Einwohner, Bandung 1,7 Mill. Einwohner, Medan 1,5 Mill. Einwohner, Semarang 1,2 Mill. Einwohner, Palembang 0,9 Mill. Einwohner, Ujung Pandang 0,8 Mill. Einwohner.

STAATSFORM

Präsidialrepublik; die gesetzgebende Gewalt liegt beim Repräsentantenhaus, die Souveränität übt das Volk in der Beratenden Versammlung aus, die sich aus den Abgeordneten des *Repräsentantenhauses und* Vertretern der „funktionellen Gruppen" der Gesellschaft (Arbeiter, Bauern, Militär u. a.) zusammensetzt.

STAATSOBERHAUPT

und gleichzeitig Regierungschef ist seit 1967 Suharto. Im März 1983 wurde Präsident Suharto vom Beratenden Volkskongreß für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

SPRACHE

Landessprache: Bahasa Indonesia. Geschäftssprachen: Englisch

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN

Landwirtschaft, Erdöl-/Erdgasförderung und Bergbau sind die wichtigsten Faktoren der indonesischen Volkswirtschaft. Land- und Forstwirtschaft war 1983 mit 26 Prozent am Brutto-Inlandsprodukt beteiligt und gab rund 60 Prozent der Bevölkerung Beschäftigung. Die bedeutendsten Bergbauprodukte sind Zinn, Kupfererz, Nickel, Bauxit und Kohle. Die Einnahmen aus den Erdöl- und Erdgasexporten bilden den Löwenanteil der Staatseinnahmen (ca. 60 Prozent).

HANDELSBILANZSALDO

1983/84: plus 3,512 Mill. US-Dollar

1984/85: plus 4,341 Mill. US-Dollar

LEISTUNGSBILANZSALDO IN US-DOLLAR

1983/84: minus 4,151 Mill.

1985/86: minus 3,246 Mill.

DEVISENRESERVEN (Zentralbank)

1982/83: 3,4 Mrd. US-Dollar

1983/84: 5,1 Mrd. US-Dollar

1984/85: 5,8 Mrd. US-Dollar

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA

Die Lage Indonesiens in der Äquatorzone bedingt das überwiegend tropisch feucht-heiße Klima der Inseln. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei 27° Celsius und verzeichnet keine wesentliche nächtliche Abkühlung oder jahreszeitlichen Schwankungen. Wetterbestimmend sind der Ostmonsun, der von Juni bis September die Trockenzeit mit sich bringt, und der Westmonsun mit der Regenzeit (Dezember–März).

ZEITVERSCHIEBUNG

Westzone: Java, Sumatra, Bali = MEZ plus sechs Std., Zentralzone: Kalimantan, Sulawesi = MEZ plus sieben Std., Ostzone: Molukken und Irian Jaya = MEZ plus acht Std.

IMPFUNGEN

Vorgeschrieben ist lediglich eine Gelbfieberimpfung bei Einreisen aus infizierten Gebieten. Zum persönlichen Schutz empfohlen werden Cholera-, Typhus- und Polioimpfungen sowie Malaria-Prophylaxe.

WÄHRUNG

1 Rupiah (Rp.) = 100 Sen

Landeswährung darf bis zu einem Betrag von 35 00 Rupiah ein- und ausgeführt werden. Fremdwährungen unterliegen bei der Ein- und Ausreise keinerlei Beschränkungen.

EINREISE

Deutsche Touristen, die sich nicht länger als zwei Monate in Indonesien aufhalten wollen, benötigen für die Einreise kein Visum.

ÖFFNUNGSZEITEN

Büros – werktags 8 bis 16 Uhr; Läden – täglich 8/9 bis 18/19 Uhr;

Verwaltungs- und Regierungsstellen – Montag bis Donnerstag 8 bis 14.40 Uhr, Freitag 8 bis 11 Uhr, Samstag 8 bis 14 Uhr.

VERKEHR

Internationaler Flugverkehr: Jakarta kann von der Bundesrepublik Deutschland aus im Direktflug von Frankfurt u. a. mit Lufthansa (drei Flüge pro Woche) erreicht werden. Die wichtigsten internationalen Flughäfen in Indonesien sind neben Jakarta Medan (Sumatra) und Denpasar (Bali). Die Garuda Indonesian Airways als größte der indonesischen Fluggesellschaften verbindet alle größeren Inseln miteinander.

Innerstaatlicher Flugverkehr: Garuda Indonesian Airways, Bouraq Indonesian Airways und Merpati Nusantara fliegen mit DC 9 und DC 10, Airbus, Vickers Viscount und Vanguard, Fokker, Hawker Siddeley 748 von Jakarta nach allen größeren Städten. Flugpläne unterliegen häufigen Änderungen. Flüge sind oft überbucht. Überprüfung von Buchung und Abflugzeit noch am Vorabend des Fluges empfehlenswert.

Eisenbahn: Eisenbahnen gibt es auf Java (ausgedehntes Netz), Sumatra (drei getrennte, kleinere Netze) und Madura (eine Linie); für ausländische Reisende sind hauptsächlich die Strecken auf Java von Bedeutung. In 1.- und 2.-Klasse ist Platzreservierung erforderlich.

Schiffsverkehr: Größere Passagierschiffe verkehren regelmäßig zwischen den Inseln Java, Sumatra und Sulawesi. Insgesamt dreihundert registrierte Häfen.

HOTELS

Jakarta: Jakarta Hilton, Jakarta Mandarin, Borobudur, Sari Pacific, Hotel Indonesia, President.

Medan: Danau Toba, Dirga Surya.

Bali: Bali Beach, Bali Hayatt, Nusa Dua.

AUFENTHALTSKOSTEN

Pro Tag und Person kann mit Kosten von 80 bis 150 US-Dollar gerechnet werden.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK

Botschaft der Republik Indonesien, Bernkasteler Str. 2, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/31 00 91, Tx. 886 760 indonesia bonn

Generalkonsulat, Bebel Allee 15, 2000 Hamburg 60, Tel. 040/51 20 71, 51 20 72

Konsulat, Rudeloffweg 7, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8 31 50 76.

Honorarkonsulate in:

Domshof 26, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/3 668 224

Nordendstraße 44, 6082 Walldorf b. Frankfurt, Tel.: 06105/7 60 83.

Georgsplatz 1, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511/1 03 21 50.

Sophienblatt 33, 2300 Kiel, Tel.: 0431/6 03 20 10.

Widenmayerstraße 24, 8000 München 22, Tel.: 089/29 46 09.

Indonesian Trade Promotion Centre, Glockengießerwall 20, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/33 06 39, 33 03 89

Investment Promotion Office of the Government of Indonesia,(BKPM) Bokckenheimer Landstr. 98/100, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/74 25 91, Tx. 4-14 571 hillo d.

Indonesisches Fremdenverkehrsamt, Wiesenhüttenplatz 26, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/23 36 77.

Garuda indonesian Airways, Poststr. 2–4, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/2 38 06 88.

WICHTIGE ADRESSEN IN INDONESIEN

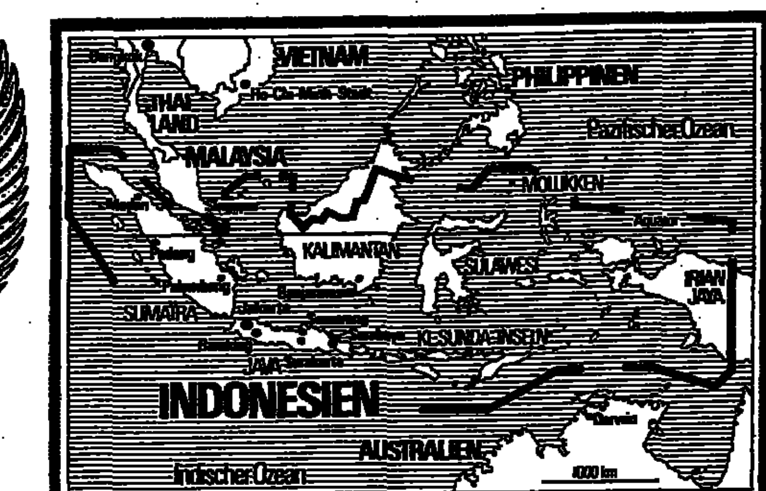
Deutsche Botschaft, Jl. M. H. Thamrin 1, Jakarta Pusat, Tel. 32 39 08.

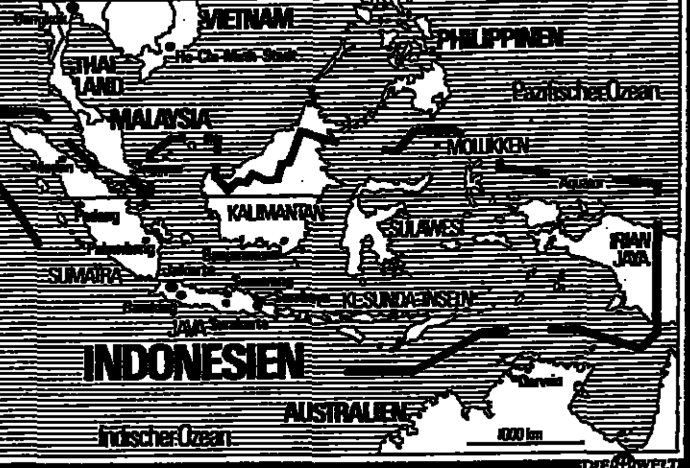
Honorarkonsul in Medan, K. Schneider, Jl. Letjen. S. Parman 217, Medan/Nordsumatra; Tel. 061/32 40 73, Tx. 51 127.

EKONID – Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer, Wisma Metropolitan, 4. Etage; Jl. Jend. Sudirman Kav. 29, Jakarta Selatan; Tel. 511 208, Tx. 45 769 ekonid ia.

Deutsche Lufthansa, Panin Centre, Jl. Jend. Sudirman 1, Jakarta Selatan; Tel. 710 247-51.

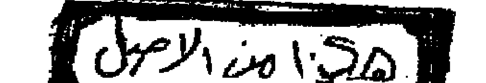
Directorate General of Tourism, Jalan Kramat Raya 81, Jakarta.







Staatswappen, Karte und Staatspräsident Suharto



JAKARTAS PLÄNE FÜR DIE ZUKUNFT / Für das Archipel Indonesien wird ein Platz an der Sonne der pazifischen Region gesucht

Minister Habibie: „Ressourcen haben nur dann einen Wert, wenn Menschen da sind“

Selten findet man, daß sich ein Entwicklungsland so viele Gedanken um die Zukunft macht, wie dies in Indonesien festzustellen ist. Dort haben die Verantwortlichen ziemlich konkrete Vorstellungen, wie ihr Land beim Eintritt in das nächste Jahrhundert beschaffen sein soll. Natürlich gibt es innerhalb der geistigen Elite und innerhalb der Regierung Meinungsunterschiede, und die akzentuieren sich zur Zeit in der Frage, ob es richtig ist, technologische Inseln zu schaffen, oder ob es richtiger wäre, Schritt für Schritt in allen Bereichen Anschluß an die Moderne zu finden.

Aber in den beiden wichtigsten Punkten ist man sich einig. Der erste Punkt lautet: Wir müssen aus den vielen unterschiedlichen und über eine Breite von 5000 Kilometern verstreuten Inseln ein Land machen. Staatsrechtlich und außenpolitisch hat man dies mit dem „Archipel-Prinzip“ weitgehend durchgesetzt. Die Indonesier nennen das „Tanah-Air“, was auf deutsch heißt „Land und Wasser“, und bei der offiziellen Angabe, daß die indonesische Republik 5 193 250 Quadratkilometer ausmacht, wird nicht unterschieden zwischen Meer und Erde. Dabei ist das Seeterritorium mit 3 166 163 Quadratkilometer größer als das Land. Es ist seit dem 13. Dezember 1957, als eine entsprechende Erklärung verfaßt wurde, die ausschließliche Wirtschaftszone Indonesiens, die Schiffen fremder Nationen nur zur „innocent passage“ zur Verfügung steht, das heißt zur freien Durchfahrt, wenn sie nichts Böses im Schilde führen.

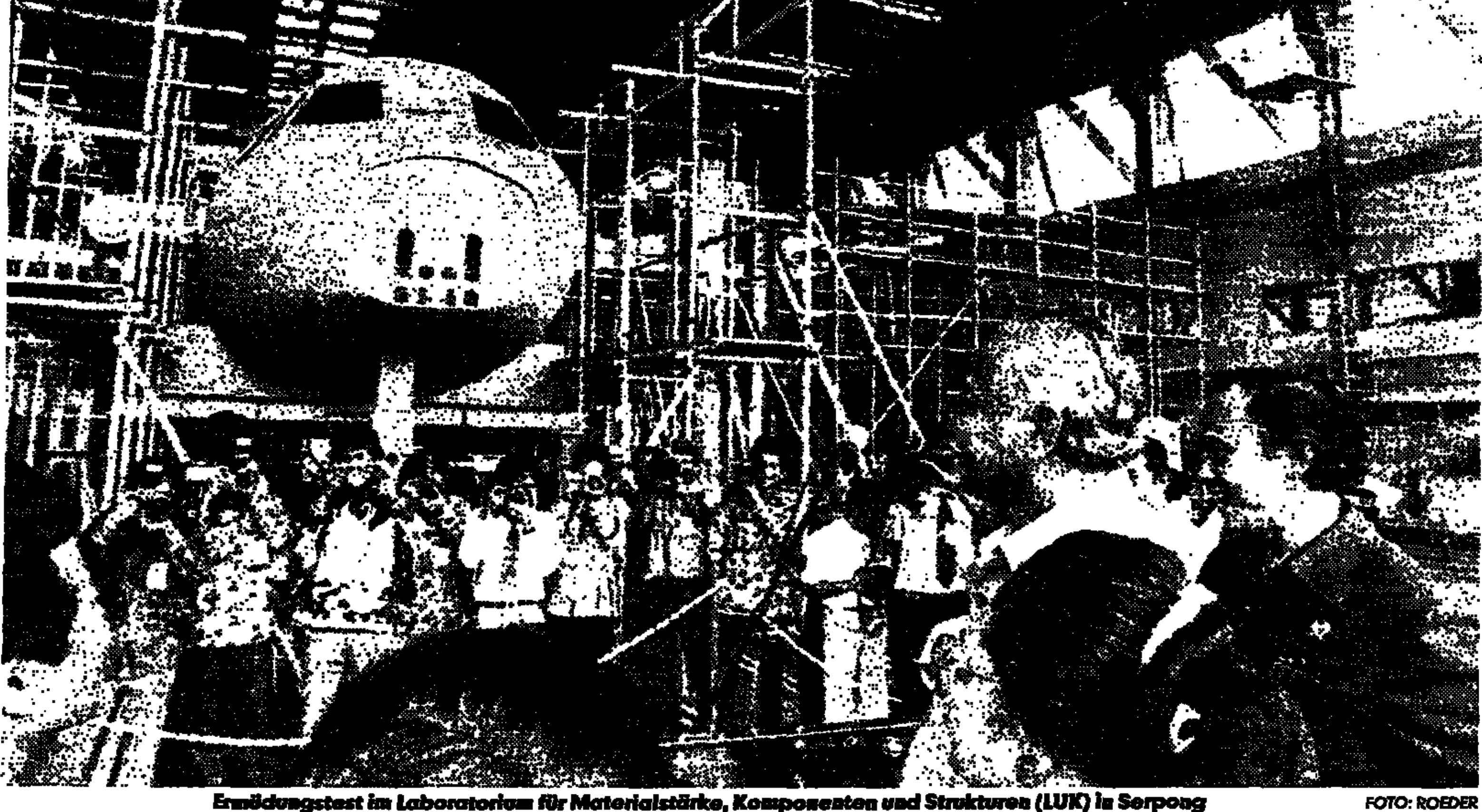
Das Archipel-Prinzip ist weltweit respektiert. Und mit den Nachbarstaaten wurden Vereinbarungen über die Grenzen auf dem Kontinentalschelf gefunden.

Aber was auf dem Papier steht, muß noch lange nicht praktische Wirklichkeit sein. Das heißt, wichtiges Petitum der indonesischen Regierung ist, die Verkehrsbande zwischen den Teilen des Reiches möglichst eng zu ziehen, und daher nehmen Kommunikation, Schiffahrt und Luftfahrt eine herausragende Stellung ein. Auch in den Grundlagen der staatlichen Politik für Indonesiens Entwicklung, zuletzt formuliert am 9. März 1983, wird als Ziel beschrieben, das indonesische Archipel als „politische Einheit“, als „soziale und kulturelle Einheit“, als „Wirtschaftseinheit“ und als „Verteidigungs- und Sicherheitseinheit“ zu realisieren.

Hieraus erklärt sich unter anderem der Aufbau einer eigenen Flugzeugindustrie Nortanio mit 12 000 Mitarbeitern, von Ausländern zu Unrecht gelegentlich belächelt.

Der zweite Faktor, der allen Zukunftsüberlegungen zugrunde liegt, ist der Markt von 200 Millionen Menschen, der zur Jahrhundertwende als Käufer und als Produzent zur Verfügung stehen wird.

Die indonesische Regierung hat klar erkannt, welche Stabilität etwa aus dem großen Binnenmarkt der USA erwächst.



Ermüdungstest im Laboratorium für Materialstärke, Komponenten und Strukturen (LUK) in Serpong FOTO: ROEDER

Der Technologieminister Habibie formuliert das so: „Ein reiches Land mit keinem Menschen bedeutet gar nichts. Es sind die Menschen, die den Markt und das Kapital darstellen. Und auch Ressourcen haben nur dann einen Wert, wenn Menschen da sind.“

Die Menschen, die einen Markt bilden sollen, müssen zunächst einmal beschäftigt werden, und dann müssen sie Wohlstand erwerben, um kaufen zu können. In Indonesien gibt es heute 63 Millionen arbeitsfähige Menschen. Jedes Jahr kommen 1,8 Millionen hinzu. Indonesien wird daher in den nächsten Jahren zwischen 90 und 100 Millionen Arbeitsplätze benötigen, und diese werden nicht mehr alleine in der Landwirtschaft zu finden sein. Das bedeutet, das Land muß sich industrialisieren. Da steht man heute gerade am Anfang. Die Indonesier reagieren empfindlich, wenn man unterstellt, sie wären dazu nicht imstande.

Äußerungen, wie die aus einer Wirtschaftszeitung im Februar: „Die Mehrheit der Einwohner schöpft das Teewasser aus stinkenden, mit Abfällen aller Art angefüllten, noch von den holländischen Kolonialherren errichteten Kanälen, in denen sich gleichzeitig die einen waschen und andere ihre Notdurft verrichten“, verletzen sehr. Ebenso wie die Hinweise, unter den asiatischen Nationen seien allein die Japaner mit westlichen Maßstäben zu messen. Auch das ist man nicht bereit zu akzeptieren. „Die Japaner haben nie eine Kolonisation und nie eine europäische Invasion kennengelernt. Man hat sie in Ruhe gelassen, weil sie keine natürlichen Ressourcen hatten“, sagt Habibie. „Die Japaner hatten Glück. Sie konnten in Ruhe chronologisch ihre Macht entwickeln. Sie hatten mehr als 100 Jahre Zeit, bis sie den heutigen Standard erreicht haben, wir dagegen nicht. In Indonesien hat man sogar dafür gesorgt, daß die große Masse indonesisch bleibt, und die Entscheidungsträger und die Mittelschicht aus Leuten bestehen, die hier nicht geboren sind: Araber und Chinesen. Ich schäme mich nicht, Indonesier zu sein, ich bin sogar sehr stolz auf das, was wir geschaffen haben. Wir hatten ja erst in den letzten 20 Jahren Zeit, uns um unser eigenes Land zu kümmern. Vorher waren wir ein Spielball fremder Politik. Und wir haben in diesen 20 Jahren mehr für unser Volk gemacht und für unser Land als die Holländer und jede andere Kolonialmacht in den vergangenen 350 Jahren. Und geben Sie uns noch 20 bis 50 Jahre Zeit, dann werden Sie sehen, was passiert“, so Habibie unlängst in einem Fernseh-Interview.

Die Entschlossenheit, die Zukunft zu meistern, ist da. Indonesien will den Markt entwickeln, und es lädt ein, dabei zu helfen. Aber man blickt nicht mehr nur auf Europa. Man blickt auf Japan, das in bestimmten Bereichen Vorbild ist, weil es seine menschlichen Ressourcen zu entwickeln wußte. Und dazu gezwungen war, da der Mangel an natürlichen Rohstoffen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr durch Eroberungen ausgeglichen werden konnte. „Die Japaner“, sagt Habibie, „mußten überleben, und heute sind sie in der Lage, die Rohstoffe ganz offiziell und ganz legal über den Handel ins Land zu bekommen. Der Mehrprozeß wird in Japan durch Arbeit hinzugefügt, und dann dort wiederverkauft, wo die Rohstoffe herkommen. Das ist eine ganz normale Angelegenheit.“

Und da Indonesien nicht nur Menschen, sondern auch Rohstoffe hat, fragt man sich, warum man es den Japanern nicht nachmachen können sollte.

Man nimmt die japanische Hilfe an, auch wenn die europäischen Produkte regelmäßig noch besser sind als die der fernöstlichen Konkurrenten. Denn was nach Meinung der Regierenden in Jakarta die Japaner schon begriffen haben – daß das Zeitalter der Kolonien vorüber ist – hätten manche Leute in Europa bis heute noch nicht verstanden. „Die wollen immer noch dieses Schöne-Herren-Leben haben“ (Habibie). Doch das Angebot an die Europäer, bei der Entwicklung mitzutun, steht, denn Indonesien will nicht von einem Land alleine abhängig sein. „Das ist kein schönes Gefühl, man braucht eine gewisse Diversifikation.“

Man könne mit Europa leicht zu einer Arbeitsteilung in dem Sinne kommen, daß die Produkte, die hohe Technologie erfordern, in Europa, die einen hohen Arbeitsanteil haben, in Indonesien gefertigt werden. Diese Arbeitsteilung biete sich an und sei auch noch machbar, denn im Verhältnis zu Europa sei noch keine Konkurrenzsituation entstanden, wie es schon im Verhältnis zu Japan und Korea der Fall sei.

Nur groß ist das Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft der Europäer nicht. Man registriert zwar mit Wohlgefallen ein verstärktes Interesse der deutschen Wirtschaft, aber nach wie vor herrscht die Meinung vor, daß Europa zunächst auf den lateinamerikanischen Kontinent geblickt habe und noch blicke. Habibie: „Brasilien war bevorzugt, weil dort Völker leben, die europäischen Ursprungs sind. Hier dagegen wohnen originale, einheimische Völker.“

Indonesien wird nicht auf die Europäer warten, sondern von sich aus eine Rolle im pazifischen Konzept suchen. Und man fühlt sich darin bestärkt, daß auch die Amerikaner sich umorientieren. Schon heute macht der Handel über den Atlantik nur noch 45 Prozent und der über den Pazifik entsprechend 55 Prozent aus, das bedeutet, es gehen 27,5 Prozent mehr über den Pazifik als in die andere Richtung. In Zahlen: Über den Pazifik sind es 133,8 Milliarden US-Dollar und über den Atlantik 104,9 Milliarden US-Dollar. Das Jahr der Trendwende war das Jahr 1983, und nirgendwo hat man dies mit mehr Aufmerksamkeit registriert als in Indonesien.

Denn innerhalb der Region Südostasiens hat Indonesien den größten Markt. Die Parallelität der indonesischen mit den amerikanischen Interessen fällt ins Auge.

Und ein weiterer Markt, der im Entstehen ist, liegt geradezu vor der Haustür der Indonesier. Es ist dies die Volksrepublik China. Ein Markt von einer Milliarde Menschen ist ein großer Markt, auch wenn dort nur einfache und billige Sachen verkauft werden können. Habibie: „Eine Milliarde Menschen bedeuten etwas. Wenn Sie an einem Stuhl nur einen Dollar verdienen, sind das schon eine Milliarde US-Dollar. Das muß man berücksichtigen.“ China könnte alsbald ein wichtiger indonesischer Kunde werden, Kunde für Industrieprodukte aus dem nahen Land. Konsequent hat Jakarta unlängst auf dem chinesischen Subkontinent eine Handelsmission etabliert trotz politischer Schwierigkeiten.

Ein letztes Moment, das im Rahmen des Archipel-Prinzips Bedeutung hatte, war die Zielsetzung, ausländische Firmen weitgehend kapitalmäßig zu „indonesieren“. An diesem Prinzip hält man nach wie vor fest, aber man erkennt zunehmend, daß es mehr schadet als nutzt. Einen Nutzen, den man im Auge hatte, war, das chinesische Element in der indonesischen Wirtschaft zur reduzieren. Dies ist nicht eingetreten, weil die Chinesen die gleichen Geschäfte weiter betreiben und nur einen Strohmann eingeschaltet haben.

Kapital aus dem Westen wird aber abgeschreckt, wenn die Investoren befürchten müssen, nicht mehr Herr ihrer Entschlüsse sein zu können. Man wird also alsbald, wenn es im konkreten Fall sinnvoll erscheint, auch Mehrheiten in ausländischer Hand auf indonesischem Boden zulassen. Die Zielsetzungen für die Zukunft werden gegenüber dem engen, nationalistischen Denken dominieren.

H. H. HOLZAMER

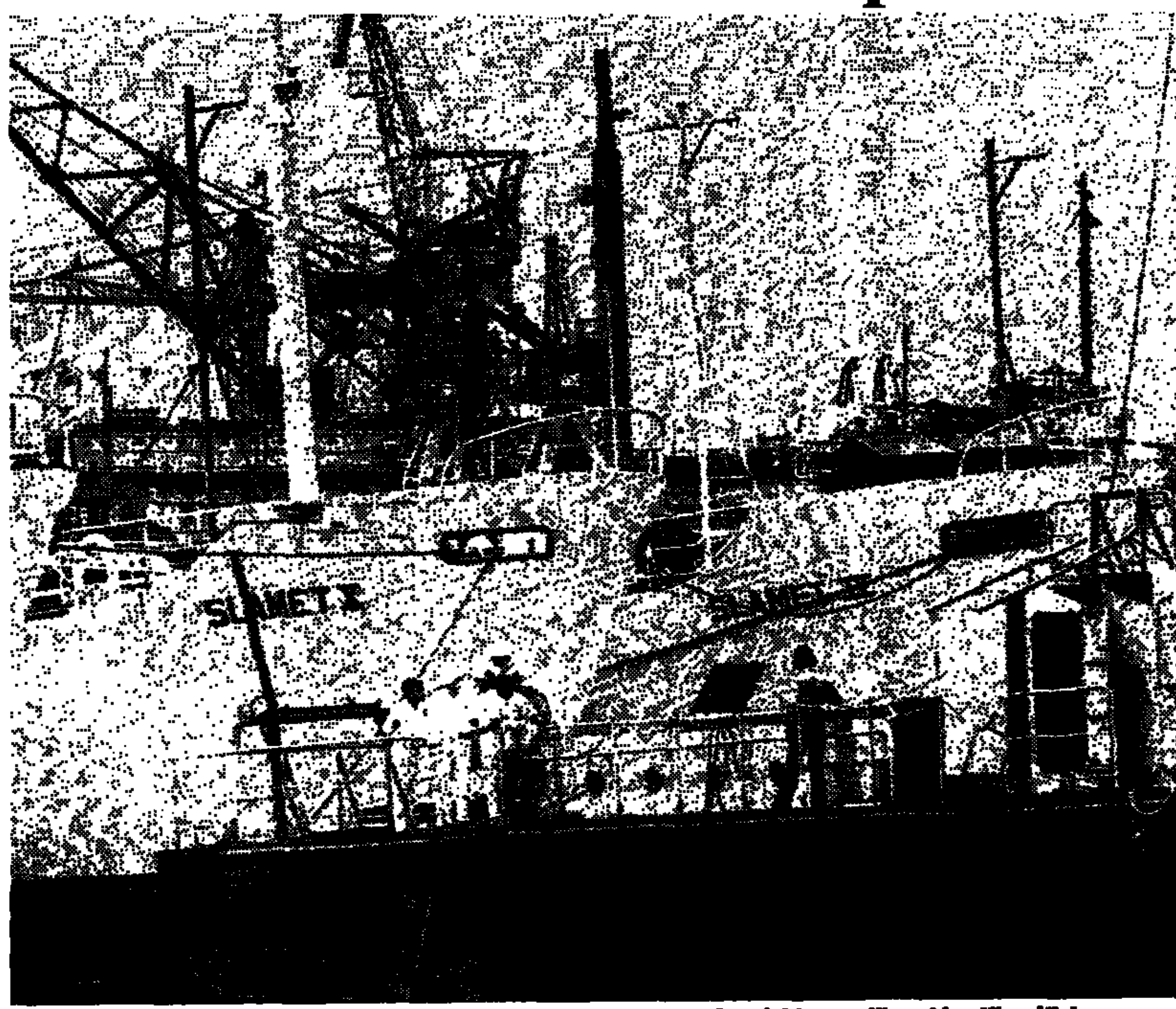
INFRASTRUKTUR / Die wichtigste Voraussetzung für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung

Herzstück der Kommunikation ist Palapa B-1

Für einen Inselstaat von der ausgedehnten Größe Indonesiens ist eine stabile Infrastruktur, die eine effiziente Kommunikation und einen funktionierenden Leistungsaustausch zwischen allen Wirtschaftszweigen ermöglicht, die wichtigste Voraussetzung für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung.

Wenn auch der Mangel an infrastruktureller Entwicklung Indonesien in der Vergangenheit ein wirtschaftliches Schattendasein aufgezwungen hat, so haben die erfolgreichen Anstrengungen der letzten Jahre Rückstände beseitigt und den Grundstock für ein lebhaftes Wirtschaftswachstum gelegt. Im neuen Fünfjahres-Entwicklungsplan (Repelita IV), der am 1. April 1984 in Kraft getreten ist, wird dem weiteren Ausbau der Infrastruktur besondere Priorität eingeräumt.

Kommunikationsnetze aller Art sind der Schlüssel für den Fortschritt Indonesiens und spielen im politischen und sozialen Leben der Nation eine wichtige Rolle. Unter diesen Vorzeichen betrachtet die Regierung die Fortschreibung der Entwicklung der Kommunikationsnetze als vorrangiges Ziel und stellt diesbezüglich beträchtliche finanzielle Mittel zur Verfügung: Innerhalb von Repelita IV sind für die Entwicklung der Kommunikation und des Tourismus 9,9 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Der mit dieser Summe zu fördernde Gesamtbereich umfaßt die Sektoren inländischer Schiffsverkehr, Land-Transporte, See- und Luftverkehr, Fernmelde- und Tourismuswesen.



Die Modernisierung der Handelsflotte steht im Mittelpunkt der Entwicklungspläne, hier Klassifizierung von Schiffen im Hafen von Jakarta FOTO: GEORG FISCHER

Land-Transporte und inländischer Schiffsverkehr: Hierzu zählen Straßen-, Eisenbahn-, Fluß-, See- und Fährverkehr. In diesem Bereich ist vor allem der weitere Ausbau des Fernstraßennetzes geplant. Zur Zeit entfallen auf den Straßenverkehr ca. 26 Prozent des Gesamtgütertransports und 80 Prozent des Passagierverkehrs. Daneben wird zur Einsparung des Energiemittelverbrauchs und zur besseren Anbindung bestimmter Landesteile und deren Erzeugnisse mit der Modernisierung und dem Ausbau des Schienenverkehrs begonnen.

Eisenbahnen vom eigenen Band

Dabei wird im Zuge dieses Vorhabens auch daran gedacht, eigene Produktionsanlagen für den Bau von Eisenbahnbedarf aufzubauen, insbesondere geht es um den Ausbau von Gleisanlagen und Brücken sowie um die Beschaffung und den Zusammenbau von rollendem Material, Signalen und anderen Fernmeldeeinrichtungen. An der Verbesserung des Eisenbahnausbaus werden insbesondere die Provinzen Süd-, Nord- und Westsumatra beteiligt.

Im Bereich des städtischen Verkehrswesens sieht die indonesische Regierung eine ihrer Hauptaufgaben darin, die chronische Verkehrsmisere der Hauptstadt Jakarta zu beseitigen. Dazu soll der Schienenverkehr ausgebaut werden, und mit Hilfe von Stadtautobahnen wird eine bessere Verbindung der Außenbezirke zur Innenstadt angestrebt. Ähnliche Bemühungen sind für die Städte Bandung, Medan, Surabaya und Semarang in Planung.

Schiffahrt: Repelita IV sieht von 1984 bis 1989 in der Schiffahrt Investitionen von 4,7 Milliarden US-Dollar vor, die hauptsächlich von der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, Japan und Holland gestellt werden.

44 Häfen sollen geöffnet werden

Die staatliche indonesische Erdölgesellschaft „Pertamina" hat für die gleiche Periode 3,5 Milliarden US-Dollar für den Ausbau ihrer Flotte vorgesehen. 44 Häfen sollen für den Seeverkehr mit dem Ausland geöffnet und dazu die Hafenbecken vergrößert und neue Kais und Lagerhallen gebaut werden. Im größten Hafen Indonesiens, dem Tanjung Priok in Jakarta, ist für 107 Millionen US-Dollar der Bau eines Hafendeichs, eines zweiten Container-Terminals und von zwei Warenkais geplant. In Belawan (Nordsumatra) werden für 100 Millionen US-Dollar fünf internationale Kais und ein Container-Kai gebaut. Der Hafen von Surabaya wird zwei Container-Kais und sechs Inselkais erhalten.

Zur allgemeinen Modernisierung des Schiffahrtsverkehrs ist vorgesehen, zu größeren Schiffseinheiten überzugehen, den Verkehr nach und nach zu containerisieren und die Umschlagtechnik auf den Schiffen und in den Häfen zu verbessern. Darüber hinaus soll versucht werden, die im inländischen Schiffsverkehr eingesetzte Flotte zu modernisieren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Schiffahrtspolitik wird in der Herstellung von Einheiten für den Fischfang gesehen. Auf diesem Sektor besteht ein bedeutender Nachholbedarf. Rund 13 000 Fischerboote gehen zur Zeit auf Fang, viele davon in überholungsbedürftigem Zustand. In diesem Zusammenhang hat die indonesische Regierung unterstrichen, daß sie strikt gegen die Einfuhr gebrauchter Schiffe sei und die Importe von „Second-hand"-Tonnage unterbinden werde.

Luftverkehr: Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung der äußeren Inseln des Archipels hat auch der Luftverkehr in diesem Gebiet zugenommen. Das Passagieraufkommen im Luftverkehr Indonesiens hat insgesamt um durchschnittlich 20 Prozent pro Jahr zugenommen, beim Frachtverkehr liegt die Steigerungsrate im Durchschnitt bei 27 Prozent pro Jahr.

Neuer Flughafen für Jakarta

Im inländischen Flugverkehr können alle Provinzhauptstädte mit dem Flugzeug erreicht werden. 1981 wurde mit dem Bau eines neuen internationalen Flughafens, ca. 30 Kilometer von Jakarta entfernt, begonnen. Der neue Flughafen wird in zwei Stufen gebaut werden, bei Kosten von etwa 540 Millionen US-Dollar. Der erste Bauabschnitt wurde 1984 beendet.

Fernmeldewesen: In den letzten Jahren wurde das Fernmeldewesen Indonesiens erheblich erweitert. Auf praktisch allen Gebieten steht der neueste Stand der technischen Entwicklung zur Verfügung. Herzstück dieses Kommunikationsnetzes ist das eigene Satellitenprojekt Palapa B-1, der im Juni 1983 vom U. S. Space Shuttle Challenger in die vorgesehene Umlaufbahn gesetzt wurde. Er löste Palapa A-1 ab, der seit 1976 in Betrieb war.

Revolution durch Palapa

Die vom Satelliten an vierzig Bodenstationen abgestrahlten Sendungen verbinden die 27 Provinzhauptstädte und weitere 13 große Städte. Das Palapa-Kommunikationssystem hat das indonesische Telefon-, Fernseh-, Radio- und Datenübertragungswesen revolutioniert. Neben anderen Vorteilen ermöglicht das System die direkte Telefonverbindung in jede größere Stadt Indonesiens, ein zeitgleiches landesweites Fernsehprogramm und Datenübertragungen in andere Länder. Der Bau von weiteren 75 Bodenstationen ist vorgesehen.

Zu den wesentlichen fernmeldetechnischen Projekten, an denen gegenwärtig in Indonesien gearbeitet wird, gehören: Vorbereitungen für die Einführung der Digitaltechnik und die Errichtung eines vollständigen Telekommunikationsnetzes; Ausbau des Fernschreib- und Telegrafennetzes im ganzen Land; Ausbau des Fernsprech- und Vermittlungsnetzes. Damit verbunden ist die Installation von rund 1,3 Millionen neuen Leitungseinheiten in 138 Orten. wat

ERFAHRUNGEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN / Schering

Großes Interesse an Familienplanung

Die P. T. Schering Indonesia ist eine Tochtergesellschaft der Schering AG, gegründet 1970. Von dem Aktienkapital hält die Schering AG 54 Prozent, Boehringer 16 und der lokale Partner 30 Prozent (für die ersten zehn Jahre zehn Prozent). Die 363 Mitarbeiter produzieren und vertreiben die 73 wichtigsten Produkte von Schering und Boehringer Ingelheim in 144 Packungsformen. Zusätzlich wird ein Rohmaterial in Indonesien hergestellt.

Die Aussichten für 1985/86 werden von der Gesellschaft als „sehr gemäßigt" bezeichnet durch wohl zu erwartenden stagnierenden Ölabsatz, höhere Besteuerung der Wirtschaft und der Privatleute durch die Mehrwertsteuer und durch die breitere Erfassung zur Einkommensteuer. Die Firma beklagt, daß die indonesischen Behörden bei der Registrierung neuer Produkte eine „stark restriktive Politik" verfolgten und Produkte indonesischer Firmen bevorzugten.

Das Hauptinteresse Scherings besteht an den Aktivitäten zur Familienplanung in Indonesien, die von der Firma als „hervorragend" beschrieben werden. Hingewiesen wird auch auf ausgeprägte Bemühungen innerhalb der ASEAN durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO), einheitliche Richtlinien zu verabschieden. Für Produkte zur Familienplanung wird eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Extraktion und chemischen Aufbereitung von lokalem Pflanzenmaterial zu Hormonen vorbereitet. Dabei stellt Schering sowohl technisches Know how zur Verfügung als auch einen Beitrag für den operativen Teil (Training von Personal und Kapitalinvestitionen).

In der Schulung lokaler Kräfte ist Schering soweit, daß bis auf zwei alle Posten der Firma mit Indonesiern besetzt werden konnten. Trotz dieses „indonesischen Charakters" ziehen sich nach Auskunft der Gesellschaft die Registrierungsformalitäten über zwei Jahre hin. Es werde, teilt Schering mit, kaum ein Unterschied zwischen wirklich innovativen Produkten aus moderner Forschung und Allerwelts-Produkten gemacht. Die Abwicklung der notwendigen offiziellen Belange sei langwierig und es fehlten klare Richtlinien.

Gleichwohl beschreibt die P. T. Schering Indonesia ihre Tätigkeit als „recht erfolgreich durch Innovation, straffe Zielsetzung und gut funktionierende Operationseinheiten". In Indonesien habe es die Firma nicht leichter oder schwerer als die Konkurrenten. K. B.

INDUSTRIALISIERUNG / Beispiele Flugzeug- und Schiffbau

„Heute lernen auch wir von ihnen"

Zwei herausragende Beispiele für die Industrialisierungspolitik Indonesiens sind der nationale Flugzeugbau und der Schiffbau. Am 18. April 1984 unterzeichnete die staatliche Luftfahrzeug-Industrie-Gesellschaft „P. T. Nurtanio" in Jakarta mit der „Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) GmbH" einen Dreijahres-Kooperationsvertrag: Gründung einer Gesellschaft, die NEW Transport Technology (NTT) genannt wurde, die Produktion von NB (Nurtanio Blohm) Hubschraubern und die Ausweitung von technischem Beistand, um der PT Nurtanio eine internationale Lizenz für Nurtanios CN-235 Flugzeuge zu beschaffen.

NTT hat seinen Sitz in München, 50 Prozent seines Kapitals hält Nurtanio, 50 Prozent MBB. Vor fünf Jahren unterschrieb Indonesien einen Fünfjahres-Vertrag über eine Kooperation mit CASA, einer spanischen Luftfahrzeug-Industriegesellschaft.

Die Unterzeichnung mit dem in Madrid beheimateten Unternehmen war der erste Schritt von Nurtanio zur Entwicklung der Luftfahrzeug-Technik. Im Juli 1984 wurde der Vertrag zwischen MBB und Nurtanio gültig.

Hans Arnt Vogel, Generaldirektor bei MBB damals: „In der ersten Stufe der Kooperationsvereinbarung zur Entwicklung der Luftfahrtindustrie hat Westdeutschland die Technologie an Indonesien weitergegeben. Aber beim gegenwärtigen Stand der Dinge haben wir nicht nur Technologien transferiert, sondern auch von Indonesien gelernt."

Und Professor Bacharuddin Jusuf Habibie, Staatsminister für Forschung und Technologie, meinte: „Dieser Vertrag leitet auf lange Sicht einen technischen Kooperationsprozeß zwischen Deutschland und Indonesien ein."

Habibie ist die Schlüsselfigur, er selbst war jahrelang Ingenieur bei MBB. Seine Vorliebe für deutsche Technologie, insbesondere für MBB, ist daher fundiert. So verkündet Habibie stolz: „Wer Flugzeuge entwirft, der kann auch Mopeds fertigen. Nurtanio ist die größte Lehrwerkstatt unseres Volkes."

1984 machte das Flugzeug-Unternehmen mit 12 000 Beschäftigten rund eine Million Mark Gewinn. Das Produktionsprogramm von Nurtanio umfaßt zweimotorige Propellermaschinen für 19 bis 25 Passagiere, vier Hubschrauber-Typen und Transportflugzeuge. In der Planung ist ein Düsen-Verkehrsflugzeug.

1976 wurden weniger als zehn Prozent der Komponenten auf dem heimischen Markt gefertigt, 1984 waren es bereits 90 Prozent.

Flugzeuge „Made in Indonesia" fliegen inzwischen in der Türkei, Thailand, Malaysia, Pakistan und Burma. Habibie: „Die nächste Phase in der Entwicklung unserer Flugzeug-Industrie könnte die Planung eines neuen, turbinengetriebenen größeren Flugzeugs sein, eines größeren Passagierjets, eines Trainers oder eines Kampfflugzeuges. Diese Entwicklungen zeigen, daß diese Industrie sich in einer Spanne von neun Jahren als ein geeignetes Vehikel für die Überführung meines Landes in einen technologisch und industriell entwickelten Staat erwiesen hat. Unsere Luftfahrtindustrie hat einen Markt für eine Vielzahl von einheimischen Firmen geschaffen."

Mit deutscher Unterstützung (vor allem die Werft Josef Meyer, Papenburg) wurde auch die nationale Werftindustrie aufgebaut. Gegenwärtig werden Schiffbau und Meerestechnik von acht Werften beherrscht. Gebaut werden nicht nur Fracht- und Containerschiffe, sondern auch Kriegsschiffe, zum Beispiel Patrouillenboote ch einer Lizenz der Bremer Luerssen Werft. Mit Boeing Marine Systems werden „Jet foils", schnelle Tragflächenboote, entwickelt. FN

ERFAHRUNGEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN / Motorenwerke Mannheim

Langfristig der attraktivste Markt

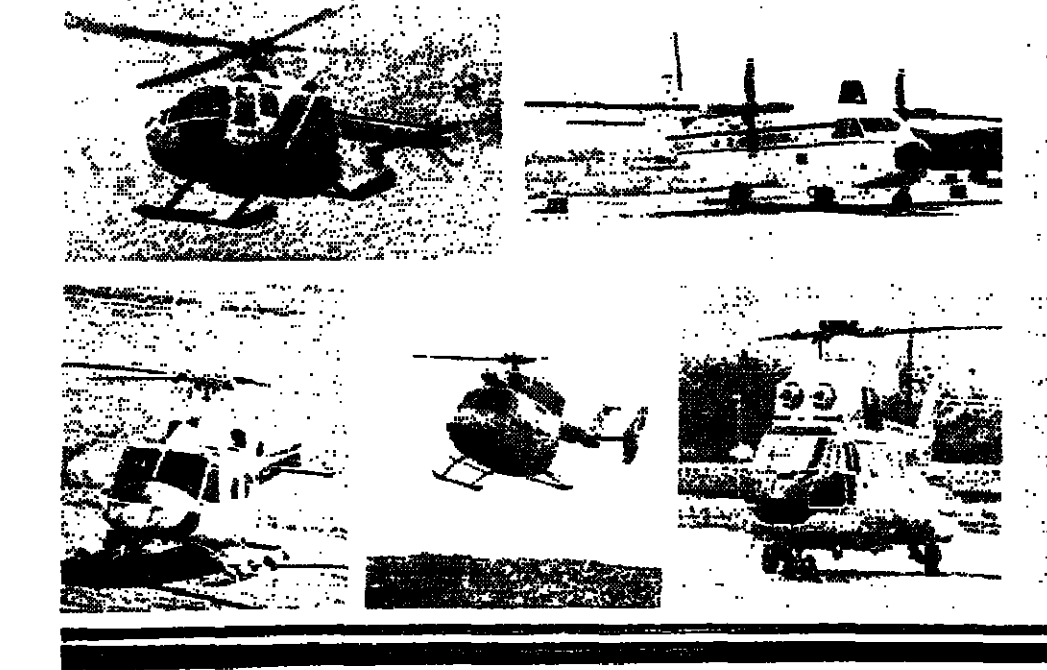
Eine der deutschen Firmen, die in Indonesien aktiv sind, ist die Motorenwerke Mannheim AG. Ihre Produkte sind Dieselmotoren und Dieselaggregate für die Anwendungsbereiche „Schiff" und „stationär". Sie ist seit 1969 im Land, und seit 1974 werden zwei der Motorbauereien (20 bis 500 PS) in Lizenz gebaut. Eine dritte Baureihe (bis 1000 PS) kommt voraussichtlich noch in diesem Jahr hinzu.

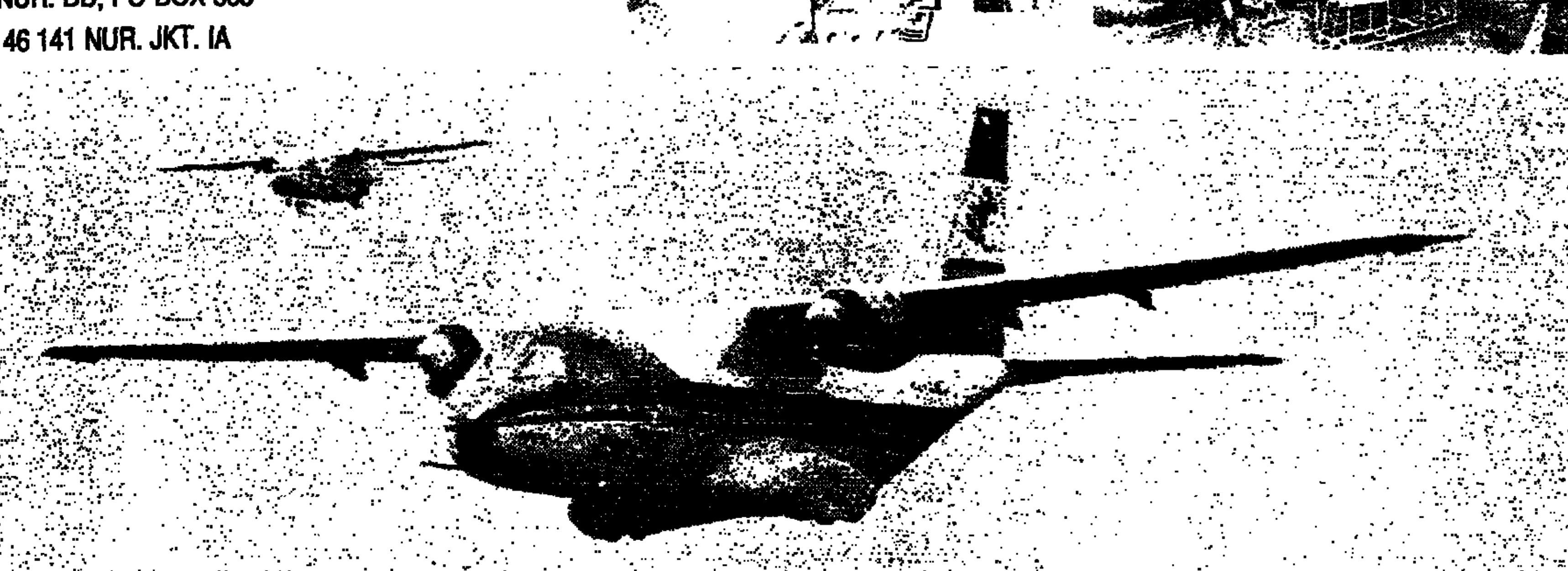
Die Motorenwerke Mannheim AG sieht die Tendenz bei stationären Motoren leicht rückläufig, bei den Schiffsmotoren wegen staatlicher Förderung steigend. Die Firma erwartet, 1985/86 die Ergebnisse der Vorjahre halten zu können. Indonesien beschreibt sie als den innerhalb der ASEAN-Länder „bei weitem größten und auch sicherlich langfristig attraktivsten Markt".

Auf dem stark umkämpften „Dieselmarkt" behauptet sich die Motorenwerke Mannheim AG durch das starke Engagement ihres indonesischen Partners, durch eine Tochterfirma in Singapur, durch die gute Marktsituation der Motoren und durch den Service, der mehr und mehr eine Rolle spiele.

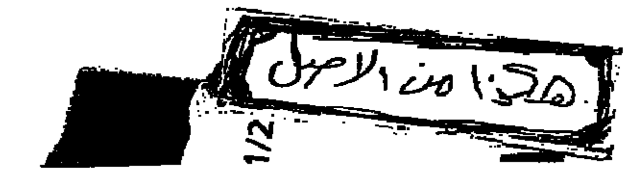
Hier liegt ihrer Auffassung nach auch der über die Produktpalette hinausgehende Beitrag zum Aufbau der indonesischen Wirtschaft, in der Ausbildung lokaler Fachkräfte bezüglich „Fertigung" und „Service"; Momente, die ebenso wichtig seien wie der .25Transfer von Know-how.

Probleme im Indonesien-Geschäft sieht man hin und wieder bei der Einlösung von Wechseln. Mit steigender Tendenz komme es hier zu Unpünktlichkeiten, zudem sei häufig auf dem Gerichtsweg im Ernstfall nur schwerlich etwas zu erreichen. Br.

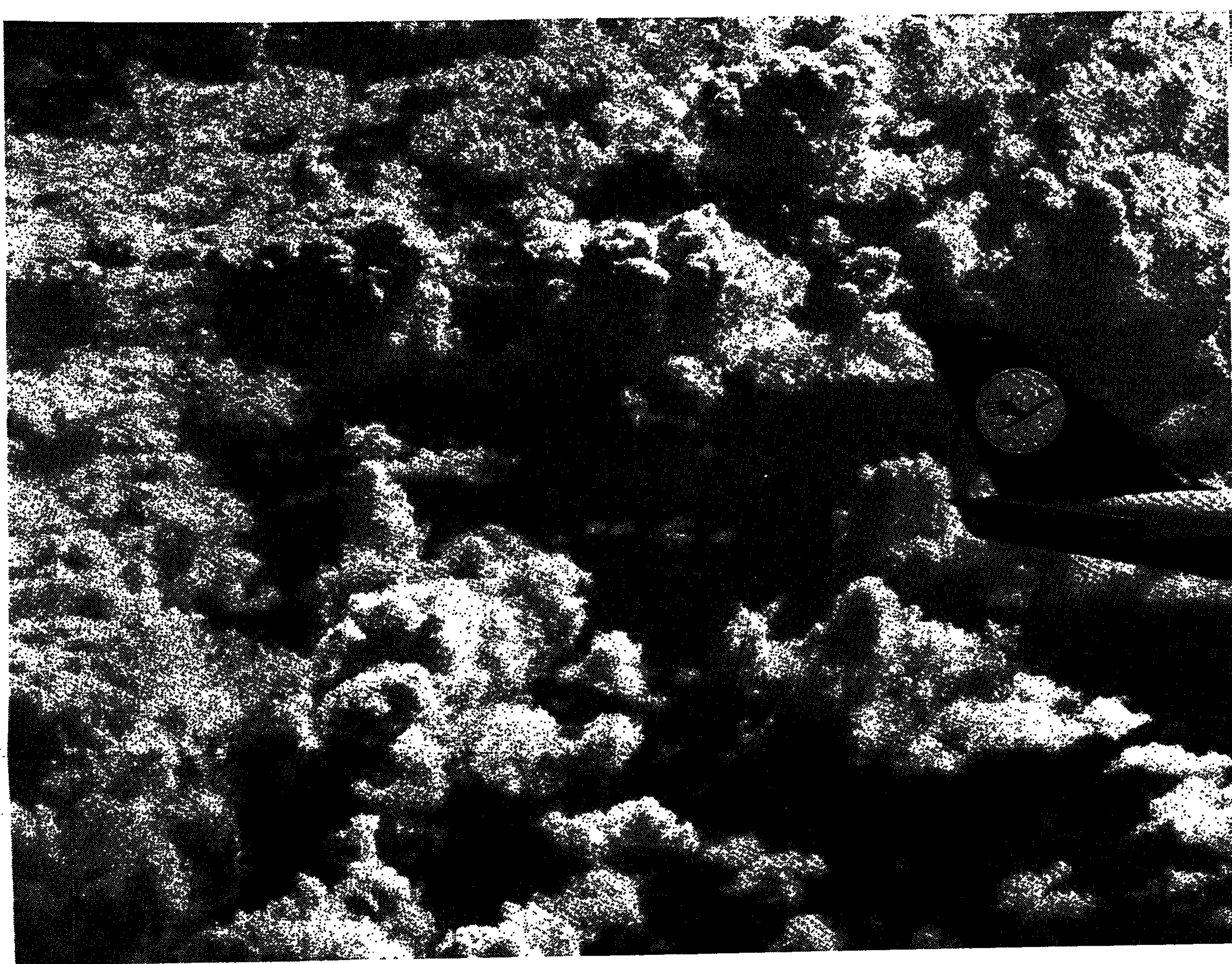








Der beste Service auf Langstrecken sind kürzere Flugzeiten.



Ein Flug kann noch so bequem sein, der Service noch so perfekt, nach Stunden an Bord zählt jede Minute, die man früher ankommt. Mit Lufthansa sind Sie auf vielen Strecken schneller am Ziel als mit jeder anderen Fluggesellschaft: Nach Australien zum Beispiel braucht Lufthansa 22 Stunden und 25 Minuten. Fast 3 Stunden weniger als andere. Auch auf den meisten Fernost-Routen hat Lufthansa die Flugzeiten erheblich verkürzt. Durch weniger Zwischenlandungen: Bombay, Delhi und Karachi erreichen Sie nonstop. Bangkok, Hong Kong (in Zusammenarbeit mit Cathay Pacific), Kuala Lumpur, Peking, Seoul (in Zusammenarbeit mit Korean Air), Singapur und Tokyo mit nur einem Stop. Nutzen Sie unsere guten Verbindungen. Dann kommen Sie schneller ans Ziel.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

MOHAMMAD SADLI / Einladung an die deutsche mittelständische Industrie zur Kooperation

„Kleine haben oft eine größere Entschlußkraft"

Viele multinationale Gesellschaften haben sich in Indonesien im Rahmen der PMA-Gesetze, die die Investition ausländischen Kapitals regeln, niedergelassen.

Diese „Multis" investieren oft beträchtliche Summen; dies deswegen, um ihre Produkte, soweit es geht, vollständig in der eigenen Fabrik herstellen zu können. Nur selten geben sie einen Teil der Fertigung an Subkontraktoren ab. Sie gehen in die Entwicklungsländer, um sich dort den Markt zu sichern. Diese wiederum wollen nicht nur importieren, sondern sich selbst industrialisieren und errichten protektionistische Einfuhrzölle, damit der ausländische Unternehmer sich gezwungen sieht, hinter dem Schutzwall des Zolls selbst einen Montagebetrieb zu etablieren, denn tut er es nicht, wird es ein Konkurrent tun.

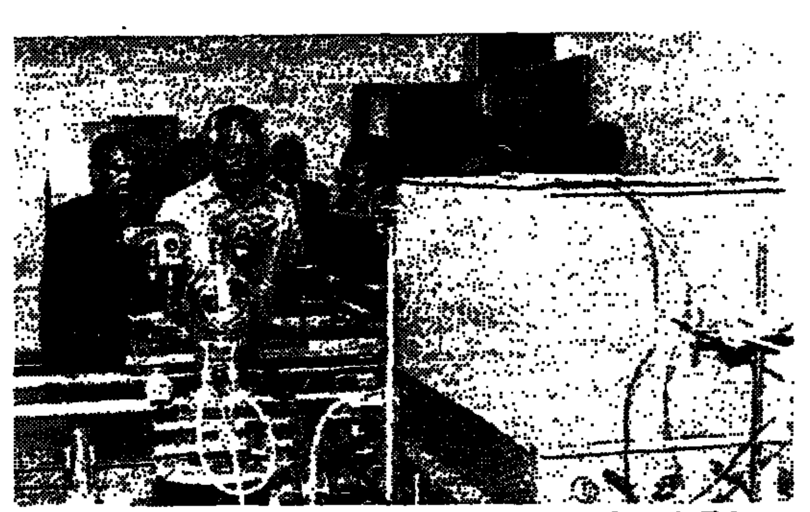
In ihrem eigenen Land bestellen Firmen wie Mercedes-Benz oder Toyota sehr viele Bestandteile von nicht betriebseigenen Lieferanten, von Mittel- und Kleinbetrieben. So gibt es in Deutschland und Japan ein Zusammenwirken von Großindustrie und mittlerer Industrie seit Beginn der Industrialisierung.

In Indonesien gibt es das nicht. Denn hier hat zum Beispiel die Metall- *und Maschinenindustrie bislang* nur wenige Fortschritte gemacht, was Produktivität und Qualität ihrer Produkte angeht. Vielleicht könnte die mittelständische Industrie der Bundesrepublik helfen.

Denn in Deutschland gibt es viele Betriebe, etwa im Metall- und Maschinenindustriebereich, die über eine gutentwickelte Technologie verfügen. Viele davon können ihre Produkte exportieren und einige haben auch Tochtergesellschaften in Indonesien wie etwa Nattermann, Klett oder Peter Cremer.

Doch diese Betriebe mittlerer Größe haben in Indonesien viele Probleme, die die Riesen nicht haben. Und nach Vorstellung von Professor Mohammad Sadli, dem Generalsekretär der Indonesischen Industrie- und Handelskammer, könnte hier eine stärkere Kooperation positive Akzente setzen. Nach den Plänen Repelita IV und V soll die Maschinen- und Werkzeugindustrie Indonesiens stärker entwickelt werden. Und da empfiehlt Sadli, „dem westdeutschen Mittelbetrieb mehr Beachtung zu schenken. Sie eignen sich aufgrund ihrer gut entwickelten Technologie als Partner indonesischer Firmen".

Vor und Nachteile sieht Mohammad Sadli in der Auslandstätigkeit der mittelständischen Industrie. „Ein Nachteil ist, daß sie nicht über das nötige Personal verfügen, das sich um die Erledigung der komplizierten Investitionsprozeduren in einem Entwicklungsland kümmern kann. Oft sind sie auch an einer Investition nicht interessiert, da sie den Markt durch Export erreichen."



Präsident Suharto und Minister Habibie im Laboratorium für Eichung, Instrumentarisierung und Meteorologie (LKIM) in Serpong FOTO: ROEDER

Mittelständische deutsche Firmen werden auch in der Regel außerstande sein, das von der indonesischen Investitionsbehörde BKPM geforderte Minimum von einer Million US-Dollar investieren zu können. Sie sind selbst in der Regel schwach kapitalisiert und gerade bei der Maschinen- und Werkzeugindustrie spielt der Umfang des Kapitals die geringere Rolle. Im Vordergrund stehen die Absatzmöglichkeiten, und die hängen mit der Infrastruktur des entsprechenden Marktes im Entwicklungsland ab. Da die Industriestruktur in Indonesien, jedenfalls in dem Bereich der *Maschinen-* und Werkzeugindustrie noch wenig entwickelt ist, limitiert das die Absatzmöglichkeiten deutscher Firmen a priori.

Hinzu kommt, daß die PMA-Gesetze, als sie in Jakarta konzipiert wurden, das Ziel hatten, Kapital und nochmal Kapital anzuziehen, so daß zum Teil unbeabsichtigt ausschließlich die großen, internationalen Gesellschaften angesprochen wurden.

Und hier kommt nach Meinung des Generalsekretärs der Kammer die deutsche mittelständische Industrie ins Spiel. Denn, so Sadli, „Mittelbetriebe in Deutschland sind oft Familienbetriebe und ihre Leiter sind meist innovationsfreudig. Sie verfügen über eine große Entschlußkraft, was die Multis weniger besitzen".

Das bedingt allerdings auch, daß der mittelständische Unternehmer in Indonesien einen Partner findet, der ebenso beweglich und vor allen Dingen bereit ist, die Verantwortung für die finanziellen Konsequenzen zu tragen. In den ersten Jahren wird ein solches Joint-venture oft ein Defizit erwirtschaften, solange der Markt erst geschaffen oder erweitert werden muß. Sadli: „Die indonesischen Partner besitzen andere Fähigkeiten und Motivation, aber sie sind meist nicht finanzkräftig und können nicht lange auf Gewinn warten."

Einfache Rezepte, wie die unterschiedlichen Interessen hier auf einen Nenner gebracht werden, gibt es nicht. Multis können das Risiko eingehen, Partner, die sich als ungeeignet erwiesen haben, auszuwechseln. Kleine haben diesen Atem nicht.

Es gibt in Indonesien eine Reihe von Consulting-Unternehmen oder frei arbeitender Consultants, die bereitwillig helfen, Partner zu suchen oder über die Situation in Indonesien zu informieren. Sie beschreiben ihre Aufgabe mit „Business Development", mit Geschäftsentwicklung. Aber auch diese Möglichkeit, Außenstehende heranzuziehen, ist den meisten deutschen Betrieben verschlossen, denn die Spesen für einen Berater gehen rasch in die Hunderttausende Dollar. Hier müßten Institute wie PKBM, Kadin, Ekonid oder lokale Banken einspringen und ihre Hilfe zu geringen Unkosten anbieten.

Wenn der deutsche mittelständische Betrieb keinen geeigneten Partner findet oder die Firma, die für Verkauf und Vertrieb zuständig ist, das Risiko einer gemeinsamen Produktion nicht übernehmen will, bietet sich an, daß die deutsche Seite den Indonesiern ohne Kapitalinvestitionen Technologie und Know-how in Form von Lizenzen verkaufen. Eine Entwicklungsbank oder allgemeine Banken könnten in diesem Rahmen auch Kredite geben. Mohammad Sadli hält für diese Art der Kooperation gerade staatliche Betriebe der Maschinenindustrie für geeignet, da hier *das Risiko gering ist.*

Er befürwortet eine Modifizierung der PMA-Bestimmungen entsprechend den Erfordernissen von Repelita IV und V, um die Maschinen- und Werkzeugindustrie entwickeln zu können. Er stellt sogar die Frage, ob es nicht angebracht wäre, ausländische Kapitalinvestitionen zuzulassen, die für die erste Phase keinen indonesischen Partner benötigen. *Sadli:* „Wenn in der Praxis solche Partner doch nur der Formalität dienen, sind sie ohnehin nutzlos."

Andererseits könnte überlegt werden, ob als Partner nicht auch eine oder mehrere indonesische oder ausländische Entwicklungsbanken oder andere Geldinstitute in Frage kommmen könnten mit der Auflage, daß sie später die Aktien an indonesische Privatpersonen oder Unternehmen zu verkaufen hätten.

Die Frage ist, und wird auch von Mohammad Sadli so gestellt, ob die PMA-Politik Indonesiens, die in den vergangenen 17 Jahren durchaus erfolgreich war, nicht dahingehend modifiziert werden muß, daß man das Prinzip der „Verindonesierung" flexibler gestaltet, um die geplante Industrialisierung verwirklichen zu können.

HAMID WASEN

INVESTITIONSFÖRDERUNG / Anreize nach neuem Konzept des BKPM

Das Verfahren wurde entschlackt

Von G. KARTASASMITA

Analytiker haben die Prognose erstellt, daß die asiatisch-pazifische Region die Wirtschaftszone sein wird, die die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts beherrscht. In dieser Entwicklung würden die ASEAN-Länder eine Schlüsselrolle spielen aufgrund ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes, der nationalen und internationalen Geschäftskreisen beste Aussichten eröffnet.

Indonesien bietet bereits heute eine *wichtige* Voraussetzung, um an solchen Aussichten teilzuhaben: seine Chancen für ausländische Privatinvestitionen. Indonesien erlebte zwischen 1969 und 1983 durchgängig hohe Wachstumsraten mit durchschnittlich 7,2 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg von nur 80 US-Dollar im Jahre 1966 auf 560 im Jahre 1983.

Eine Bevölkerung von circa 160 Millionen Menschen stellt einen großen potentiellen Markt mit wachsender Kaufkraft dar. Breite Reserven an ausländischem Kapital, ein Wirtschaftssystem, das sich am Markt orientiert, eine klug geführte Wirtschaft, die wachsende Rolle des Privatsektors, Währungskurse frei von Beschränkungen, eine nach außen offene Haltung hinsichtlich der internationalen Wirtschaft, politische Stabilität *und demokratische Legitimation der Regierung – all diese Faktoren haben* ihren Beitrag dazu geliefert, daß internationale Banken und Finanzinstitutionen Vertrauen haben und daß sich Indonesien heute einer wachsenden Anziehungskraft erfreut.

Indonesiens menschlichen und natürlichen Ressourcen und die kostenniedrigen und intelligenten Arbeitskräfte bilden zusätzliche Voraussetzungen künftigen Wachstums.

Seit 1980 haben verschiedene externe und interne Faktoren dazu geführt, daß sich Indonesiens Wachstum verlangsamte. Die weltweite Rezession und der Fall des Ölpreises, von dem Indonesiens Wirtschaft weiterhin in großem Maße abhängig ist, kamen mit Problemen zusammen, die daraus herrühren, daß andere Nationen als Mitbewerber um Auslandsinvestitionen auftreten, und aus strukturellen Änderungen im Welthandelssystem, die zu protektionistischen Reaktionen führten.

Die indonesische Regierung reagierte schnell auf die sich ändernden Bedingungen. Verschiedene große Industrieprojekte wurden gestrichen oder restrukturiert. Der Wert der indonesischen Rupiah wurde berichtigt, das Bankensystem liberalisiert und das Steuersystem modernisiert. Die Aufmerksamkeit wurde auf den „Nicht-Öl- und Gassektor" konzentiert, wo der private Geschäftsmann eine substantielle Rolle spielt. Gleichwohl ist der Bedarf an neuen Investitionen drängender als je zuvor. Indonesien hat Millionen Menschen, die beschäftigt werden müssen.

Wirtschaftswachstum, gleichmäßige Verteilung von Reichtum und politische Stabilität bleiben die drei unverzichtbaren und untrennbaren Ziele der indonesischen Entwicklungspläne (Repelita). Der derzeit laufende Fünfjahresplan basiert auf der Annahme, daß zwischen 1984/85 und 1988/89 insgesamt 145,2 Billionen Rupiah (1 US-Dollar entspricht 1100 Rupiah) investiert werden.

Ein wesentlicher Teil davon – 45,9 Prozent oder 66,6 Billionen Rupiah – sollen den Erwartungen nach vom privaten Sektor aufgebracht werden. *Die Finanzierung und Implementierung* von Privatinvestitionen im wertmäßigen Umfang von 13,3 Billionen Rupiah hängt in großem Umfang von ausländischer Teilnahme ab, die nun *erheblich gefördert wird.*

Projekte, die Priorität genießen, werden solche sein, die

- einen Beitrag leisten, Indonesiens Industriestruktur zu verstärken und zu vertiefen durch die Fabrikation von Fertigprodukten, halbfertigen Produkten und Rohmaterialen,
- den besten Nutzen aus den heimischen Ressourcen machen,
- exportfähige Güter herstellen; ihr Marketing bekommt jede Hilfe,
- Beschäftigungsmöglichkeiten maximieren und die Fähigkeiten des lokalen Arbeitsmarktes verbessern,
- Träger bilden für den Transfer von Hochtechnologie und Know-how,
- die Entwicklung von Regionen außerhalb Javas fördern,
- einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Lebensqualität und zum Schutz der Umwelt.

Im Bemühen, ein besseres Investitionsklima zu schaffen, führte BKPM Ende März 1985 eine Anzahl von Maßnahmen ein, deren Ziel ist, die Prozeduren zu vereinfachen und die Investitionsmöglichkeiten zu erleichtern. Die Erfordernisse für die Billigung und Implementierung von Investitionsprojekten sind von 26 auf 13 Dokumente reduziert worden. Alle Gebühren wurden bei BKPM aufgegeben, was zu einer deutlichen Verringerung von Zeit und Kosten führen wird. Weitere Maßnahmen werden ergriffen werden, um die Zeit zusätzlich zu kürzen, die der Investor benötigt, um die Erlaubnis zum Import von investitionsrelevanten Gütern und ihren Weg durch die Häfen zu erreichen. Die Dienste von BKPM für künftige und gegenwärtige Investoren werden gestrafft, so daß der „One Stop Service" ein arbeitsfähiges Konzept sein wird.

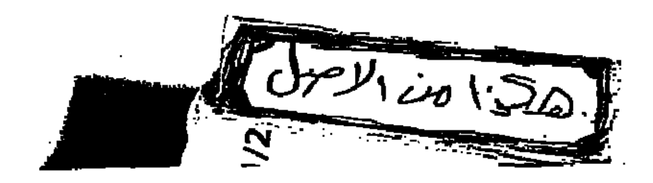
Was die Prioritätenliste von BKPM angeht, muß deutlich angemerkt werden, daß sie nur indikative Informationen enthält, unabhängig davon sind Deutschlands Investoren aufgefordert, ihre Vorstellungen zu unterbreiten. Ausgewählte Investitionsprojekte werden bald durch Projektprofile im Format von Feasibility-Studies gefördert werden, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warnke, hat kürzlich festgestellt, daß die deutschen Investitionen in der ASEAN-Region seit 1980 stagnieren. *Er forderte verstärkte Investitionstätigkeit*, vor allen Dingen in Indonesien, und beschrieb sie als „eine Herausforderung an deutsche Unternehmen, an ihre Flexibilität, Kreativität und Weitsichtigkeit". Mit einem Investitionsvolumen deutscher Firmen von 413,1 Millionen US-Dollar, die von BKPM zwischen 1967 und 1984 genehmigt wurden, rangiert die Bundesrepublik nur an siebter Stelle unter den Auslandsinvestoren.

Die Bundesregierung hat BKPM geholfen, deutsch-indonesische Joint-venture-Investitionen im Rahmen des Betriebskooperations-Programms (BK) seit 1983 zu fördern. Ziel dieses Programmes ist, die Unternehmenskooperation im privaten Sektor zu stimulieren, so daß er eine größere Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen kann. Wir hoffen, daß die Fortführung dieser Zusammenarbeit zu einem stärkeren Engagement deutscher Investoren in Indonesien beitragen wird.

Minister Ginandjar Kartasasmita ist Vorsitzender des BKPM, des Investment Coordinating Board





FORSCHUNG

Mit dem Krad die Japaner aus dem Markt

Wir haben nicht die Absicht, eure Autos, Textilien, Maschinen, Flugzeuge und Schiffe bis in alle Ewigkeit zu importieren oder gegen teure Lizenzen zusammenzubauen oder nachzubauen. Meine Leute sind jetzt dabei, selbst Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe und Eisenbahnen zu konstruieren und zu produzieren. Wir zeigen, was wir können", so verkündete stolz Bacharuddin Jusuf Habibie, Staatsminister für Forschung und Technologie, die Industriepolitik seiner Regierung.

Habibie, in Deutschland studierter Ingenieur und jahrelang am Management von MBB tätig gewesen, will sein Land in kurzer Zeit zu einem gleichwertigen Parter der westlichen Industrieländer machen. „Dieser Staat wird im nächsten Jahrzehnt eine ganz wichtige Rolle in der Weltwirtschaft spielen."

Sein Ehrgeiz spiegelt sich im gegenwärtigen Entwicklungsplan Repelita IV wider. Dort haben die Bereiche Maschinenbau, Anlagenbau, Elektroindustrie, Elektronik Vorrang. Darüber hinaus soll die Kraftfahrzeug- und Zuliefererindustrie ausgebaut werden. Weiterhin ist die Herstellung beziehungsweise Montage von 2000 Eisenbahnpersonenwagen und ca. 16 000 Güterwaggons geplant.

Die Kapazität der eigenen Schiffswerften soll expandieren, so daß künftig Schiffe bis zu einer Kapazität von 10 000 Tonnen gebaut werden können. Nach dem laufenden Plan ist der Bau von insgesamt 330 Schiffen in der Größenordnung von 500 bis 3000 Tonnen Tragfähigkeit vorgesehen. Das gesamte Neubauprogramm umfaßt rund 240 000 Tonnen Frachtraum bei einem Bauvolumen von rund 730 Millionen Dollar.

Auch die chemische Industrie (Herstellung von Düngemitteln, Papier, Verarbeitung von Kautschuk, Produktion von Agrochemikalien) genießt einen gewissen Vorrang.


In den Köpfen der Kinder liegt die Zukunft FOTO: H. PABEL

Der Ausbau der eigenen Motorrad-Fabriken ging so schnell, daß für die *600 000 Kräder kaum Käufer* gefunden werden konnten. Ein Überschuß von rund 100 000 Stück soll daher exportiert werden. Indonesische Kradhersteller haben inzwischen einen Marktanteil von 75 Prozent erreicht. Noch vor zehn Jahren war dieser Markt fest in japanischer Hand. 1987 sollen alle ausländischen Marken verdrängt sein, der nationale Marktanteil 100 Prozent betragen.

Im Industriegelände von Cilegon entsteht mit einem Investitionsvolumen von rund 1,3 Milliarden Dollar ein riesiger Industriepark. Unter den *ersten vier Unternehmen, die bereits* mit den Bauarbeiten begonnen haben, befindet sich auch ein Unternehmen mit deutscher Mutter.

Die indonesische Staatsgesellschaft für gemischten Bergbau wird zusammen mit einem koreanischen Unternehmen ein Werk zur Herstellung von *rostfreiem Stahl* errichten. Wie der Ostasiatische Verein in Hamburg dazu mitteilt, ist das Projekt bisher noch nicht endgültig von der zentralen Investitionsbehörde genehmigt worden.

Im Rahmen der Zukunfts-Verkehrsplanung ist der neue Flughafen rund 20 Kilometer westlich von Jakarta nahezu fertiggestellt. Über diesen Flughafen wird der gesamte nationale wie internationale Verkehr abgewickelt werden. Für die Schiffahrt ist ein neuer Container-Hafen bei Surabaya für 1985 geplant. Das Bauvolumen umfaßt nach Auskunft des Ostasiatischen Vereins rund 160 Millionen Dollar. US

GOETHE-INSTITUT UND DEUTSCHER AKADEMISCHER AUSTAUSCHDIENST (DAAD) / Optimum

Deutsch für 5000 Studenten und an 800 Schulen

Zum zweiten Mal werden 1985 15 Studenten der Pädagogischen Hochschulen Indonesiens im Rahmen eines Austauschprogramms des Goethe-Instituts an der Universität München für ein Semester studieren.

Sie *kommen aus allen Teilen Indonesiens*, von den Molukken, Sulawesi, Java, Sumatra, und studieren das Fach Deutsch. Sie wollen Deutschlehrer an einer der *800* Oberschulen werden, an denen in Indonesien Deutsch unterrichtet wird.

Aufgeschlossen und spontan verhalten

„Wir haben uns immer so verhalten, wie wir waren, aufgeschlossen und spontan, und wir hatten das Ge*fühl, daß uns das gleiche entgegen*gebracht wurde." Wer solche Erfahrungen macht und artikuliert, wird als künftiger Lehrer oder Dozent an einer Pädagogischen *Hochschule* durch seine persönlich erlebte Erfahrung ein lebendiges Bild von Deutschland vermitteln können.

Deutschunterricht steht seit den ersten Tagen der Republik Indonesien, also seit 1945, auf dem Lehrplan der Oberschulen. Zur Verbreitung der deutschen Sprache tragen weiterhin die etwa 5000 indonesischen Studenten bei, die jährlich in Deutschland studieren und ihre Kenntnisse zurück ins Land tragen.

Vor allem aber wurden die deutsche Sprache sowie wissenschaftliche und kulturelle Informationen über Deutschland durch die Unterstützung des Aufbaus der indonesischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen von deutscher Seite gefördert.

Die Statistik macht diese Beziehungen deutlich: 300 000 Schüler lernen an *800 Oberschulen des Landes* Deutsch, es gibt etwa 900 Deutschlehrer, neun Pädagogische Hochschulen, an denen zur Zeit etwas über *1000* Studenten zu Deutschlehrern ausgebildet werden, und zwei staatliche Universitäten mit germanistischen Abteilungen, die einen stärker wissenschaftsorientierten Studiengang anbieten wollen.

Das Goethe-Institut Jakarta arbeitet mit seiner pädagogischen Verbindungsarbeit erfolgreich am Aufbau der deutschen Sprache in Indonesien. Ein Beispiel ist das eingangs erwähnte „integrierte Deutschlandsemester".

Damit ist eine optimale Form der Zusammenarbeit zwischen Indonesien und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der *Deutschlehrerausbildung erreicht*. Das Semester ist nämlich in die indonesische Ausbildung integriert und wird sowohl vom indonesischen Erziehungsministerium als auch vom Goethe-Institut und der Universität München fachlich und organisatorisch betreut.

Neben zentralen Fortbildungsseminaren für Deutschlehrer aus ganz Indonesien in der Hauptstadt Jakarta sind Fortbildungsseminare in fast allen Provinzen des Landes, meist verbunden mit deutschlandkundlichen Wochen, ein solides Fundament für die Fortbildung der Deutschlehrer.

SAYA BELAJAR BAHASA JERMAN
GOETHE-INSTITUT

Stützpunkte dafür sind die 23 indonesischen Deutschlehrerverbände, die ebenfalls vom Goethe-Institut unterstützt und betreut werden.

Ihr Fachorgan ist eine Zeitschrift, die in indonesischer und deutscher *Sprache Lehrer, Studenten und Do*zenten über die neuesten Entwicklungen in Deutschland und über fachliche Fragen berät.

Von *landeskundlichen Broschüren* bis hin zu öffentlich publizierten Büchern über Methodik des Unterrichts, von Selbstlernkursen bis zu professionellen *didaktischen Einführungen* per Fernsehen und selbstproduzierten Ausstellungen, die auf die Bedürfnisse des indonesischen Publikums zurechtgeschnitten sind, geht die Produktion der pädagogischen Verbindungsarbeit des Goethe-Instituts.

Zusammenarbeit und Austausch

Dabei wird auf die Zusammenarbeit und den fachlichen und didaktischen Austausch mit den Universitäten Wert gelegt, um die Arbeit an indonesischen wissenschaftlichen Institutionen zu verankern.

Die frühzeitige Verbindung zu den Abteilungen „Deutsch als Fremdsprache" an deutschen Universitäten knüpft man durch ein „Praktikantenprogramm", das deutschen Studenten die Gelegenheit gibt, Unterrichts*erfahrung an den indonesischen Päd*agogischen Hochschulen zu erwer-

Daß dabei freundschaftliche Verbindungen zwischen den jungen Studenten geknüpft werden, versteht sich von selbst, freundschaftliche Verbindungen, die weit über die gemeinsamen fachlichen Interessen hinausgehen.

Auch das offizielle Deutschlehrbuch der Oberschulen wurde mit fachlicher Unterstützung eines Konsultanten des Goethe-Instituts geschrieben.

Diese Aktivitäten des Goethe-Instituts werden vom indonesischen Erziehungsministerium besonders gern gesehen, und die Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen wird gelobt und besonders ihr Einfühlungsvermögen in die indonesische Mentalität hervorgehoben.

*Solche vertrauensvolle Zusam*menarbeit führte auch dazu, daß das Goethe-Institut vom Erziehungsministerium gebeten wurde, bei der Ent*wicklung eines neuen Curriculums* zur Ausbildung der Deutschlehrer mitzuarbeiten.

Das Goethe-Institut seinerseits sieht in dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit die wichtigste Grundlage seiner Tätigkeit in Indonesien überhaupt, wie Deputy Director Hans-Georg Knopp feststellt.

Auch wenn das Fach Deutsch im neuen Lehrplan der Oberschulen leicht *eingeschränkt wurde, sieht er* darin keinen Rückschritt, „sondern eher eine Chance, mit den vorhandenen Mitteln die Aus- und Fortbildungsqualität der Deutschlehrer vertiefen zu können".

Die Mittel, die der pädagogischen Verbindungsarbeit für die Förderung der deutschen Sprache in Indonesien zur Verfügung stehen, sind zwar größer als in den meisten Ländern, aber bei einer extensiven Förderung würde das bei weitem nicht ausreichen.

Deshalb bringt man die Sprachenförderung an den Schulen und Pädagogischen Hochschulen im Goethe-Institut auf die Kurzformel: Intensivierung der Seminare, *Qualität statt* Quantität.

Effektive Veranstaltungen zu geringen Kosten

Dabei *müssen* effektive, interessante und lebendige Veranstaltungen nicht Unsummen kosten, wenn man es versteht, seine Partner zu aktivie*ren und zur* Selbstinitiative zu *mo*tivieren. Das zeigt beispielsweise ein Sprachenmonat, den die Deutschabteilung der Pädagogischen Hoch*schule in Yogyakarta, dem alten Zen*trum javanischer Kultur, zusammen mit dem Goethe-Institut anregte: Zur Deutschlandwoche mit Ausstellun*gen, Filmen, Vorträgen und Spielen* kamen über 2000 Studenten. Kostenpunkt: nicht einmal 1000 Mark.

Neben den Pädagogischen Hochschulen gibt es an der Universitas Indonesia, der „Elite-Universität" des Landes, und der Universität in Bandung germanistische Abteilungen.

Drei Lektoren des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sind hier tätig, um die Studenten zu unterrichten und die indonesischen Dozenten fachlich zu unterstützen und fortzubilden.

An der germanistischen Abteilung der Universitas Indonesia wird gerade mit Unterstützung des DAAD eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der Gesamthochschule Kassel aufgebaut. „*Diese Zusammenarbeit*", so *Mecht*hild Borries-Knopp vom DAAD, „umfaßt nicht nur die Einladung von deutschen Gastprofessoren zur Fort*bildung indonesischer Dozenten an* der germanistischen Abteilung der Universitas Indonesia, sondern richtet auch integrierte Studiengänge für indonesische Postgraduierte in Kassel ein, die der inhaltlichen wie formalen Weiterqualifizierung dienen."

Der neue Curriculumsentwurf, erläutert Frau Borries-Knopp, lege besonderes Gewicht auf anwendungsbezogene Studiengänge, um die indonesischen Studenten mit berufsbezogenen Qualifikationen, wie etwa der des Übersetzers, für Fremdsprachen besser ausrüsten zu können. H. B.

GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT

GTZ–Straße in ein besseres Leben

Seit fünf Jahren unterstützt die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) aus Kronberg im Taunus die indonesische Straßenbaubehörde beim Bau einer Erschließungsstraße für Transmigrationsgebiete im Norden der Provinz Ost-Kalimantan auf Borneo. Transmigrationsgebiete sind Regionen, in denen Menschen aus dem überbevölkerten Java und anderen dichtbesiedelten Teilen Indonesiens eine neue Heimat finden sollen.

Die Neusiedlungsgebiete sind natürlich wenig erschlossen, und Straßen spielen beim Bemühen, dies zu ändern, eine herausragende Rolle. „Straße im Dschungel", das könnte ein Buchtitel von Josef Conrad sein, und in der Tat liegt die Grabstätte von Ohlmeyer, dem authentischen Titelhelden aus „Ahlmeyers Wahn", nicht weit nur etwa 150 Kilometer Luftlinie nördlich von dem Straßenbaucamp in Muara Lembak.

Das Camp ist vom Urwald Borneos umgeben. Der größere Teil der Insel ist indonesisch und heißt Kalimantan, und die Provinz, in der sich Muara Lembak befindet, heißt Ost-Kalimantan und ist mit 211 000 Quadratkilometern fast so groß wie die Bundesrepublik. Es gibt riesige unbewohnte Gebiete und ungenutzte Potentiale. Regionale Unterschiede kommen hinzu. Das waren die Ansatzpunkte für das Bauvorhaben von Sangkulirang nach Muara Wahau und vor allem das deutsche Engagement in Ost-Kalimantan, das im Jahre 1977 begann. Damals hieß das Projekt „Transmigration Aerea Development" kurz TAD und war bekannt als eines der größten Vorhaben der deutschen technischen Zusammenarbeit überhaupt.

Die TAD-Experten von '77 kamen als Pioniere mit großen Zielen und hohem Anspruch, berichtet die Koordinatorin der GTZ in Jakarta, Christiane Kalle: „Aus dem früheren TAD-Subprojekt Infrastruktur wurde im Jahr 1983 das Straßenbauprojekt Sangkulirang–Muara Wahau herausgelöst und besteht seitdem als eigenständiges GTZ-Projekt."

An den beiden vorläufigen Endpunkten der Projasam-Straße, wie das Projekt abgekürzt heißt, werden große Transmigrationsvorhaben entstehen. In der Nähe der Hafenstadt Sangkulirang an der Küste der Makkassar-Straße sind zwei Siedlungseinheiten mit jeweils 2000 Familien geplant. In Muara Wahau zirka 200 Kilometer landeinwärts werden drei Transmigrationsgebiete mit insgesamt 6000 Familien entstehen. Im Einzugsbereich der Straße sind weitere 130 000 Hektar geeignete Flächen für Siedlungsvorhaben und 100 000 Hektar Nutzflächen für Baumfruchtkulturen vorhanden, die Lebensraum für etwa 250 000 Menschen bieten werden.

Als im Jahr 1981 endgültig entschieden wurde, daß die Weltbank das Transmigrationsvorhaben Sangkulirang–Muara Wahau mit einem 63-Millionen-Dollar-Kredit unterstützen würde, da war man einhellig der Meinung, daß die 6000 Familien in Muara Wahau, also etwa 30 000 Menschen, nicht allein durch Flüsse und damit verbunden mindestens eine zweitägige Bootsfahrt an den Rest der Welt angebunden sein dürften.

Die deutsche Seite entschloß sich für ein zweigleisiges Vorgehen. Als FZ-Komponente wurd im März 1982 zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der indonesischen Seite ein Kredit über 30 Millionen Mark vereinbart, der für den Kauf von Ausrüstungsgütern wie schwerem Straßenbaugerät für Projasam bereitsteht. Weiterhin wurde zur technischen Unterstützung der Straßenbaudurchführung ein aus TZ-Mitteln finanziertes Beratersystem zugesagt.

Nach der Feasibility-Studie im Jahre 1980 wurde mit der Straßenbaudurchführung begonnen, und wenn der Besucher heute mit der zweimotorigen Maschine auf dem Airstrip Tanah Merah landet, den Bengalon-Fluß übersetzt und per Jeep in wenigen Minuten das Camp Muara Lembak erreicht, dann findet er eine mo*derne, idyllisch gelegene Siedlung* im Dschungel vor.

Ein geräumiges Gästehaus, ein kleines Freizeitzentrum und 18 Einzelhäuser für das indonesische Management und die ausländischen Berater erstrecken sich auf der einen Seite des Hügels. Blühende Gärten wurden inzwischen angelegt. Die Strom- und Wasserversorgung, Unterkünfte für 350 indonesische Arbeitskräfte, eine kleine Schule, sogar eine Moschee sowie ein 600 Quadratmeter großes Bürogebäude. Alles ist da, und alles funktioniert.

Eine gewaltige Leistung, wenn man bedenkt, daß jeder Nagel, jede Schraube und jedes Einzelteil für den Bau dieses Camps per Boot über Meer und Flüsse angeliefert werden mußten; daß sämtliche indonesische Arbeitskräfte von weit her rekrutiert wurden, und daß das Camp eine Insel im Urwald darstellt.

Christiane Kalle: „Erst wenn man sich dies vor Augen führt, wird die Leistung, dieses Lager in nur einem Jahr aus dem Boden zu stampfen, deutlich."

Seit Mai 1982 ist das Camp bezugsfertig, und danach begannen die eigentlichen Straßenbauaktivitäten. Das hieß zunächst Rodung in beide Richtungen. Im Mai 1983 wurde ein Teil der gewaltigen Erdbaumaschinen (insgesamt 15 Bulldozer, vier Scraper, vier Grader, sechs Loader und diverse schwere Lastwagen) auf das andere Ufer des Bengalon transportiert. Seitdem geht es in bei*de Richtungen gleichzeitig voran.*

Die Rodung des Straßenkorridors wird in Kürze abgeschlossen sein. Auch der größte Teil der Erdarbeiten ist auf eine Länge von mehr als 120 Kilometern bewältigt. Stellt man das indonesische Budget dem deutschen gegenüber, so werden bis März 1985 von indonesischer Seite 19,5 Millionen Mark und von deutscher Seite zirka *16 Millionen Mark in das Projasam-Vorhaben geflossen sein.* Mit dem Budgeteinsatz für '85/86 wird es bis Ende 1985 möglich sein, die Strecke fertigzustellen, daß sie bei trockenen Witterungsverhältnissen zu befahren ist.

Doch bis dahin sind noch einige Hürden zu nehmen. Die insgesamt 95 Meter lange Brücke über den Bengalon wird eine der Herausforderungen dieses Jahres sein. Und die Zeit drängt. Nach Planung des Transmigrationsministeriums werden im Frühsommer dieses Jahres die ersten Umsiedler in Sangkulirang und in Muara Wahau ihre Häuser beziehen.

Man geht heute, wie Christiane Kalle berichtet, davon aus, daß die größten Hürden bei Projasam Ende 1985 überwunden sein werden. Der deutsche Beitrag wird voraussichtlich im Jahre '87/88 auslaufen, wobei in der letzten Phase des Projektes der Schwerpunkt in der Ausbildung des indonesischen Personals liegen wird, damit sich der Dschungel die Straße nicht zurückholt. H. B.

STEUERREFORM

Die Sünden der Ehrlichen werden vergessen

Seit dem 1. April hat Indonesien eine Steuer mehr – die Mehrwertsteuer. Sie beträgt zehn Prozent generell, bei Luxuswaren sogar 20 Prozent. Das Ziel ist – natürlich – Mehreinnahmen für die öffentliche Hand, denn Lohn- und Einkommenssteuer wird von den 68 Millionen Erwerbstätigen des Landes nur im geringen Umfang gezahlt. Und will man die Fünf-Jahres-Pläne durchziehen, *kann man sich nicht auf* die Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft allein verlassen.

Weiteres Ziel ist aber auch das Steuerrecht, das noch weitgehend holländisches Erbe ist, zu reformieren. Schließlich hofft man, die Steuermoral zu verbessern, denn zusammen mit der Einführung der Mehrwertsteuer wurde den indonesischen Steuersündern die Chance einer Generalabsolution eingeräumt: Wenn sie ab sofort ehrlich ihre Steuern erklären und zahlen, sollen die Versäumnisse der Vergangenheit vergessen sein.

Der Haushalt wird heute zu zwei Dritteln mit Erdöl- und Erdgaseinnahmen bestritten. Aber da das treue Opec-Mitglied Indonesien die Quotenreduzierung auf 1,3 Millionen Barrel pro Tag trägt, sind die Chancen für Mehreinnahmen hier gering. Ein Drittel der Einnahmen kommen aus der Steuer, dem Zoll und der IGGI-Entwicklungshilfe.

Bei dem geringen Stellenwert, den die Steuer als Teil der Staatseinnahmen hat (man schätzt ihn zur Zeit bei 1,6 Prozent liegend), wird deutlich, daß die Steuerreform überfällig war.

Die Inflation heute offiziell mit vier bis fünf Prozent angegeben. Die Mehrwertsteuer wird zu einem Inflationsschub führen, denn die zehn Prozent werden voll dem Preis aufgeschlagen. Die schon bestehende Verkaufssteuer von drei bis vier Prozent wird von den Firmen nicht abgezogen werden. Eine entsprechende Erklärung liegt für die Benzinkosten schon vor und die anderen Unternehmen werden sich daran orientieren.

Übers Jahr gesehen, wird man aber die Inflation unter zehn Prozent halten können, zumal die wirtschaftlichen Eckdaten im übrigen nach Auffassung der Weltbank für ein Entwicklungsland durchaus positiv zu beschreiben sind. H. B.

DEUTSCH-INDONESISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN / Ausbaufähig

Als Produktionsort noch unbekannt

Von ULRICH ZIMPEL

Die Chancen für einen weiteren Ausbau der langjährigen guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Indonesien sind günstig. Die an Rohstoffen reiche, aber erst am Anfang ihrer Industrialisierung stehende Inselrepublik Indonesien mit ihren rund 162 Millionen Einwohnern bietet der deutschen Exportwirtschaft nicht nur einen interessanten Absatzmarkt für eine breit gefächerte Produktpalette, sondern auch mannigfache Kooperationsmöglichkeiten bei der Verarbeitung von Rohstoffen sowie der Herstellung von industriellen Fertigprodukten vor Ort. Darüber hinaus bietet Indonesien dem deutschen Importhandel zahlreiche Bezugsmöglichkeiten, und zwar nicht nur von Rohstoffen, sondern im wachsenden Maß auch von Halb- und Fertigwaren.

Gemessen am Außenhandelsvolumen ist die Bundesrepublik Deutschland für Indonesien seit Jahren nach Japan und USA, wenn auch mit weitem Abstand, der drittwichtigste Handelspartner. 1984 exportierten deutsche Unternehmen nach Indonesien Waren im Wert von knapp 2,2 Milliarden Mark, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 20 Prozent darstellt. Überwiegend handelt es sich dabei um Investitionsgüter wie Maschinen, Anlagen, elektronische Erzeugnisse, Fahrzeuge und Erzeugnisse der chemischen Industrie.

Die beachtliche Steigerung der deutschen Exporte nach Indonesien zu einer Zeit, in der aufgrund der Sparmaßnahmen der indonesischen Regierung der Wert der indonesischen Gesamteinfuhren eine rückläufige Tendenz aufweist (1984 wird gegenüber 1983 mit einem um 15 bis 20 *Prozent niedrigeren Einfuhrwert gerechnet*), ist zum einen auf die Wechselkurswirkung zurückzuführen, durch die deutsche Produkte insbesondere gegenüber amerikanischen und japanischen wettbewerbsfähiger wurden, zum anderen auf die Abwicklung einiger Großaufträge.

1985 läßt das Auftragspolster deutscher Firmen noch einen anhaltend hohen Exportwert erwarten. Die weitere Entwicklung ist jedoch ungewiß. Zum einen muß die indonesische Regierung angesichts sinkender Erdöleinnahmen sparen und vergibt kaum noch schlüsselfertige Großprojekte; im wachsenden Maße wird bei Staatsaufträgen die Einbeziehung lokaler Lieferanten gefordert und zum Schutz der eigenen Industrie werden Importe erschwert. Zum anderen ist gerade beim Projektgeschäft der Konkurrenzkampf größer geworden, und Lieferanten aus anderen Staaten können oft günstigere Finanzierungskonditionen anbieten.

Bei den deutschen Einfuhren aus Indonesien hat sich 1984 der Aufwärtstrend fortgesetzt. Mit 785 Millionen Mark lagen die deutschen Einfuhren um 18,3 Prozent über dem Wert von 1983. Traditionell bestehen die Einfuhren überwiegend aus Nahrungs- und Genußmitteln wie Kakao, Gewürzen, pflanzlichen Ölen und Fetten, Ölkuchen, Kaffee, Tee und Tabak sowie aus Rohstoffen und Halbwaren wie Kautschuk, Schnittholz, Zinn und Ferrolegierungen. Im wachsenden Maße importiert aber Deutschland aus Indonesien auch Vorerzeugnisse wie *Leder, Furniere* und Sperrholz sowie Enderzeugnisse wie Strickwaren, Kleidung, Holzwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Pharmazeutika, Kunststoffwaren und Wasserfahrzeuge.

Gegenüber 1983 stieg 1984 der Wert deutscher Einfuhren von Fertigkleidung um 61 Prozent auf über 40 Millionen Mark, von elektrotechnischen Erzeugnissen um das Vierzehnfache auf 20,7 *Millionen Mark, von Furnieren und Sperrholz um 40 Prozent auf* 17,5 Millionen Mark, von Holzwaren um 30 Prozent auf 9,5 Millionen Mark, von Strickwaren um 60 Prozent auf 7,1 Millionen Mark und von Wasserfahrzeugen um 44 Prozent auf 9,4 Millionen Mark.

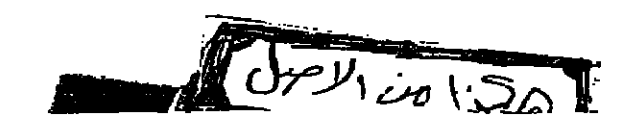
Die wachsende Bedeutung Indonesiens für die deutsche Wirtschaft spie*gelt sich auch in der Entwicklung* des deutschen Ostasienhandels wider. Seit vier Jahren behauptet sich Indonesien fest nach Japan auf dem zweiten Platz in der Liste der wichtigsten Bezugsländer deutscher Produkte östlich von Indien. Als Lieferland bildet dagegen Indonesien in dieser Liste zwar immer noch das Schlußlicht, doch lagen die Zuwachsraten im Handel mit Deutschland in den vergange*nen beiden Jahren deutlich über dem* Durchschnitt.

Angesichts zunehmender Maßnahmen zum Schutz und zum Aufbau einer lokalen Industrie, durch die nicht nur Importe substituiert, sondern auch Exportmöglichkeiten geschaffen werden sollen, kommt dem industriellen Engagement von ausländischen Unternehmen *zur Absicherung* langfristiger Interessen wachsende Bedeutung zu. Als Alternativen bieten sich in diesem Rahmen vor allem an: die Vergabe von Lizenzen, Know-how und/oder die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen. Während bislang deutsche Firmen indonesischen Firmen zahlreiche Lizenzen gewährt haben, die von der Herstellung von Bleistiften bis hin zur Montage von Hubschraubern viele Bereiche abdecken, haben bis jetzt erst relativ wenige deutsche Unternehmen eigene Produktionsstätten in der südostasiatischen Inselrepublik aufgebaut.

Die deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen sind in eine Reihe von Abkommen eingebettet wie das Handelsabkommen von 1953, den *Vertrag über die Förderung und den* gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie ein Wissenschafts- und Technologieabkommen. Anläßlich des Besuches des Bundesforschungsministers im August 1984 vereinbarten beide Länder, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet Forschung und Wissenschaft weiter zu verstärken. Ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung besteht seit Herbst 1979.

Ungeachtet des beachtlichen Wirtschaftspotentials und der daraus resultierenden günstigen Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau der deutsch-indonesischen Wirtschaftsbeziehungen erschließt sich dem Fremden der indonesische Markt in aller Regel nicht leicht. Es gilt nicht nur, die geographische Entfernung zu überbrücken, sondern auch den Zugang zu der anderen Lebens- und Denkweise zu finden. Vor allem sollte man sich auf einen erheblichen Zeitaufwand einstellen, sei es, um die erforderlichen Informationen zu beschaffen, oder sei es, um die guten persönlichen Kontakte zu entwickeln, die überall in Asien als die entscheidende Voraussetzung für die geschäftliche Zusammenarbeit gelten. Da bietet Ekonid, die Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer in Jakarta ihre Hilfe an.

Ulrich Zimpel ist Mitarbeiter von Ekonid



TABAKMARKT BREMEN / Anfang Mai beginnt an der Tabakbörse der Hansestadt die Verkaufskampagne, der Wettbewerb ist geheim, nach holländischer Tradition

Sind das Fieber zu hoch, die Preise zu niedrig, wird die Partie aufgehalten

Die ersten Partien indonesischer Zigarettentabake von Sumatra aus der neuen Ernte sind in diesen Wochen in den bremischen Häfen eingetroffen. Weitere folgen in den nächsten Monaten, darunter auch die Tabake aus Ost- und Mittel-Java (Java-Besuki und Java-Vorstenlanden). Sie sind bestimmt für die Anfang Mai beginnende 27. Verkaufskampagne in der Bremer Tabakbörse. Denn die Freie Hansestadt Bremen ist seit 1959 Standort des zentralen indonesischen Tabakmarktes in Westeuropa. Der internationale Rohtabakhandel und die Zigarrenindustrie müssen ihren Bedarf an indonesischen Deckblatt-, Umblatt- und Einlage-Tabaken in der Weser-Metropole decken.

Die Schaffung dieses Marktes in enger Partnerschaft zwischen dem indonesischen Landwirtschaftsministerium und Bremer Tabak-Kaufleuten vor 26 Jahren war freilich nicht die erste Bekanntschft der Hanseaten mit den indonesischen Tabak-Provenienzen. Die hatten Bremer Kaufleute schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gemacht. Sie waren auf Sumatra aktiv geworden, also dort, wo die besonders hochwertigen Deckblatt-Qualitäten wachsen. Auf dieser großen Insel im damaligen Niederländisch Indien hatten sie Pflanzungen angelegt, die bald gute Erfolge brachten. Die unmittelbaren Einfuhren von bremischen Sumatra- und im Erzeugergebiet zugekauften Java-Tabaken ließen Bremen für den amerikanischen Handel sogar längere Zeit weithin als Markt für „ostindische Tabake" gelten. Bald griffen aber die holländischen Kolonialherren ein und zwangen die Deutschen zur Aufgabe ihrer Plantagen. Der bremische Handel war fortan gezwungen, in Amsterdam und Rotterdam einzukaufen.

Der Verkauf dort wurde in sogenannten „Einschreibungen" durchgeführt, das heißt in Versteigerungen, bei denen die Gebote schriftlich eingereicht werden und für den Wettbewerb geheim bleiben. Bei diesem Verfahren erfolgt die Preisbildung stark zugunsten der Verkäufer. In diesem Fall geschah dies zum Vorteil der holländischen Plantagengesellschaften.

Ein großer Teil des Angebots wurde von Bremer Handelsfirmen gekauft. Vor dem Ersten Weltkrieg beteiligten sich bis zu 46 Bremer Tabakfirmen an den holländischen Verkaufsveranstaltungen. Umfangreich waren die Käufe des bremischen Rohtabakhandels in Amsterdam und Rotterdam für die indonesischen Provenienzen auch nach dem letzten Kriege, zumal die Freie Hansestadt sehr schnell wieder die Spitzenstellung für die deutsche Rohtabak-Einfuhr erringen konnte.

Amsterdam und Rotterdam waren indonesischer Tabakmarkt geblieben, selbst nachdem Indonesien sich unmittelbar nach Kriegsende der kolonialen Bande entledigt und am 17. August 1945 seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Als dann aber die Republik Indonesien neben der rückgewonnenen politischen auch die wirtschaftliche Selbständigkeit anstrebte, kam es 1958 zum Bruch.

Indonesien erkundete daraufhin die Möglichkeit zur Errichtung eines neuen Zentralmarktes für seine Export-Tabake in einem anderen westeuropäischen Land. In Frage kamen Mailand, Kopenhagen, Antwerpen, Hamburg und natürlich Bremen. Man entschied sich für Bremen.

Die neue Ernte ist verpackt, Zigarettentabake aus Sumatra, Java-Besuki und Java-Vorstenlanden FOTO: DIE WELT

Die lange Tradition und entsprechende Erfahrung am Platz, die starke Stellung des Bremer Rohtabakhandels bei der Vermarktung der indonesischen Tabake, die günstige geographische Lage Bremens im Zentrum der wichtigsten Verbraucherländer, seine leistungsfähigen Häfen spielten eine wichtige Rolle. Ausschlaggebend war aber die von einigen Tabak-Kaufleuten („Bremer Gruppe" genannt) vorgeschlagene partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Indonesien. Das vorbereitete Joint-venture sicherte Indonesien nämlich die volle Verfügungsgewalt über seine Tabake bis zu deren Verkauf.

Damit war die Grundlage geschaffen für die Gründung der Deutsch-Indonesischen Tabak-Handelsgesellschaft (DITH), an der die drei staatlichen Plantagengesellschaften in Medan/Sumatra, Jember/Ost-Java und Solo/Mittel-Java mit 50 Prozent beteiligt sind. Die andere Hälfte der Anteile liegt zu gleichen Teilen bei den drei Rohtabak-Handelsfirmen der „Bremer Gruppe", nämlich den Häusern Gebr. Kulenkampff, Handelsgesellschaft Frantz Kragh und Hellmering, Köhne & Co. sowie seit 1969 bei einem Bankenkonsortium unter der Führung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg.

Neben der DITH, die Tabake von den staatlichen Plantagen anbietet, existiert als weitere Firma in Bremen die rein indonesische Temindo für den Verkauf von Tabaken privater Exporteure und Erzeuger bäuerlicher Betriebe ausschließlich aus Ost-Java.

Der Verkauf der Tabake erfolgt über die Bremer Tabakbörse, deren Kapital wiederum je zur Hälfte indonesische und deutsche Anteilseigner halten. Sie liegt in einem eigenen Gebäude am Bremer Europahafen und damit im Freihafengebiet.

Die Beobachtung und Unterstützung der Verkäufe ist Aufgabe der in Bremen ansässigen Staatlichen Indonesischen Tabakkommission, die konsularischen Status hat und dem indonesischen Handels- sowie dem Landwirtschaftsministerium untersteht.

Für die Verkäufe ist das einst in Holland praktizierte Einschreibungssystem beibehalten worden. An den Verkaufstagen herrscht unter den Bietern fiebrige Spannung, wenn die Kaufinteressenten in schriftlicher Form ihre Angebote abgegeben haben. Das höchste Gebot erhält den Zuschlag, wobei die gebotenen und erzielten Preise nicht genannt werden. Sie bleiben also geheim. Lediglich Käufer und Makler werden bekanntgegeben. Ein Erwerber kann auf Wunsch auch als geheimer Käufer auftreten. Die beiden Verkaufsgesellschaften unterliegen übrigens keinem Verkaufszwang. Erscheinen ihnen und der Staatlichen Indonesischen Tabakkommission die Preisgebote zu niedrig, kann die entsprechende Partie „aufgehalten" werden. Dann wird versucht, sie später zu höherem Preis außerhalb der Einschreibung zu verkaufen.

Die Struktur des indonesischen Tabakmarktes und auch das für die Verkäuferseite günstige System der Einschreibungen hat sich bewährt. Seit der ersten Verkaufsveranstaltung, schon wenige Monate nach Gründung des Tabakmarktes im Jahre 1959, bis zum Ende der Verkaufssaison 1984 wurden rund 3,6 Mill. Ballen indonesischer Tabake im Wert von nahezu 3,1 Mrd. Mark am Zentralmarkt in Bremen verkauft.

Anfang Mai werden nun am Gebäude der Bremer Tabakbörse wieder die indonesische und die Bremer Flagge wehen: Ausdruck der deutsch-indonesischen Partnerschaft am Tabakmarkt. Die Tabakeinkäufer aus den westeuropäischen Ländern werden das Börsengebäude dann wieder mit Leben erfüllen. Vier bis fünf Verkaufsveranstaltungen werden in diesem Jahr bis in den Herbst hinein durchgeführt, um die erwarteten 11 000 Ballen Sumatra- und circa 40 000 bis 45 000 Ballen Besuki- sowie rund 10 000 Ballen Vorstenlanden-Tabake zu verkaufen. Die zur Verfügung stehende Menge liegt an der unteren Grenze des westeuropäischen Bedarfs. Da auch in den beiden Jahren vorher das Angebot witterungsbedingt beschränkt war, konnte eine Lagerbildung bei Industrie und Handel nicht erfolgen. Entsprechend wird in der bevorstehenden Einschreibungskampagne wieder mit einer stabilen Marktverfassung zu rechnen sein.

H. B.

EXPORT / Weg vom Öl

China ist der Markt der Zukunft

„Worauf es ankommt", sagt der Vorsitzende der Indonesischen Vereinigung der Exporteure, Naafii, „ist, den Anteil von Nichtöl-Produkten an unserem Export zu erhöhen."

Im Haushaltsjahr 83/84 lag der Anteil des schwarzen Goldes bei 74 Prozent, aber immerhin konnte der Export von Nichtöl-Produkten im vergangenen Jahr um 32 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 5,1 Milliarden US-Dollar gesteigert werden. Nach Auffassung der Weltbank wäre es möglich, diese Zahl bis zum Jahr 88/89 auf 10,8 Milliarden Dollar zu steigern.

Die Märkte für diese Produkte, darunter vor allen Dingen Kautschuk, Holz, Palmöl, Kaffee, Gewürze und Shrimps, sind vor allem die USA, Japan und Europa. Man bemüht sich aber verstärkt um Exporte in den Ostblock und in die Volksrepublik China. Auch Elektroteile, Bekleidung und bearbeitetes Holz gewinnen zunehmend Eingang in die Exportliste.

Von staatlicher Seite wird dies unterstützt durch billige Kredite; liegt die gewöhnliche Zinsrate bei Krediten der Staatsbank bei 18 Prozent, werden hier nur Zinsen in Höhe von neun Prozent verlangt.

Schwierigkeiten, den Anteil der Nichtöl-Produkte zu erhöhen, bereitet nach Auffassung von Naafii die Tatsache, daß die ASEAN-Länder in diesen Bereichen Konkurrenten sind und daß Transportprobleme bestehen.

eu.



BANDUNGKONFERENZ / 30 Jahre Versuch, die Region zu stabilisieren

Der Abschied von der Kraftmeierei

Die Voraussetzungen für eine Großmacht sind gegeben: Die Zahl der Menschen, ihr nationaler Wille, das gesamte politische und wirtschaftliche Potential, die strategische Lage des Landes am Schnittpunkt der Verbindungslinien vom Indischen Ozean und dem Pazifik, dem Weltmeer der Zukunft. Es kommt unter weltweiten Überlegungen hinzu: Die Notwendigkeit einer stabilisierenden Kraft in einer Zone jahrzehntelanger blutiger Auseinandersetzungen in Vietnam und anhaltender, *ausufernder Wirren in Kambodscha.*

So hat schon der frühere Präsident Sukarno versucht, Indonesien als eine Großmacht zu formieren, als ein Vorkämpfer der Dritten Welt, ein „Bannerträger der neu aufsteigenden Kräfte". Vom nationalen Ehrgeiz getrieben (aber auch vom Zwang zur Überdeckung innenpolitischer Risse), proklamierte Sukarno die Achse „Jakarta–Peking", begann er eine militante Konfrontation mit dem benachbarten, stammesverwandten Malaysia.

Sukarnos schwungvoll deklarierte Außenpolitik scheiterte, mußte scheitern, weil er die Kräfte seines Landes maßlos überschätzte. Es war dies einer der Gründe, die zu seinem Fall führten. Im Pendelschlag der Geschichte trat an seine Stelle Suharto, ein „unpolitischer" General, ein Erzpragmatiker und nüchterner Realist, der wohl erkannte, daß die angebliche Großmacht oder sogar Weltmacht seines Vorgängers auf ganz tönernen Füßen gestanden hatte.

Im Zeichen der von Suharto vor zwanzig Jahren proklamierten Neuen Ordnung mußte die indonesische Außenpolitik in das zweite oder sogar dritte Glied treten. Alle verfügbaren Kräfte und Ressourcen wurden auf die wirtschaftliche Rehabilitierung und Festigung des Landes konzentriert, ohne die jede Kraftmeierei nach außen sowieso unsinnig ist. So wurden auch die Streitkräfte der Republik auf knapp 300 000 Mann (Heer, Marine, Luftwaffe) reduziert, etwa die Hälfte der Personalstärke in der Zeit des großen außenpolitischen Anspruchs.

Damit war – und ist – keinesfalls ein absolutes Desinteresse Indonesiens an der Außenpolitik festgeschrieben. Unmittelbar nach dem Wechsel von Sukarno zu Suharto wurden die Beziehungen Jakartas zu Malaysia und Singapur wieder aufgenommen. Gleichzeitig bemühten sich die Staatsmänner der nichtkommunistischen Staaten Südostasiens um friedliche wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Dabei spielte der damalige indonesische Außenminister Malik eine wichtige Rolle.

Am 8. August 1967 konnten die Außenminister Indonesiens, Malaysias, der Philippinen, Singapurs und Thailands in Bangkok die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) aus der Taufe heben. Die Vereinigung umschrieb ihren Zweck mit den Worten, „das beschleunigte wirtschaftliche Wachstum, den sozialen Fortschritt und die kulturelle Entwicklung der Region durch gemeinsames Bemühen im Geiste der Gleichheit und Partnerschaft zu kräftigen".

Nicht alle Hoffnungen haben sich erfüllt. Aber Asean hat zumindest dem Gegeneinander der nichtkommunistischen Staaten in Südostasien ein Ende bereitet. Politische Themen schieben sich in den Vordergrund, darunter mehr und mehr das Problem Vietnam und seiner Expansion in Laos und Kambodscha.

Vietnam droht Gegensätze innerhalb der Asean aufzureißen, zu einer Verhärtung der Lage und des stärkeren Einmischens der Weltmächte in die Affären Südostasiens zu führen. Das alles liegt ganz und gar nicht im Interesse Jakartas und deshalb bemühen sich die indonesischen Außenpolitiker neuerlich, die mit Hanoi niemals abgebrochenen diplomatischen Beziehungen für eine friedliche Lösung zu nutzen.

Die Ergebnisse einer wechselseitigen Besuchsdiplomatie Hanoi–Jakarta sind bisher keineswegs ermutigend. Immerhin ist die Frage berechtigt, ob Jakarta damit eine Rückkehr in die Außenpolitik vorbereitet.

In dieser Hinsicht könnten auch die Feiern zur 30. Wiederkehr der Bandung-Konferenz gedeutet werden: Vom 18. bis 24. April 1955 hatten sich in der westjavanischen Hauptstadt Bandung Vertreter von 29 afrikanischen und asiatischen Nationen versammelt, um erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg das Mitspracherecht der Dritten Welt in der Großen Politik zu fordern. Aus dieser Konferenz ging 1961 die Gruppe der „Blockfreien Staaten" hervor, die trotz ihrer inneren Widersprüche erheblich an Bedeutung gewonnen hat.

Kein Zweifel, daß die aufwendigen Jubiläumsfeiern in Bandung den Stellenwert der indonesischen Außenpolitiker erhöhen. Daraus eine gestüme Wiederaufnahme der einst von Sukarno forcierten Bannerträgerpolitik in der Dritten Welt abzuleiten, erscheint jedoch völlig abwegig. Es fehlen dafür alle ideellen und materiellen Voraussetzungen. Warum also „Bandung 1985"? Zum einen braucht Indonesien die diplomatische Schützenhilfe der Dritten Welt zur völkerrechtlichen Durchsetzung der Eingliederung der ehemals portugiesischen Restkolonie Osttimor. Zum anderen muß Jakarta, um in der beschworenen „aktiven und unabhängigen, blockfreien Außenpolitik" glaubwürdig zu bleiben, gelegentlich einige Akzente setzen. Dies um so mehr, als Indonesien auf wirtschaftlichem Gebiet mit der freien Welt eng verflochten ist.

Im politischen Bereich erstrebt Indonesien eine friedliche Koexistenz mit den kommunistischen Staaten. Jakarta läßt aber keinen Zweifel daran, daß der sowjetischen Hegemoniepolitik entschieden widersprochen wird, so im Falle Afghanistan. Gegenüber der VR China besteht ein tief eingefressenes Mißtrauen – gegenüber dem „Drang nach Süden".

Entscheidend ist, daß das wachsende Eigengewicht des erstarkenden Indonesien eine gewisse Rückkehr in die Außenpolitik geradezu erzwingt. Dieser Prozeß vollzieht sich in kleinen Schritten. Wenn sich Indonesien weiter festigt, kann es sich zum wichtigsten Stabilitätsfaktor in der Krisenzone Südostasien entwickeln.

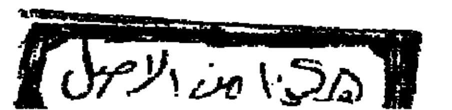
O. G. ROEDER

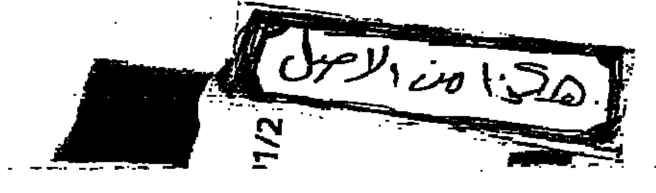
Internationale Sonderbeilage Indonesien

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

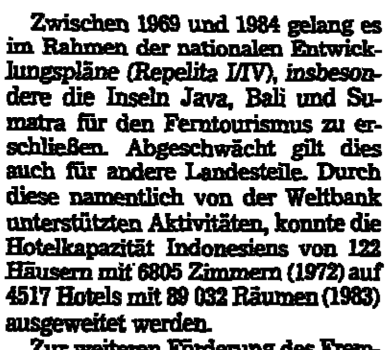
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG.
Leo C. F. Bursky
A 1190 Wien, Muthgasse 2
D 2000 Hamburg 61, Krähenweg 28 A
W 217 9 85











Große Teile Indonesiens sind noch heute touristisches Neuland. Bekannt sind die Ferieninsel Bali mit ihren Tempeln, linkes Bild, die Tempelanlage von Prambanan, Caudi Pawon im mittleren Bild, und der buddhistische Tempelkomplex Borobodur, rechtes Bild.

FOTOS: T. HÖPKER/HHH/HHH

Das Land der Götter öffnet sich zögernd dem Tourismus

Von WERNER RÖLL

Der Insel- und Vielvölkerstaat Indonesien war bis vor zwei Jahrzehnten noch weitgehend touristisches Neuland. Große Landesteile sind es noch heute. Der langjährige Unabhängigkeitskampf sowie die politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen der Folgezeit verhinderten bis in die Mitte der sechziger Jahre die touristische Erschließung des weiträumigen Archipels. Denn es fehlten bis zu diesem Zeitpunkt nahezu alle materiellen und infrastrukturellen Voraussetzungen.

Erst nach 1965 erhob man den *Fremdenverkehr zu einem Bestandteil* der Entwicklungspolitik. Unter Hinzuziehung ausländischer Berater wurde 1969 ein „Generalplan zur Tourismusentwicklung" erarbeitet. In der Folgezeit wurde dem Tourismus als Instrument zur Förderung der heimischen Wirtschaft in der sektoralen und regionalen Entwicklungsplanung Indonesiens ein beachtlicher Stellenwert eingeräumt. Die Chance, Devisenquellen zu erschließen sowie dringend benötigte Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen zu schaffen, waren hierfür die wesentlichsten Motive.

Zwischen 1969 und 1984 gelang es im Rahmen der nationalen Entwicklungspläne (*Repelita I/IV*), *insbesondere* die Inseln Java, Bali und Sumatra für den Ferntourismus zu erschließen. Abgeschwächt gilt dies auch für andere Landesteile. Durch diese namentlich von der Weltbank unterstützten Aktivitäten, konnte die Hotelkapazität Indonesiens von 122 Häusern mit 6805 Zimmern (1972) auf 4517 Hotels mit 89 032 Räumen (1983) ausgeweitet werden.

Zur weiteren Förderung des Fremdenverkehrs wurde 1983 für Touristen aus *zahlreichen Staaten*, *darunter* auch für solche aus der Bundesrepublik Deutschland, der Visumszwang *aufgehoben. Allerdings kamen* 1983 erst 9216 und in der ersten Jahreshälfte 1984 nur 14 800 Gäste aus der Bundesrepublik. Deutsche Touristen, Geschäftsreisende und sonstige Besucher brachten Indonesien aber bereits 1982 Einnahmen von 21,9 Millionen Mark.

Denn das südostasiatische Land ist nicht billig. Dies gilt insbesondere für Einzelreisende. Zimmerpreise zwischen 30 und 100 US-Dollar werden heute nicht nur von Großhotels in Jakarta oder Surabaya gefordert. Die kleine nur 5561 qkm umfassende Insel Bali ist das beliebteste Reiseziel.

Auf der „Insel der Götter und Dämonen" wurde 1966 das Bali Beach-Hotel *als erstes Haus internationalen* Standards mit japanischen Reparationsgeldern erstellt. 1969 eröffnete man den neuen Flugplatz Ngurah Rai. Im Jahre 1982 besaß die Insel bereits 179 Hotels aller Preiskategorien mit 9176 Betten. Darunter befinden sich mehrere große Luxushotels internationaler Gesellschaften. Zahlreiche Bungalow-Anlagen indonesischer Eigentümer treten hinzu.

Die Fremdenverkehrseinrichtungen Balis konzentrieren sich überwiegend *auf die Strände von Sanur und* Kuta. Als jüngstes Projekt wurde 1983 das Nusa Dua Beach-Hotel im *Süden eröffnet*. Der Bali-Tourismus stieg sprunghaft an. Verzeichnete die Insel vor dem Zweiten Weltkrieg jährlich nur etwa 3000 Touristen aus Übersee, so wuchs deren Zahl über 24 340 (1970) Besucher auf inzwischen 205 431 Reisende (1983) an.

In den Fremdenverkehrszentren von Kuta, Sanur und in der Provinzhauptstadt Denpasar entwickelte sich der Tourismus zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Zugleich eröffnete er aber auch für die meist einkommensschwache kleinbäuerliche Bevölkerung des ländlichen Raumes entlang der Touristikrouten Absatz- und Einkommensmöglichkeiten durch den Verkauf von Früchten, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Musik- und Tanzdarbietungen usw.

Eine ähnliche, wenngleich auch deutlich abgeschwächtere, Entwicklung verzeichneten auch Teile Javas. Abgesehen von der Metropole Jakarta mit ihren heute etwa 7,6 Millionen Einwohnern (1930: 533 000) und zahlreichen neuen Hotelbauten, ist insbesondere Mittel-Java ein beliebtes Reiseziel. Dort erinnern unter anderem die berühmten buddhistischen beziehungsweise *hinduistischen* Tempelanlagen von Borobudur und Prambanan aus dem 8. und 9. Jahrhundert sowie die Fürstenresidenzen von Yogyakarta und Surakarta (Solo) an die große historische Vergangenheit Indonesien.

Steigende Besucherzahlen verzeichnen in den letzten Jahren auch West- und Ost-Java. Ähnliches gilt für Nord-Sumatra mit dem Batak-Land um den malerischen Toba-See mit seinen vielfältigen Erholungs- und Wassersportmöglichkeiten. Auch das Land der Minangkabau in West-Sumatra und Tanah Toraja in Zentral-Sulawesi sind beliebt. In den übrigen Landesteilen ist die Zahl der ausländischen Touristen meist noch gering.

Mehrere Fluggesellschaften, unter denen die Garuda und Merpati die bekanntesten sind, eröffnen heute weitgehend störungsfreie Reisemöglichkeiten von Aceh in Nord-Sumatra bis nach Jayapura in West-Neuguinea. Dies entspricht einer Distanz von über 5100 Kilometern.

Ungeachtet dieser Erfolge auf infrastrukturellem Gebiet, hat sich jedoch die seit Ende der sechziger Jahre insbesondere von der Asiatischen *Entwicklungsbank und der Weltbank* genährte Tourismuseuphorie bei weitem nicht erfüllt. Frühere Prognosen, die bis zum Jahre 1985 einen Strom von jährlich etwa zwei Millionen ausländischer Besucher vorhersagten, sind inzwischen einer realistischeren Betrachtungsweise der Entwicklungsplaner und Touristikmanager gewichen. Die hinreichende Auslastung der vorhandenen Hotelkapazitäten bereitet teilweise Probleme. Der Massentourismus hat bisher in Indonesien noch nicht Einzug gehalten.

Noch immer rangiert Indonesien im internationalen Touristikgeschäft an letzter Stelle aller Asean-Staaten. Demzufolge beabsichtigt die Regierung, *diesen Wirtschaftszweig auch in* Zukunft weiter zu fördern. Denn das große Potential der attraktiven Inselwelt ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Hierzu bedarf es außerhalb Javas, Balis und Sumatras noch erheblicher Investitionen im Infrastruktur- und insbesondere im Touristik-Dienstleistungsbereich. Denn in diesen Sektoren treten außerhalb der vorgenannten „klassischen Reiseziele" die auch in anderen Wirtschaftsbereichen offenkundigen Entwicklungsprobleme ebnfalls noch deutlich zutage. In Bandung und auf Bali *betriebene Hotelfachschulen* leisten zum Abbau dieser Schwierigkeiten wertvolle Beiträge.

Aber Tourismus ist nicht nur ein Wirtschaftsfaktor. Er besitzt zugleich auch wichtige psychologische und soziale Komponenten. Denn er beeinflußt die tradierten Denk-, Handlungs- und Lebensweisen der heimischen Bevölkerung. Insbesondere die Kritiker der touristischen Erschließung Balis wiesen in der Vergangenheit häufig mit der Kurzformel „Bali sei im Begriff, seine *Unschuld* zu verkaufen" auf die mit der wachsenden Touristenzahl verbundenen vermeintlichen *tiefgreifenden Wandlungen* überkommener Denk- und Handlungsweisen der balinesischen Bevölkerung hin. Von Kuta Beach abgesehen, wurden diese Probleme aber bisher weitgehend gut bewältigt.

ABENTEUER

Keine Köpfe für das Wohnzimmer

Abenteuertourismus ist eine Form der Freizeitgestaltung, die in Indonesien noch eine Zukunft hat. Bis zum 30. April werden das 32 Teilnehmer der „Camel Trophy 1985" feststellen können. Aus acht Ländern kommen die Teilnehmer, die sich ihren Weg durch den tropischen Regenwald von Ost-Kalimantan bahnen müssen. Patrick J. Lexellent, der den Spaß *organisiert, spricht von einer* Herausforderung und einer „Überlebensschlacht". Auch wenn es nicht so ernst wird (hoffentlich); mit Krokodilen, Schlangen, vor allen Dingen mit Schwärmen von Insekten werden die Wagemutigen schon Begegnungen haben, über die sie dann erzählen können. Die Bewohner dieser Gegend, die Dayaks, haben zum Glück die Kopfjagd aufgegeben. Vermutlich werden sie zu der Überzeugung kommen, daß die von dem Deutschen Andreas Bender *geführte Bande es ohnehin* im Kopfe haben müsse, sich zwölf Tage auf so etwas einzulassen. Warum soll man sich so etwas ins Wohnzimmer hängen?

Der Generaldirektor der indonesischen Tourismusbehörde Joop Ave freut sich darüber, daß Indonesien als Destination für den Abenteuertourismus entdeckt worden ist: „Abenteuerreisen ist das Gegenteil dessen, was man üblicherweise vom Tourismus erwartet. Man braucht keine Auto*bahnen, und es führt einen zurück zur* Mutter Natur und ihren Herausforderungen. Es kann das Öffnen der Büchse der Pandorra bedeuten." So schrecklich wie im Köfferchen der griechischen alten Dame wird es wohl nicht werden, und der Präsident von Sobek Expeditions, Richard Bangs, vermutet ganz zu Recht zunächst einmal Devisen in der Büchse.

Bangs' Lieblingsstrecke führt in Sumatra in der Region Aceh den Alas-Fluß herunter. Eine Expedition braucht für die 199 Meilen etwa 22 Tage, wobei ein Großteil im Gunung Leuser Nationalpark mit seiner Flä*che von 946 400 Hektar verbracht* wird. Bangs entmutigt auch rasch die, die in der Hoffnung kommen, sie *könnten sich auf einer Expedition auf* spannende Weise ins Jenseits befördern. „Wir hatten in den letzten zwölf Jahren, seitdem wir das Geschäft betreiben, keinen Todesfall und keine bleibende Verletzung." H. B.

HAUPTSTADT JAKARTA / Fixiert auf Gegenwart und Zukunft, ist die „Stadt des Sieges" noch weit davon entfernt, das koloniale Erbe als Teil ihrer Vergangenheit zu begreifen

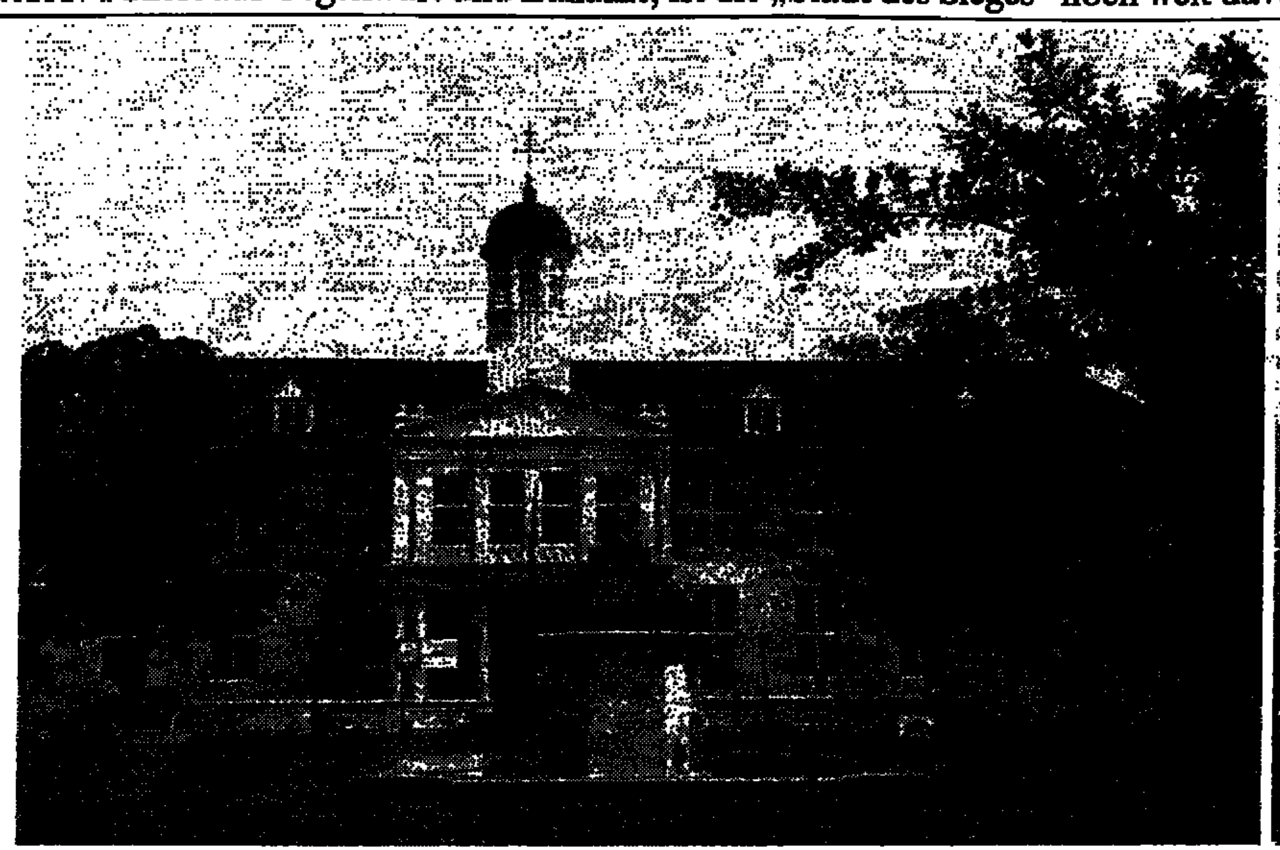
Als Stadt des Sieges wird Jakarta gefeiert. Denn in Jakarta wurde Indonesiens Unabhängigkeit nach der Kapitulation der Japaner 1945 verkündet. Der Befreiungskampf war damit aber noch nicht zu Ende. Denn mit den alliierten Truppen, die gekommen waren, die auf den Inseln verbliebenen Japaner zu entwaffnen, kamen auch wieder Holländer, die, von den Japanern zuvor geschlagen, versuchten, im Schatten der Engländer und Amerikaner ihre Oberhoheit in Ostindien wiederherzustellen. Ohne Erfolg. Aber es dauerte doch noch einige Jahre, bis das Königreich der Niederlande sich von seinen fernöstlichen Besitzungen verabschiedete.

Die Vergangenheit prägt auch heute das Verhältnis der Bewohner von Jakarta zu ihrer Stadt. Sie sind noch weit davon entfernt, die koloniale als Teil ihrer eigenen Vergangenheit zu begreifen. „Ihre" Stadt sind die breiten Straßen, wie der Jalan N. H. Thamrien-Boulevard, oder Monumente und Obelisken, wie sie auch im Ostblock stehen könnten, wie das „Begrüßungsmonument", das anläßlich der Eröffnung der Asienspiele 1982 eingeweiht wurde, oder das Nationalmonument am Merdeka Square.

Die 7,6 Millionen Hauptstädter sind stolz auf die moderne Skyline, auf Wolkenkratzer, internationale Hotels, wie das Hotel Indonesia und das Hilton, und Kongreßsäle. Dort, wie auch sonst in der Welt, gießt man die Moderne oder das, was man dafür hält, gerne in Beton.

Es bedarf daher Geduld und eines kundigen Führers, um auch die anderen Gesichter Jakartas kennenzulernen. Geduld deswegen, weil in der quicklebendigen Stadt die Straßen ständig verstopft sind, sie aber zu groß ist, um nur zu Fuß erobert zu werden.

Wer Glück hat, dem opfert der katholische Pater Heinrich Sicking einen halben Tag, um ihm Jakarta zu zeigen. Er liebt diese Stadt ebenso wie das ganze Land, in dem er die Katholiken deutscher Zunge betreut. Und genauso wortgewaltig, wie er darüber schimpft, daß die Behörden das holländische Erbe verfallen lassen, und er Schulkinder anpfeift, die im Museum über Tische, Betten und Stühle toben, ebenso vehement plädiert er in den Slumgebieten der Stadt dafür, über Dreck und mangelnde Hygiene nicht zu vergessen, daß diese Stadt innerhalb nur eines Jahrzehnts den Zuzug von sieben Millionen Menschen zu verkraften hatte. „Wie sähe es denn bei gleichen Voraussetzungen in einer deutschen Stadt aus?" fragt Heinrich Sicking.





Das Rathaus Batavias und die Magistrale Jakartas vom Hotel Indonesia aus gesehen, zwei Gesichter einer Stadt FOTOS: HHH/VISUM

Mit Pater Heinrich Sicking durch Gassen und Paläste

Das europäische Jakarta beginnt mit den Portugiesen, die unter Jorge D'Albuquerque, dem Gouverneur von Malacca, im Jahre 1511 in einem kleinen Hafen mit dem Namen Sunda Kelapa anlegten.

Aus dieser Zeit ist wenig übriggeblieben. Den Hafen Sunda Kelapa gibt es zwar noch, portugiesische Anlagen dort aber nicht mehr. Der Reiz des Hafens besteht heute in der langen Reihe von Bugi-Schonern, hölzernen Segelbooten, die den Warenverkehr mit Süd-Sulawesi betreiben. Aus der Zeit der Lusitanen stammt die alte portugiesische Kirche aus dem Ende des 17. Jahrhunderts, in der sich heute noch die Gläubigen zum Gebet versammeln, und die Kanone Si Jagur, die ja allerdings eine andere Verwendung gefunden hat. Ein Ritt auf der Kanone gilt als Geheimtip unter Jakartas Frauen, bei denen der erwünschte Nachwuchs ausbleibt.

Als Händler und Kaufleute blieben die Portugiesen länger, als Herren wurden sie von dem Moslemprinzen Fatahillah schon im Jahre 1527 abgelöst, der die Stadt Jayakarta nannte, was übersetzt heißt: ruhmreicher Sieg. Politisch dominierten die Moslems nur bis ins Jahr 1619, als die Dutch East India Company die Stadt eroberte und ihr den Namen Batavia gab. Der moslemische Glaube überdauerte die europäischen Kolonialherren.

Von den Holländern stammen eine Reihe von Gebäuden, die noch heute zu bewundern sind. Es werden aber, wie Pater Sicking berichtet, Jahr für Jahr weniger. Da ist etwa das Gebäude, in dem im 19. Jahrhundert Sir Thomas Stamford Raffles als Gouverneur residierte, als die Engländer auf Indonesien während der napoleonischen Zeit in Europa ein kurzes Gastspiel gaben. Da ist die Residenz des Generalgouverneurs der Niederländischen East Indies, in dem heute der Präsident der indonesischen Republik residiert, das Palais Merdeka.

Zu erwähnen ist auch das Rathaus, das heute als Museum für die koloniale Vergangenheit gilt und leider in einem traurigen Zustand ist. Viele Manuskripte dämmern, ungeschützt dem tropischen Klima ausgesetzt, ihrem Zerfall entgegen, und wären die Möbel nicht weitgehend aus dem wurm- und wetterfesten Teakholz, könnte man über dem Interieur des Museums schon das Kreuz schlagen.

Die wenigen verbliebenen Patrizier-Häuser der Holländer an den von ihnen gezogenen Kanälen fristen ein ähnlich trauriges Dasein, haben sich im Parterre irgendwelche Kontore etabliert, dienen die riesigen Zimmer im ersten Stock allenfalls Schwalben als Herberge.

Und Heinrich Sicking klagt mit Recht: „Was könnte man hier alles draus machen? Räume für die Universität der Stadt oder Treffpunkte für Jakartas Jugend.

Daß vom niederländischen Erbe nicht viel mehr als das eben Genannte übriggeblieben ist, kann nicht als mangelnde Dankbarkeit kritisiert werden, denn die Kolonialherren haben zwar die Reichtümer genommen, aber dem Land (anders als die Briten in vielen ihrer Kolonien) nichts gegeben.

Heinrich Sicking hat den Reisebericht des Georg Bernhardt Schwarzens aus Beutelsbach im Herzogtum Württemberg ausgegraben und ins Hochdeutsche übertragen. Schwarzens, der als Küfergeselle in Ostindien sein Glück machen wollte, beschreibt das Jahr 1740 und liefert eine lebensnahe Darstellung der damaligen Verhältnisse. Der holländische General Imhof und seine Landsleute hatten es dort unter anderem durch Sklavenhandel zu beträchtlichem Reichtum gebracht und auch reichlich massakrieren und foltern lassen.

Das zeitgenössische Jakarta zeigt ein anderes Gesicht. Die Leute sind freundlich und geschäftstüchtig, wie Jakarta überhaupt die ideale Stadt zum Einkaufen ist. Der Surabaya-Markt etwa ist ein Straßenzug vollgestopft mit Raritäten, Ramsch, Plunder und Trödel.

Im Pasar Seni Ancol findet man Kunstobjekte und Handarbeiten. Gearbeitet wird in Batik, Öl und Wasserfarbe. Holzschnitzer sitzen neben Juwelieren und Lederschneidern. Antiquitätenhändler bieten Wayang Kulit und Wayang Golek, lederne beziehungsweise hölzerne Puppen, Hindu-Figürchen oder Gamelan-Schlaginstrumente an, in denen garantiert ein guter Geist wohnt. Spezielle Rattan-Geschäfte verkaufen Bambusprodukte, und die Suche nach dem Kris, der mythenumwobenen nationalen Waffe der Indonesier, wird gelegentlich belohnt. Auf den Märkten der Stadt wird getöpfert und in Zinn gearbeitet, die Bildhauerei blüht wie die anderen Kunstformen auch.

Auch wer sich darauf beschränkt, Jakarta als Schaufenster Indonesiens zu betrachten, kommt voll auf seine Kosten.

Mehr hat natürlich derjenige, der versucht, wie Pater Heinrich Sicking, die Stadt in ihren historischen und menschlichen Dimensionen zu begreifen. Auch wenn die Stadt sich mit sich selbst, mit ihrem Verkehr, ihrem Elend und ihrer Geschichte so furchtbar schwer tut. Die Zuversicht, daß sie es schafft, die Stadt des Sieges, ist nicht nur bei Heinrich Sicking tief verankert. H.-H. HOLZAMER